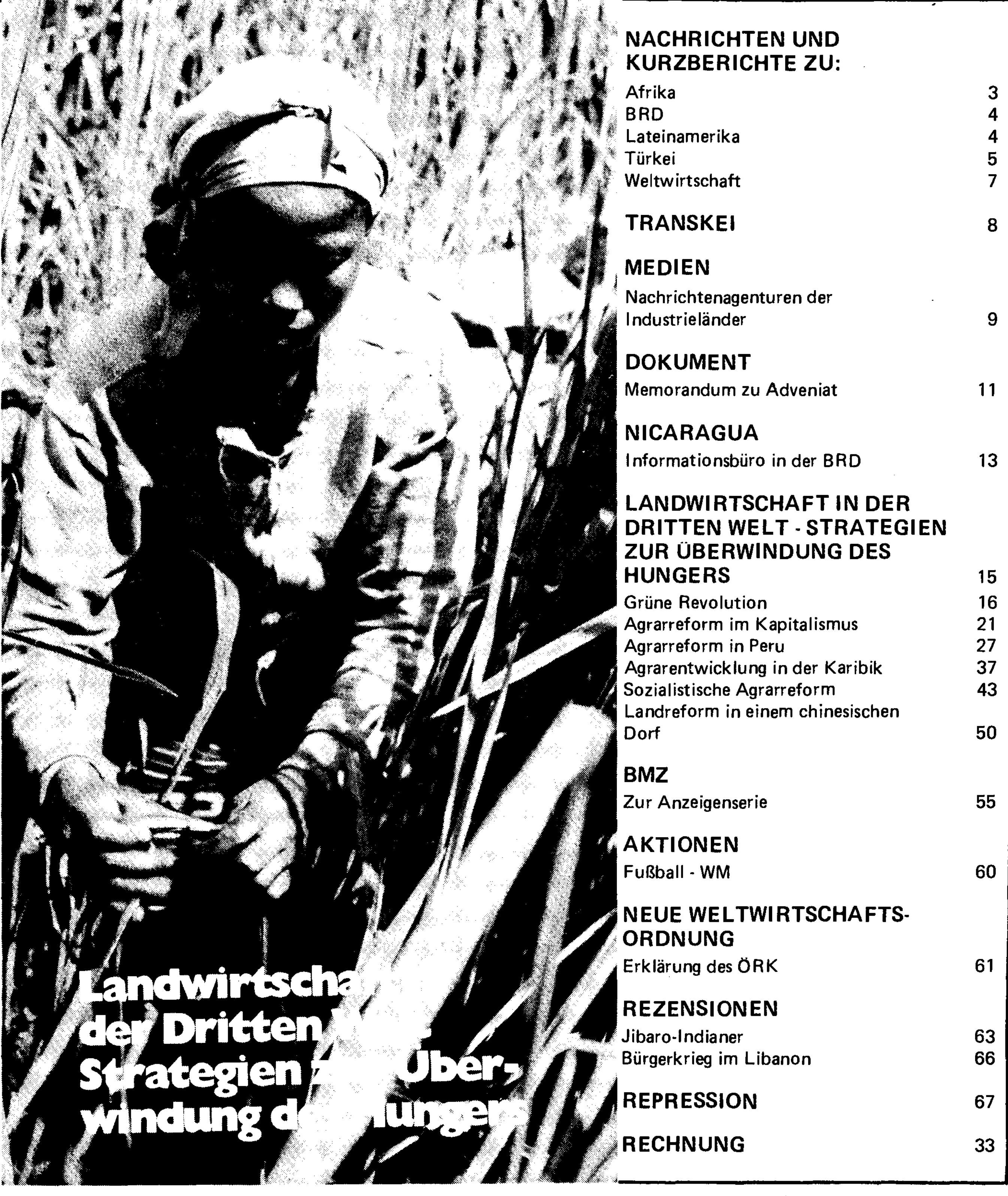
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Afrika 3
BRD 4
Lateinamerika 4
Türkei 5
Weltwirtschaft 7

TRANSKEI 8

MEDIEN
Nachrichtenagenturen der Industrieländer 9

DOKUMENT
Memorandum zu Adveniat 11

NICARAGUA
Informationsbüro in der BRD 13

LANDWIRTSCHAFT IN DER DRITTEN WELT - STRATEGIEN ZUR ÜBERWINDUNG DES HUNGERS 15
Grüne Revolution 16
Agrarreform im Kapitalismus 21
Agrarreform in Peru 27
Agrarentwicklung in der Karibik 37
Sozialistische Agrarreform 43
Landreform in einem chinesischen Dorf 50

BMZ
Zur Anzeigenserie 55

AKTIONEN
Fußball - WM 60

NEUE WELTWIRTSCHAFTS-ORDNUNG
Erklärung des ÖRK 61

REZENSIONEN
Jibaro-Indianer 63
Bürgerkrieg im Libanon 66

REPRESSION 67

RECHNUNG 33

Nr. 67 Februar 1978 DM 2.50

IMPRESSUM

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 74003.

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Eberhrd Gohl, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Hartmut Jung, Clemens Jürgenmayer, Bettina Kocher, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Thomas Rau, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Matthias Rommel, Albert Sommerfeld, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/22580

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppe nach Selbsteinschätzung: DM 20,–)
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20.
Schweiz: Fr. 28,– bzw. 20,–
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/Fr 2,50/S 17,–



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Afrika

WESTSAHARA

Militärischer Aufmarsch nach Geiselnahme

(Zur historischen Entwicklung und zu den wirtschaftlichen Hintergründen des Westsahara-Konflikts siehe blätter des iz3w Nr. 59).

Vergleicht man die Reaktion der französischen Regierung auf die Entführung der beiden Eisenbahnarbeiter mit den Aktivitäten zur Befreiung des im Tschad entführten Ehepaares Claustre*, so stärkt sich der Verdacht, daß die Geiselnahme der Frente POLISARIO (Frente Popular para la Liberacion de Saguiat el Hamra de Oro – Befreiungsbewegung der Westsahara) von Frankreich nur als Vorwand für ein militärisches Eingreifen im Krisengebiet zwischen Marokko und Mauretanien einerseits und der Polisario und Algerien andererseits diente.

Am 25. Oktober letzten Jahres wurden zwei französische Eisenbahntechniker und 15 Einheimische, die in Mauretanien bei der Wartung der grenznahen Eisenbahnlinie Zouerate-Nouadhibou tätig waren, von Trupps der Polisario entführt und gefangengenommen. (LM 27.10.77)**. Zusammen mit einem Überfall vom Mai letzten Jahres befanden sich damit wenigstens 8 Franzosen in den Händen der Polisario (LM 28.10.77).

Die französische Regierung reagierte äußerst scharf. Schon am Tag nach der Entführung erklärte Verteidigungsminister Bourges auf einer Pressekonferenz: „Die französischen Behörden schließen keine Art von Aktion mehr aus, die zur Befreiung der Geiseln aus den Händen der Polisario führt." (FR 29.10.77) Diese Drohung richtete sich vor allem gegen Algerien, das die Befreiungsbewegung tatkräftig unterstützt.

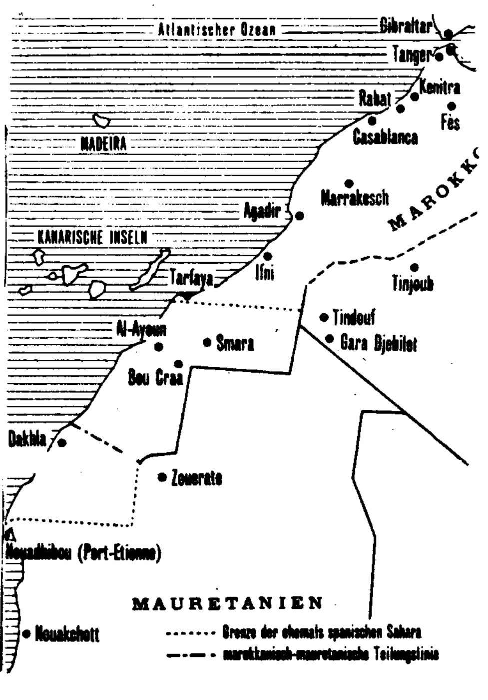
Nachdem Frankreich bislang Marokko und Mauretanien bereits materiell unterstützt hatte, war die Gelegenheit jetzt günstig, selbst in den Konflikt einzugreifen. Mehrere Flugzeuge mit insgesamt rund 1000 Mann wurden zur Verstärkung der bereits stationierten 1000 französischen Soldaten in den Senegal entsandt. In der offiziellen Begründung sprach man von einer „vorübergehenden Verstärkung der Infrastruktur- und Übermittlungsinstrumente in Dakar im Einklang mit den Verteidigungsverträgen zwischen Frankreich und Senegal." (LM + NZZ 4.11.77). Darüber hinaus wurden mehrmals französische Militärmaschinen beobachtet, die das umkämpfte Gebiet überflogen.

Für Marokko war die Entführung Anlaß, ein Säbelrasseln gegen Algerien zu inszenieren, um damit von seinen innenpolitischen Problemen abzulenken (fallende Weltmarktpreise für Phosphate und hohe Militärausgaben führten das Land in eine zunehmende Auslandsverschuldung). Anläßlich einer Rede zum 2. Jahrestag des „Grünen Marsches" (Spanien sollte dabei durch eine unbewaffnete Invasion zur Aufgabe seiner Gebiete bewogen werden) drohte König Hassan, daß in Zukunft marokkanische Truppen nötigenfalls Polisario-Guerilleros bis auf algerisches Territorium verfolgen würden. (NZZ 9.11.77).

In Algerien kam es zur gleichen Zeit zur größten antifranzösischen Demonstration seit der Unabhängigkeit des Landes von Frankreich im Jahre 1962. Mehrere zehntausend Demonstranten zogen durch die Straßen und protestierten mit Slogans wie „Giscard = Mörder" gegen die „französische Drohung einer Intervention im Maghreb". (FR 9.11.77).

Ihren Höhepunkt fand die französische Intervention in Luftangriffen und dem (von Frankreich dementierten) Einsatz von Napalm- und Phosphorbomben zur Unterstützung der marokkanischen und mauretanischen Luftwaffe. Dabei sollen neben einigen Mitgliedern der Polisario auch mehrere ihrer mauretanischen Gefangenen getötet worden sein.

Nach Angaben der offiziellen algerischen Presseagentur (APS) ereignete sich dieser Angriff unmittelbar nach der Bekanntgabe der Polisario, sie würde die acht in ihrer Gefangenschaft befindlichen Franzosen am 23. Dezember einem Vertreter der UNO übergeben. Die Polisario erklärte, die Freilassung sei ein einseitiger Ausdruck des guten Willens gegenüber denjenigen politischen Kräften in Frankreich, die ihre Solidarität mit der Befreiungsbewegung bekundet hätten. Gemeint war hier wohl vor allem die heftige Kritik des französischen KP-Chefs Georges Marchais an der Afrika-Politik der französischen Regierung (NZZ 17./ 21. / 22.12.1977, Guardian 28.12.1977).



Trotz der französischen Attacken wurden die acht Geiseln termingerecht kurz vor Weihnachten in Algier UN-Generalsekretär Waldheim übergeben. Die Polisario bestand auf dieser hochoffiziellen Zeremonie, um damit ihre internationale Anerkennung zu fördern.

Die Kämpfe dauern währenddessen mit unverminderter Härte weiter an. Die geplanten marokkanischen Militärausgaben für dieses Jahr belaufen sich auf 640 Mio. Dollar, womit der Verteidigungsetat gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt wurde (Guardian 28.12.1977).

psc

*
(vgl. Hefte Nr. 49, 50, 53, 60).

**
Zouerate und das angrenzende, von Mauretanien beanspruchte Gebiet Westsahara ist Zentrum des Eisenerzabbaus. Eisenerz bildet das Rückgrad der mauretanischen Wirtschaft, worauf sich auch die territorialen Ansprüche stützen. Aus diesem Grund betrachtet die Polisario die Region auch als Kriegsgebiet und bezeichnete die Geiseln als Kriegsgefangene.



BRD

Lateinamerika

BRD

Zur geplanten Novelle des Entwicklungsländersteuergesetzes

Das Entwicklungsländersteuergesetz (ElStG, ehemals Entwicklungshilfesteuergesetz), eines der wichtigsten Elemente der Bundesregierung zur Förderung deutscher privater Direktinvestitionen in der Dritten Welt, soll novelliert werden (vgl. FR und FAZ vom 5.1.1978).

Der eigentliche Förderungsmechanismus des Gesetzes bleibt auch nach der Novellierung der gleiche:

Der deutsche Investor darf aufgrund des Gesetzes gewinnmindernde Rücklagen in Höhe von 100 % (bei Investitionen in Entwicklungsländer, die der Gruppe der 27 'am wenigsten entwickelten Länder' angehören) bzw. von 40 % (bei Investitionen in alle anderen Entwicklungsländer, einschließlich Jugoslawien, Rumänien und Island) der Anschaffungs- und Herstellungskosten bilden.

Wie wirkt sich nun diese Rücklagenbildung auf die investierenden Unternehmen aus? Investiert ein deutscher Unternehmer in einem der 27 am wenigsten entwickelten Länder, so darf er die gesamten Kosten der Investition (100 %), bei Investitionen in andere Entwicklungsländer 40 % von dem Gewinn der Muttergesellschaft abziehen. Dies geschieht dadurch, daß das Unternehmen seine Auslandsinvestitionen als Rücklagen bezeichnet und dies in seiner Bilanz dementsprechend verbucht (d.h. er bildet Rücklagen in Höhe der Auslandsinvestition). Da diese Rücklagenbeträge vom Gewinn abgezogen werden dürfen, vermindert sich der zu versteuernde Gewinn der Muttergesellschaft in der BRD (ohne daß der tatsächlich erwirtschaftete Gewinn durch diese buchungstechnische Operation gesenkt wurde). Aufgrund dieser Senkung des zu versteuernden Gewinns muß das Unternehmen weniger Körperschaftssteuer (Gewinnsteuer für Unternehmen) zahlen.

Diese Rücklagen müssen nach einem festgelegten Zeitraum wieder aufgelöst werden. Dies bedeutet folgendes. Der zu versteuernde Gewinn ist im Zeitpunkt der Auflösung wieder um den Betrag zu erhöhen, um den er zum Zeitpunkt der Investition gesenkt wurde; damit erhöht sich auch die vom Unternehmen zu zahlende Steuer um den anfangs gesparten Betrag. Die Wirkung dieses Gesetzes ist also dieselbe, wie wenn der Staat den Unternehmen über den Zeitraum zwischen Rücklagenbildung und Auflösung einen zinslosen Kredit in Höhe der Steuerersparnis geben würde.

Außer der Differenzierung in zwei Ländergruppen, durch die Investitionen in weniger entwickelte Länder besonders gefördert werden sollen, findet eine zweite Differenzierung statt: Die gewinnmindernden Rücklagen müssen normalerweise nach sechs Jahren schrittweise aufgelöst werden. Handelt es sich jedoch um arbeitsintensive Investitionen, beträgt der Auflösungszeitraum zwölf Jahre. Das bedeutet, daß die durch die Rücklagenbildung gesparten Steuern nach sechs bzw. zwölf Jahren zurückgezahlt werden müssen.

Der Vorteil, der aus der zeitlich begrenzten Steuerersparnis entsteht, kann bis zu der Hälfte der Investitionssumme betragen.

Dieser zinslose Kredit gewinnt darüber hinaus noch dadurch an Wert, daß

a) die Rückzahlungssumme durch die Inflation über die sechs bzw. zwölf Jahre real erheblich sinkt

b) in den sechs bzw. zwölf Jahren aus den Investitionen Gewinne anfallen werden, die die Investitionssumme amortisieren können; d.h., daß der Investor aus einem staatlichen Kredit Gewinne erwirtschaftet, die die Höhe des Kredits übersteigen können, und daß damit die Rückzahlung aus den mit dem Kredit erwirtschafteten Gewinnen erfolgen kann.

Nun zur geplanten Novelle des ElStG.

Der Entwurf des Bundesfinanzministeriums sieht als wichtigste Änderung des ElStG vor, Investitionen in den Rohstoff- und Energiesektor in fortgeschrittenen Entwicklungsländern in Zukunft dadurch verstärkt zu fördern, daß 60 % der Anschaffung und Herstellungskosten als gewinnmindernde Rücklagen über den Zeitraum von zwölf Jahren abgebucht werden können (bisherige Regelung: Rücklagen können in einer Höhe von 40 % und über einen Zeitraum von sechs Jahren gebildet werden).

Folge: Der Steuervorteil für 'rohstoff- und energiepolitisch förderungswürdige Investitionen' wird erheblich erhöht und fällt über einen längeren Zeitraum an. Der Steuervorteil ist deshalb besonders groß, weil es sich bei Investitionen in den Rohstoff- und Energiesektor um sehr kapitalintensive Investitionen handelt.

Außerdem sieht der Novellierungsentwurf eine generelle Verlängerung des Auflösungszeitraums für die steuerfreie Rücklage in am wenigsten entwickelten Ländern von sechs auf zwölf Jahre vor. Damit wird die bisher vorhandene Bevorzugung arbeitsintensiver und damit mehr Arbeitsplätze schaffender Investitionen beseitigt, die darin bestand, daß bei arbeitsintensiven Investitionen ein doppelt solanger Auflösungszeitraum bestand als bei kapitalintensiven Investitionen.

Während bei den Beratungen zur letzten Änderung des Gesetzes (1974) noch diskutiert wurde, ob nicht Investitionen in 'fortgeschrittene Entwicklungsländer' (z.B. OPEC-Staaten) von einer Förderung ganz ausgeschlossen werden sollten, weil eine Förderung entwicklungspolitisch nicht zu rechtfertigen sei, verschwindet nun bei dieser Novelle jeder Anspruch einer entwicklungspolitischen Begründung endgültig hinter den rohstoff- und energiepolitischen Interessen der Bundesregierung.

Vordergründige Begründung dieses Entwurfs ist zwar das erhöhte Risiko bei der Erschließung von Rohstoffen und Energie (FAZ), den Kern der Sache trifft aber wohl eher die Feststellung, daß „nach Auffassung der Bundesregierung bei privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern eine scharfe Trennung von entwicklungs-, außenwirtschafts- sowie rohstoff- und energiepolitischen Zielsetzungen nicht möglich sei" (FR). Anders ausgedrückt: Entwicklungspolitik wird zusehends als Politik der Sicherung des Zugangs zu Rohstoff- und Energiequellen aufgefaßt und eingesetzt.

Voraussichtliche Kosten der Novelle: Steuermindereinnahmen in Höhe von jährlich 30 Mio. DM.

har

CHILE

Volksbefragung in Chile

Im vergangenen Jahr hat die Militärjunta in Chile es nicht an Versuchen fehlen lassen, ihr angeschlagenes Ansehen international zu verbessern (z.B. Auflösung der Geheimpolizei DINA, aber Gründung der Nachfolgeorganisation CNI, Ankündigung des langfristigen Überganges zur „neuen oder autoritären Demokratie" und einer Zivilregierung).

Dennoch wurde am 20. Dezember 1977 zum dritten Mal das Regime von General Augusto Pinochet in der UN-Vollversammlung wegen der fortdauernden Verletzung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten angeprangert. Daraufhin sollte die chilenische Bevölkerung am 4. Januar darüber entscheiden, ob „sie die Regierung in der Frage der UNO-Menschenrechtsresolution unterstützt oder nicht.„ Es bestand Wahlpflicht für alle in Chile lebenden Staatsbürger" mit Ausnahme der Personen, die gesetzlichen Beschränkungen unterliegen". Auch Ausländer, die seit mehr als 5 Jahren in Chile leben, waren wahlberechtigt.

Gewählt wurde unter Vorlage des Personalausweises, der Name wurde in einer Liste registriert und ein numerierter (!!) Stimmzettel ausgegeben. Bei erfolgter Stimmabgabe erhielt der Betreffende einen Vermerk in seinen Personalausweis.

Abgestimmt wurde über folgenden Text: „Angesichts der internationalen Aggression gegen die Regierung unseres Vaterlandes, unterstütze ich Präsident Pinochet bei der Verteidigung der Würde Chiles und spreche der Regierung die Legitimität aus, mit Souveränität den Prozeß der Errichtung staatlicher Insttutionen zu leiten. Ja/nein.

Trotz des immer noch bestehenden Ausnahmezustandes kam es Ende Dezember im Zentrum Santiagos zu Demonstrationen gegen diese „Volksbefragung". Zehn der Demonstranten wurden für einige Stunden festgenommen.

Auch innerhalb der Junta löst die bevorstehende Volksbefragung Spannungen aus. Der Generalkontrolleur der Republik Chile erklärte das von Pinochet und seinem Innenminister Benavides unterzeichnete Dekret über die Volksabstimmung für illegal, da es nicht von allen Mitgliedern der Junta abgezeichnet sei. Der Generalkontrolleur wurde kurzerhand in den Ruhestand versetzt.

Auch der Luftwaffenchef und Juntamitglied General Leigh verkündete seinen Widerspruch gegen die Abstimmung. Er betonte, daß die chilenische Regierung nicht aus 4 Einzelpersonen, sondern aus 4 Waffengattungen besteht, und daß das Ansehen der „Institutionen" unter der Abstimmung leiden könne. Damit scheint sich ein Machtkampf innerhalb der Junta anzubahnen. Offenbar wird Leigh und auch dem Chef der Marine Merino der Einfluß Pinochets zu groß.

Nach dem offiziellen Wahlergebnis (75 % ja, 20 % nein, 5 % enth.) haben etwa 1 Million Chilenen trotz numerierter Stimmzettel und der Führung von Abstimmungslisten sich gegen die Junta ausgesprochen.

Quellen: MD 27.12., MD 29.12., MD 30.12. guardian 28.12., NZZ 31.12.

Pinochet verbietet das Wort „Arbeiter"

Zwischen chilenischem und westdeutschen Sprachgebrauch tut sich eine interessante Parallele auf.

Die Verbannung des Begriffs „Arbeiter" aus dem offiziellen bundesrepublikanischen Wortschatz und dessen Ersetzung durch den Begriff „Arbeitnehmer" ist seit langem ein Mittel, um bestehende Klassengegensätze zu verschleiern.

Des gleichen Mittels bedient sich nun auch die chilenische Militärjunta. Nach einer AFP-Meldung erklärte der Diktator Pinochet vor etwa 500 Arbeitern, daß das Wort „obrero" (Arbeiter) abschätzig klinge und ab sofort nur noch das Wort „trabajador" (etwa Arbeitnehmer) benutzt werden darf.

Quellen: FR 16.12.77, guardian 21.12.1977

ECUADOR

Massaker in der Zuckerfabrik Aztra

Die Arbeiter von Aztra – mit 30 % der Zuckerproduktion Ecuadors eine der größten Fabriken – traten am 18. Oktober in Streik. Forderung war die Angleichung des Lohnes an den gestiegenen Zuckerpreis, der im August 1977 unter Druck der Zuckerbourgeoisie auf 27,– DM pro 100 kg von der Regierung festgelegt worden war (1974 noch ca. 11,– DM).

Zwischen Arbeitern und Unternehmern besteht ein Kollektivvertrag, der die Arbeiter mit 40 % an Gewinnen aus Preiserhöhungen beteiligt. Wird der Vertrag nicht eingehalten, kann der Arbeiter nach ecuadorianischem Arbeitsrecht in legalen Streik treten; der Arbeitsinspektor ist sogar verpflichtet, für die Arbeiter Polizeischutz zu beantragen.

Nachdem die Arbeiter trotz mehrerer Anträge auf Einhalt ihrer Forderungen am Gewinn nicht beteiligt wurden, besetzten sie am 18. Oktober morgens die Fabrik. Gegen 17 Uhr, als die Ehefrauen und Kinder gekommen waren, um ihren Männern Essen zu bringen, erschienen 3 Lastwagen mit Beamten der Nationalpolizei zur Verstärkung der Posten, die sich bereits seit 5 Tagen auf dem Gelände aufhielten. Eine halbe Stunde später stellte der Kommandant der Polizeistreitkräfte den Arbeitern das Ultimatum, das Fabrikgelände innerhalb der nächsten 2 Minuten durch eine kleine Tür im Haupttor zu verlassen.

Dies war technisch schon nicht möglich, einige gingen aber sofort in Richtung Ausgang, andere protestierten. Als die Frist um war, drang die Polizei mit Tränen- und Brechgas auf die Menge ein und fing an zu schießen. Den unbewaffneten Arbeitern blieb nur die Flucht, durch die ausbrechende Panik erschwert.

Offizielle Meldungen am nächsten Tag sprachen von 120 Toten und ebenso vielen Verletzten. Die Untersuchung des Vorfalls (die Autopsie wurde von Militärärzten durchgeführt) versuchte möglichst viel zu vertuschen.

Im ganzen Land erhob sich Protest, Arbeiter anderer Zuckerfabriken traten in Solidaritätsstreiks, ebenso einige Universitäten. Das Militär ließ mit erneuter Reaktion nicht lange warten und verhaftete eine große Zahl, besonders Arbeiter- und Studentenführer.

Besonderes Gewicht hat das Massaker vor dem Hintergrund offizieller Pläne für die „Rückkehr der Demokratie" (die Militärregierung ist seit Februar 72 an der Macht). Dieser Prozeß würde die Gewinne und Investitionsmöglichkeiten der letzten Jahre konsolidieren und durch den Kurswechsel in der Ökonomie des Landes eine abhängige kapitalistische Entwicklung vorantreiben und politisch absichern. Hinter den Plänen steht hauptsächlich Admiral Poveda (erstes Mitglied des herrschenden Militärtriumvirats) und mit ihm die seit den Erdölfunden 1972 enorm gewachsene Industriebourgeoisie. Sein Gegenspieler ist General Duran Arcentales (zweites Mitglied im Triumvirat), hinter dem die Zucker-oligarchie des Landes steht. Diese Gruppierung ist über den Arbeits- und Innenminister direkt verantwortlich für das Massaker. Sie profitiert zwar auch von der industriellen Entwicklung Ecuadors, befürchtet aber bei der ökonomisch notwendigen Öffnung zuviel an Einfluß zu verlieren und versucht so, jeden demokratischen Ansatz zu unterdrücken, wie das Massaker zeigt.

kjä

Türkei

„NUR ALLAH KANN UNS HELFEN"? – ODER ECEVIT?

Zur derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Situation der Türkei

Am letzten Tag des Jahres 1977 wurde die Drei-Parteien-Koalitionsregierung von Suleiman DEMIREL durch ein Mißtrauensvotum gestürzt. Als neuer Ministerpräsident wird sich nun wieder sein Gegenspieler Bülent ECEVIT versuchen. In welcher Lage findet dieser Regierungswechsel statt?

Staatsbankrott und ökonomische Unterdrückung

Die gesamtwirtschaftliche Situation in der Türkei ist schlichtweg katastrophal und hat verheerende Folgen für die arme Bevölkerung. Die INFLATIONSRATE beträgt seit Jahren durchschnittlich 25 %, in den zwei Monaten August und September 1977 gar stiegen die Preise für Güter des täglichen Lebensbedarfs um 50 % (FR 24.10.1977). Die ARBEITSLOSIGKEIT unter der 40-Millionen-Bevölkerung ist mit 3 Mio. (FR 24.10.1977) enorm hoch und weist im Vergleich zu 2,5 Mio im Vorjahr (NfA 5.7.76) eine steigende Tendenz auf. Bei einem Arbeitskräftepotential von 17 bis 18 Mio. Menschen bedeutet das schätzungsweise eine Arbeitslosenrate von 15 %. In der Landwirtschaft ist sie sogar noch 4 mal so hoch: 59 %! (FT 23.11.77). Dabei enthalten diese Zahlen weder die verdeckte Unterbeschäftigung noch die Arbeitsemigranten (ca. eine halbe Million in der BRD).

Gleichzeitig herrscht in der Türkei eine ungeheure DEVISENKNAPPHEIT' In den Jahren 1974 – 76 beliefen sich die Import-Ausgaben auf das 2 1/2-3fache der Export-Einnahmen, der Export war auch 1977 weiter rückläufig. Ein großer Teil des Handels - bilanzdefizites kommt durch Rüstungskäufe zustande (Habla 14.12.1977), interessierte Kreise drängen auf Militärhilfeabkommen mit den USA – die bis jetzt an einem Waffenembargo festhalten – und der BRD (FR 1.12.77) Sogar die Tourismusbilanz war defizitär, weil die Türken mehr für Reisen ins Ausland ausgeben mußten, als die Türkei-Touristen im Land zurückließen (Habla 28.6.77). Auch der Auslands-Schuldendienst (Zinsen + Amortisation) wird immer drückender. Die Devisenlücke wird gestopft durch die beträchtlichen Überweisungen der Gastarbeiter, besonders aber durch Kredite.

In einem Interview mit der Vinancial Times (FT 23.11.77) machte der damalige Energieminister Inan eine anschauliche Rechnung auf: täglich zahlt die Türkei 5 Mio. Dollar für Erdöl- und andere Energieimporte. Schätzungsweise 1,2 Mio. Dollar werden täglich für Rüstungskäufe verwandt. Diesen 2 Posten allein von insgesamt 6,2 Mio. Dollar Devisenausgaben pro Tag stehen die täglichen



Deviseneinnahmen von 7,2 Mio. Dollar durch Exporte gegenüber. Türkische Arbeiter senden aus dem Ausland täglich noch ca. 1 Mio. Dollar Devisen in ihre Heimat. Berücksichtigt man nun aber die übrigen Ausgaben der Türkei (Importe + Schuldendienst), die zusammen täglich ca. 10 Mio. Dollar erfordern, so bleibt unterm Strich ein tägliches Devisendefizit von etwa 8 Mio Dollar. Tatsächlich betrug 1976 das Handelsbilanzdefizit über 3,1 Mrd. Dollar, das Leistungsbilanzdefizit über 2,3 Mrd. Dollar (BfA-Marktinformation Türkei, August 1977).

Dieser „Bankrott im wahrsten Sinne des Wortes" (FT 23.11.77) gefährdet die Versorgung des Landes, besonders an Energie sowie Rohstoffen und Halbwaren. Die Bevölkerung ist von der Knappheit ganz direkt betroffen: die Preise für Elektrizität wurden um 20 %, für Kohle um 40 % und für Benzin um 100 % erhöht, diese Güter sind zudem nun schwer erhältlich. Propangas, das die meisten Haushalte zum Kochen benutzen, fehlt ebenfalls: Schiffsladungen mit importiertem Propangas wurden nicht gelöscht, weil die Devisen zum Bezahlen fehlten (FR 24.10.77).

Die Kredite, mitdenen das Land die Defizite überbrücken will, werden aber nicht bedingungslos gegeben, sondern bringen das Land noch in weitere Abhängigkeit. Seit Monaten verhandelt die Türkei mit dem WELTWÄHRUNGSFOND IMF über Kredite in Höhe von 120 bis 150 Mio. Dollar (LM 13.9.77), aber die Bedingungen des IMF sind hart: Abwertung der türkischen Lira um 30 - 40 % Einfrieren der Arbeiterlöhne, Einfrieren der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und Preiserhöhungen für die Produkte der staatlichen Wirtschaftsunternehmen (LM 23.9.77) und (Türkei-Info Nr. 1, 11/77).

Diese Maßnahmen gehen vollständig zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung in der Türkei. Gleichzeitig ist es aber zu bezweifeln, ob dadurch der Geldmangel des Staates behoben werden kann. Die Abwertung macht die türkischen Waren im Ausland zwar billiger und soll so die Exporte steigern, aber der Spielraum für eine Steigerung ist durch vielfältige Lieferverträge sehr gering. Außerdem verteuert sie die importierten Produktionsmittel, die zur Ertragssteigerung vermehrt benötigt werden. Überhaupt ist es fraglich, ob in einer abhängigen Wirtschaft die Importe – in der Türkei wie erwähnt 2 1/2-mal so hoch wie die Exporte – durch eine Preiserhöhung nachhaltig zurückgedrängt werden können.

Weil sich aber alle eingeführten Güter verteuern, wird die Inflation durch die Abwertung weiter geschürt. Auch die Politik der Regierung, das Defizit im Staatshaushalt einfach durch Ingangsetzen der Notenpresse auszugleichen (Habla 28.6.77), beschleunigt die Geldentwertung. So ist es natürlich eine schlechte Lüge, wenn die Inflation durch das Niedrighalten der Löhne von Arbeitern und Bauern eingedämmt werden soll mit der Begründung, ihre hohe Kaufkraft und ihre hohen Löhne wirkten preistreibend. Wem die vom IMF geforderten Maßnahmen nützen sollen, ist offensichtlich: den ausländischen Kapitalisten, die die türkischen Arbeitskräfte und ihre Erzeugnisse noch billiger als bisher kaufen können, und – vielleicht – auch dem Staatshaushalt und den türkischen Unternehmern, denen das Investieren durch höhere Profite wieder schmackhaft gemacht werden soll.

Politischer Terror

Aus diesem wirtschaftlichen Chaos weiß die Bourgeoisie augenblicklich keinen Ausweg. Umso mehr versucht die Rechte, ihre Interessen auch mit physischer Gewalt durchzusetzen. Über 400 Tote und an die 5.000 Verletzte aus politischen Motiven hat es in den letzten 2 Jahren unter den 2 „Regierungen der nationalistischen Front" von Demirel gegeben (Stgt. Z. 2.1.78). Der Terror geht hauptsächlich aus von den rechtsradikalen „GRAUEN WÖLFEN", einer Privat-SS des bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Türkeş. Die Grauen Wölfe sind mit Militär und Polizei verfilzt. Linke Oppositionelle, besonders Arbeiter, Lehrer und Studenten, werden in Gefängnissen brutal gefoltert und umgebracht (FR 30.8.76, 1.10.76, 27.4.77 und zahlreiche andere Quellen; vgl. auch die Dokumentationen von amnesty international). Aber auch in Form paramilitärischer Banden überfallen die Grauen Wölfe Studentenwohnheime, Gewerkschafts- und Parteibüros, sie ermorden politische Gegner auf offener Straße, ohne jemals mit einer Strafverfolgung rechnen zu müssen.

Das brutalste Blutbad jüngeren Datums fand am 1. Mai 1977 in Istanbul statt, als die Grauen Wölfe in Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei MIT in die 1.-Mai-Kundgebung der Sozialdemokraten hineinschossen. 38 Menschen fanden dabei den Tod. (FR 13.5.77).

Ein anderes Beispiel: am 3.8.77 räumte die Polizei mit Bulldozern ein Armenviertel, weil die Häuser ohne Genehmigung auf staatlichem Grund und Boden gebaut worden waren. Als Tausende Bewohner sich gegen den Abriß wehrten, gab es eine blutige Schlacht: 6 Menschen wurden erschossen und niedergewalzt (FR 24.10.77).

Massenmord an den Bewohnern Ostanatoliens

Besondere Unterdrückung richtet sich auch gegen die über 6 Mio. KURDEN, und mit ihnen gegen sätmliche Bewohner der östlichen Türkei (zum folgenden vgl.: FR 11.2.77, 24.10.77, 10.11.77). Die Menschen dort leiden nicht nur an der oben beschriebenen Repression; hinzu kommt, daß Ostanatolien gezielt wirtschaftlich und sozial benachteiligt wird, es fehlt dort an Ärzten, Schulen, festen Häusern, Arbeitsplätzen – an Infrastruktur ganz allgemein. Stattdessen herrschen dort noch mittelalterliche feudalistische Strukturen, wo oftmals ganze Dörfer einschließlich der Menschen und Tiere einem Großgrundbesitzer gehören. Investitionen werden dort nur getätigt, um die Profite in die reicheren Landesteile bzw. ins Ausland zu überführen.

Daher ist es kein Wunder, daß das Erdbeben in Ostanatolien im November 1976 so verheerende Auswirkungen hatte: 10.000 Menschen kamen während und besonders nach dem Erdbeben ums Leben, mehr als 100.000 wurden obdachlos. Ganz gezielt verweigerten das türkische Militär und die Behörden die Hilfsmaßnahmen. Ein Militärkommandant der Region: „Laßt die Leute sterben. Es sind ja nur Kurden." Die internationalen Hilfsgüter wurden nur zu einem Bruchteil verteilt. Hauptsächlich benutzte man die Katastrophenhilfe, um das Devisenloch zu stopfen, aber auch die betroffenen Großgrundbesitzer wurden großzügig entschädigt.

Die Lehrergewerkschaft TÖB-DER und viele andere türkische Organisationen, die effektive Hilfe organisierten, wurden von den Militärs mit Waffengewalt vertrieben und einzelne Helfer inhaftiert. Das Militär griff aber nicht ein, als nach der Katastrophe Händler und Großgrundbesitzer frei herumlaufendes Vieh stahlen oder sich zu Spottpreisen nahmen.

Bei der Cholera - Epedemie ab August 1977 blieb die Regierung wieder untätig; der Gesundheitsminister erklärte sie einfach zur harmlosen Darminfektion. Auch hiervon war die ostanatolische Bevölkerung wieder hart getroffen – ebenso wie die Bewohner der Elendsviertel von Ankara.

Angesichts dieser ständigen Unterdrükkung werden die Kurden zunehmend militanter; zugleich steigen die Selbstmordraten. Während sie früher nur für das Recht auf ihre eigene Kulturpflege eintraten, kämpfen sie heute für ein befreites Kurdistan, teilweise durch einen Guerillakampf nach dem Vorbild Angolas und Vietnams.

Das Militär reagiert mit zunehmender Brutalität. Folterungen der Zivilbevölkerung, besonders der Frauen und Kinder, häufen sich. Ein anderer ostanatolischer Militärkommandant: „Die Kurden sind nicht wert, daß sie leben, sondern daß sie verrecken." Und den Massenmord begeht man nicht nur mit Waffen; man nimmt dazu auch die Wirtschaft und die Natur zu Hilfe.

Die politischen Parteien der Bourgeoisie und der Feudalherren

„Nur Allah kann uns helfen" kommentiert eine Boulevardzeitung die politische und ökonomische Situation. Kein Wunder: die Bourgeoisie findet keine Synthese für die widersprüchlichen Interessen.

Nach den Wahlen am 5. Juni 1977 stellte sich das Kräfteverhältnis im Parlament wie folgt dar (NZZ 9.6.77):

- „Republikanische Volkspartei" CHP unter Ecevit: 41,4 %
- „Gerechtigkeitspartei" AP unter Demirel: 36,9 %
- „Nationale Heilspartei" MSP unter Erbakan: 8,6 %
- „Partei der nationalen Bewegung" MHP unter Türkeş: 6,4 %.

Hinzu kommen kleinere Gruppen. Sozialistische und kommunistische Parteien sind verboten.

Jede dieser Parteien hat ihre besonderen Charakteristiken, die ein Zusammengehen mit einer anderen erschweren:

ECEVITS CHP ist sozialdemokratisch und national orientiert. Unter Ecevit als Premier wurde 1974 Zypern besetzt; er ist Repräsentant der modernisierenden türkischen Kapitalisten und somit Gegner nicht nur der Feudalherren, sondern in gewissem Maße auch der USA – auf deren Hilfe er sich allerdings stützen muß. Als Oppositionsführer gegen die traditionelle Rechte und die Faschisten hat er die Unterstützung der städtischen Wähler – Arbeiter und Intellektuelle –, u.a. auch durch das Wahlversprechen, sozialistische und kommunistische Parteien erstmalig in der türkischen Geschichte zuzulassen.

DEMIRELS AP vertritt eher die am internationalen Markt ausgerichtete Bourgeoisie, die am bereitwilligsten mit den Imperialisten kooperiert. Auf Demirel setzen daher auch die Feudalherren, solange er ihre Rechte unangetastet läßt und die – 1973 beschlossene – Agrarreform nicht durchsetzt.

ERBAKANS MSP repräsentiert ebenfalls die Feudalherren, aber in einer äußerst nationalistischen Ausprägung. Die MSP strebt eine forcierte industrielle und religiöse (!) Entwicklung an, ohne den Agrarsektor anzutasten. Ihr Wirtschaftsprogramm ist so unrealistisch, daß es von kapitalistischen Kreisen – weder im Inland noch im Ausland – gar nicht ernst genommen wird (FT 23.11.77: „terrifyingly unrealistic"). Dennoch schaffte es die MSP, in der letzten Demirel-Regierung u.a. den

Industrie-, Landwirtschafts- und Arbeitsminister zu stellen.

TÜRKEŞ's MHP ist offen faschistisch. Türkeş ist Hitlerbewunderer und bekennt sich auch klar zu den Terroraktionen seiner „Grauen Wölfe". Die MHP kommt den Reaktionären durch die Unterdrückung jeder linken Opposition entgegen, aber sie vergiftet dadurch die sozialdemokratische CHP, daß Demirels AP sich etwas von ihr distanzieren mußte.

Bis auf ein kurzes Intermezzo im Sommer 1977, als Ecevit nach den Wahlen eine Regierungsbildung versuchte, regierte die Koalition der „Nationalistischen Front" von AP, MSP und MHP unter Demirel seit April 1975. Seit der Neubildung im Juli 1977 war Demirels Regierung vollständig handlungsunfähig. Die Agrarreform z.B. war durch die Ultrarechten völlig blockiert, und der MSP-Landwirtschaftsminister Adak erklärte, die Landreform sei „unterdrückerisch, eine Verletzung der Rechte des Privateigentums und ein Trick einiger ausländischer Mächte, die Türkei zu unterminieren" (FT 23.11.77). Bei den IMF-Gesprächen verweigerte MSP-Chef Erbakan sogar die Teilnahme, obwohl er Vorsitzender des Wirtschaftskabinetts ist! (Habla 14.12.77).

Über diese unheilige Allianz der Feudalherren und Faschisten waren die modernen Kapitalisten daher auch recht unglücklich, und auch militärische Führer äußerten schon Unbehagen darüber (FR 8.7.77), aber die Mehrheitsverhältnisse im Parlament wurden noch respektiert.

Nach den für die CHP erfolgreichen Provinzwahlen im Dezember 1977 traten nach und nach 11 Abgeordnete aus der AP aus, weil ihnen die „Nationalistische Front" doch zu unfähig war. Mit ihrer Hilfe und 3 weiteren Abgeordneten von 2 kleinen Parteien konnte Ecevit am 31.12.1977 Demirel stürzen. Um die 14 Helfer nun in seiner neuen Regierung bei der Stange zu halten, werden sie alle Minister. Ecevits neue Regierung hat darum auch nicht weniger als 35 Minister!

Ob sich damit nun die Krise lösen läßt, ist zweifelhaft. Von seinen Wahlversprechen wird Ecevit wohl viele Abstriche machen, besonders seine linken Anhänger wird er wahrscheinlich enttäuschen. Falls er am vereinten ausländischen und feudalen Widerstand scheitert, weiß die Bourgeoisie eine „vernünftige" Lösung, auf die man schon lange wartet: die große Koalition von Ecevits CHP und Demirels AP.

– ebe –

Weltwirtschaft

NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

Verhandlungen zum Gemeinsamen Fonds vorerst gescheitert

Ein totgeborenes Kind scheint nun endgültig begraben: die zweite Verhandlungsrunde der Genfer Konferenz über einen Gemeinsamen Fonds wurden Anfang Dezember ergebnislos abgebrochen.

Der Gemeinsame Fonds stellt das Kernstück des auf der 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD IV) im Mai 1976 beschlossenen Integrierten Rohstoffprogramms und damit der vieldiskutierten Neuen Weltwirtschaftsordnung dar. Er soll als Geldquelle für Abkommen zur Stabilisierung und Steigerung der Rohstoffpreise, von denen die Dritte Welt ja in besonderer Weise abhängt, und verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Handelsstrukturen fungieren (vgl. „blätter" Nr. 54).

Allerdings gelang es der UNCTAD-Konferenz nur auf dem Wege eines 'programmierten' Mißverständnisses eine Einigung darüber zu erzielen, „Schritte zu Verhandlungen über einen Gemeinsamen Fonds zu unternehmen": jeder konnte darunter verstehen, was er wollte. Die Dritte Welt dachte an eine finanzkräftige, mächtige neue Entwicklungsbehörde unter ihrer Kontrolle, die die Rohstoffpreise günstig beeinflussen und eine weitere Palette weiterer Aufgaben wahrnehmen sollte. Die Industrieländer wollten nur eine Art Vermittlungsstelle zwischen einzelnen Rohstoffabkommen ohne eigene Finanzmittel und weitere Aufgaben zugestehen. Allerdings bestehen auch innerhalb der Gruppen erhebliche Meinungsunterschiede, so zwischen rohstoffreichen und rohstoffarmen Entwicklungsländern oder 'progressiven' kapitalistischen Ländern wie Holland und Schweden und Konservativen wie der BRD („Verteidigung der freien Marktwirtschaft"). Die Ostblockländer halten sich in der Diskussion zurück und sind gegen alles, was sie zu Zahlungen verpflichten könnte (FR 19.11.77).

Nachdem bereits der Pariser Nord - Süd Dialog Anfang 1977 keine Ergebnisse gezeitigt hatte, scheiterten nun auch die Genfer Verhandlungen, die die konkrete Ausgestaltung des Fonds zum Thema hatten. Zwar legten beide Seiten Positionspapiere vor, die gewisse Zugeständnisse beinhalteten, eine Einigung war jedoch nicht möglich.

Es wäre auch eine große Überraschung gewesen, wenn die imperialistischen Länder auf ein Stück Kontrolle über die Rohstoffmärkte verzichtet und besseren Preisen für die Produkte der Dritten Welt zugestimmt hätten.

Schließlich wurde über entscheidende Fragen, wie die Stimmrechtsverteilung, überhaupt nicht diskutiert. (NZZ 10.11.77)

Als am Schluß die kapitalistischen 'Höher entwickelten' Länder Lateinamerikas und Asiens die Solidarität der Dritten Welt zu sprengen drohten, erzwangen rohstoffarme afrikanische Länder den Abbruch der Gespräche. „Die Industrieländer der westlichen Welt können aufatmen" bemerkte befriedigend „Die Zeit" (9.12.1977). Nun wartet alles gespannt auf die nächste Verhandlungsrunde, die im Frühjahr dieses Jahres beginnt.

sth

Hungerstreik in brasilianischen Gefängnissen

15 politische Gefangene protestieren gegen unmenschliche Haftbedingungen.

Wie wir inzwischen von amnesty erfahren haben, hat sich an der Situation der Gefangenen nichts geändert. Anfang Dezember wurde der Hungerstreik von den Gefangenen unterbrochen, sie wurden für eine Woche ins Militärhospital von Recife gebracht. Am 15.12. wurden sie dann wieder ins Gefängnis von Itamaraca verlegt. Ihre Forderungen wurden in keiner Weise erfüllt.

Red.

Am 18. November 1977 traten 13 politische Gefangene im Gefängnis Barreto Campelo auf der Insel Itamaraca (Recife) in Hungerstreik. Mit dieser Aktion solidarisierten sie sich mit ihren Mitgefangenen RHOLINE SONDE CAVALCANTI und CARLOS ALBERTO SOARES, die sich bereits seit dem 15. November 1977 im Hungerstreik befinden, um gegen ihre seit 2 Jahren andauernde Isolationshaft zu protestieren.

Die Isolationshaft wurde in Folge des Hungerstreiks im Oktober 1975 verhängt, den damals alle Gefangenen gegen die ungewöhnlich harte Behandlung und die Folter zweier ihrer Kameraden durchgeführt hatten.

Für Alberto Soares und Rholine Cavalcanti – beide aufgrund von 'Verstößen gegen die Nationale Sicherheit' zu lebenslänglicher Haft verurteilt –, ist die seit nunmehr zwei Jahren andauernde Isolierung ein Todesurteil auf Raten. Aus diesem Grund führen sie ihren Hungerstreik mit äußerster Konsequenz durch. Wie der Sekretär für Inneres und Justiz mitteilte, nehmen die beiden nur Wasser zu sich und lehnen sogar Zucker und Salz ab, was sie während des Hungerstreiks 1975 noch akzeptierten.

In der brasilianischen Öffentlichkeit fand der Hungerstreik ein großes Echo: VEJA, das größte brasilianische Nachrichtenmagazin und JORNAL DO BRASIL, die zweitgrößte brasilianische Tageszeitung, berichteten wiederholt über die Ereignisse im Gefängnis; die Erzdiözese von Recife, ihre Menschenrechtskommission Justicia e Paz sowie die Bewegung der Frauen für die Amnestie unterstützten mit Petitionen an die brasilianischen Autoritäten die Forderungen der Gefangenen von Itamaraca.

Diese wollen mit ihrem Hungerstreik die Aufhebung der Isolationshaft von Alberto Soares und Rholine Cavalcanti erreichen; Rückführung der beiden in die Lebensgemeinschaft der Gefangenen mit der Möglichkeit, am gemeinsamen Hofgang, Sport und der für den Lebensunterhalt der Gefangenen wichtigen Herstellung von Kunstgegenständen teilzunehmen.

Inzwischen mußten Carlos Alberto und Rholine ins Militärkrankenhaus verlegt werden. Nach zwei Jahren Isolation und nahezu drei Wochen Hungerstreik hat sich der körperliche und seelische Zustand der beiden nahezu lebensbedrohend verändert.

Es ist zu befürchten, daß ihr Hungerstreik tödlich ausgehen wird, da die brasilianische Regierung bisher keinerlei Bereitschaft gezeigt hat, die Lage in den Gefängnissen zu verbessern. Der Gouverneur von Pernambuco antwortete auf einen Brief, in dem die Mütter von Carlos Alberto und Rholine um eine Erleichterung der Haftbedingungen für ihre Söhne baten: "Kriminelle behandeln wir eben so!"

Pressemitteilung
von amnesty international
Brasilienkoordinationsgruppe
Berg.-Gladbacher Str. 1141
5000 Köln 80
Köln, 5. Dezember 1977

TRANSKEI
Geändert hat sich nur der Name

In der unabhängigen Transkei herrschen weiter Armut und Apartheid-Folgen

Von Gerd Meuer

Am Wochenende feiert das einstmalige Bantustan Transkei seine „Unabhängigkeit" von der Republik Südafrika. Wenige Tage bevor das weiße Minderheitsregime in Pretoria das zweite Bantustan, Bophutatswana, am 6. Dezember ebenfalls in die „Unabhängigkeit" entläßt, beweist das Regime des Kaisers Matanzima in Umtata, daß es nicht mehr als ein schwarzes Spiegelbild der weißen Gewaltherrschaft ist.

Die Mannschaft um den Gewaltherrscher Chief Kaiser Matanzima hat wenig Grund zum Feiern, weil sie bis heute von keinem Staat außer Südafrika offiziell anerkannt worden ist; die staatliche „Unabhängigkeit" von der Ziehmutter Südafrika hat in der Tat mehr Probleme geschaffen als gelöst, vor allem was den rechtlichen Status für die Mehrheit der potentiellen Staatsbürger, die außerhalb der eigenen Grenzen leben, angeht. Und die in offiziellen Erklärungen herbeigeredete wirtschaftliche Entwicklung ist ausgeblieben. Die innerhalb der Landesgrenzen lebenden Bürger haben dies seit einem Jahr voll zu spüren bekommen, und mehr noch die Gewaltherrschaft der Regenten der eigenen Rasse, die den früheren weißen Herren kaum nachstehen.

Propagandisten des Matanzima-Regimes verweisen auf den Abbau der Apartheid, der früher gesetzlich festgeschriebenen Rassentrennung, in allen Lebensbereichen. Heute sind Hotels und Clubs für Menschen aller Rassen offen. Mitglieder der neuen Bourgeoisie haben sich in den ehemals rein weißen, vornehmen Wohnvierteln niedergelassen. Kinder von Ministern gehen sogar in ehemals „rein weiße Schulen". Die zwei wichtigsten Städte des Landes haben „sogar schwarze Bürgermeister". Solche Hinweise besagen jedoch weniger über den tatsächlichen „Fortschritt" bei der Integration der Rassen als vielmehr über die geradezu krankhafte Onkel-Tom-Haltung der herrschenden Bourgeoisie in der Transkei, die diese Vorgänge und Entwicklungen als „Fortschritt" begreift.

Die Propagandisten der Transkei, zu denen in der Bundesrepublik vor allem Politiker auf dem ganz rechten Flügel der CDU gehören, wissen auch zu berichten, daß die südafrikanische Polizei inzwischen nach Südafrika abgezogen ist. Was sie verschweigen, ist die Tatsache, daß die von Weißen aufgebaute – und im Hintergrund immer noch von Weißen dirigierte – Polizei Kaiser Matanzimas längst eine polizeistaatliche Gewaltherrschaft errichtet hat, die der des weißen Minderheitsregimes in der benachbarten Republik in nichts nachsteht.

Kaiser Matanzima hatte es schon frühzeitig öffentlich angekündigt, daß „Gewalt mit Gewalt beantwortet" werden würde. Als Gewalt bezeichnet das nie demokratisch legitimierte schwarze Minderheitsregime der Transkei auch die kleinste friedliche Demonstration von Schülern gegen die Bereitschaft der Transkei-Führer, das Spiel des „Teile- und -Herrsche" der Schwarzen Südafrikaner durch die weiße Minderheit mitzuspielen. Kaiser Matanzima führte prompt die Prügelstrafe für Rädelsführer unter den Schülern ein.

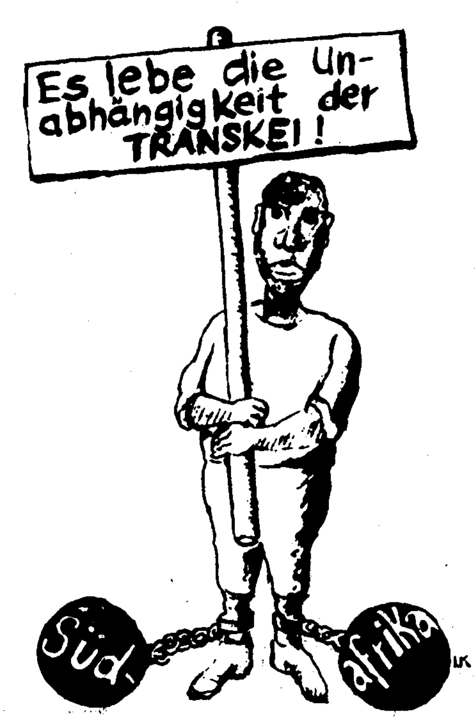
Der Führer der Oppositionspartei hat praktisch die ganze Zeit seit der Unabhängigkeit hinter Gittern verbracht. Eine Begründung hierfür ist bis heute nicht geliefert worden. Ein anderer prominenter Politiker, der von der Regierungspartei zur Opposition übergewechselt war, hat aus Angst das Land verlassen und ist nach Lesotho geflüchtet. Schon beiläufige Äußerungen in Hinblick auf eine spätere Reintegration der Transkei in ein geeintes Südafrika unter schwarzer Mehrheitsherrschaft stellen nach den geltenden Gesetzen Hochverrat dar und können mit der Todesstrafe bestraft werden.

Nicht selten behaupten Matanzima und seine Minister, daß die Transkei in vorderster Linie im „Kampf gegen den Rassismus" stehe. Tatsächlich hat das Regime in Umtata aber den schwarzen Befreiungsbewegungen Südafrikas jede Tätigkeit untersagt. Ebenso hat das Regime deutlich seine Opposition gegen die Bewegung des „schwarzen Bewußtseins" unter den städtischen Schwarzen innerhalb Südafrikas erkennen lassen.

Wie die anderen geplanten „schwarzen Heimatländer" leidet Transkei unter dem Geburtsfehler, ein schwarzes Ghetto für Frauen, Kinder und Alte darzustellen; denn die jungen, kräftigen arbeitsfähigen Männer leben außerhalb der nationalen Grenzen, als Gastarbeiter in den Minen, Industrien, auf den Farmen und in den Haushalten des weißen Südafrika. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt derart außerhalb des Landes.

Die rechtliche Position der Transkei-Bürger in Südafrika ist seit der „Unabhängigkeit" prekärer als je zuvor: Mit der Gewährung der „Unabhängigkeit" nämlich entzog Pretoria ihnen die südafrikanische Staatsbürgerschaft, wiewohl ihnen diese nur minimalste Rechte gewährte. Heute leben sie im weißen Südafrika als Bürger der Transkei, aber eben doch nicht als „Ausländer", etwa wie weiße, eingewanderte Ausländer. Als solche nämlich hätten sie mehr Rechte und wären nicht den entwürdigenden Gesetzen der Apartheid unterworfen.

Ist das Problem dieser mehrere hunderttausend zählenden Gastarbeiter schon schwerwiegend genug, so sind die Probleme des Regimes von Umtata noch dadurch gewachsen, daß Pretoria sich auch der „Unabhängigkeit" der



Transkei mehrere tausend „Transkeianer" gleichsam über Nacht zu entledigen versuchte, der „squatter" oder Slum-Bewohner am Armutsrand der Städte im westlichen Kap.

Wie schon so häufig in der Vergangenheit „löste" das weiße Minderheitsregime ein Slum-Problem dadurch, daß man über Nacht sogenannte „front-loaders" – keineswegs Bulldozer, wie die Autoritäten zynisch bemerkten – in Bewegung setzte, um die Slum plattzuwalzen. Pretoria stellte dann Lastwagen zur Verfügung, um die obdachlosen Familien in ihr „Heimatland" Transkei zu transportieren, das die meisten von ihnen nicht einmal kennen und in dem es weder Wohnung noch Arbeit für sie gibt.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Hotels und Schnapsläden in der Transkei heute fast ausschließlich Kaiser Matanzima und seinem Bruder George, dem Justizminister, gehören. Von anderen Ministern ist bekannt, daß sie sich zu minimalen Kosten in den Besitz der besten ehemals weißen Farmen gebracht haben. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren, und sie dürften sich mit jeder ausländischen Investition vermehren lassen. Denn ungeachtet des politischen Boykotts durch die westlichen Staaten gibt es eine Reihe westlicher Investoren, vornehmlich aus den USA und Frankreich, die „die politische Stabilität und das niedrige Lohnniveau" bei gleichzeitigem Vorhandensein des nahen südafrikanischen Absatzmarktes zu schätzen wissen. Vorbedingung für jede westliche Niederlassung ist natürlich, daß ein großes Stück des zu erwartenden Gewinnkuchens in den Händen der neuen Herren landet.

Für die Bevölkerung hat sich mit der vor einem Jahr erlangten „Unabhängigkeit" von Pretoria praktisch nichts geändert: Die Masse muß weiterhin ein Einkommen im Apartheid-Staat suchen, ist dort rechtlos wie eh und je geblieben, ihre Rechtlosigkeit ist eher noch gewachsen. Die im Lande lebende Minderheit des Volkes hat die Gewaltherrschaft des weißen Minderheitsregimes gegen die nicht minder effiziente Gewaltherrschaft der eigenen Rassenbrüder eingetauscht.

Verschlimmert hat sich die Lage beider Gruppen noch dadurch, daß in diesen Tagen ein weiterer schwarzer Kollaborateur, Chief Mangope von Bophutatswana, auf den Leim der weißen Politik des „Teile-und-Herrsche" geht – einer Politik, die vor allem bei konservativen politischen Kräften im Westen – und hier vor allem in der Bundesrepublik – zur Verteidigung des Apartheid-Regimes und dessen Rolle als „Verteidiger westlicher Interessen im südlichen Afrika" herangezogen wird.

aus: Frankfurter Rundschau, 28.11.1977

MEDIEN

Zur Abhängigkeit der 3. Welt von den Nachrichtenagenturen der Industrieländer

Auf verschiedenen Konferenzen der UNESCO (UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) wurden die Probleme der Massenmedien in der Dritten Welt besprochen. Die Delegierten der blockfreien Staaten und damit auch der unterentwickelten Länder strebten die Errichtung eines unabhängigen Medienpools der Dritten Welt an und warfen den Delegierten der westlichen Industrieländer die Absicht vor, die ungehinderte „Informationsdiktatur" westlicher Medien aufrecht erhalten zu wollen. Die westlichen Delegierten verwarfen die Bemühungen nach Eigenständigkeit als Versuch der staatlichen Reglementierung der „freien" Presse.

Auf dem Hintergrund der ergebnislosen UNESCO-Konferenzen faßten im August die blockfreien Staaten den Entschluß, einen e i g e n e n Nachrichtenpool zu gründen. Offensichtlich in der Hoffnung, eine führende Rolle in diesem Pool einzunehmen, bot sich die indische Nachrichtenagentur SAMACHAR als 'Austauschzentrale' an. 23 Länder beteiligten sich sofort an diesem Pool unter der Leitung der indischen Nachrichtenagentur. Doch schon Ende 1976 waren von den 23 Interessenten nur noch wenige übriggeblieben. Im September 1977 stellte der Medienpool (unter der Führung der SAMACHAR) seine Dienste endgültig ein (vergleiche dazu die NZZ-Meldung).
Vor diesem Hintergrund ist der folgende Artikel, der die Abhängigkeit der 3. Welt von den westlichen Nachrichtenagenturen analysiert, zu verstehen. (Zu dieser Problematik ist in den 'blättern' Nr. 66, Seite 59 f. und Nr. 61 Seite 7 ff. weiteres Material zu finden).

Red.

KOLONIALES ÜBERBLEIBSEL – OHNE APOSTROPH:

Zur Abhängigkeit der 3. Welt von den Nachrichtenagenturen der Industrieländer
Kommentar zur Meldung der „NZZ" vom 23.9.77

von Joe Kemptner

Eine kurze Meldung, scheinbar objektiv, wertneutral, von einer 'seriösen' Zeitung, wie man die „Neue Zürcher" öfters bezeichnet. Jedoch der Anschein trügt. Die Schadenfreude überden Fehlschlag von SAMACHAR verrät das Interesse, die Parteilichkeit. Der Apostroph (gleich doppelt, damit's besser hält) will eine Tatsache leugnen: das koloniale Überbleibsel Informationsabhängigkeit der „3. Welt" von wenigen Nachrichtenagenturen. Scheinbar Seriosität im Sold einer Freiheit weniger als Voraussetzung einer Unfreiheit vieler. Vorgebliche Objektivität als ein Instrument, einen berechtigten Anspruch zu verteufeln: Den Anspruch auf Selbstbestimmung, auch in der eigenen Wahl der Nachrichtenquellen.

Trivial, aber bitter wahr für viele 'dort unten': Wer Nachrichten vermittelt (macht, auswählt etc.), übt Macht aus. So oder so. Ein Land, das selbständig sein will, muß dies nicht nur in den Bereichen der Wirtschaft und Politik anstreben, sondern auch auf dem Gebiet der Information. Und da schaut's noch ziemlich düster aus für die 'Entwicklungsländer', vor allem auch im Bereich der internationalen Nachrichtenagenturen. Untersuchungen des internationalen Nachrichtenverkehrs ergaben: Zwischen den Großmächten

(USA und Sowjetunion) und den kleineren Staaten zwischen 'entwickelten' und (r)unterentwickelten Ländern findet ein höchst ungleicher Austausch von Informationen statt, häufig in der Form einer Einbahnstraße (1).
Über bestimmte Gebiete, Bevölkerungsgruppen, gesellschaft liche Prozesse und Politik wird nicht, selten oder nur 'frisiert' berichtet.

„Nachrichtenpool" der Dritten Welt ein Fehlschlag

Austritt Indiens

W. A. Delhi, 21. September

Der von den blockfreien Staaten Mitte letzten Jahres mit großem propagandistischem Aufwand ins Leben gerufene „Nachrichtenpool" droht sich als ein Fehlschlag zu erweisen, noch ehe der Meldungsaustausch richtig in Gang gekommen ist. Hatte sich damals namentlich Indien zum Fürsprecher einer solchen Organisation gemacht, um den als „koloniale Überbleibsel" apostrophierten internationalen Agenturen Paroli zu bieten, so wurde nun mitgeteilt, der Nachrichtendienst Samachar habe seine Telexverbindungen mit siebzehn anderen Agenturen der Dritten Welt eingestellt. Zur Begründung wurde auf eine angeblich hohe Verschuldung Samachars beim indischen Post- und Telegrafenamt verwiesen. Freilich war der Nachrichtenaustausch schon vor Monaten praktisch zum Stilstand gekommen.

(NZZ, 23.9.1977)

2/3 der in der Welt zirkulierenden Agenturnachrichten werden von US-Agenturen hergestellt; die vier führenden 'westlichen' Nachrichtenagenturen Associated Press (AP), United Press International (UPI), Reuters und Agence France Presse (AFP) sind die mit Abstand dominierenden Quellen für die Massenmedien in der „3. Welt" (deren nationalen Agenturen eingeschlossen) wie auch für Westeuropa und Nordamerika (2). Daneben ist noch die sowjetische Agentur TASS zu nennen, die in ihrem Einflußbereich das große Sagen hat. Diese hohe Abhängigkeit ließe sich auch für andere re Bereiche der Massenkommunikation (Film, Fernsehen etc.) aufzeigen. Erst unlängst wies Louis da Costa, Direktor von „Afrique Nouvelle" (Senegal) auf dem 11. Weltkongreß der „Internationalen Katholischen Presse-Union" (UCIP, Oktober 77 in Wien) darauf hin: diese fünf 'Multinationalen' nehmen nicht nur eine Monopolstellung ein und bestimmen durch ihre Macht den Informationsfluß, sondern gewichten die Informationen ungleich (fast völliges Fehlen der Länder der „3. Welt" in den Agenturmeldungen), verzerren und diffamieren sie. Damit es nicht bei Behauptungen bleibt, hier einige konkrete Beispiele:

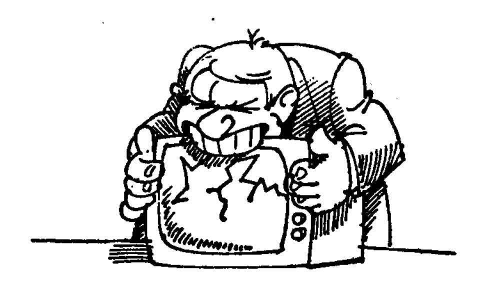
Die Ostafrikaner werden über westafrikanische Ereignisse meist nur von einem amerikanischen Agenturjournalisten von AP oder UPI informiert – und nicht von einer interafrikanischen Agentur. Aus dem französisch beeinflußten Teil Afrikas kommen kaum andere Meldungen in die anderen Regionen des Kontinents (und natürlich darüber hinaus) als die der Agence France Presse (3).

16 führende lateinamerikanische Zeitungen erhalten ihre (nicht auf Lateinamerika bezogenen) Weltnachrichten zu 4/5 von vier Agenturen (in folgender Reihung): UPI, AP, AFP und Reuter-Latin (von UPI und AP allein 60 % dieser Nachrichten!) (4). Der ganze eigene Kontinent ist diesen Zeitungen weniger Aufmerksamkeit wert als die USA: Ihre Leser erfahren mehr Nachrichten, die ihren Ursprung in den USA haben als jene in Lateinamerika. Ein weiteres Beispiel soll diese Einseitigkeit demonstrieren: Am 25.11. 1975 wurde Surinam (vormals niederländisches Guyana) offiziell unabhängig. Ein Land, immerhin so groß wie Ekuador oder Uruguay, 163 000 qkm, ca. eine halbe Million Einwohner, der Welt drittgrößter Bauxitproduzent. Keine der untersuchten Zeitungen schickte einen eigenen Korrespondenten hin, jede hatte die Meldung von der Staatsgründung Surinam's aus einer ausländischen Agentur (meistens von UPI). Die Hintergrundberichte am Tag vor der Gründung (in insgesamt nur 7 von 16 Zeitungen) trugen in 6 Fällen den UPI-Stempel, und dies ausschließlich.(5)

Was etwa von UPI politisch zu halten ist, dazu folgendes: Chile, Sommer 1973; der Streik der Transportunternehmer wurde in der Diktion der UPI ein Streik der Lastwagenfahrer; eine Demonstration wohlhabender Frauen gegen Verknappung von Waren, die sich Arbeiterfrauen ohnedies nie kaufen konnten, wurde als Beweis für den „Volkswiderstand gegen das Ellende-Regime" hingebogen. Durch die UPI-Brille wurde aus der damaligen Spannung in Chile ein Chaos: jeder warte nur auf „Ordnung". UPI gab über den Verlauf der Kämpfe im Vietnamkrieg Tag für Tag die Stellungnahmen des Saigoner Generalstabes (als wichtigste Bezugsquelle ihrer Nachrichten) in die Welt hinaus. Solche Beispiele ließen sich fortsetzen.

Wollen die Länder der „3. Welt" wirklich Unabhängigkeit erlangen, so müssen sie sich auch von der Herrschaft der 'westlichen' wie der sowjetischen Nachrichtenagentur loslösen. Auch wenn SAMACHAR kein echter alternativer Ansatz dazu gewesen sein mag (was hier dahingestellt sei), entscheidend ist: Die Staaten der „3. Welt" haben das Recht, ihren Informationsfluß selbst zu bestimmen. Wie sie das machen, ist ausschließlich ihre eigene Angelegenheit.

Joe Kemptner



Anmerkungen:

1) Tapio Varies: The impact of transnational corporations on communication. Tampere Peace Research Institute, Research Reports, Nr. 10, 1975 und: Kaarle Nordenstreng u. Tapio Varies: Television traffic – a one-way street? A survey and analysis of the international flow of television programme material. UNESCO, Paris 1974
2) „CERES" (Zeitschrift der FAO). Rom. Nr. 47, Sept.-Okt. 75, S. 43
Die „Austria Presse Agentur" (APA) bezog im Jahre 1975 von nur vier ausländischen Nachrichtenagenturen (in der Reihenfolge: Deutsche Presse Agentur (dpa), AP, Reuter und AFP) 96,6 Prozent der Auslandsmeldungen – Signitzer, Benno et al: Massenmedien in Österreich, Wien 1977, S. 66 (Verlag Internationale Publikationen Ges.mbH)
3) Vgl. dazu „Süddeutsche Zeitung" vom 8.11.1976, S. 3 und Ceres Nr. 47
4) „Development Dialogue" (hrsg. von der Dag Hammerskjold Foundation), Uppsala, Nr. 2/1976, S. 32; Untersuchungszeitraum: 1 Woche im Nov. 75
5) ebenda, S. 36

DOKUMENT

Memorandum westdeutscher Theologen zur Kampagne gegen die Theologie der Befreiung

Wir drucken das folgende Dokument ab und gehen kurz auf die darauf erfolgten Reaktionen ein, weil wir es für einen wichtigen Anstoß zur Kritik der Politik der katholischen Kirche in der Bundesrepublik gegenüber der 3. Welt halten. Es greift einige Tendenzen der Arbeit von ADVENIAT und Bischof Hengsbach an, die geeignet scheinen, die zunehmende Umorientierung großer Teile der Kirche in Lateinamerika im Sinne des Kampfs gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu gefährden bzw. zu behindern.

Red.

17.11.1977

Die Belege dafür mehren sich, daß die seit langem von einflußreichen Kreisen der katholischen Kirche der Bundesrepublik geführte Kampagne gegen die Theologie der Befreiung und viele ihr nahestehende Bewegungen der lateinamerikanischen Kirche mittlerweile so scharfe Ausmaße angenommen hat, daß ein öffentlicher und nachdrücklicher Protest unumgänglich erscheint. Die Unterzeichnenden sind der Überzeugung, daß dieser wenig brüderliche Angriff sowohl die seit Medelin (1968) in Gang gekommene unabhängige kirchliche Entwicklung Lateinamerikas zu gefährden als auch Theologen und Bischöfe der einzelnen Nationalkirchen zu spalten droht. Im folgenden sollen einige Aspekte dieser Kampagne verdeutlich, insbesondere aber auf das verhängnisvolle Bündnis zwischen der Führungsspitze des bischöflichen Hilfswerkes Adveniat und dem in Lateinamerika als erklärter Feind der Theologie der Befreiung bekannten Pater Roger Vekemans aufmerksam gemacht werden.

1. In Medellin (1968) hatten die lateinamerikanischen Bischöfe eine klare Haltung zugunsten der Befreiung der Völker ihres Kontinents aus jahrhundertelangem Elend, Abhängigkeit und Entmündigung angenommen und sich vorbehaltlos für die Abschaffung ausbeuterischer und ungerechter Verhältnisse ausgesprochen. Umso erstaunlicher ist es, daß gerade gegen die Theologie der Befreiung, welche diesen entscheidenden und weltweit beachteten Aufbruch von Medellin mit vorbereitet und getragen hat, in Verbindung mit kirchlichen Stellen, welche gerade der Entwicklung Lateinamerikas dienen sollen, eine Kampagne inszeniert wird. Eine treibende Kraft dieser Kampagne ist R. Vekemans, derzeit Direktor des Studienzentrums für die Entwicklung und Integration Lateinamerikas (CEDIAL) in Bogota (Kolumbien). Vekemans ist nicht nur durch seine unermüdliche Tätigkeit gegen die Theologie der Befreiung auf verschiedenen Schauplätzen in Lateinamerika und in Europa hervorgetreten, sondern ist auch durch den in der Presse gegen ihn erhobenen Vorwurf, vom CIA Unterstützung in Millionenhöhe zur Durchsetzung einer Politik in Lateinamerika erhalten zu haben, ins Zwielicht geraten (vgl. The Washingthon Star, July 23, 1975; Le Monde vom 25. und 27./28. Juli 1975). Für viele Priester und Christen Lateinamerikas steht fest, daß Vekemans nicht nur gewichtige finanzielle Zuwendungen von kirchlichen Organisationen wie z.B. Adveniat erhalten hat, sondern daß sein Einfluß und seine Schlüsselrolle in vielen Gremien und Organisationen bewirkt, daß Gruppierungen (wie z.B. das Opus Dei), die seiner Politik förderlich sind, unterstützt werden, während vielen, die für die Selbstbefreiung der Armen und Unterdrückten arbeiten, eine ebenso großzügige Unterstützung versagt bleibt.

Auf seiten des lateinamerikanischen Episkopats wird die Kampagne gegen die Theologie der Befreiung vor allem unterstützt von den kolumbianischen Weihbischöfen A. Lopez Trujillo (Bogota) und D. Castrillon (Pereira).Lopez Trujillo kann dabei insofern ein großes Potential einsetzen, als er zugleich Sekretär der lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM) ist. Auf deutscher Seite sind insbesondere Bischof Hengsbach von Essen, Mitglieder des Leitungsteams von Adveniat sowie die Professoren Weber Rauscher und Bossle innerhalb dieser Kampagne hervorgetreten. Die genannten Beteiligten haben sich seit längerem als sogenannte Studienkreis „Kirche und Befreiung" etabliert.

2. „Der deutschsprachige und lateinamerikanische 'Studienkreis Kirche und Befreiung' ist – nach einer Pressemitteilung von Bischof Hengsbach – im Laufe des Jahres 1973 entstanden. Der Entschluß zu seiner Gründung wurde bei einer Begegnung des Adveniat-Vorsitzenden Bischof Hengsbach mit einer Gruppe lateinamerikanischer Bischöfe und Theologen im Februar 1973 in Bogota gefaßt. Bisher hat sich der Studienkreis im Oktober 1973, im Juni 1974 und im April 1975 jeweils in Mühlheim/Ruhr getroffen" (KNA Nr. 53, 4. März 1976). Aus diesen Treffen sind bisher vier Publikationen hervorgegangen, als deren Herausgeber-Gruppe F. Hengsbach, A. L. Trujillo, L. Bossle, A. Rauscher, W. Weber auftreten.

3. Dieser Studienkreis organisierte vom 2. bis 6. März 1976 in Rom ein aufwendiges und großenteils aus Mitteln, die die deutsche Kirche beschafft hatte, finanziertes Kolloquium, welches unter der Leitung der Bischöfe Hengsbach und Lopez Trujillo stand. Zu den Hauptreferenten der Tagung zählten neben den Leitern vor allem Castrillon, Vekemans, Rauscher und Weber. Unter den Beobachtern und Diskutanden befanden sich zahlreiche Vertreter der führenden Gremien des deutschen Katholizismus.

Einen Überblick über die Zusammensetzung des Kolloquiums, Tagungsthemen und Referate vermittelt eine Dokumentation, die vom Centre Oecumenique de Liaisons Internationale, Paris 1976 herausgegeben wurde. Da der deutsche Tagungsbericht bisher noch nicht vorliegt, wird vor allem auf diese Dokumentation Bezug genommen.

Die Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, „jede Umdeutung des christlichen Glaubens in ein soziales oder politisches Programm ... zu verhindern"(KNA Nr. 53, 4. März 1976).

Zu den Hauptfeinden wurden die Theologie der Befreiung und die ihr nahestehende Bewegung der „Christen für den Sozialismus" erklärt, wobei beiden vorgeworfen wurde, sich Erkenntnisse der marxistischen Gesellschaftsanalyse zu eigen gemacht und dadurch zur Aushöhlung des Glaubens beigetragen zu haben.

Wer noch im Tagungsthema „Der gesellschaftliche Auftrag der Kirche – zwischen christlicher und säkularisierter Hoffnung" den Hinweis auf eine argumentative Auseinandersetzung vermutet hatte, wurde durch die in aggressiver und vielfach verunglimpfender Weise vorgetragenen Beiträge enttäuscht. In einem ca. 80 Seiten umfassenden Bericht über die weltweite Ausbreitung der Theologie der Befreiung gibt R. Vekemans im Teil 2. C seiner Ausführungen folgende Kennzeichnung: „Die jetzige Ausbreitung (derTheologie der Befreiung) geschieht durch Ansteckung, wobei sich die Träger des Bazillus vermehren." Bei dieser Art des Umgangs mit theologischen Gegnern ist es verständlich, wenn G. Casalis schreibt: „Alles dies steht im Dienst einer einzigen These, eines immer wiederkehrenden Slogans: Befreiungstheologie und Christen für den Sozialismus sind Verbündete des Feindes und seine besten Agenten zur Infiltration der „freien Welt". Der Bazillus und seine Träger müssen zerstört werden, bevor sie alles angesteckt haben. Dieser Appell an die weltliche Instanz dürfte schnell gehört werden." (IDOC, New Series, Bulletin, Nr. 1-2, Rom 1977)

Wie verseucht die Sprache der Auseinandersetzung mittlerweile selber ist und wie ansteckend sie wirkt, belegt das Vorwort von W. Weber zu dem Band „Irrwege des religiösen Sozialismus" (1977), wo er, die Ausdrucksweise Vekemans übernehmend, einen Vergleich zwischen dem religiösen Sozialismus und den Christen für den Sozialismus anstellt: „Der religiöse Sozialismus ... war zugleich kirchen- und gesellschaftskritisch eingestellt. Dasselbe gilt von den Christen für den Sozialismus, die, Anfang der siebziger Jahre von Chile ausgehend, inzwischen Metastasen in vielen Teilen der Welt gesetzt haben." (S. 8)

Während auf der Tagung den kritischen europäischen Theologen besonders der politischen Theologie, erneut das Entstehen der Theologie der Befreiung mitangelastet wird, wobei darauf hingewiesen wird, daß einflußreiche Vertreter der Theologie der Befreiung selber von Europa nach Lateinamerika kamen, empfiehlt Msgr. Castrillon seinerseits eine andere Kooperation: „zwischen der soliden Theologie Europas und der seelsorglichen Lebendigkeit Lateinamerikas" (KNA Nr. 54, 5. März 1976). Nach dem Kongreß in Rom bleibt der Eindruck, daß solide Theologie mit Verdächtigung der Theolo-

gie der Befreiung und lebendige Seelsorge mit Kampf gegen sozial engagierte Gemeinden und Bewegungen verwechselt wird.

4. Wie lebendig in Lateinamerika das Bewußtsein davon ist, welcher Schaden seinen Völkern und seiner Kirche bei ihrem Kampf um einen unabhängigen Weg in freie Selbstbestimmung durch diese militante Agitation zugefügt wird, zeigt ein Protestschreiben einer Grsppe von „Priestern für Lateinamerika" (SAL), adressiert unter anderem an Kardinal Marty von Paris, den Generaloberen der Jesuiten P. Arrupe und den Präsidenten der CELAM. In diesem Schreiben heißt es im Blick auf Vekemans: „Schlimm sind auch die Auswirkungen seiner Veröffentlichungen, die unter dem Deckmantel von Wissenschaftlichkeit und Christentum sich als Instrumente des Wandels und der Befreiung ausgehen. ... Darüber hinaus hat Roger Vekemans größte Verachtung gegenüber den Völkern Lateinamerikas, ihren Werten und Möglichkeiten gezeigt, wie ein Brief, den er vor einigen Jahren an die Universität Löwen schickte, beweist." (Bogota, 24. September 1975) Die Gruppe SAL verlangt in diesem Schreiben weiterhin, daß eine Untersuchung der Verleihung internationaler Hilfen aus kirchlichen Mitteln eingeleitet wird, da der begründete Verdacht besteht, daß kirchliche Gelder zu imperialistischen Zielen und zur Unterdrückung der völker mißbraucht werden.

5. Wie Bischof Jose Dammert Bedillo von Cajamarca (Peru) die vor allem durch bundesrepublikanische Autoren vorgenommenen schlechten Benotungen der Theologie der Befreiung einschätzt, soll durch den Auszug aus einer Stellungnahme verdeutlich werden, die er zu der Schrift von W. Repges, „Christen in Lateinamerika" (= Heft 17 der Schriftenreihe Dokumente/Projekte von Adveniat) gemacht hat: „Der Autor kritisiert die Theologie der Befreiung, weil sie nach seiner Meinung die christliche Freiheit vergißt, die man nach Paulus auch in Fesseln besitzen kann. Ich lebe mitten unter Andenbauern, die schon seit vorspanischen Zeiten unterdrückt werden, und ich weiß sehr wohl, daß diese Bauern trotz ihrer materiellen Ausbeutung ihr persönliches Selbstverständnis zu wahren wissen. Wenn sie sich dank der Theologie der Befreiung auch von physischen Fesseln, die sie ungerechterweise tragen, befreien können, wird es ohne Zweifel eine Gnade Gottes sein. Der Autor macht es sich sehr einfach, wenn er seine Schrift mit einem lyrischen Aufblick zu 'Jesu Kreuz und Heil' abschließt, ein Kapitel, das er von einem bequemen Botschaftssessel oder von Europa aus schreibt, während Christen und Nichtchristen wegen ihrer Ideen verfolgt und gefoltert werden." (Informationen aus Cajamarca, Nr. 10, Februar 1976).
Welche erschütternde Ausmaße z.B. diese Unterdrückungssituation in Brasilien angenommen hat und wie die brasilianischen Bischöfe diese Situation analysieren und verurteilen, dokumentiert ihr weltweit beachteter mutiger Hirtenbrief vom Oktober 1976.
Sowohl die Bischöfe in Peru als auch die brasilianischen Bischöfe können daher nicht im Sinne der hier beklagten Kampagne marxistischer Umtriebe verdächtigt werden. Vielmehr stehen Hochschätzung der Theologie der Befreiung und selbstloser Kampf für die ihnen anvertrauten Christen eng beieinander. Ähnliches ließe sich wohl auch vom Episkopat der meisten lateinamerikanischen Länder nachweisen.

6. Nach der Rückkehr von seiner fünften Lateinamerikareise am 12. Mai 1977 gibt Bischof Hengsbach vor der Presse in Essen folgende Wertung: „Die sogenannte Theologie der Befreiung führt ins Nichts. In ihrer Konsequenz liegt der Kommunismus. Revolution ist kein Weg zur Besserung der Verhältnisse." (KNA Nr. 111, 13. Mai 1977) In derselben Presseerklärung kündigt Hengsbach weitere Tagungen des Studienkreises Kirche und Befreiung an und läßt durchblicken, daß die für 1978 in Mexiko geplante lateinamerikanische Bischofskonferenz sich mit Fehldeutungen der Beschlüsse von Medellin wird befassen müssen. Viele Bischöfe Lateinamerikas äußerten bereits die Besorgnis, daß sich hinter solchen Andeutungen die Tendenz verbirgt, die gesamte Bischofskonferenz zur Übernahme der im Kreis um Lopez Trujillo vorbereiteten Verurteilung der Theologie der Befreiung zu bewegen.
Auffallend ist nicht nur der Widerspruch, in dem sich Hengsbach gegenüber den meisten lateinamerikanischen Bischöfen befindet.
Im Kontext der zitierten Äußerungen von Hengsbach wird dem deutschen Publikum ebenfalls, und zwar kommentarlos, mitgeteilt, daß die Regierung Boliviens dem Bischof während seiner Reise den höchsten bolivianischen Verdienstorden „Condor der Anden" verliehen hat. Das deutsche Publikum wird dabei euphemistisch über di e Tatsache hinweggeleitet, daß an der Spitze dieser Regierung der berüchtigte Diktator Banzer steht. Diese Ordensverleihung erhält geradezu groteske Züge, wenn man sie vor dem Hintergrund eines 1975 bekanntgewordenen Dokumentes des CIA betrachtet, in dem der bolivianischen Polizei eingeschärft wird: „Man soll sich nicht an der Kirche als Institution und noch viel weniger an der Gesamtheit der Bischöfe vergreifen, sondern einzig und allein etwas gegen den fortschrittlichen Sektor der Kirche unternehmen. Es muß gezeigt werden, daß diese Christen den bewaffneten Kampf predigen, mit dem internationalen Kommunismus verbunden sind und nach Bolivien geschickt wurden mit dem einzigen Ziel, die Kirche dem Kommunismus zuzuführen." (ICI 482, 15. Juni 1975).

7. Angesichts der hier ausgebreiteten Belege für eine militante Kampagne gegen Theologie der Befreiung und die mit ihr verbündeten sozial engagierten Kräfte der Kirche Lateinamerikas können die Unterzeichnenden ihre Bestürzung nicht länger verbergen.

Wie ist es möglich, daß verständliche Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Theologen in der Kirche zu einer solchen Verunglimpfung der Gegenseite führen? Wo bleibt das Verständnis für den allenthalben gepriesenen Pluralismus in der Kirche, wo die Berücksichtigung des sonst in kirchlichen Kreisen so oft bemühten Kriteriums der Ausgewogenheit? Warum wurde bisher auch nicht an einer einzigen Stelle vom Studienkreis Kirche und Befreiung ein wirklicher Dialog mit den Vertretern der Theologie der Befreiung gesucht? Wäre die Annahme absurd, aus Mitteln der deutschen Kirche, vielleicht sogar von Adveniat, könnte auch einmal ein internationaler Arbeitskreis für die Theologie der Befreiung finanziert werden? Wie sollen die deutschen Katoliken Widersprüche deuten wie den, daß Mitarbeiter von Misereor zur gleichen Zeit in Brasilien verhört werden, wo die Führungsspitze von Adveniat erklärt, daß die Unterdrückung an Ort und Stelle keine bedrohlichen Ausmaße hätte? Sind sich die Kräfte der deutschen Kirche, die diese Kampagne gegen die Theologie der Befreiung unterstützen, wirklich bewußt, wessen Interessen sie dabei vertreten, welchen Schaden sie der lateinamerikanischen Kirche zufügen, wieviel neues Leid sie über viele Priester und Gläubige, die schon hart genug unter dem Moch der Militärdiktaturen leiden müssen, durch ihr Verhalten bringen?

Wir können nicht ruhig hinnehmen, daß gerade die deutsche Kirche wieder einmal in den bösen Verdacht gerät, es mit den





Mächtigen zu halten und bewußt oder unbewußt das menschenfeindliche Verhalten sich christlich nennender Diktatoren zu übersehen oder aus taktischen Gründen umzudeuten. Wir fordern daher auf das enschiedenste einen sofortigen Abbruch jeglicher Unterstützung der Kampagne gegen die Theologie der Befreiung.

Erstunterzeichner:
Karl Rahner SJ, Johann Baptist Metz, Norbert Greinacher, Herbert Vorgrimler, Walter Dirks, Hans Zwiefelhofer SJ
Zweitunterzeichner:
hundert weitere Theologen, unter ihnen Ernesto Cardenal

Die Reaktion von Amtskirche, ADVENIAT und anderen „Betroffenen" war einhellig in der Zurückweisung der Vorwürfe. Dem kam zugute,

1. daß in der Öffentlichkeit der Wortlaut des Memorandums praktisch unbekannt war (und dementsprechend „freizügig" der Text inter-pretiert werden konnte) und
2. daß im Memorandum vor allem auf den „Studienkreis Kirche und Befreiung" eingegangen wurde und von dort nur über Personenverbindungen (wie Bischof Hengsbach z.B.) die Einschätzung von ADVENIAT versucht wurde.

Einige kurze Stichworte aus Stellungnahmen:

ADVENIAT berief sich darauf, daß für seine Hilfe „maßgebend ... die von den lateinamerikanischen Bischöfen und Bischofskonferenzen eigenständig erarbeiteten Pastoralpläne und Schwerpunktprogramme"sind. Danach wird eine Differenzierung der „Theologie der Befreiung" in marxistische und nichtmarxistische Strömungen gemacht, die erstere („einseitige politische Instrumentalisierung der Kirche..) wird von ADVENIAT natürlich nicht unterstützt. Dann wird betont, ADVENIAT habe den „Studienkreis" weder gegründet noch finanziere es ihn, Thema des „Studienkreises" seien die „Fragen ... , die sich aus den ... Bedenken gegenüber den marxistischen Strömungen innerhalb der Befreiungstheologie ergeben". Zuletzt wird behauptet, daß ADVENIAT „das befreiende Engagement der Kirche in Lateinamerika zugunsten der Armen und Ausgebeuteten tatkräftig unterstützt", als Beleg dafür werden einige von ADVENIAT unterstützte fortschrittliche Bischöfe angeführt.
Die katholische Nachrichtenagentur zitierte Kardinal Lorscheider, den Präsidenten des Lateinamerikanischen Bischofsrates, der ADVENIAT überschwenglich für die geleistete Hilfe dankte.
In Kirchenzeitungen (Köln, München) wurde – offenbar aus Angst um eine Verunsicherung der Spender – zu groberem Geschütz gegriffen: Als „plumpe Attacke ohne jede Grundlage", „Unverschämt und wider besseres Wissen" und gar „Terror gegen ADVENIAT" wurde das Memorandum abgekanzelt.
Professor Weber vom „Studienkreis Theologie und Befreiung" schließlich bestritt die Vorwürfe des Memorandums, bestätigte aber die Arbeit gegen die von ADVENIAT erwähnte marxistische „Variante" der Theologie der Befreiung.
Die Vorwürfe des Memorandums wurden durch die Entgegnungen nicht widerlegt (oftmals wurde gar nicht auf ihren Kern eingegangen.) Allerdings konnte durch ihre fehlende Konkretisierung (in einzelnen Projekten von ADVENIAT etwa) durch die Aufzählung von Gegenbeispielen durch ADVENIAT die Begründetheit des Memorandums vor einem Teil der Öffentlichkeit in Zweifel gezogen werden. Die Beweisführung über die Verbindung von ADVENIAT etwa mit der reaktionären Katholikenorganisation „opus dei" (sie stellte einige Minister in spanischen Kabinetten während der Franco-Diktatur) wird noch zu bearbeiten sein.

bm

NICARAGUA

Informationsbüro in der BRD eröffnet

Die Diktatur der Somozas in Nicaragua begann mit dem Tag, an dem ihr einziger gefährlicher Gegenspieler ausgeschaltet wurde: am 21. Februar 1934 mit dem Mord an A. C. Sandino.

Nach dem Tod von Anastasio Somoza Garcia (durch ein Attentat in Leon/Nic.) folgten seine Söhne Luis Somoza Debayle und Anastasio Somoza Debayle.

Die Somozas haben besonderes Geschick bewiesen, sich problemlos an der Macht zu halten. Immer wieder haben sie Wahlen stattfinden lassen, ihre eigene Opposition finanziert und Strohmänner an die Regierung gelassen, wenn die innere Unruhe wuchs.

Neben der politischen Macht brachten sie 50 % der Reich-

tümer des Landes an sich. Die „Modernisierung" des Landes wurde zum Nutzen des Somoza-Clans und der kleinen Gruppen der Großgrundbesitzer betrieben.

Das Besondere von „Somoza-Land" liegt darin begründet, daß eine einzige Familie ihr militärisch abgesichertes Herrschaftsmonopol dazu benutzt, weite Bereiche der Volkswirtschaft in einer privaten Holding-Gesellschaft zu halten. Der Somoza-Clan soll, nach ungesicherten Schätzungen, ein Privatvermögen von etwa zwei Milliarden DM zusammengerafft haben: Vieh-Haziendas, Baumwoll-, Kaffee- und Zuckerplantagen (insgesamt etwa ein Drittel des kultivierten Grundbesitzes, wobei die Schätzungen erheblich differieren), Goldminen, Brauereien, Textilfabriken, Bau- und Transportunternehmen, die nationale Fluggesellschaft LANICA und die Schiffahrtslinie MAMENIC, Hafenanlagen, die Generalvertretung von Mercedes-Benz und so weiter. In den Händen der Somozas konzentriert sich ein Großteil der industriellen Produktionsmittel, 1971 zum Beispiel besaßen oder kontrollierten sie 117 Industriebetriebe.

Somoza kontrolliert durch seine politische Macht neben Privatbanken die staatlichen Entwicklungs- und Finanzierungsinstitutionen und damit die Kreditvergabe. Um den Somoza-Clan, der seit 1937 mit kurzen Unterbrechungen auch den Präsidenten stellt, schart sich neben den anderen Großgrundbesitzern das Auslandskapital, das sich an der Ausbeutung von Land und Leuten beteiligt. Die Kapitalunion, die die Somoza-Dynastie mit zumeist US-amerikanischen Investoren eingegangen ist, macht die Familie zum besten Verbündeten der USA in Mittelamerika. Die Familie sichert ihre Herrschaft durch die Guardia Nacional, eine öffentlich finanzierte Privatarmee, die jede Opposition mit rücksichtlosen Methoden zerschlägt. Die Familie Somoza hat das Land Nicaragua zum Inbegriff der Rückständigkeit und politischen Reaktion gemacht.

Wichtigste ausländische Konzerne in Nicaragua: Esso, Texaco, ICI, Bracon Manufacturing, Westinghouse, Electric, Nestle, Tenessee Corporation, Occidental Petroleum, NIPCO, Standard Fruit, Consolidated Foods Corp., Siemens, Hoechst, Bayer usw.

Aktuelle Lage

In einem Land, in dem die sozialen Lasten immer von der breiten Volksschicht getragen werden, geschieht die Eigentumsverteilung stets zugunsten der oberen Schicht und letztlich, um die soziale Ungleichheit und zunehmende Verarmung des Volkes aufrechtzuerhalten. Da ist die institutionalisierte Gewalt ein konstitutives Element der Somoza -Politik und bleibt „violencia" die zwangsläufige Folge einer auf Gewalt beruhenden Gesellschaftsordnung.

Heute gibt es in Nicaragua Tausende von politischen Gefangenen, die oft spurlos verschwinden. Ganze Familien, die verdächtigt werden, Befreiungsbewegungen zu unterstützen, werden ausgerottet. So gibt es abgeschirmte Konzentrationslager in vielen Orten Nicaraguas (Siquia, Mamelizi, Amatillo, Ococona, Waslala, Rio Blanco), um in Ruhe mit solchen „Terroristen" fertig zu werden. Folter, Vergewaltigung und andere psychische und physische Mißhandlungen sind seit 44 Jahren Alltag in Nicaragua.

Die Behörden haben trotz Pressezensur nichts dagegen, daß hin und wieder in den Presseorganen des eigenen Landes darüber berichtet wird; eine besondere Variante, die Menschen einzuschüchtern und eine Art Demokratie nachzuweisen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß diese Diktatur in der Krise steckt. Der Widerstand wächst, in der Armee scheinen Machtkämpfe ausgetragen zu werden, und die internationale Öffentlichkeit wird auf die Situation in Nicaragua aufmerksam. Das Schweigen ist durchbrochen.

Auch in den USA haben sich Demokraten und andere fortschrittliche Kräfte im Kongreß und in den Massenmedien zu Wort gemeldet. Die Absetzung des Diktators, die Beendigung der Tyrannei sind Forderungen, die heute lauter denn je sowohl in Nacaragua als auch in anderen Ländern gestellt werden. Eine baldige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen könnte möglich sein, wenn die Diktatur Somozas nicht länger durch ausländische Wirtschafts- und Militärhilfe gestützt würde. Daran ist auch die Bundesrepublik direkt und indirekt beteiligt.

Selbst in den USA gibt es Anzeichen, die auf Einstellung dieser Hilfen hindeuten. Es ist die Pflicht aller Demokraten, diese sich anbahnende Entwicklung mit allen Mitteln zu unterstützen. Somoza ist nur im Schatten des Schweigens und der Unkenntnis der Situation in Nicaragua denkbar.

Opposition

Innerhalb Nicaraguas muß sich das Somoza-Regime heute einer weitgehenden Isolation gegenübersehen. Die Forderungen auch liberaler Kreise nach Veränderung sind dringlicher geworden; die Kirchen haben sich eindeutig auf die Seite des Volkes gestellt, das seit vierzig Jahren von jeder Teilnahme an der nationalen Entwicklung ausgeschlossen ist. Bereits 1972 gab es eine deutliche Erklärung der nicaraguanischen Bischöfe zur nationalen Situation; Studenten und Intellektuelle sympathisieren offen oder heimlich mit der „Frente Sandinista de Liberacion Nacional", der Untergrundorganisation, die durch ihre Aktionen weltweit auf dies Unrechtssystem aufmerksam machen möchte. Eine Gruppe von Priestern und Schriftstellern reiste 1977 in die USA, um Kongreßabgeordnete und die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß Somoza ohne die Hilfe der USA längst die Macht in Nicaragua hätte abgeben müssen. Ihre Forderungen konzentrieren sich au folgende Punkte:

1. Abzug der Militärberater, des technischen Personals aus dem Gebiet der Republik Nicaragua, da ihre Anwesenheit der Aufrechterhaltung des Regimes dient und sich gegen das Volk richtet.
2. Einstellung der Lieferung von Waffen, Munition und technischem Gerät.
3. Einstellung aller Finanzierungshilfen für die Guardia Nacional und die Familie Somoza. Denn jede militärische Hilfe dient der Unterdrückung der Bürger Nicaraguas und vermehrt Not, Terror und Leiden.
4. Einstellung aller Kredit- und Spendenzahlungen, sowohl von Seiten der US-Regierung und ihrer Vertretungen, als auch von Seiten internationaler Finanzierungsorganisationen.

(einen kurzen Artikel über Nicaragua und ein Interview mit einem Offizier der Streitkräfte von Nicaragua brachten wir in den „blätter" Nr. 62)

Um über dieses Land in Zukunft mehr Informationen zu verbreiten, wurde ein Informationsbüro gegründet:

Anschrift:

Büro Nicaragua
c/o Angelika Pappe,
Ravensberger Straße 149;
D-5600 Wuppertal 1

Konto für Spenden und Informationsmittel: Angelika Pappe (Sonderkonto Nicaragua) Deutsche Bank, Essen, Konto Nr. 643/1829.

LANDWIRTSCHAFT IN DER DRITTEN WELT

Stategien zur Überwindung des Hungers

Auf den Themenblock in den „blättern" Nr. 66 „Landwirtschaft in der Dritten Welt – Hunger aufgrund kapitalistischer Unterwerfung", der den Versuch einer Analyse der Welternährungslage unternommen hatte, folgt in diesem Heft eine Reihe von Artikeln, die mögliche Strategien zur Überwindung der gegenwärtigen Situation untersuchen.
Im letzten Heft waren wir zu dem Schluß gekommen, daß der Hunger in weiten Teilen der Welt weniger technische, als vielmehr soziale Ursachen hat, daß er bedingt ist durch unterschiedliche Verfügungsmacht über landwirtschaftliche Ressourcen: Historisch wurde durch die Kolonialisierung der abhängigen Länder auch deren Landwirtschaft in das kapitalistische Weltsystem einbezogen, was zur Folge hat, daß Nahrungsmittel in der Dritten Welt überwiegend für städtische und ausländische Märkte, weniger aber für die Bedürfnisse der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung produziert werden – eine Tendenz, die durch die Aktivität multinationaler Konzerne noch verstärkt wird. Das Resultat heißt bedrohliche Knappheit an Grundnahrungsmitteln, ja Unterernährung für etwa die Hälfte der Weltbevölkerung.
In der Öffentlichkeit der Industrieländer werden Welternährungsprobleme dagegen meist als Problem einer zu wenig leistungsfähigen Landwirtschaft diskutiert. Als Folge dieser Einschätzung werden dann in akuten Hungersnöten Lebensmittelsendungen in die betroffenen Länder geflogen, während man sich langfristig bemüht, die Landwirtschaft der Entwicklungsländer mit Kunstdünger, neuem Saatgut, Schädlingsbekämpfungsmitteln, modernen Maschinen und technischer Beratung aufzupäppeln, sprich: „leistungsfähiger" zu machen.
Wenn aber, wie wir im letzten Heft gesehen haben, Unterernährung vor allem durch soziale und ökonomische Ungleichheit bedingt ist, dann reicht es nicht, in die Landwirtschaft modernes Saatgut oder Düngemittel hineinzupumpen oder einen geringen Teil landwirtschaftlicher Nutzflächen an die Allerärmsten zu verteilen. Das ist der Grundgedanke der folgenden Artikel. Den Aspekt des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer untersucht der Artikel über Mechanisierung und Grüne Revolution. Er zeigt darüber hinaus, daß durch die hemmungslose Übertragung von Technologien der Industrieländer eine wirkliche Entwicklung der abhängigen Länder eher gehemmt als gefördert wird, da sich die Abhängigkeit über diesen Technologieimport nur verstärkt.
Aber auch Agrarreformen, in deren Verlauf Land umverteilt wird und Bauern Genossenschaften bilden, sind unter kapitalistischen Vorzeichen, d.h. unter prinzipieller Beibehaltung der alten Produktionsverhältnisse, zum Scheitern verurteilt, wie die Artikel zu Agrarreformen im Kapitalismus einmal in mehr theoretischer Form, einmal am Beispiel Perus und einmal in einem Ländervergleich zwischen verschiedenen Ländern der Karibik aufzeigen.
Daß schließlich der Einbau der Landwirtschaft in ein weltweites Marktsystem unter Kontrolle der multinationalen Konzerne die Hungerprobleme nicht löst, sondern im Gegenteil die aktuelle Situation noch weiter verschärft, wurde bereits im letzten Heft gezeigt.
Wenn aber technischer Fortschritt, Landverteilung, Einbau in ein weltweites Marktsystem keine Lösungen der „Ernährungskrise" darstellen, welche Möglichkeiten einer Veränderung gibt es dann? Was sind die Bedingungen für eine sozialistische Agrarreform, die tatsächlich im Dienste der arbeitenden Bevölkerung stattfindet? Diesen Aspekt haben wir nicht ganz so ausführlich behandeln können, wie wir es ursprünglich vorhatten; da es uns an Beispielen für erfolgreiche Agrarreformen mangelte, haben wir es in diesem Themenblock bei einem eher theoretisch orientierten Artikel belassen. Als Ergänzung haben wir den Bericht eines Bauern aus einem chinesischen Dorf von 1962 dazugenommen. Zusammen mit den Bemerkungen über Kuba in dem Artikel über die Landwirtschaft in der Karibik sollen diese beiden Beiträge eine Diskussion über die Bedingungen und Möglichkeiten einer sozialistischen Agrarreform ermöglichen, an deren Weiterführung wir sehr interessiert sind.
Abschließend einige Literaturhinweise zu Themen, die im Rahmen dieses Blocks nicht näher berücksichtigt werden konnten, die uns aber dennoch wichtig scheinen:
Zu den in den letzten Jahren besonders von der Weltbank geförderten Entwicklungsprojekten speziell für Kleinbauern vergleiche Ernest Feders ausführliche Analyse in: blätter des iz3w Nr. 52; zu Problemen der Nahrungsmittelhilfe und weltweiter Nahrungsmittelspekulationen besonders das Buch „Weizen als Waffe – Die neue Getreidestrategie der amerikanischen Außenpolitik", Reinbek 1976, rororo aktuell 4058, Rezension in blätter des iz3w Nr. 58.

Red.



Grüne Revolution: Ruin der Kleinbauern

TRADITIONELLE GEGENSTRATEGIEN: MECHANISIERUNG UND „GRÜNE REVOLUTION"

Peter Eisenburger

Vorbemerkung

Die Mechanisierung der Landwirtschaft der Dritten Welt (Einsatz von Traktoren, Mähdreschern, Sämaschinen usw.) begann in vielen Ländern schon kurz nach dem 2. Weltkrieg.[1] In Lateinamerika betrug in den 50er Jahren die jährliche Zuwachsrate für Traktoren 11 %.[2]

Deshalb sind die Einführung der Mechanisierung und der Beginn der Entwicklungsstrategie der „Grünen Revolution" zeitlich verschieden. Jedoch sind diese beiden Faktoren heute so eng miteinander verbunden, daß eine getrennte Abhandlung in dieser Arbeit nicht sinnvoll erscheint. Die Mechanisierung ist heute vielerorts zu einem Teil der „Grünen Revolution" geworden.

1. Was ist die „Grüne Revolution"?

Als „Grüne Revolution" wird heute allgemein eine Entwicklungsstrategie für die periphere Agrarwirtschaft bezeichnet, die auf der biologisch-genetischen Züchtung von neuen Getreidesorten mit hohem Ertrag („High Yielding Varieties HYV, Hochleistungssorten) beruht. Hülsenfrüchte, Cassava usw. haben hier keine Bedeutung.[3]

Die Einführung dieser Hochleistungssorten ist zwingend verbunden mit der Herstellung einer westlich-modernen agrarischen Infrastruktur. Am wichtigsten sind Bewässerung, chemische Düngung, Gebrauch von Pestiziden[4] und Mechanisierung.

- Zunächst gedeihen die neuen Getreidesorten nur in klimatisch bevorzugten Gebieten: vor allem erforderlich ist eine geregelte, ständige Regen- bzw. Wasserzuführung. Selbst Monsun- und Deltagebiete sind hier nicht immer zuverlässig.[5] Wo diese Zuführung nicht gewährleistet ist, müssen Bewässerungssysteme gebaut werden, die oft sehr kostspielig sind. Schon diese klimatischen Vorbedingungen schränken die Verbreitung der neuen Hochleistungssorten stark ein, so daß sie hauptsächlich in bestimmten Gebieten in Mexiko, Pakistan, Indien, Nepal und den Philippinen, die klimatisch bevorzugt sind, verbreitet wurden.[6]
- Die neuen Sorten sind sehr anfällig gegen Unkraut, die verschiedensten Schädlinge und Pflanzenkrankheiten. Dies erfordert Bekämpfung durch Pestizide und Biozide.[7] Auf dieses Problem werde ich noch gesondert eingehen, da es von größter Wichtigkeit ist.
- Die neuen Sorten stellen größere Anforderungen als gewöhnliches Getreide. Es müssen in großem Ausmaß Düngemittel (besonders Stickstoff, Phosphor und Kali) zugeführt werden.[8]
- Schließlich führt großflächiger (Monokultur-) Anbau unter den gegebenen Besitz- und Produktionsverhältnissen und auch bedingt durch die oben angeführten Faktoren zu Mechanisierung, Einführung neuer Technologien.

2. Weshalb die „Grüne Revolution"?

In den letzten 2 - 3 Jahrzehnten hat der Hunger in der gesamten nicht-sozialistischen Dritten Welt immer größere und bedrohlichere Ausmaße angenommen. Die Bevölkerung wächst ständig weiter. Gleichzeitig stellen sich bestimmte andere Probleme: steigende Verschuldung der Entwicklungsländer, die Notwendigkeit des Importes von Nahrungsmitteln und Industriegütern.

Die „Grüne Revolution" war angetreten, so propagierten ihre Initiatoren und Befürworter, alle diese Probleme zusammen zu lösen oder wenigstens zur Lösung erheblich beizutragen. Das „United Nations Research Institute for Social Development" gibt als Ziel der Einführung der neuen Hochleistungssorten an,

„– daß die Landwirtschaft denen, die in ihr tätig sind, einen vernünftigen Lebensstandard und Gesundheit ermöglichen soll;
– daß die Landwirtschaft Getreideüberschüsse produzieren soll, um die wachsende nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung zu versorgen und die industrielle Nachfrage nach Rohstoffen zu befriedigen;
– daß die landwirtschaftliche Produktion die Rate des Bevölkerungswachstums überschreiten, zunehmend die Wirtschaft vom Zwang, Güter für Primärbedürfnisse zu importieren, freistellen soll und so zu einer günstigeren Zahlungsbilanz und größerer politischer Unabhängigkeit beitragen soll, und
– daß es einen gewissen Transfer von Überschüssen aus dem landwirtschaftlichen in andere Wirtschaftssektoren für Entwicklungszwecke geben soll."[9]

Bevor untersucht werden soll, ob diese Ziele, zuvörderst das Ziel, den Hunger zu beseitigen, erreicht wurden und ob sie mit den Mitteln der „Grünen Revolution" überhaupt erreicht werden können, muß gefragt werden, ob die vom UNRISD angegebenen Ziele vollständig und richtig sind.

Man kann Sinn und Zweck der „Grünen Revolution" nicht verstehen, wenn man sich nicht über den folgenden Tatbestand im klaren ist: Hunger und Verelendung der Landbevölkerung bergen beträchtlichen sozialen Konfliktstoff für die herrschenden Klassen in sich. Überall in der Dritten Welt war in den letzten Jahrzehnten große Unruhe; Revolten, ja Revolutionen keine Ausnahme.[10]

Und dies war und ist natürlich eine große Gefährdung nicht nur der lokalen und regionalen besitzenden Klassen, sondern auch der herrschenden Kräfte der kapitalistischen Industrienationen.

Diese letzteren brauchen die Landwirtschaft der Peripherien, wie schon ausgeführt, als Rohstoff- und Nahrungsmittellieferant für die eigene Industrie und Bevölkerung und als wichtiger Absatzmarkt für Fertigprodukte. Deshalb müssen hier soziale Revolutionen verhindert werden. Unter anderem durch Bekämpfung des Hungers.

3. Erfolg gegen den Hunger?

Man muß zunächst feststellen, daß die „Grüne Revolution" ganz erhebliche Zuwachsraten der Getreideerträge brachte. Die mit den neuen Hochertragssorten bebaute Fläche stieg in den Entwicklungsländern von 58.000 ha 1965/66 auf 33.000.000 ha 1972/73.[11]

In einigen Ländern ist ein hoher Prozentsatz des landwirtschaftlich genutzten Bodens mit den neuen Hochlei-

stungssorten bebaut: Für Weizen: Indien 36,8 %, Nepal 37,8 %, Pakistan (West) 45,6 %. Für Reis: Malaysia (West) 24,8 %, Philippinen 42,7 % (alle Zahlen für 1969/70).[12]

Die Erträge konnten teilweise ganz erheblich gesteigert werden. Z.B.:

Indien	1966/67 = 11,39 Mio to Weizen
	1970/71 = 23,25
	1966/67 = 30,44 Mio to Reis
	1970/71 = 42,45
Pakistan	1966/67 = 4,85 Mio to Weizen
	1970/71 = 6,37
	1966/67 = 1,30 Mio to Reis 13)
	1970/71 = 2,16

Der Ertrag pro Fläche stieg z.B. in Mexiko von 0,94 to pro Hektar 1950 auf 2,9 to 1970.[14]

In den 70er Jahren gingen die Steigerungsraten jedoch rapide zurück. Abnehmende Steigerungsraten in der absoluten Produktion bedeuten aber eine stagnierende oder gar zurückgehende Pro-Kopf-Produktion, da das Bevölkerungswachstum mehr oder weniger konstant bleibt. Das heißt: der Hunger für die armen Bevölkerungsschichten dauert an.

Kann die „Grüne Revolution" überhaupt die Ernährungskrise lösen?

4. Verschärfung der Klassengegensätze

Die neuen Getreidesorten (hauptsächlich Weizen und Reis) können – wie schon kurz ausgeführt – nur unter bestimmten Bedingungen sinnvoll eingesetzt werden.

Wo nicht ausreichende natürliche Wasserzufuhr vorhanden ist, müssen große, teure Bewässerungssysteme gebaut werden.[15] Sowohl zur Ernte als auch zum Transport und zur in großem Maßstab notwendigen Düngung und Schädlingsbekämpfung ist das Vorhandensein und der Ausbau eines größeren landwirtschaftlichen Maschinenparks und von Lagerstätten unablässig. Das bedeutet, daß für die agrarischen Produzenten erhebliche finanzielle Mittel vorhanden oder erreichbar sein müssen. Zudem gehört auch zum Vertraut-werden mit den neuen Hochleistungssorten und Produktionsmethoden ein gewisses Bildungsniveau. Unter den hergekommenen Besitz- und Machtverhältnissen der Agrarwirtschaft der nicht-sozialistischen Welt bedeutet dies, daß alle diese Voraussetzungen nicht von kleinen, in Subsistenzwirtschaft lebenden oder nur ein kleines Mehrprodukt erwirtschaftenden agrarischen Produzenten erfüllt werden können, sondern nur von landwirtschaftlichen Großbetrieben,die meist auch schon in gewissem Ausmaß mechanisiert sind, d.h. Traktoren, Mähdrescher usw. haben.

Diese haben die nötigen finanziellen Mittel, um die Technologie bezahlen zu können. Und ihre Besitzer, die die traditionelle landwirtschaftliche Elite bilden, haben die persönlichen und institutionellen Beziehungen zu Regierungsstellen und Privatbanken, um technische Hilfe und Großkredite zu bekommen. Natürlich ist der Einsatz der neuen Technologie auch nur bei großflächigen Kulturen sinnvoll.[16]

Kleinbauern, ohnehin oft verschuldet, müßten ihre Schulden vervielfachen, um in Besitz der neuen Technologie zu kommen, falls man ihnen überhaupt Kredite gewährt.[17]

Mit der Einführung und Verbreitung der neuen Technologie vollzieht sich ein Prozeß, der grundlegend für das Verständnis der „Grünen Revolution" ist. Er hat 2 Seiten.

a) **Aufstieg einer neuen Elite**

Die „Grüne Revolution" führt zur weiteren, schnelleren Konzentration des Eigentums an landwirtschaftlich nutzbarem Boden. Großbetriebe erweitern ihren Besitz durch Vergrößerung der Anbauflächen (Erschließung neuen Landes), Erwerb des Grund und Bodens ruinierter Kleinproduzenten und gar Vertreibung von Pächtern (s.u.).

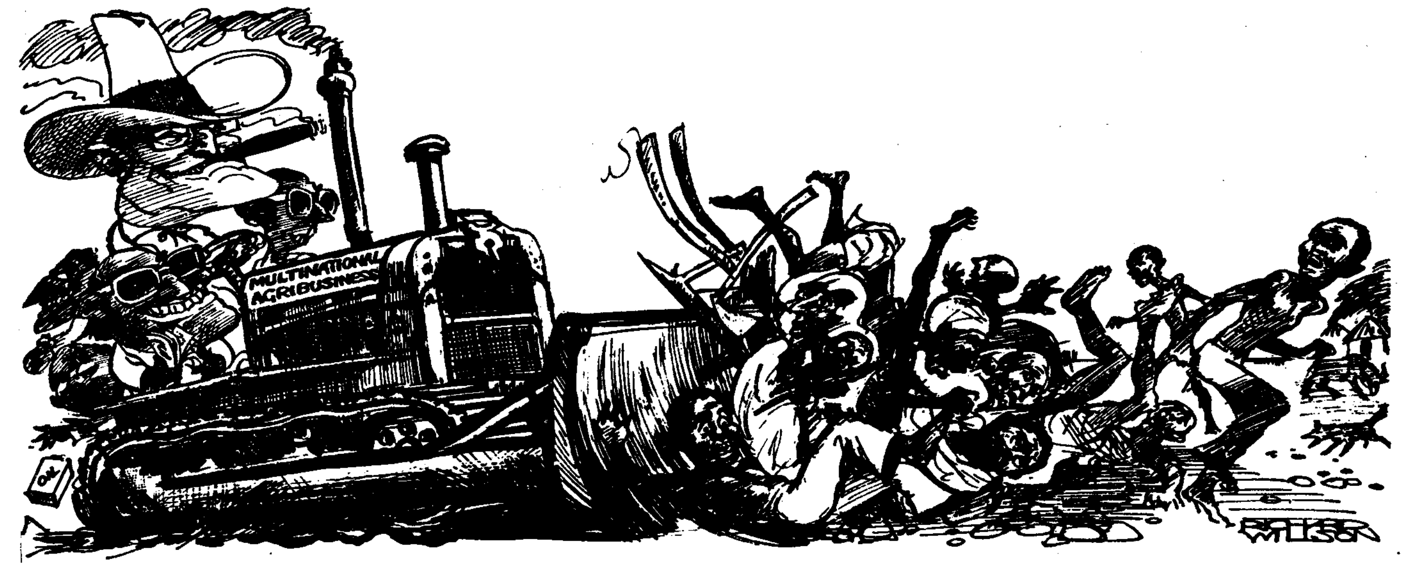
Dazu einige Zahlen. Im indischen Pandschab, einem Mustergebiet der „Grünen Revolution", konnten die Großgrundbesitzer mit mehr als 1000 acres (1000 acres = 404,7 Hektar) ihren Besitz zwischen 1955/56 und 1967/68 um mehr als 40 % steigern.[18]

In Mexiko konnten die „multifamiliären" mittelgroßen bis großen Betriebe zwischen 1950 und 1960 ihren prozentualen Anteil am Wert der landwirtschaftlichen Produktion von 40,2 auf 54,3 % steigern, obwohl ihr Anteil an der Wirtschaftsfläche nur von 35,5 auf 42,5 % stieg (Anteil dieser Betriebe an der Gesamtzahl: von 1,5 auf 3,3 %).

Die „weit unter dem Existenzminimum" stehenden und „subfamiliären" Betriebe hatten ein Absinken ihres Anteils an der Gesamtproduktion von 28,0 auf 21,3 % zu verzeichnen, wobei ihr Anteil an der agrarischen Wirtschaftsfläche nur von 40,9 auf 37,3 % fiel. (Der Anteil dieser Betriebe an der Gesamtzahl fiel nur leicht von 86,6 auf 84,2 %).[19] Leider gehen diese Zahlen nur bis 1960. Aber der aufgezeigte Trend dürfte sich inzwischen weiter fortgesetzt und verschärft haben.

In den Gebieten, in denen die „Grüne Revolution" eingeführt wurde, führte sie zu einem deutlichen Einkommens-, Besitz- und Machtzuwachs für die herrschende agrarische Klasse, wie zahlreiche Aussagen und Einzeluntersuchungen belegen.[20]

Die Einträglichkeit der neuen Technologie ist der Grund für den rapiden Anstieg von marktorientierten, durchor-



ganisierten kapitalistischen Farmen. Diese erzielen sogar bei vollem Einsatz der mit der „Grünen Revolution" verbundenen technischen Mittel neuerdings höhere Erträge per Flächeneinheit als Kleinbetriebe. [21]
Dieser „Modernisierungsprozeß" der Landwirtschaft der nicht-sozialistischen Entwicklungsländer ist verbunden mit dem Entstehen einer neuen agrarischen Elite. Zu den traditionellen Großgrundbesitzern treten Geschäftsleute, Bankiers und Regierungsfunktionäre, manchmal personell identisch. So schreibt Cynthia Hewitt de Alcantara über Gebiete in Mexiko: „Z.B. besitzen sowohl in Ciudad Obregon wie in Hermosillo die größten Grundbesitzer auch die mächtigsten Zweigstellen für Kraftwagen und landwirtschaftliche Maschinen, die meisten Verkaufsstellen für Düngemittel und Insektizide, die bedeutendsten Reifengroßhandlungen, Kaufhäuser und Supermärkte. Es ist fast unnötig, hinzuzufügen, daß sie auch die offizielle Partei ihres Staates beherrschen." [22]

b) Verarmung der Kleinbauern und Landarbeiter

Die andere Seite dieses Prozesses ist die Verarmung und Proletarisierung (und Subproletarisierung) der agrarischen Kleinproduzenten und Landarbeiter. Diese sind von folgenden Vorgängen betroffen:

– Mechanisierung
Die „Grüne Revolution" ist mit einer Ausweitung der Mechanisierung verbunden. Dieser Aspekt ist Gegenstand vieler Untersuchungen, die – soweit mir bekannt – alle mehr oder weniger zu dem Schluß kommen, daß die zunehmende Mechanisierung arbeitssparenden Charakter hat.
Sehr aufschlußreich ist die folgende Tabelle , die den Arbeitskräftebedarf pro Hektar mit und ohne Mechanisierung für drei Länder aufzeigt. (Die Zahlen stellte R.S. Abercrombie aus FAO- und UNO-Quellen zusammen.)[23]
Der arbeitskräftesparende Charakter der landwirtschaftlichen Mechanisierung läßt sich also ganz deutlich feststellen. (Das UNRISD gibt an, daß ein Mähdrescher die Arbeit von 90 Landarbeitern ersetzen könne, nach Ansgar Skriver sind es im indischen Punjab gar 300 Landarbeiter). [24]

Tabelle
Arbeitskräftebedarf/ha mit und ohne Mechanisierung für verschiedene Kulturen

Kultur	Chile		Kolumbien		Paraguay	
	ohne Mech.	mit Mech.	Traditionell	Modern Mech.	Ohne Mech.	Halbmech.
Gerste	27	8	44	6		
Bohnen	70	50	62	18		
Baumwolle			82	66	57	26
Mais	60	35	49	30	48	8
Kartoffeln	75	65	125	156		
Reis (bewässert)	48	33	71	36	85	26
Weizen	26	10	32	7	16	6*

* vollmechanisiert

Dieser Vorgang wirkt umso schwerwiegender, als viele Arbeitsplätze im modernisierten Sektor der Landwirtschaft durch Arbeitskräfte aus der Stadt besetzt werden.[25]

Hier vollzieht sich heute in der Landwirtschaft der nicht-sozialistischen Entwicklungsländer ein Prozeß, ähnlich wie er in der US-Agrarwirtschaft schon in den 1930er Jahren mit denselben Folgen, nämlich Freisetzung von Arbeitskräften und Landflucht massiv einsetzte.[26]
Nur mit einem wesentlichen Unterschied: In den USA (wie auch in Westeuropa) konnte der wohl größte Teil der Arbeitskräfte, die durch Konzentration und Mechanisierung in der Landwirtschaft ihren Arbeitsplatz verloren, längerfristig gesehen in der florierenden Industrie und im Dienstleistungsbereich eine Weiterbeschäftigung finden.

Neuer Titel für die blätter des iz3w

Gelegentlich haben wir die Erfahrung gemacht, daß der Titel unserer Zeitschrift sich ungünstig für die Ausbreitung der Zeitschrift auswirkt: iz3w ist eine Abkürzung, die schwer auszusprechen ist und die sich viele nur schlecht merken können, zudem sagt der Titel (ohne die Unterzeile „informationszentrum dritte welt") nichts über die Thematik der Zeitschrift aus. Es interessiert uns, wie unsere Leser einen Wechsel des Titels beurteilen. Zudem bitten wir, uns Vorschläge für einen neuen, besseren Titel zu machen. Wir freuen uns über jede Anregung.

Red.

In der nicht-sozialistischen Dritten Welt bilden diese Menschen, die vom Land flüchten oder vertrieben werden, ein in Hunger und Elend lebendes Subproletariat, das sich oft in den Slums der großen Städte konzentriert, in die viele, geleitet von westlichen Konsumvorstellungen und Hoffnung auf Arbeit ziehen.

– Veränderung der Pachtbeziehungen
Die „Grüne Revolution" bringt eine stark erhöhte Profitabilität des Bodens mit sich. Der Boden bietet jetzt für viele Großgrundbesitzer, die ihn bisher teilweise verpachtet hatten und sich mit der Pachtgebühr begnügten, größere Möglichkeiten: Die Pächter werden vielerorts vertrieben und durch landwirtschaftliche, oft nur saisonal beschäftigte, Lohnarbeiter ersetzt oder können selbst als solche Beschäftigung finden.[27]
Es kommt auch vor, daß Besitzer kleinerer Betriebe die in der Konkurrenz nicht mehr mithalten können, ihr Land an Großgrundbesitzer verpachten.[28] Für Mexiko, wo sich dieser Vorgang in größerem Ausmaß vollzogen hat, wurde beobachtet, daß „meistens" diese kleinen Grundbesitzer nach einigen Jahren „demjenigen, der sein Land bebaut, verschuldet (sind) (gewöhnlich für den Kauf von Konsumgütern).[29]

– Ruin der Kleinbetriebe
Viele Kleinbetriebe können im verschärften Konkurrenz-

kampf um Boden, Wasser, Düngemittel usw. nicht mithalten, ihre Erträge bleiben hinter denen der Großfarmen zurück, die mit neuen Getreidesorten und neuer Technologie arbeiten. Viele Besitzer dieser kleinen Betriebe verpachten ihr Land entweder an Großgrundbesitzer oder verkaufen es an diese.[30]

Es läßt sich also vereinfacht sagen: Die „Grüne Revolution" stärkt die Position der großen Grundbesitzer, die Kern einer neuen herrschenden agrarischen Elite werden. Dagegen werden Kleinbetriebe, die in Subsistenzwirtschaft verharren oder nur ein kleines Mehrprodukt erzielen, sich also nicht Hochleistungssorten und neue Technologie kaufen können, vom wirtschaftlichen Fortschritt ausgeschlossen. Dieser letztere, große Teil der ländlichen Bevölkerung wird an den Rand des wirtschaftlichen Geschehens gedrängt – „marginalization"[31] – proletarisiert, ja fällt oft in das städtische Subproletariat ab.
Das heißt: Wirtschaftlicher Fortschritt, steigende Profite, die zu einem beträchtlichen Teil in den Luxuskonsum fließen[32] auf der einen Seite für eine Minderheit bedeuten Verelendung und damit Hunger auf der anderen Seite für einen großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Wer keine Beschäftigung und damit kein Einkommen hat, kann keine Lebensmittel kaufen. Harry Cleaver spricht sogar von der Notwendigkeit, die Inlands-Getreidepreise zu erhöhen, um die teuren neuen landwirtschaftlichen Inputs zu finanzieren.[33]

Die „Grüne Revolution" kann bei Beibehaltung der traditionellen Besitzverhältnisse die Ernährungskrise nicht überwinden, tendiert eher dazu, diese zu verschärfen.

Diese aufgeführten negativen sozialen Auswirkungen der Modernisierung der Landwirtschaft der nicht-sozialistischen Entwicklungsländer wirken umso schwerwiegender als sie von einem Auflösungsprozeß traditioneller sozialer Strukturen auf dem Land begleitet werden.[34]

Die „Grüne Revolution" hat aber noch 2 weitere äußerst schädliche Auswirkungen.



Für die meisten bäuerlichen Kleinbetriebe stellt sich die Frage der Mechanisierung überhaupt nicht. Selbst für den Einsatz tierischer Zugkraft liegen die Mindestgrößen nach Schätzungen der FAO bei zwei bis sechs Hektar.

5. Durchdringung des landwirtschaftlichen Sektors durch ausländisches Kapital

Die Einfuhr und der Anbau des neuen Saatgutes zieht einen wahren Strom ausländischen (hauptsächlich US-)Kapitals in die Landwirtschaft und die mit ihr verbundenen Wirtschaftssektoren der unterentwickelten Länder mit sich.

Der Transfer dieses Kapitals und der mit ihm verbundenen Technologie „vollzieht sich in der Form von Landkäufen, langfristigen Pachtverträgen und Landkonzession; durch subventionierten Maschinenimport; durch Niederlassung von Zweigstellen multinationaler Konzerne, die Ausrüstungen für die Landwirtschaft und für Bewässerungsanlagen liefern sowie Düngemittel und Samen herstellen; durch den Ankauf von lokalen weiterverarbeitenden Kleinindustrien und schließlich durch die Errichtung von neuen Industrien."[35]

Auch auf Dienstleistungsbehörden wie landwirtschaftliche Beratungsstellen und Institutionen für technische Hilfe erstreckt sich die ausländische Einflußnahme (ausländische Berater, Ausbildung einheimischer Techniker und Agrarwissenschaftler in US- oder US-dominierten Institutionen).

Dieser Prozeß beginnt nach Ernest Feder etwa 1965[36].

Es wird auf doppelte Weise Einfluß ausgeübt. Einmal direkt auf die Produktion: Etwa können an den Verkauf der Hochleistungssorten Bedingungen geknüpft werden oder technische Hilfe nur für bestimmte Sorten geleistet werden.[37]

Und zum anderen wird die periphere Landwirtschaft noch mehr in den Weltmarkt einbezogen und unterliegt bestimmenden ausländischen Einflüssen sowohl in der Produktionssphäre (Kontrolle der Inputs wie landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel als auch direkte Bodenkontrolle) wie in der Konsumtionssphäre (Abhängigkeit von auf fremden Märkten Konsumbedürfnissen).

Wie katastrophal sich diese verstärkte Abhängigkeit auswirken kann, zeigt das unheilvolle Wirken der internationalen Düngemittelkonzerne. Durch deren Preistreiberei verteuerten sich Düngemittel um bis zu 560 % zwischen 1972 und 1974[38], so daß noch nicht einmal die Aufrechterhaltung der chemischen Düngung im bisherigen Umfang den unterentwickelten Ländern möglich war.[39]

Es ist klar, daß diese zunehmende Beherrschung der peripheren Landwirtschaft durch ausländisches Kapital deren Exportorientierung, besonders für Güter wie Obst und Gemüse verstärkt, und damit das Problem der fehlenden Versorgung der armen Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln. So werden z.B. heute zwei Drittel des in den USA verzehrten Wintergemüses in Mexiko produziert.[40]

6. Umweltzerstörung

Die neuen Hochleistungssorten sind sehr anfällig für Schädlinge.[41] Dies wird noch verstärkt durch den zur ökonomisch rentablen Einsetzung der neuen Technik erforderlichen Monokultur-Anbau. „Diese übermäßige Vereinheitlichung des Ökosystems schafft ein einladendes, höchst anfälliges Ziel für Schädlinge und Krankheiten."[42]

Pestizide und Biozide müssen in großem Maßstab eingesetzt werden. Dieser Einsatz hat einen hohen Preis:

a) Nicht nur die Schädlinge werden getroffen, sondern allerlei wichtige Organismen und die natürlichen Feinde der Schädlinge (z.B. Vögel). Dadurch wird die weitere Vermehrung der Schädlinge begünstigt.
b) „Die schwerwiegendste Folge der Eingriffe ist aber, daß im Verlauf weniger Jahre die Schädlinge Stämme herausbilden, die gegen die Biozide resistent sind. Dies geht umso rascher, je erfolgreicher die Bekämpfung durchgeführt wird. Nun wird häufigerer Einsatz sowie Ersatz der alten durch neue Präparate notwendig. Die Neuentwicklung von Bioziden ist aber ein äußerst kostspieliges Verfahren, das beachtliche Zeit beansprucht. Auf der anderen Seite wird Resistenz gegen neue Mittel in immer kürzerer Zeit erworben, da die Mittel chemisch miteinander verwandt und die Resistenz nicht völlig spezifisch ist."[43]

Das heißt: In derselben Zeit, wo Pestizide und Biozide eingesetzt werden (und das müssen sie bei dem Anbau der neuen Getreidesorten in großflächigen Monokulturen, um

die Erträge aufrecht zu erhalten), werden die Schädlinge immer resistenter, was den Einsatz der chemischen Gifte weiter beschleunigt. Das Zusammenbrechen des Ökosystems und die Vernichtung der Ernte ist nur eine Frage der Zeit.[44]



7. **„Grüne Revolution" für die Kleinbauern?**

Neuere Pläne der Weltbank aus den letzten Jahren kündigen einen großangelegten Versuch an, durch Subventionierung und Mechanisierung die Produktivität des kleinbäuerlichen Sektors anzuheben: eine Ausweitung der „Grünen Revolution"auf die Kleinbauern.

Dies würde natürlich die Kleinbauern in den kapitalistischen Agrarmarkt einbinden und den Absatz der landwirtschaftliche Inputs herstellenden multinationalen Konzerne vergrößern.

Ich möchte mich aber der Ansicht Ernest Feders anschließen, der sehr gefährliche Auswirkungen dieser Weltbankpläne für die Kleinbauern voraussagt.[45]

Aufgrund einer effektiven Mitteleinsetzung und der Begrenztheit der Mittel würden die Hilfsprojekte auf die schon besser gestellten Kleinbauern konzentriert, die einen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen und wegen der Gesetze des Marktes einen mörderischen Konkurrenzkampf auslösen würden.

Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg dieser neuen „Subelite" kann für die restlichen Kleinbauern, die nun der Konkurrenz um die agrarischen Ressourcen nicht mehr standhalten können, nur noch größere Verarmung durch wirtschaftlichen Ruin, Landvertreibung, Arbeitslosigkeit bedeuten. Gleiches wird für viele Landarbeiter eintreten.

Aber auch die neuen kleinbäuerlichen Agrarunternehmer, die zunächst von dieser kapitalistischen Expansion profitieren würden, würden wohl langfristig zum Opfer des Konkurrenzkampfes mit den Großgrundbesitzern werden, deren wirtschaftliche und soziale Vormachtstellung sie aufgrund der Wertsteigerung ihres Bodens und erhöhter Outputs gefährden würden.

So haben die Kleinbauern von diesen Weltbankplänen nichts zu erwarten als eine weitere außerordentliche Verschärfung der Klassengegensätze und ihrer Verarmung (und damit des Hungers).

Anmerkungen:

1) Abercrombie, R.S.: Die landwirtschaftliche Mechanisierung und die Beschäftigungsfrage in Südamerika, in:Feder, E. (Hrsg.): Gewalt und Ausbeutung, Lateinamerikas Landwirtschaft, Hamburg 1973, S. 241 - 254, 546 - 551, hier S. 244
2) ebenda
3) United Nations Research Institute for Social Development: The Social and Economic Implications of Large-Scale Introduction of New Varieties of Foodgrain. Summary of Conclusions of a Global Research Project, Geneva 1974 (UNRISD), S. 1-3
4) Pestizide sind chemische Schädlingsbekämpfungsmittel (z.B. DDT). Sie werden nicht wie Naturstoffe abgebaut und können sich bis zu tödlichen Konzentrationen auch bei Nutztieren (Vögeln) anreichern. Selbst bei vorschriftsmäßiger Anwendung haben sie auch auf Menschen durch ihre allmähliche Anreicherung in der Umwelt krankmachende Wirkungen. (Anmerkung der Redaktion).
5) UNRISD, a.a.O., S. 10
6) ebenda, S. 4 -9
7) Biozide sind Mittel zur Schädlingsbekämpfung, die durch die Organismen selbst, allerdings in kleinsten Mengen, synthetisiert werden. Sie haben dann physiologische Wirkungen. Zur Schädlingsbekämpfung oder Unkrautvernichtung müssen sie in hohen Dosen angewendet werden. Bei der Produktion im Großmaßstab werden sie meist durch chemische Synthesen hergestellt. Dabei lassen sich manchmal hochgiftige Beimischungen nicht vermeiden. (Anmerkung der Redaktion).
8) UNRISD, a.a.O., S. 3; Egger, K. / Glaeser, B.: Ideologiekritik der Grünen Revolution: Weg zur technologischen Alternative, in: Technologie und Politik 1, Reinbek 1975, S. 135 - 155
9) UNRISD, a.a.O., S. 27 (Übersetzung P. E.)
10) Feder, E.: Die neue Penetration der Landwirtschaften der unterentwickelten Länder durch die Industrienationen und ihre multinationalen Konzerne, in: epd Entwicklungspolitik (Hrsg.) Weltagrarprobleme, Dokumentation 2/77, Frankfurt 1977, hier S. 38; de Alcantara, C. H.: Die Geschichte der Grünen Revolution: Die Erfahrungen in Mexiko, in: Feder, E. (Hrsg.): Gewalt und Ausbeutung, a.a.O., S. 477
11) UNRISD, a.a.O., S. 8
12) Cleaver, H.: Wird die Grüne Revolution – rot? In: Weissman, S. (Hrsg.): Das Trojanische Pferd. Die „Auslandshilfe" der USA, Berlin 1975, S. 96/97
13) Egger/Glaeser, a.a.O., S. 137 (gesamte Ernte)
14) ebenda, S. 10
16) ebenda, S. 16; Transnational Institute: Bericht über den Hunger in der Welt, in: Technologie und Politik 3, Welthungerkatastrophe und Agrarpolitik, Reinbek 1975, S. 71 - 144, hier S. 96
17) UNRISD, a.a.O., S. 15
18) Cleaver, a.a.O., S. 105
19) Alle Zahlen nach: de Alcantara, a.a.O., S. 599
20) ebenda und Cleaver, a.a.O., S. 103
21) UNRISD, a.a.O., S. 23
22) de Alcantara, a.a.O., S. 490 - 491
23) Abercrombie, a.a.O., S. 459
24) UNRISD, a.a.O., S. 21; Skriver, A.: „Grüne Revolution" in Indien, in: blätter des iz3w 21/22, Jan./Feb. 1973, S. 41-42
25) UNRISD, a.a.O., S. 25
26) Guerin, D./Mandel, E.: Einführung in die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals, Berlin 1972, S. 16-19, 102-104
27) UNRISD, a.a.O., S. 13; Cleaver, a.a.O., S. 105
28) UNRISD, a.a.O., S. 13
29) de Alcantara, a.a.O., S. 486 - 487
30) UNRISD, a.a.O., S. 13
31) ebenda, S. 28
32) de Alcantara, a.a.O., S. 489
33) Cleaver, a.a.O., S. 168
34) UNRISD, a.a.O., S. 24
35) Feder, E.: Warum gibt es eine „Ernährungskrise"? In: Technologie und Politik 3, a.a.O., S. 59 - 68
36) ebenda, S. 65
37) Feder, E.: Die neue Penetration..., a.a.O., S. 45-46
38) Schilling, H.: Das Ernährungsproblem in den Entwicklungsländern und die Düngemittelmonopole, in: IPW-Berichte 12/1974, Dezember 1974, S. 21-26, hier S. 25
39) vgl. auch Mirow, K.: Die Düngemittelkartelle – Brasilien ist nur ein Beispiel, in: Technologie und Politik 3, a.a.O., S. 191 - 200
40) Feder, E.: Die neue Penetration ..., a.a.O., S. 41
41) Egger/Glaeser, a.a.O., S. 142
42) Cleaver, a.a.O., S. 110
43) Egger/Glaeser, a.a.O., S. 143
44) Eine genaue Beschreibung des Verlaufs dieser Katastrophe, wie sie sich im peruanischen Canete-Tal schon 1955 ereignete, findet man in: Egger/Glaeser, a.a.O., S. 150 - 153
45) Feder, E.: Die neue Penetration ..., a.a.O., S. 50-54; Feder, E.: Das neue Weltbankprogramm zur Selbstzerstörung der Landbevölkerung in der Dritten Welt, in: blätter des iz3w 52, März 1976, S. 31 - 37

(Dieser Artikel stellt ein Kapitel aus der Zwischenprüfungsarbeit des Autors im Fach Politikwissenschaft dar, das von der Redaktion gekürzt wurde. Insbesondere auf einige umfangreiche Tabellen zur Nahrungsmittelproduktion im Verlauf der „Grünen Revolution" sowie auf einen Exkurs über die Nahrungsmittelpolitik der USA wurde des Umfangs halber verzichtet. Red.)

Agrarreform im Kapitalismus

AGRARREFORMEN IN KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Agrarreformen sind Maßnahmen des Staates, die auf den Druck der ländlichen Bevölkerung hin vorgenommen werden. Die Bildung von Genossenschaften, die Umverteilung von Land und ähnliche Maßnahmen sind daher von einem gewissen Mythos umgeben: häufig gelten sie geradezu als Wundermittel, das die elenden Lebensbedingungen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung beseitigen kann, für die den Staat tragende Bourgeoisie hingegen eine empfindliche Einbuße an politischer wie ökonomischer Macht darstellt. Dieser Artikel dagegen versucht zu zeigen, daß die Maßnahmen zur Veränderung der Agrarstruktur in einem kapitalistischen Entwicklungsland sehr häufig von der herrschenden Klasse so gestaltet werden, daß sie viel eher der – abhängigen – kapitalistischen Entwicklung des Landes dienen als den Interessen der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung.

Um diese These zu überprüfen, muß man feststellen, wie in einem Lande des peripheren Kapitalismus
- die Agrarstruktur geprägt ist und welche Ziele innerhalb des Agrarsektors verfolgt werden, und
- welche Ziele von außen an die Landwirtschaft herangetragen werden.

Die Verhältnisse sind von Land zu Land verschieden, und sie verändern sich im Laufe der historischen Entwicklung eines Landes. Trotzdem gibt es typische Abläufe, wie sie für Artikel „Die Entwicklung der Armut" im vorangegangenen Heft dargestellt wurden.

Welche Ziele werden innerhalb des Agrarsektors verfolgt?

Die unterschiedlichen Besitz- und Produktionsverhältnisse auf dem Lande bewirken, daß man nicht von einheitlichen Wünschen der Bauern ausgehen kann.

Zunächst sind da die Landarbeiter, die meist kein Land besitzen. Sie leben in völliger Abhängigkeit von Großgrundbesitzern, viele sind nur saisonal beschäftigt, und sie fristen ein karges Dasein am Rande des Existenzminimums. Ihren Wunsch nach mehr Unabhängigkeit und Sicherheit haben sie in Lateinamerika immer wieder zum Ausdruck gebracht in der Forderung: Das Land gehört demjenigen, der es bearbeitet!

Ein anderer zahlenmäßig großer Teil sind die Kleinbauern. Sie besitzen zwar etwas Land und Produktionsmittel, sie können ihre Familie notdürftig ernähren, und sie haben kaum die Möglichkeit, ihren Betrieb zu vergrößern. Sie kämpfen ebenfalls um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen; meist wollen sie die Nachteile aufheben, die sie gegenüber größeren Bauern haben, und fordern z.B. gerechtere Preise für ihre Produkte, Beseitigung der Zwischenhändler und Wucherer, Bereitstellung von Kapital, um produktionssteigernde Technologien einzusetzen, usw. Ein Zusammenschluß der Bauern etwa in Genossenschaften erlaubt ihnen, gemeinsam für ihre Interessen einzutreten.

Pächter und Teilpächter bewirtschaften nicht eigenes Land, besitzen aber z.T. eigene Produktionsmittel und müssen dem Eigentümer einen (bei der Pacht) festen oder (bei der Teilpacht) anteilsmäßigen Betrag von ihren Erträgen abliefern. Sie stehen so zwischen Landarbeitern und Kleinbauern und können dieselben Forderungen vertreten.

Die mittleren Bauern zeichnen sich dadurch aus, daß sie Kapital ansammeln und produktionssteigernd einsetzen können. Aber sie haben auch zu leiden unter dem Konkurrenzdruck der Großbetriebe und sind häufig daran interessiert, bestimmte Wettbewerbsnachteile wie die Kleinbauern durch Kooperation zu überwinden.

Die landwirtschaftlichen Großbetriebe verfügen über ein ausreichendes Potential an Kapital und Know-how, um die Mechanismen des Marktes voll ausschöpfen zu können. Dies sind alles Betriebe, die vollständig nach kapitalistischen Prinzipien produzieren.

Die feudalen Großgrundbesitze schließlich besitzen zwar große Ländereien, nutzen diese aber nicht intensiv. Sie streben entweder nach Erhalt des Status Quo oder wandeln sich durch die Erfordernisse des Marktes zunehmend in kapitalistische Großbetriebe.

Grob zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die durch die Agrarstruktur benachteiligten Landarbeiter, Pächter und Bauern, sofern sie den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen aufnehmen, etwa für folgende Ziele gemeinsam eintreten können:
- *Durchführung einer Landreform*
- *Unterstützung von Kleinbauern*
- *Förderung der Kooperation*
- *bei vorrangiger Sicherung ihrer Subsistenz.*

Die größeren landwirtschaftlichen Betriebe werden zwar auch um Subventionen kämpfen, gleichzeitig müssen sie aber insbesondere eine Stärkung der Kleinbauern und Pächter und eine Besserstellung der Landarbeiter verhindern, insbesondere eine Landreform, denn diese Maßnahmen gehen schnell zu ihren Lasten.

Welche Erwartungen, welche Zielvorstellungen werden nun von außen an die Landwirtschaft herangetragen?

Für den Rahmen dieses Abschnittes sei der Fall ausgeklammert, daß die Arbeiterklasse massiven Druck auf den bürgerlichen Staat ausübt, wie dies etwa in Chile zu Beginn der siebziger Jahre der Fall war. Die Möglichkeiten der Veränderung der Agrarstruktur unter sozialistischen Bedingungen wird im Artikel über die sozialistische Agrarreform in in diesem Heft dargestellt.

Hier sei von der Situation ausgegangen, die z.Z. für die meisten Länder der Dritten Welt zutrifft, daß nämlich eine Arbeiterschaft und damit Arbeiterbewußtsein nur schwach ausgeprägt ist und die Bourgeoisie die herrschende Kraft ist. Das bedeutet, daß die Politik des Landes bestimmt ist von den wirtschaftlich mächtigen Gruppen und Lobbies, wie z.B. dem ausländischen Kapital, den einheimischen Unternehmern, der Konsumgüter- und der Produktionsmittelindustrie, der für den Export und der für das Inland produzierenden Betriebe, der kapitalistischen und auch ggf. der noch existierenden feudalen Landwirtschaftsbetriebe. Diese hier paarweise gegenübergestellten Gruppen sind teilweise identisch, können aber auch gegensätzliche Interessen vertreten.

Aufgabe des Staates ist es, diese Interessen auszugleichen und so dafür zu sorgen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ganzes erhalten werden kann.

Zu diesem Zweck verfolgt der bürgerliche Staat hinsichtlich der Landwirtschaft hauptsächlich 4 Ziele:
1. *Erhöhung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe*
2. *Schaffung von Märkten auf dem Lande*
3. *Erhöhung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion*
4. *Soziale Befriedung des ländlichen Raumes*

1. Ziel: Erhöhung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe

Dieses ist das naheliegendste und auch am häufigsten auftauchende Ziel eines jeden Betriebseigentümers. Das eingesetzte Kapital soll möglichst hohe Gewinne erbringen, die produzierten Erträge sollen die anfallenden Kosten so weit wie möglich übersteigen. Das älteste Mittel, die Kosten niedrig zu halten, stellen niedrige Löhne dar. Dieses Mittel ist für die Kapitalisten aber nur begrenzt einsetzbar, da zu niedrige Löhne sich auf Arbeitsfähigkeit und -willigkeit der Arbeiter negativ auswirken. Häufig erweist sich daher der Einsatz arbeitssparender Technologien als lohnend, was die Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge hat.



Der Einsatz von Traktoren in der Landwirtschaft setzt zunächst Arbeitskräfte frei und führt zur Verelendung der Landarbeiter, wenn diese nicht in anderen Bereichen eingesetzt werden können.

2. Ziel: Schaffung von Märkten auf dem Lande

Das Problem der Unternehmer ist, daß die ganze Wirtschaft und auch ihr Betrieb nur kurzfristig funktionieren könnte, wenn sie nur nach dem maximalen Profit strebten. Denn die vielen – zunächst außerbetrieblichen – Auswirkungen würden dem Ziel des höchstmöglichen Gewinns mittel- und langfristig widersprechen, wenn es in voller Schärfe verfolgt würde, denn: wer sollte die hergestellten Waren letzten Endes konsumieren? Wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung mit den Löhnen bestenfalls gerade noch ernähren könnte, wer soll dann eigentlich die Industrieprodukte und Dienstleistungen bezahlen können? Deshalb will der einzelne Unternehmer gerade wegen s e i n e s Strebens nach Höchstprofit, daß die anderen Unternehmer ihren Arbeitern hohe Löhne zahlen, während es für ihn selbst vorteilhaft ist, seine eigenen Arbeiter eher niedrig zu entlohnen. Bisher hat die Bevölkerung der Dritten Welt diese Käuferfunktion tatsächlich noch nicht so sehr erfüllen können oder brauchen, die meisten Erzeugnisse waren für den kaufkräftigen Export bestimmt oder für den Konsum der Bourgeoisie selbst. Da diese Märkte inzwischen aber schon weitgehend gesättigt sind, gehen heute transnationale wie nationale Unternehmungen daran, sich bisher verschlossene Märkte zu erschließen. Hier liegt heute ihre größte Expansionsmöglichkeit.

Die Schaffung von Märkten ist also das 2. Ziel der Bourgeoisie bei der Entwicklung des Agrarsektors und des ländlichen Raumes. Aber es genügt hierfür nicht das Zahlen ausreichender Löhne an diejenigen, die Arbeit gefunden haben. Die bäuerlichen Wirtschaftseinheiten und Gemeinschaften müssen viel stärker in die Geldwirtschaft integriert werden. Wenn auch eine bäuerliche Subsistenzproduktion in reiner Form und intakte Dorfgemeinschaften, die alle Produktionsmittel und Dienstleistungen ohne jegliche Beziehungen zum Markt herstellten, längst nicht mehr existieren, so ist doch nicht zu übersehen, daß in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer noch sehr viele als „nicht-landwirtschaftlich" definierte Leistungen erbracht werden, wie etwa die Erzeugung von Produktionsmitteln (Geräte, Düngemittel, Gebäude), die Verwendung der Erzeugnisse (Lagerung, Verarbeitung, Verkauf) und allgemeinere Dienstleistungen (Reparaturen, Beratung). Diese sollen im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in andere Sektoren (Industrie- und Dienstleistungssektor) ausgegliedert und damit an andere – kapitalistische – Betriebe überführt werden.

Ein wichtiges Mittel zur Marktausdehnung sind die Kredite; sie werden zum Kauf von Gütern verwendet, und zur Tilgung der Anleihe ist der Schuldner gezwungen, seine Produkte wiederum zunehmend zu vermarkten.

Die Schaffung von Märkten hat somit 2 Komponenten: 1. das Vorantreiben der Arbeitsteilung – hier zunächst auf nationaler Ebene – mittels der Verbreitung der Geldwirtschaft, und 2., entgegen der früheren Praxis der maximalen Auspressung der Landwirtschaft, die Verhinderung der totalen Verarmung der ländlichen Bevölkerung.
Das heißt zwar nicht, daß die Bourgeoisie die Verarmung aller Landbewohner verhindern will, aber sie wird bemüht sein, die Integration einer zunehmenden Anzahl von Menschen lenken zu können.

3. Ziel: Erhöhung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion

Ein wichtiger Nachfrager für Nahrungsmittel ist die Stadtbevölkerung. Ihre Mehrheit ist lohnabhängig. Zu hohe Lebensmittelpreise würden die Lebenshaltungskosten der arbeitenden Bevölkerung zu sehr steigern, mit der Folge weiterer Lohnforderungen oder rückgängiger Nachfrage nach anderen Produkten. Das ist aber für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nicht wünschenswert. Also bleibt das Lohnniveau relativ niedrig. Wegen der fehlenden Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten lassen sich daher im Inland mit Nahrungsmitteln keine großen Geschäfte machen. Das führt zu einer Fortsetzung der schwerpunktmäßigen Erzeugung von Exportprodukten.
Diese Exportausrichtung erklärt sich nicht allein aus der Profitgier der einzelnen Betriebe, sondern ergibt sich aus den gesamtwirtschaftlichen Sachzwängen eines abhängigen Landes. Denn der enorme Importbedarf der Entwicklungsländer, nicht nur an Konsumgütern für die begüterten Schichten, sondern auch an Technologien aus den Industrieländern zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, führt zu einem ständigen Zahlungsbilanzdefizit. Es wird wertmäßig mehr eingeführt als ausgeführt. Um Devisen zu beschaffen – oder richtiger: um alte Devisenschulden wenigstens ein wenig tilgen zu können – ist eine zuverlässige Exportproduktion nach den Bedürfnissen der Industrieländer geradezu lebensnotwendig. Die internationale Arbeitsteilung mit ihren Ursprüngen aus der Kolonialzeit wird dadurch nicht

nur erhalten, sondern weiter verfestigt.

Während die größeren Betriebe sich auf die Produktion von Exportgütern konzentrieren, herrscht in vielen Ländern, durch die knappe Verfügbarkeit des Bodens bedingt, bei den Landarbeitern, Pächtern und Kleinbauern ein Mangel an Nahrungsmitteln.
Dieser Bedarf drückt sich so gut wie gar nicht in geldmäßiger Nachfrage aus. Eine gewisse monetäre Nachfrage kommt aber von den Stadtbewohnern; da sie als billige Arbeitskräfte erhalten werden müssen, ist ihnen Nahrung preisgünstig bereitzustellen.

Es ist für Länder der Dritten Welt charakteristisch, daß sie aus den genannten Gründen Agrarprodukte exportieren, aber Grundnahrungsmittel importieren müssen. Es ist also gesamtwirtschaftlich „vernünftiger", zu versuchen, das meist enorme landwirtschaftliche Potential des Landes zu mobilisieren und die Lebensmittelimporte durch die Eigenproduktion zu ersetzen, unter Beibehaltung der Exportfähigkeit.



Auch Genossenschaften bauen häufig Exportprodukte an – Kaffeeplantage einer Kleinbauerngenossenschaft in Guatemala.

Dies bedingt eine Steigerung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion, in die die ganze Landwirtschaft mit einbezogen werden muß. Möglich ist entweder eine weitere Ausdehnung der Großbetriebe, wobei – niedrige Verkaufspreise vorausgesetzt – die Kosten der Grundnahrungsmittel-Produktion erheblich gesenkt werden müssen, wenn die Gewinne für die kapitalistischen Betriebe noch ausreichend hoch sein sollen. Das aber hätte viele gesamtwirtschaftlich unerwünschte Folgen (niedere Löhne, weitere Freisetzung von Arbeitskräften, Ausdehnung der Ländereien auf Kosten der armen Landbevölkerung)und könnte die soziale Unruhe schüren. Es können aber auch die bisher wenig in den Marktprozeß integrierten Produzenten – mittlere und kleine Bauern, auch frühere Landarbeiter und Pächter – mobilisiert werden, was der sich ausbreitenden Industrie größere Absatzmöglichkeiten für Produktionsmittel und Konsumgüter bieten würde, nicht zuletzt vermittelt über einen wachsenden Dienstleistungssektor.

4. Ziel: Soziale Befriedung des ländlichen Raumes

Die gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten, einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung am Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen, erlauben es dem kapitalistischen Staat, bei sozialen Unruhen einen kleinen Teil des Wohlstandskuchens zur Beruhigung zu verabreichen. Die einzelnen Unternehmer werden sich zwar dagegen wehren, besonders bei einer angespannten Wirtschaftslage, aber letzten Endes erlaubt ihnen die Aussicht auf ein mögliches Gesamtwachstum, nachzugeben. Dennoch werden die Verteilungsmaßnahmen nie die Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft aufheben, da die Unternehmer für ihre Wirtschaft immer (relativ) billige Arbeitskräfte brauchen.

Die Zielsetzungen, mehr Menschen in den Markt zu integrieren und die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen, werden nicht immer ausreichen, um Revolten zu verhindern.

Erheben sich z.B. die Landarbeiter eines rentablen landwirtschaftlichen Großbetriebes mit der Forderung, die Erzeugung selbst in die Hand zu nehmen, so wird die Bourgeoisie einiges versuchen, um sie an der Übernahme des Betriebes zu hindern.

Über Grausamkeiten gegenüber der armen Landbevölkerung weiß man vor allem aus Lateinamerika. Diese reichen von der Einkerkerung der Wortführer der Campesinos über ihre Ermordnung bis hin zur wahllosen Niedermetzelung ganzer Gruppen von aufständischen Frauen Männern und Kindern.

Die Unterdrückung sozialer Bewegungen mit nackter Gewalt ist eine Möglichkeit der Befriedung. Eine andere ist das Eingehen auf einzelne Forderungen der unruhigen Bevölkerung, sie über die tatsächlich vom Staat verfolgten Ziele im Unklaren zu lassen und so unter ihnen Uneinigkeit zu stiften. In Mexiko gibt es beispielsweise eine von der Weltbank finanzierte Organisation namens PIDER, die eine Art soziale Feuerwehr darstellt: wenn es irgendwo in der ländlichen Gesellschaft „brennt", kommt PIDER an und geht auf die Forderungen der Campesinos sofort und unbürokratisch ein, bis der „Brand gelöscht" ist.

Die Befriedungsmaßnahmen können aber oft auch Experimente sein, die Beruhigung der Bevölkerung mit den anderen gesamtwirtschaftlichen Zielen zu verbinden. In vielen Ländern, in denen die Forderung nach einem eigenen Stück Land laut wurde, wurden die Unzufriedenen in neu zu erschließendes Land umgesiedelt. Gelingt das Projekt, kann es für alle befriedigend sein, mißlingt es, dann hat es gesamtwirtschaftlich vielleicht keinen Vorteil gebracht, aber es hat noch einmal die Betriebe geschützt, deren Land zur Verteilung angestanden hätte.

Die soziale Befriedung ist eine Voraussetzung für den Erhalt und die Weiterentwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, aber sie läßt sich nicht immer mit den gesamtwirtschaftlichen Zielen verbinden.

Die Ziele werden nicht immer gleichzeitig und konsequent verfolgt

Welche Ziele im einzelnen Fall Priorität haben, hängt ganz allgemein von den politischen Kräften im jeweiligen Land zum jeweiligen Zeitpunkt ab. So kann es innerhalb der Bourgeoisie Konflikte geben, wenn eine Gruppe von der extremen Ausbeutung profitiert, etwa Großgrundbesitzer oder auf Exportproduktion ausgerichtete ausländische Konzerne, eine andere Gruppe aber an deren Grenzen stößt, da sie für ihre Expansion einen einheimischen Markt und sozialen Frieden braucht. Dabei ist dies eher eine analytische, keine physische Trennung innerhalb der Bourgeoisie, denn auch ein Kapitalist oder ein Konzern kann in beiden Lagern gleichzeitig vertreten sein.

Einig sind sich die verschiedenen Kapitalfraktionen also in der Verfolgung des privatwirtschaftlichen Zieles, möglichst hohe Profite zu erlangen.
Uneinig sind sie sich, wann und ob sie zeitweilig davon Abstriche machen müssen, um den gesamten Wirtschaftsablauf zu sichern.

Auswirkungen „fortschrittlicher" kapitalistischer Entwicklungshilfe – wie die von den Bauern geforderten Maßnahmen gegen sie eingesetzt werden können

In der Solidaritätsarbeit der „Dritte-Welt-Gruppen" war es von jeher klar, daß eine „Entwicklungshilfe" abgelehnt wurde, wie sie etwa die Weltbank betrieb, die hauptsächlich die kapitalistischen Großbetriebe förderte. Die kritische Öffentlichkeit forderte Maßnahmen, die nachhaltige Verbesserungen der Lebensbedingungen der armen ländlichen Bevölkerung zum Ziel haben, etwa wie die eingangs erwähnten: Landreform, Unterstützung von Kleinbauern und Genossenschaften.
Viele bürgerliche Theoretiker vertraten die Auffassung, die Entwicklungspolitik müsse in erster Linie das wirtschaftliche Wachstum fördern, und dies geschehe am besten durch die Unterstützung der (kapitalistisch-) rational arbeitenden Betriebe. Die Folgen dieser Politik, nämlich die zunehmende soziale Polarisierung, waren aber doch allmählich nicht mehr zu leugnen, und so nahm die Weltbank zusätzlich das Ziel der Verteilungsgerechtigkeit in ihre Politik mit auf, ohne jedoch die Vorrangigkeit des Wachstumszieles zu beschneiden. Viele Länder des peripheren Kapitalismus hatten diesen Weg schon vorher beschritten. Und es zeigte sich, daß sich die als „fortschrittlich" angesehenen Maßnahmen ganz gut auch für die gesamtwirtschaftlichen Ziele der Bourgeoisie eigenen können.
Ein Beginn der Umwälzung sollte mit der „Grünen Revolution" kommen. Sie sollte in den Ländern, wo der Druck auf dem Boden besonders groß ist, beweisen, daß eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und damit einhergehend eine automatische Besserstellung der ärmeren ländlichen Schichten auch ohne eine Bodenreform möglich sei. Sofern sie vom technischen her überhaupt erfolgreich war, so lag entgegen vieler Willensbekundungen der Schwerpunkt der Begünstigungen auf den Großbetrieben.

Eine der Konsequenzen aus den Mißerfolgen war die Förderung von Kleinbetrieben oder Kleinbauern. Diese ist auch der Angelpunkt für Bodenreformen, Genossenschaften, Kreditprogramme usw., Maßnahmen, die sich gegenseitig bedingen und hier deshalb als ein Maßnahmenpaket dargestellt werden sollen, obwohl sie sehr oft punktuell und nicht als integrales Projekt verwirklicht werden.

In den Ländern, in denen der Boden so weit in Privatbesitz aufgeteilt ist, daß die nicht im Industrie- oder Dienstleistungssektor tätige Bevölkerung zu wenig Land hat, wird die Forderung der Armen nach einem eigenen Stück Land meist unüberhörbar. Ihr nicht nachzugeben heißt, den sozialen Frieden und damit ein Lahmlegen der Produktion zu riskieren. Aber wie reagiert die Bourgeoisie, um die Nachteile für sich möglichst gering zu halten? Möglichst zurückhaltend natürlich. Einmal wird sie versuchen, Land freizusetzen, wo es die betriebswirtschaftliche Rentabilität kaum schmälert, z.B. brachliegendes Land der Großgrundbesitzer und u.U. sogar ganze Ländereien, sofern feudale Strukturen die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Häufig



Hier setzen Kleinbauern im afrikanischen Land Mali zwei Zugochsen mit einem Universalgerät zur Bearbeitung des Bodens ein.

werden den Herren als Entschädigungen Geld oder Industriebeteiligungen vom Staat angeboten, was einem Kapitaltransfer in profitträchtigere Sektoren gleichkommt, wobei das Kapital im Laufe der folgenden Jahre von den „begünstigten" Bauern aufgebracht werden muß, indem sie entweder das zugeteilte Stück Land abbezahlen müssen, wie etwa im Iran, oder in Form von Steuern. Damit die neuen Kleingrundbesitzer dazu in der Lage sind, und damit ganz allgemein die starke Parzellierung des Landes gesamtwirtschaftlich nicht allzu nachteilige Auswirkungen hat, ist eine gewisse Nachhilfe erforderlich. Oft versucht man unsinnigerweise zu verhindern, daß die Kleinbauern weitgehende Subsistenzproduktion betreiben, um die Bedürfnisse ihrer Familie erst einmal zu stillen. Der Zwang, dem Staat das Land zu bezahlen, bedeutet gleichzeitig, daß eine Produktion nach den Erfordernissen des Marktes stattfinden muß. Auf diese Weise soll der Bauer lernen, nicht mehr bäuerlich ohne Rentabilitätsüberlegungen, sondern rational wie ein dynamischer Unternehmer zu wirtschaften.

Natürlich sind die Parzellen dazu viel zu klein, und die Bauern haben kein Kapital, um notwendige Anschaffungen – sei es zum Überleben oder für die Produktion –vorzunehmen, sie müssen K r e d i t e aufnehmen. Um die Bauern von den Wucherzinsen der traditionellen Geldverleiher zu befreien, werden Kreditprogramme zu günstigen Konditionen gestartet, meist vom Staat, z.T. aber auch von Unternehmen, die mit den Bauern Verträge über den Ankauf der angebauten Produkte abschließen. Nicht selten entbehren die staatlichen Kreditprogramme der ökonomischen Rationalität und dienen nur zur Befriedung, indem zum Verhungern zu viel, für den vorgesehenen Anbau aber zu wenig gegeben wird, so daß der Bauer keine Erfolge erbringt (s.o.). Mittel- bis langfristige Konsequenz ist dann, von Teilen der Borgeoisie vielleicht gewollt, daß die Landverteilung unter der Hand wieder rückgängig gemacht wer-

den kann und die Schuld dafür der Unfähigkeit des dummen, ungebildeten, traditionalen Bauern zugeschoben, also völlig individualisiert wird.

Bei vielen Programmen hat der Kreditgeber am effizienten Einsatz des Kapitals Interesse, so daß ihm nicht gleichgültig ist, was damit geschieht. Durch genaue Kontrollen oder Vorschriften wird dem Bauern kein freies Wirtschaften mehr ermöglicht, er wird tendenziell zum Heimarbeiter, der auch noch das volle Produktionsrisiko trägt. Besonders, wenn der Kredit von einer Agrarprodukte verarbeitenden Firma stammt, kommt es vor, daß der Bauer sich verpflichten muß, bestimmte Produkte in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis an den Kreditgeber zu liefern. Häufig können auch genaue Anbauvorschriften gemacht werden. Doch auch Banken und staatliche Institutionen können so verfahren.

Die Förderung der einzelnen Kleinbauern ist wegen der vielen Probleme häufig ineffizient. Sie bringt sehr viel Verwaltungsarbeit mit sich, denn die Förderungswürdigkeit des einzelnen Bauern ist für die Bank oder Behörde nicht immer feststellbar. Außerdem werden bei den häufi-



gen Fehlschlägen der Kreditnahme die Bauern ihren Unmut gegen die offizielle, kreditvergebende Stelle richten.

Die gegenüber Kleinbauern verfolgten Zielsetzungen lassen sich mit weniger Aufwand durchdrücken, wenn diese in Kreditgemeinschaften oder allgemein in Genossenschaften zusammengefaßt werden können. Erfolgt die Beschaffung von Produktionsmitteln gemeinsam, so sind die Lasten so von den Bauern leichter zu tragen. Die Kontrolle des Kreditgebers über die Mittelverwendung wird erleichtert, indem er direkt auf die Leitung der Genossenschaft Einfluß nimmt. Auch innerhalb der Genossenschaft können die Ungleichheiten zwischen den Bauern weiter verstärkt werden, In der Regel nämlich bestimmen dort die reicheren Bauern, die meist noch den lokalen Geldverleih und/oder Handel beherrschen. Auf diese Weise können die „dynamischeren" Bauern die Verfügungsgewalt über das Land der traditionalen bekommen, was eine Integration in den Markt fördert.

So wird die Genossenschaft als ursprüngliche Basisorganisation unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen umfunktioniert zu einem Beherrschungsinstrument, zu einer Unterorganisation des Staates.Selbst wenn sie sich eine innere Autonomie erhalten könnte, so bleibt sie doch von der Gestaltung der Produktion her immer den Einflüssen und Erfordernissen des kapitalistischen Marktes unterworfen.

..... aus einer Stellungnahme vom Präsidenten von Guatemala, General Kjell E. Langerud ... Ihm kann man wohl wirklich nicht nachsagen, daß er ein großer Feind der „freien Marktwirtschaft" ist.

„Hier in Guatemala gibt es das Privateigentum ... Wo ist, meine Herren Abgeordneten, der „kommunistische" Charakter unserer Politik, wenn wir den Kleinbauern helfen und das Genossenschaftswesen unterstützen. Das Genossenschaftswesen, meine Herren, im Gegensatz zur Kollektivierung erhält voll das Prinzip des Privateigentums aufrecht, ebenso den Anreiz des Gewinns bei individueller Arbeit, was das Fundament des demokratischen Systems ist.
Das Genossenschaftswesen eignet sich nichts Fremdes an, es ist nicht nötig, Land oder Güter des Nächsten zu enteignen. Den Kleinbauern ermöglicht das Genossenschaftswesen, ihre Kräfte zusammenzutun, um mehr zu produzieren und einen größeren Ertrag zu erzielen. Und, für den Staat, das muß ich einmal deutlich sagen, ist das Genossenschaftswesen das Vehikel, mit dem neue Techniken und Hilfen an die Bauern weitergegeben werden können, die in individueller Form nicht gegeben werden könnten, weil das erhebliche Investitionen erforderlich machen würde. Wir können also klar sehen, daß die Bereiche klar getrennt bleiben und, daß weder Form noch Inhalt unserer demokratischen Institutionen in Guatemala verändert werden..."
(diese höchst beachtenswerten Präsidentenworte waren abgedruckt in der Zeitung „La Nacion", Guatemala-Ciudad, am 5.7.75).

Soziale oder humanitäre Zielsetzungen spielen bei der Kleinbauern- oder Genossenschaftsförderung kaum eine Rolle. Sie wird zwar einigen Betroffenen den Anschluß an die Marktwirtschaft ermöglichen, aber schon unter ihnen wird es bald wieder Benachteiligte geben. Es stehen aber auch gar nicht genügend Mittel zur Verfügung, daß wirklich alle Kleinbauern in Förderungsprogramme einbezogen werden könnten. Ein noch entscheidenderer Kritikpunkt ist jedoch, daß die Unterstützung von Kleinbauern nie eine ausreichende soziale Maßnahme sein kann, so lange für die noch schlechter gestellten Landarbeiter oder gar die arbeitslosen Landlosen nichts getan wird. Sie werden glatt „vergessen", und dabei stellen sie in einigen Ländern wie z.B. in Mexiko die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung! Das „Vergessen", wie auch die punktuelle Förderung von Kleinbauern, wird erklärlich, wenn man die Strategie so begreift, daß zwar ein Teil der Landbewohner in den Markt

integriert werden und bei Produktionssteigerungen behilflich sein soll, ein anderer Teil aber weiterhin noch die Funktion der billigen Arbeitskraft weiter beibehalten muß und auch kann – „volkswirtschaftlich" gesehen. Warum sollte der bürgerliche Staat von sich aus denn „soziale Ziele" für die Landarbeiter verfolgen? Bessere Arbeitsbedingungen könnten die privatwirtschaftliche Rentabilität beeinträchtigen. Solange die systemimmanenten Zwänge es nicht verlangen, braucht der Staat keine weitergehenden Zugeständnisse zu machen, es sei denn, der Kampf der Landarbeiter wird zu mächtig, als daß er unterdrückt werden kann.

Es gibt keine neutralen Maßnahmen oder Ziele

Die harte Verurteilung von Bodenverteilung, Kleinbauern- und Genossenschaftsförderung, Kreditprogrammen usw im Kapitalismus drängt die Frage auf: kann man denn keine Agrarreformmaßnahmen in den abhängigen kapitalistischen Ländern mehr befürworten? Können die genannten Maßnahmen nicht wenigstens ein Keim des von uns erwünschten Fortschritts sein?

Was mit dem Dargestellten verdeutlicht werden soll ist folgendes:

Hinter den Maßnahmen zur Veränderung der Agrarstruktur stehen bestimmte Ziele, die die Ausgestaltung der Maßnahmen selbstverständlich beeinflussen. Die eingesetzten Mittel sind daher nicht neutral, sie erfahren ganz bestimmte Ausprägungen direkt durch die politisch Herrschenden und indirekt, aber noch nachhaltiger, durch das marktwirtschaftliche System. Hier liegen ihre engen Grenzen, und diese haben auch Rückwirkungen auf die Einstellungen der Beteiligten.

Wenn wir der Auffassung sind, daß die kapitalistische Ordnung beseitigt werden muß, damit sich die Lebensbedingungen der Armen langfristig und konsequent verbessern können, können wir also einem Entwicklungshilfeprojekt nie einfach deswegen ein tendenziell anti-kapitalistisches Attribut geben, weil es bisher benachteiligte Kleinbauern unterstützt oder diese gar zur Genossenschaft organisiert.

Aber sind denn die dargestellten Ziele der Kapitalisten wirklich so verwerflich, wie es hier dargestellt wurde? Muß nicht jede Wirtschaft haushälterisch mit den Ressourcen schon in jeder kleinen Betriebseinheit umgehen (vgl. Ziel 1.)? Muß sich das landwirtschaftliche Mehrprodukt nicht auch im Austausch mit anderen Wirtschaftseinheiten realisieren, ist diese Arbeitsteilung nicht auch ein klein wenig notwendig (vgl. Ziel 2.)? Ist nicht gerade die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auch im Sozialismus eine Selbstverständlichkeit (vgl. Ziel 3.)? Ebenso ist es doch überall richtig, sozialen Forderungen nachzukommen (vgl. Ziel 4.)?

Ganz allgemein sind die Fragen wohl zu bejahen. Aber je nach dem, welche speziellen Motive bei den Verantwortlichen mitschwingen, können sie verschiedene Ausprägungen erhalten. Der kapitalistische Wunsch, bei jedem Einsatz von Kapital Gewinn zu erwirtschaften, prägt jedes einzelne dieser Ziele anders als das Bestreben, bei wirtschaftlichen Vorgängen zuerst das Wohl aller Menschen zu verfolgen. Deswegen können wir auch nicht darauf vertrauen, daß im Kapitalismus fortschrittliche Maßnahmen ergriffen werden, die die Ausbeuterordnung in Frage stellen.

Wie kann man sich dann als Linker überhaupt verhalten? Kann man in einem kapitalistischen Land gar nichts mehr befürworten, was den Menschen dort nützen könnte? Und gar Forderungen könnte man erst recht nicht mehr stellen?

Trotz der vorangegangenen gründlichen Verdammung von Agrarstrukturveränderungen in abhängigen kapitalistischen Ländern können wir uns natürlich nicht der Aufgabe entziehen, auch dort aktiv für die Verbesserung der sozialen Lage der Unterdrückten einzutreten. Wir dürfen es nur nicht unkritisch tun, ohne die vielfältigen Unterdrückungsmechanismen zu beachten.

Folgende drei Kriterien zur Förderungswürdigkeit von Reformmaßnahmen stellen wir zur Diskussion:

1. *Hilfe für die Ärmsten*
2. *Ermöglichung oder Förderung politischen Bewußtseins oder gar des Kampfes gegen die Ursachen der Armut und Ausbeutung*
3. *Förderung einer autozentrierten Entwicklung*

Diese 3 Kriterien gehören untrennbar zusammen, sie müssen gleichzeitig erfüllt sein, sonst sind sie unwirksam.

Wenn ein Hilfsprojekt sich beispielsweise darauf beschränkt, einer unterernährten Bevölkerung Lebensmittel zu beschaffen, dann ist das zwar eine begrüßenswerte Tat, die besser ist als Untätigkeit. Es ist insoweit zu unterstützen. Aber g l e i c h z e i t i g müssen wir es kritisieren, wenn die Ursachen des Hungers nicht bekämpft werden. Je nach der bereits bestehenden Bewußtseinslage der Betroffenen müssen ihre Möglichkeiten, sich selbst zu helfen, gefördert werden, weil nur auf diese Weise grundlegende Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse möglich werden, nicht aber durch Reformen von oben.

Die Forderung nach einer autozentrierten Entwicklung ist zwar oftmals zu abstrakt; sie soll aber der Bevölkerung des jeweiligen Landes den Weg eröffnen helfen, sich in Zukunft von den Metropolen zu lösen. Z.B. ist bei der Übernahme von Technologie oder bei der Einführung eines neuen Produktes darauf zu achten, daß sie den Möglichkeiten und Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung entsprechen, und nicht weitere Abhängigkeiten schaffen. So ist es sinnvoller, eine Häuserbau-Kooperative zu unterstützen als eine Kaffeegenossenschaft. Und es wird sinnvoller sein, die Herstellung von Geräten für tierische Anspannung zu fördern als die Einführung von ausländischen Traktoren.

Vielleicht gibt es richtig unterstützenswerte Projekte nur in Ländern, in denen anti-kapitalistische Kräfte bereits an der Macht sind. Aber es wäre falsch, wollten wir uns ausschließlich mit diesen solidarisieren. Auch in abhängigen kapitalistischen Ländern gibt es anti-kapitalistische Kräfte, die für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpfen und dabei der Bourgeoisie Zugeständnisse abringen. Nur wenn wir sie unterstützen, wenn wir die gegen diesen Kampf gerichteten Maßnahmen anprangern, werden wir der Bevölkerung in der 3. Welt helfen können.

BITTE BEACHTEN SIE DIE RECHNUNG SEITE 33. DANKE !

Agrarreform in Peru: Gescheiterte Industrialisierung auf Kosten der Bauern

Eckard Finsterer

Veränderungen der peruanischen Agrarstruktur seit der Zeit der spanischen Eroberung

Eckard Finsterer

Als die Spanier 1539 den letzten Inka ermordeten und Peru (damals Goldland genannt) unter ihre Gewalt brachten, fanden sie ein hochentwickeltes Landbausystem vor. Die Landwirtschaft war die hauptsächliche Grundlage zur Sicherung des Lebensunterhalts der indianischen Bevölkerung. Mit Hilfe eines ungewöhnlich guten Bewässerungssystems hatten die Indianer schon vor über 1000 Jahren ein intensives landwirtschaftliches Anbausystem in den dürren Küstentälern und auf den Hochflächen des Gebirges angelegt. Sie verstanden die Erosion durch Terassen aufzuhalten und sie ließen das Land, das in gemeinschaftlicher Form bearbeitet wurde in regelmäßigen Abständen brachliegen, um seine Fruchtbarkeit nicht zu erschöpfen (vgl. (9), S. 6).

Nach der Eroberung war aller Grund und Boden in das Eigentum der spanischen Krone übergegangen, die ihn an spanische Heerführer zund Soldaten verlieh. Allmählich entwickelten sich daraus feste Besitzansprüche. Siedler mit wenig Besitz sahen sich aber oft gezwungen, ihren Besitz zu verkaufen. Da aufgrund der unmenschlichen Behandlung durch die Spanier die einheimische indianische Bevölkerung dezimiert wurde, wurden die Grundlagen für die Konzentration von Boden in den Händen einer Minderheit von Großgrundbesitzern geschaffen.

Doch den spanischen Eroberern ging es nicht nur um das, was die Landwirtschaft hergab, sondern sie wollten Edelmetalle – insbesondere Gold und Silber – gewinnen und nach Spanien bringen.

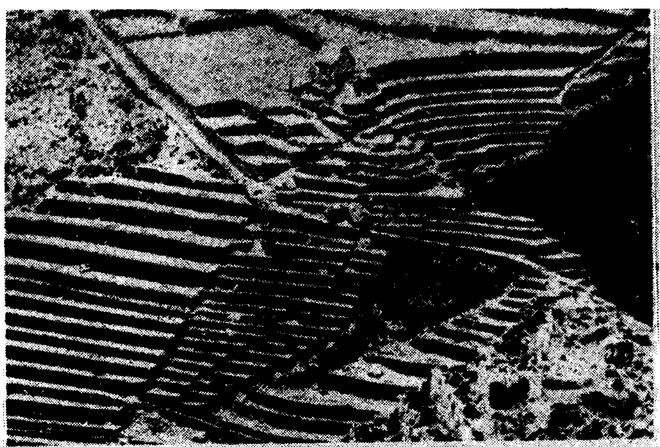
Um diese Bodenschätze abzubauen ergab sich die Notwendigkeit, die indianische Bevölkerung, die sich auf dem ihr verbleibenden Land noch selbst ernähren konnte durch Zwang dazu zu bringen, auf den Besitzungen und in den Bergwerken der Eroberer zu arbeiten. Es wurde die Encomienda geschaffen, was bedeutete, daß den spanischen Grundbesitzern und Bergwerksunternehmern von den indianischen Dorfgemeinschaften eine bestimmte Anzahl von Indianern zugeteilt wurde, die sie nach Bedarf zu Arbeits leistungen heranziehen konnten (vgl. (20), S. 14f). Dieses System hat sich im Prinzip bis in unsere Zeit gehalten.

Die rücksichtslose Behandlung der indianischen Zwangsarbeiter – viele wurden totgepeitscht oder starben vor Erschöpfung unter schweren Lasten – sowie der Verfall der Felder, für deren Bestellung die zur Zwangsarbeit gepreßten Bauern keine Zeit mehr hatten und die aus Europa eingeschleppten Krankheiten führten zu einem Massensterben der Indianer (vgl. (16), S. 218 und (24), S. 5).

Mit der Ausrottung der einheimischen Bevölkerung durch die spanischen Eindringlinge ging die Zerstörung der sozioökonomischen Ordnung der Indianer einher. Das bedeutete den Verfall des indianischen Systems der Bebauung, Bewässerung und Erhaltung des Bodens. Die meisten der in Jahrhunderten errichteten Terassen- und Bewässerungssysteme verfielen (vgl. (9), S. 6). Die wenigen verbliebenen Arbeitskräfte konzentrierten sich in den Minen und den Feldern der Haziendas. Es entstand eine Wirtschaft, zu deren Schwerpunkten der Abbau von Edelmetallen und die landwirtschaftliche Produktion zur Versorgung der Bergbauzentren wurde.

Zwar gab es schon zur Zeit der spanischen Herrschaft in Peru – und natürlich auch danach – Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Landraub, die Konflikte blieben aber überwiegend auf die lokale Ebene beschränkt. Erst in den 60er Jahren vermehrten sich die Kämpfe der Bauernmassen gegen die herrschenden Zustände, die sich über große Teile des peruanischen Hochlandes ausweiteten. Die Bauernrevolten erreichen 1962 im Tal van La Convención im Department Cusco einen Höhepunkt, als Campesinos unter der Führung von Hugo Blanco die Haziendabesitzer verjagten (vgl. (21), S. 3). Der Aufstand wurde zwar niedergeschlagen, war aber auslösender Faktor für partielle Zugeständnisse in Form erster Agrarreformansätze. Allerdings beschränkte sich die von der Regierung Belaunde 1962 und 1964 verkündete Agrarreform auf das Urwaldrandgebiet von La Convención (vgl. (19), S. 68).

Als 1968 das peruanische Militär gegen die Regierung Belaunde putschte, waren die ungelösten Agrarprobleme des Landes eine der Ursachen dafür. Das neue Regime, das einen „Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus" einschlagen wollte, propagierte auch sofort eine grundlegende Agrarreform.



Die Terrassen zeigen die intensive Bodennutzung der Inkas. Sie bebauten die steilen Berghänge in hochorganisierter gemeinsamer Arbeit und bewahrten die Erde, die sie – manchmal aus entfernten Gegenden – heranschafften, in Steinwannen vor dem Wegwehen oder Abgeschwemmtwerden. Heute sind solche Anbauweisen wegen der Besitzverhältnisse und mangelnder Arbeitsorganisation verlassen, die Terrassen verfallen oder werden von Gestrüpp überwuchert, die Hänge bringen nur noch einen Bruchteil des möglichen Ertrages oder sind ganz verlassen.

Merkmale der peruanischen Landwirtschaft vor der Agrarreform

Die Agrarstruktur Peru's war damals durch folgende Gegensätze geprägt. Einerseits herrschten an der Küste moderne Großhaziendas vor, die einen hohen Grad an Produktivität aufwiesen und vor allem Zucker und Baumwolle produzierten. Zu den Zuckerrohrplantagen gehörten weiterverarbeitende Rum- oder Papierfabriken. Hier waren auch die Landarbeitermassen, die im Lohnarbeitsverhältnis standen konzentriert (vgl. (2), S. 11). Vom Kapital der 12 großen Zuckerrohrhaziendas gehörten 65 % Ausländern (vgl. (25), S. 36).

In der wenig produktiven Landwirtschaft der Sierra gab es zum einen Großgrundbesitzer, die v. a. Viehzucht betrieben. Deren Haziendas wurden von in feudalen Dienstverhältnis oder im Lohnarbeitsverhältnis stehenden bettelarmen Knechten bewirtschaftet. Dabei waren die Hazendados oft

nur durch einen Verwalter vertreten, da sie selbst in der Stadt lebten.

Zum anderen gab es die Indiogemeinden (Comunidades) Indigenas), die aus den Gemeinden der Inkas hervorgegangen waren. In ihnen lebten Hunderttausende von Kleingrundbesitzern (Minifundistas) mit weniger als 5 Hektar Land. Die Großgrundbesitzer hatten durch juristische Tricks und mit Gewalt immer mehr Land den Indiogemeinden, die später in Landgemeinden (Comunidades Campesinas) umbenannt wurden, abgenommen.

Die ungleiche Landverteilung demonstrieren folgende Zahlen: Zu den 3.792 Gütern, die 1966 größer als 500 Hektar waren (0,4 % aller Güter) gehörten 75,6 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Perus. Umgekehrt standen den 708.257 Gütern mit weniger als 5 Hektar Land (83,2 %) nur 5,7 % der Gesamtfläche zur Verfügung (vgl. (25), S. 35).

Weitere Kennzeichen der peruanischen Landwirtschaft waren, daß fast die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung im Agrarsektor tätig war. Der jährliche Bevölkerungszuwachs betrug ca. 3 % und war damit ziemlich hoch. Gleichzeitig war eine ständige Verstädterung zu verzeichnen. Aufgrund der niedrigen Produktivität des Agrarsektors, der für den einheimischen Markt produzierte, war Peru stark auf Lebensmittelimporte angewiesen. In einer ähnlichen Krise befand sich die Landwirtschaft Chiles, wo zuerst die Regierung Frei, später die Unidad Popular eine Agrarreform durchführten, deren Ergebnisse aber von der Junta aufgehoben wurden (vgl. (7), S. 1 ff). Dies zeigt, daß die Probleme der Landwirtschaft in vielen Ländern Lateinamerikas ähnlich gelagert sind. Außer in Cuba wurde bislang nirgends in Lateinamerika eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse auf dem Land erreicht.

Das Agrarreformgesetz von 1969

Die von den Militärs 1969 initierte Agrarreform unterschied sich von den entsprechenden Reformansätzen der Regierung Belaunde aus den Jahren 1963 und 1964. Keine der damaligen Reformen hatte zu einer „grundsätzlichen Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse" ((19), S. 60) geführt. Insbesondere darum, weil die großen agroindustriellen Zuckerhaziendas und die viehwirtschaftlichen Haziendas im Hochland von den Bestimmungen der Gesetze ausdrücklich ausgenommen waren (vgl. (19), S. 42 sowie (18), S. 142).

Das Agrarreformgesetz vom Oktober 1969 betont im Gegensatz zu den früheren Maßnahmen den gesellschaftsverändernden und integralen Anspruch: die Beseitigung ungerechter Einkommenstrukturen und menschenunwürdiger Lebensbedingungen. In Artikel 1 des Gesetzes über die Agrarreform heißt es dazu:

„Die Landreform . . . ist dazu bestimmt, das System der Latifundien und Minifundien durch ein gerechtes System des Eigentums, des Besitzes und der Nutzbarmachung von Land zu ersetzen. . . . Es soll die soziale Gerechtigkeit auf dem Land garantieren und die Produktion und die Produktivität des Sektors Ackerbau und Viehzucht steigern sowie die Einkünfte der Landbewohner erhöhen und sichern . . ." (22), S. 117). Mit dem zweiten Teil des Zitats wird der „überragende Wert der ökonomischen, auf die Erhöhung des Akkumulationsniveaus des Agrarsektors unausgerichteten, Zielsetzung deutlich" (19), S. 45).

Enteignungen, Umverteilungen und Agrarschuld

Artikel 5 des Gesetzes über die Agrarreform bestimmt: „Für die Ziele der Bodenreform erweist sich die Enteignung ländlicher Privatgrundstücke . . . von öffentlichem Nutzen und sozialem Interesse" (zitiert nach (22), S. 119). Für die einzelnen Regionen und Bodenkategorien (bewässert, unbewässert, Weideland) setzte der Staat eine bestimmte Grenzfläche fest, die nicht enteignet werden dürfte. Die einzige Ausnahme waren die Zuckerhaziendas, die vollständig enteignet wurden. Dem bisherigen Besitzer verblieb also im Regelfall eine Nutzungseinheit, die bei Weideland bis zu 6000 Hektar betragen konnte (vgl. (25), S. 43).

Mit der Expropriation geht das Land vom Eigentümer an den Staat über, der es dann an Genossenschaften und Campesinos verteilt. An die früheren Besitzer werden vom Staat Entschädigungen geleistet. Vieh wird voll in bar entschädigt, für das enteignete Land sowie für Gebäude, Maschinen und andere Einrichtungen wird die Entschädigung, die sich nach den für 1968 festgesetzten Steuerwert richtet, nur bis zu einem bestimmten Betrag in bar geleistet. Die große restliche Agrarschuld wird in Form von Agrarschuldverschreibungen mit Laufzeiten von 20 bis 30 Jahren und einer Verzinsung von 4 bis 6 % zugesprochen (vgl. (19), S. 46 f, (25), S. 41)

Die Eigentümer dieser Staatsobligationen können ihre Papiere einlösen, wenn sie einen gleichhohen Barbetrag zusätzlich bereitstellen und die ganze Summe in ein vom Staat genehmigtes Unternehmen investieren. Auf diese Weise sollte durch die Agrarreform die Industrialisierung des Landes gefördert werden. Diese Möglichkeit wurde aber kaum genutzt, so daß auch die Anzahl der Arbeitsplätze, die so geschaffen werden sollten sehr gering blieb (vgl. (19), S. 47)

Die Landarbeiter und Indiogemeinden, die „Begünstigten" der Agrarreform, haben für die ihnen übereigneten Grundstücke, Maschinen etc. mit dem Staat einen Kaufvertrag abzuschließen. Der festgesetzte Betrag ist einschließlich Zinsen über 20 Jahre zu bezahlen. Bis zur Begleichung der Schuld verfügt der Staat einen Eigentumsvorbehalt über das Land (vgl. Artikel 83 des Agrargesetzes, (22), S. 146)

Die Agrarschuld belastetete die Akkumulationsfähigkeit der reformierten Betriebe erheblich. Sie führte – mit Ausnahme der rentableren Genossenschaften – zu einer Entkapitalisierung. Der Großteil der kleineren Genossenschaften und Indiogemeinden wird die „Reform,begünstigung' mit fortgesetzter Stagnation bezahlen müssen" (19), S. 47f).

Die konkreten Maßnahmen, die aufgrund des Agrarreformgesetzes eingeleitet wurden, unterschieden sich nach Region und Betriebsart.

Die Veränderungen, die sich in den agroindustriellen Betrieben der Küstenregion ergaben, werden besonders ausführlich dargestellt, da diese Unternehmen eine Schlüsselrolle in der peruanischen Landwirtschaft innehaben. Außerdem sollten nach den ursprünglichen Vorstellungen der Militärs langfristig alle landwirtschaftlichen Betriebe in der Form von CAP-kooperativen (vgl. nachfolgenden Abschnitt) organisiert und bewirtschaftet werden.

Agrarreform in der Küstenregion

2 Tage nach der Verkündigung des Gesetzes besetzte das Militär die acht größten Zuckerplantagen des Landes, setzte eine staatliche Verwaltung ein und stellte diese Unternehmen zur Enteignung bereit. Dieses Vorgehen überraschte die Beteiligten, denn die hohe Rentabilität und die Schlüsselstellung dieser Haziendas als Devisenbringer hatte sie bis dahin vor allen Enteignungsmaßnahmen geschützt. (vgl. (19), S. 42f). Der Staat wollte sich damit eine direkte Kontrolle über diese wichtige Akkumulationsquelle verschaffen und einen weiteren Devisenabfluß durch Gewinntransfer unterbinden.

Der politische Gehalt der Enteignung der Zuckerhazien-

das bestand zum einen in einer Ausschaltung der peruanischen Zuckeroligarchie, die bis dahin eine starke Machtposition innehatte, zum anderen war diese Maßnahme gegen die APRA gerichtet, eine ehemals reformerische Partei, die sich aber zu einem Handlanger der Kapitalinteressen gewandelt hatte und eng mit den Zuckerbaronen zusammenarbeitet. Über ihre Gewerkschaften hatte die APRA unter den Arbeitern der Haziendas einen großen Rückhalt und zum Zeitpunkt der Enteignung war sie der stärkste Rivale der Militärs. Der Putsch der Militärs von 1968 war u. a. gegen diese Partei gerichtet. Durch die Enteignung der Zuckerhaziendas wollte das Militärregime die dortigen Landarbeiter gewinnen und die APRA ausschalten.

Die Bildung von CAPs (Agrarische Produktionskooperativen)

Speziell für die agroindustriellen Unternehmen der Küstenregion wurde eine neue Betriebs- und Eigentumsform konzipiert: die CAP (Cooperative Agraria de Produccion). Fast das gesamte von der Agrarreform betroffene Land in den Küstentälern, also nicht nur die Zuckerhaziendas, wurde in die CAPs eingegliedert. Die betriebliche Organisation der CAPs blieb praktisch gleich, die Selbstverwaltung deckte also nur den administrativen Bereich ab und hatte keine Funktion bei Produktionsentscheidungen (vgl. (19), S. 45). In diesen Selbstverwaltungsorganen, durch die die neuen Eigentümer ihre Genossenschaftsinteressen vertreten sollten, hatten die Landarbeiter die zahlenmäßig überwogen nur wenig zu sagen. Durch den Verteilungsschlüssel, den das Gesetz bis 1972 vorsah, waren die Feld- und Fabrikarbeiter gegenüber Angestellten, führenden Personal- und Technikern in den Delegiertenversammlungen stark unterrepräsentiert (vgl. (25), S. 50).

Außerdem behielt sich der Staat das Recht vor, einen Großteil der Delegierten selbst zu bestimmen. Der Anteil der eingesetzten Delegierten richtete sich nach dem Anteil der bereits getilgten Agrarschuld (vgl. dazu Absatz Agrarschuld). Der Staat wollte so „die Kontinuität der Produktion gewährleisten, d. h. die für den Staat unverzichtbare Akkumulationsfähigkeit der Zuckerkooperativen . . . erhalten und die Abzahlung der Agrarschuld nicht . . . gefährden" (19, S. 48).

Durch diese oft gegen die Interessen der Mehrheit der Arbeiter gerichtete Einflußnahme des Staates kam es zu schweren Unruhen und Streicks, worauf die Regierung im April 1972 ihre Vertreter zurückzog. (vgl. 2, S. 12 f und 25, S. 50 f). Als Delegierte durften nun auch Gewerkschafter gewählt werden. Das Ergebnis war, daß von der APRA beeinflußte Gewerkschafter eine Schlüsselstellung in den Selbstverwaltungsorganen der wichtigsten Zuckerkooperativen gewannen, genau das, was die Regierung verhindern wollte (vgl. 19, S. 49).

In die Kooperativen (CAPs) konnten anfänglich nur die dauernd beschäftigten Arbeiter aufgenommen werden. Die Saisonarbeiter, die die schwerste Arbeit, nämlich die Zuckerrohrernte zu leisten haben und die rund 25 % der gesamten Arbeitskräfte der agroindustriellen Zuckerkomplexe ausmachen, blieben von der Reform von vornherein unberücksichtigt (vgl. 2, S. 12, 25, S. 51 f).

Diese nicht fest beschäftigten Arbeiter (Eventuales), haben kein Anrecht auf die den Mitgliedern (Sozios) zustehenden Sozialleistungen wie kostenlose Unterkunft und Krankenversicherung. Ein Feldarbeiter, der Mitglied ist, erhält für die gleiche Arbeit den vierfachen Lohn eines Eventual. Überdies sind die nicht fest beschäftigten Arbeiter nicht an der jährlichen Gewinnausschüttung beteiligt.



Unkrautbekämpfung, eine Arbeit die häufig von Vertragspersonal durchgeführt werden muß, da die Genossenschaftsmitglieder oft nicht bereit sind, diese zu erledigen.

Man kann deshalb sagen, daß die Teilzeitarbeiter heute genauso ausgebeutet werden, wie vor der Agrarreform.

Eine Einkommensumverteilung findet nur innerhalb der Reformbetriebe statt, wobei v. a. die höher qualifizierten Arbeiter begünstigt sind. Auch in den höchstentwickelten Betrieben, in denen die Möglichkeit einer Einkommensumverteilung noch am ehesten gegeben ist, kommt es zu starken Unterschieden. Das Einkommensverhältnis zwischen dem obersten und untersten Zehntel der Beschäftigten schwankt im Verhältnis 1 zu 10 bzw. noch stärker (vgl. 19, S. 52).

Wasserverteilung und Kreditvergabe zugunsten der großen Kooperativen

„Die Zuckerkooperativen besitzen, wie zuvor die Haziendas, nicht nur das Monopol über Grund und Boden, sondern auch über den Zugang zu Krediten und den wichtigsten natürlichen Ressourcen, z. B. Wasser" (19, S. 54). Zwei der wichtigsten Zuckerkooperativen des Landes beanspruchen z. B. 87 % der Wasservorräte des Chisama – Tals für sich.

Das Agrarreformgesetz sah zwar eine Neuordnung des Wasserwesens vor, so daß alles Wasser in den Besitz des Staates überging. Die staatlichen Behörden sollten die Wassermengen aufgrund der Bodenbeschaffenheit und der Bedürfnisse der Anpflanzung sozial verteilen ((25), S. 48). In der Praxis hat sich aber an der Bevorzugung der Zuckerwirtschaft nichts geändert, die noch existierenden



Verteilung des von der Firma Hoechst aus der BRD gelieferten Kunstdüngers im Bereich der Felder. Die Preise dafür haben sich von November 1971 bis März 1973 praktisch verdoppelt.

kleinen und mittleren Betriebe leiden weiterhin unter akutem Wassermangel. Hinzu kommt, daß für den Zuckerrohranbau die dreifache Wassermenge wie für den Nahrungsmittelanbau benötigt wird (vgl. 19, S. 54).

Bei der Kreditvergabe durch die staatliche Agrarbank stehen die großen Kooperativen an erster Stelle. Im wichtigsten Zuckerrohranbaugebiet von Trujillo „erhielten die Kooperativen 1974 insgesamt 2 % der Kredite, aber 72 % des Kreditvolumens, während die Kleinbetriebe zwar 92 % der Kredite, aber nur 19 % des Kreditvolumens erhielten" (ebd.). Von den Krediten, die den Kooperativen gewährt wurden, gingen 65 % in die Zuckerproduktion, während nur 35 % für Nahrungsmittelproduzenten gestellt wurden.

Diese Kreditvergabepraxis spiegelt sich in den Produktionsergebnissen wider; die Produktion von Zucker steigt, die von Lebensmitteln stagniert (siehe dazu Abschnitt Entwicklung der Agrarproduktion).

Agrarreform in der Sierra

Wie schon erwähnt, war die Agrarstruktur des Berglandes durch den traditionellen Gegensatz zwischen landreicher und kapitalisierter Hazienda und landarmer Indiogemeinde geprägt. Dabei wird die wirtschaftliche Entfaltung der Haziendas nur durch die Zurückdrängung der Campesinogemeinschaften möglich geworden. Durch die Bildung von landwirtschaftlichen Sozialinteressengesellschaften (Sociedades Agricolas de Interés Social) sollte der Widerspruch zwischen den 2 völlig ungleich entwickelten landwirtschaftlichen Produktionsweisen gelöst werden.

Eine SAIS setzt sich gewöhnlich aus mehreren in Dienstleistungsgenossenschaft umgewandelte Haziendas und einer Reihe von umliegenden Campesinogemeinschaften zusammen. Organisatorisch ist eine SAIS wie eine CAP aufgebaut. In den Selbstverwaltungsorganen sind die Genossenschaft und jede zur SAIS gehörende Campesinogemeinschaft vertreten. Letztere sind aber nicht in den Produktionsprozeß des Kernbetriebs integriert. Allerdings fließt ihnen ein Teil des Überschusses des Zentralbetriebes zu, der insbesondere zur Verbesserung der Infrastruktur der Campesinogemeinschaft verwendet werden sollte. So erhoffte man eine allmähliche Überwindung des Entwicklungsgefälles durch Angleichung innerhalb der SAIS.

Die praktischen Erfahrungen widersprechen dieser Hoffnung allerdings. Zum einen stehen die Comuneros, die Bewohner der Comunidades, den Genossenschaften skeptisch gegenüber, denn sie beanspruchen das Land, das ihnen von den Hazendados geraubt worden war für sich. Zum anderen sehen sie sich mit „zu hohen Eintrittsgebühren und Investitionen, zu hohen Arbeitsforderungen, mangelhafter Produktions- und Vermarktungsplanung, allgemeinem Informationsmangel und sozialer Diskriminierung durch die leitenden Angestellten der Genossenschaften" gegenüber (13, S. 16). Außerdem fließen die Investitionen – den Kapitalverwertungsbedürfnissen entsprechend – hauptsächlich den ehemaligen Haziendas zu, während die den Dorfgemeinden zustehenden Anteile kaum ausreichen, um deren Subsistenzniveau zu überwinden (vgl. 19, S. 45 f).

Um die Überwindung der bestehenden Entwicklungsunterschiede zu erreichen, wäre eine Änderung der Produktionsverhältnisse notwendig, die nicht stattfand. Man beschränkte sich vielmehr auf relativ ineffiziente finanzielle Hilfe und Unterstützungsprogramme.

Quantitativer Umfang der Agrarreform

Bis zum 30. Juni 1976 sollten 14.500 Güter mit einer Gesamtfläche von 10,2 Millionen Hektar Land enteignet und zuerkannt worden sein. Tatsächlich waren bis zu diesem
davon begünstigt sein. Tatsächlich waren bis zu diesem Zeitpunkt erst weniger als 7 Millionen Hektar an weniger als 290.000 Familien verteilt worden (vgl. 19, S. 55, 25 stat. Anhang). Offensichtlich ist die Agrarreformbehörde noch weit davon entfernt die quantitativen Ziele zu erreichen, die sie sich selbst gesteckt hat.

Obwohl im Oktober 1975 bereits eine Fläche von 7,3 Millionen enteignet war, waren erst, 6,1 Millionen Hektar verteilt worden. Das deutet auf den schleppenden Gang des Verteilungsprozesses hin und läßt die Kluft zwischen Anspruch und Realität deutlich werden. Auch soll nicht der gesamte Großgrundbesitz mit mehr als 500 Hektar verteilt werden, denn ein Bericht von 1962 hatte 14,1 Millionen Hektar in dieser Rubrik angegeben, 3,9 Millionen Hektar mehr, als enteignet werden sollen. Die Bilanz verschlechtert sich noch mehr, wenn man berücksichtigt, daß fast 36 % des zu verteilenden Bodens auf Brach- und Waldland entfallen (19, S. 55).

Die peruanische Landbevölkerung wird auf 7 Millionen Personen geschätzt. Wenn man eine Durchschnittsgröße von 5 Familienmitgliedern zugrundelegt, ergibt sich, daß von den 1,4 Millionen Familien eine Million in jedem Fall von der Agrarreform ausgeschlossen bleiben.

Entwicklung der Agrarproduktion

Wie schon gezeigt konzentrierte sich die Vergabe von Krediten und Wassernutzungsrechten auf die großen ehedem schon hochentwickelten Genossenschaften. Das bedeutete eine Förderung der Produktion von Pflanzen für den Export, wie Baumwolle und Zucker, während die Unterstützung der Regierung für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die für den inländischen Markt produziert zurückging. Die Veränderung der produzierten Mengen dieser Pflanzen spiegeln diese Praxis wider.

Vergleicht man die Ernteergebnisse von 1967 mit denen von 1974, so zeigt sich, daß die Mengen von Mais, Reis, Weizen und Kartoffeln ungefähr gleich blieben, während die Produktion von Bohnen (dort auch wichtiges Grundnahrungsmittel) stark zurückging. Die Produktionsergebnisse für Zuckerrohr und Kaffee stiegen, Baumwolle verzeichnete 1974 gegenüber 1967 mit 42 % den stärksten Zuwachs (vgl. 25, stat. Anhang).

Die Zuckerpreise erreichten 1975 auf dem Weltmarkt Rekordhöhen und die Zuckerexporteinnahmen Peru's stiegen um 40 % gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem mußte Peru für Importe von Grundnahrungsmitteln, wie Weizen und Mais fast 24 % mehr ausgeben, als es für Zuckerexporte einnehmen konnte. Im letzten Jahr sah die Bilanz aufgrund des Preisverfalls für Zucker trotz Verbilligung einiger wichtiger Importprodukte, wie Weizen noch negativer aus. Peru mußte 1976 fast 40 % mehr Devisen für Lebensmittelimporte aufbringen, als es für Zuckerexporte eingenommen hatte (vgl. 19, S. 54).

Die Bevorzugung der ehemaligen Enklaven, die Förderung exportorientierter Monokulturen und die Vernachlässigung der Nahrungsmittelfrage zeigen, daß der traditionelle Gegensatz zwischen Latifundien und Minifundien unter veränderten Vorzeichen fortbesteht. Die gegenwärtig betriebene Agrarpolitik trägt aktiv zum Ruin tausender kleiner Nahrungsmittelproduzenten bei und zerstört Beschäftigungsquellen. Außerdem erhöht sie die Abhängigkeit von Nahrungsmitteleinfuhren und trägt zur Auslandsverschuldung Peru's bei.

Beschäftigungssituation

Die Genossenschaften haben laut Agrarreformgesetz und Kaufvertrag den ausdrücklichen Auftrag, rentabel zu wirt-

schaften und Produktivität und Produktion zu erhöhen. Dies schließt die Möglichkeit aus, daß die Kooperativen Beschäftigungsquelle im Sinne der Schaffung neuer Arbeitsplätze sind. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß „kaum neue Mitglieder aufgenommen wurden, sondern daß im Gegenteil eine klare Tendenz zur Einsparung von Arbeitskräften besteht" (19, S. 52). Zwar darf kein Mitglied aus Rationalisierungsgründen entlassen werden, freiwerdende Stellen werden aber durch nicht festbeschäftigte Nichtmitglieder besetzt, um Lohn- und Sozialleistungskosten einzusparen. Gleichzeitig verschärft sich innerhalb und außerhalb der Kooperativen das Problem der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Verschleppte Agrarreform und Bauernkämpfe

Als 1969 das Agrarreformgesetz verkündet wurde, setzte in den Haziendas der Küste und der Sierra ein enormer Dekapitalisierungsprozeß ein. Vor der Enteignung ließen die ehemaligen Besitzer Maschinen, Vieh, sogar Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände verschwinden. Teilweise „dauerte der Prozeß der Übergabe der Haziendas gegen Bezahlung 3 Jahre und 1 Monat" ((1), S. 3). Diese Zeit reichte für den Hazendado, um alles wertvolle verschwinden zu lassen, was ihm aber bezahlt wurde, da es ja bei der Bestandsaufnahme und Schätzung noch da war.

Anfänglich bestand für die Großgrundbesitzer die Möglichkeit, durch Parzellierung den Besitz in Teile aufzugliedern, die wegen ihrer relativen Kleinheit nicht mehr unter die Agrarreform fielen. Durch Aufteilung und „Verkauf" des Landes an Familienmitglieder und Freunde entging ein Großteil der Besitzungen anfänglich der Reform und Enteignung (2, S. 14). Im Februar 1971 wurde diese Möglichkeit nach zahlreichen Streiks und einer massiven öffentlichen Kampagne gesetzlich unterbunden.

In der ersten Phase kam die Landverteilung auch nur sehr schleppend und unregelmäßig voran, was verschiedene Gründe hat, z. B. die Schwerfälligkeit und Unzulänglichkeit des bürokratischen Apparats, was aber letztendlich auf das Konzept der staatlichen Leitung der Reform zurückzuführen ist. Ein Mitspracherecht oder gar eine aktive Beteiligung der indianischen Bauern und Landarbeiter war von der Militärregierung nicht vorgesehen (vgl. 8, S. 172). Die Offiziere beabsichtigten vielmehr eine „Revolution von oben" und lehnten eine „politische Mobilisierung des Volkes, bei der auch die Gefahr bestünde, daß die von den Streitkräften tolerierten Grenzen überschritten würden" (17, S. 112), ab.

In manchen Gegenden leisteten lokale und regionale Machtgruppen Widerstand, was zu Verzögerungen in Enteignungsverfahren führte. Hinzu kam, daß nach der spektakulären ersten Besetzung der großen Enklaven die mühsame bürokratische und verwaltungstechnische Kleinarbeit bei der Enteignung der kleineren, weniger rentableren Haziendas langsam voranging. In dieser Zeit waren außerdem zahlreiche Kader der Linken aufs Land gegangen, um Basisarbeit zu leisten.

„All diese Faktoren – Entkapitalisierung, Kaderarbeit der Linken auf dem Lande, der legitimierte und nun kontinuierlich geäußerte Anspruch der Bauern auf das Land, sowie die schleppende und unregelmäßige Durchführung der Landverteilungsmaßnahmen – fügen sich zu einem Kontext zusammen, in dem es zu einer neuen verstärkten Welle der Landbesetzungen in fast allen Teilen des Landes kam." (19, S. 68 f)

Zu den größten Besetzungsmaßnahmen kam es in der Provinz Andahualyas. Dort waren bis zum Zeitpunkt der *Landbesetzungen* nur 4 von 120 unter das Gesetz fallende Haziendas vom Staat übernommen (vgl. (1), S. 5). 40 000 Campesinos verjagten in einer großen Aktion 78 Großgrundbesitzerfamilien und eroberten 60 000 Hektar zurück. (vgl. 24, S. 88 und 21, S. 5). Ihre Forderungen waren „Beschleunigung der Reform, Stundung . . . der Bezahlung der Agrarschuld durch die Bauern, Bestrafung der saumseligen und korrupten Regierungsfunktionäre und der Landbesitzer, die ihre Güter vor der Enteignung noch total entkapitalisierten und plünderten" (15, S. 2).

Die Regierung konnte es sich nicht leisten, die Großgrundbesitzer wieder einzusetzen, wenn sie den Campesinos gegenüber nicht völlig unglaubwürdig werden wollte. Sie war gezwungen, die Besetzungen anzuerkennen.

Durch diesen Erfolg wurden die Bauern zu weiteren Maßnahmen angetrieben. In Juli/August 1974 errichteten sie in der gesamten Provinz Andahualyas Straßensperren, um zu verhindern, daß die Großgrundbesitzer Gegenkräfte um sich sammelten. Diese Aktionen stellten die Macht der Militärregierung und deren Berechtigung grundsätzlich in Frage. Da sich die Landbesetzungen außerdem über die Provinzgrenzen hinaus verbreiteten, reagierte das Militär mit einer „Welle scharfer Repression, die zur völligen Rückgängigmachung der Besetzungen führte" (3, S. 11). Die Bauern wanderten zu Hunderten ins Gefängnis.

Bauernvereinigung CCP und staatliche Agrarvereinigung CNA

Trotz dieser massiven Unterdrückung der Bauern und der peruanischen Bauernvereinigung CCP (Confederación Campesino del Peru) konnte deren Einfluß nicht ausgeschaltet werden. Die CCP, der organisatorisch-gewerkschaftliche Ausdruck dieser Bewegung, ist durch diese Bauernkämpfe wieder aufgelebt und gewinnt überall weiter an Boden, nicht nur in den bäuerlichen Dorfgemeinden, sondern auch mehr und mehr in den neugeschaffenen Kooperativen. Die Forderungen der CCP, die eine grundlegende Umstrukturierung der peruanischen Gesellschaft anstrebt, kommen in folgenden Losungen zum Ausdruck „Land und nationale Befreiung", „Für das Klassenbündnis zwischen Arbeitern und Bauern", „Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung" (19, S. 70). Diese Forderungen haben eine überregionale Verbreitung gefunden.



„Volk und Streitkräfte werden siegen, es lebe die Revolution!"
Eine von der Regierung in Andahuayas organisierte Landbesetzung, die der spontanen Initiative und den von der CCP organisiserten Landbesetzungen die Spitze abbiegen soll.

Der kapitalistische Charakter dieser Agrarreform ist klar erkannt worden und wird in der Losung „Für die Agrarreformprogramme im Dienste der Massen und gegen eine kapitalistische Agrarpolitik" verurteilt.

Dem breiten Bewußtwerdungsprozeß der peruanischen Bauernschaft steht der Versuch der Regierung gegenüber, die klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung zu neutralisieren. Darum schuf sie 1974 die Nationale Agrarvereinigung CNA (Confederación Nacional Agraria). Diese Einheitsorganisation umfaßte als Mitglieder alle „Trabajadores", ein gesetzlich definierter Begriff für alle, die nur irgendwie in der Landwirtschaft beschäftigt sind, vom Knecht bis zum Ingenieur und mittleren Grundbesitzer (vgl. 2, S. 15).

Tatsächlich dominieren in den CNAs aber die Vertreter der relativ reichen Oberschicht der Comunidades und die Techniker der Kooperativen. Auf diese Gruppen kann sich der Staat insofern verlassen, als sie von der Agrarreform am meisten profitierten.

Die CNA soll als disziplinierendes und entpolitisierendes Bindeglied zwischen Regierung und Volk fungieren. Dem entspricht das gesetzliche Verbot parteipolitischer Bauernorganisationen, das in der Regel dazu diente, oppositionelle Gruppen wie die CCP zu kriminalisieren (vgl. 19, S. 72).

Der Regierung ist die Kontrolle der Bauernschaft aber nur begrenzt gelungen. Viele der Agrarligen (Ligas Agrarias), der lokalen CNA-Organisationen schließen sich inzwischen der CCP an, oder „wo die Führung weiter in den Händen von Regierungsanhängern bleibt, läuft die Basis davon" (3, S. 10).

Repressive Innen- und Wirtschaftspolitik der Militärs

Das peruanische Entwicklungskonzept der Industrialisierung auf Kosten des Agrarsektors ist gescheitert und hatte die „schwerste Wirtschaftskrise seit Jahren" (12) mit zur Folge. Die Inflationsraten lagen bei über 50 %, der Reallohn der Beschäftigten sank. Das Handelsbilanzdefizit betrug 1975 1,15 Milliarden Dollar, die Auslandsverschuldung wuchs auf bald 5 Milliarden Dollar an. (vgl. ebd.).

Die peruanische Militärregierung hat darum eine „grundlegende wirtschaftspolitische Kurskorrektur" vorgenommen und setzte ein „Konzept einer unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik durch" (10). So wurden Subventionen gestrichen, was zu Lasten der unteren Einkommensschichten oder der Beschäftigungslosen ging. U. a. verteuerten sich die Grundnahrungsmittel enorm. Die Arbeiterselbstverwaltung wurde aufgehoben, die bisherige Gewinnbeteiligung wurde abgeschafft, die Löhne wurden kontrolliert und das Streikrecht wurde praktisch aufgehoben (vgl. 11, 10, 14 und 6). Aufgrund dieser Maßnahmen erhoffte die peruanische Regierung Auslandskredite zu erhalten.

Dieses Austerity-Programm sollte durch Repression nach innen durchgesetzt werden. Im Juni 1976 wurde im ganzen Land der Ausnahmezustand verhängt. „Alle bürgerlichen Freiheitsrechte sind weitgehend aufgehoben, willkürliche Verhaftungen vor allem von Gewerkschafts- und Bauernführern . . . sind an der Tagesordnung" (12).

Im Agrarbereich verfügte die Regierung folgende Maßnahmen: 200 bereits durch die Agrarreform übereignete Ländereien wurden an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben. Das Streikverbot wurde auf die Kooperativen ausgedehnt, die Verletzung wurde mit der Vertreibung vom eben erst zugeteilten Land geahndet. Die Selbstverwaltung der Zuckerkooperativen wurde aufgehoben, die Arbeitsplatzsicherheit und die Sozialinvestitionen wurden eingeschränkt. Außerdem galt auch im Agrarsektor der Lohn- und Gehaltsstop (vgl. (19), S. 41 und S. 49 sowie (11)).

Diese Maßnahmen brachten die bislang regierungstreuen Vertreter der CNA dazu, sich von der Regierung zu distanzieren. Auch ihre Mitglieder waren – soweit sie sich gegen die repressive Agrarpolitik wandten – verfolgt und verhaftet worden. Die Stellungnahme der CNA zur Lage in Peru (vgl. 16b) und insbesondere zu den im Widerspruch zu den bisher geltenden Gesetzen stehenden Maßnahmen in Agrarsektor wurden zensiert und durften nicht in der Presse erscheinen.

„Diese aber wissen heute, daß sie vielleicht vorerst nichts gegen die wachsende Massenmobilisierung der peruanischen Bauern, die durch die Agrarreform entstanden und angesichts ihres Scheiterns stetig gewachsen ist, vor. Bei Polizeieinsätzen gegen Dorfbewohner gab es Hunderte von Verletzten und viele Tote auf der Seite der Bauern (vgl. 23 und 11).

„Diese aber wissen heute, daß sie vielleicht vorerst ncihts zu gewinnen, aber doch auf lange Sicht viel zu verlieren haben" (19, S. 59).

Literaturliste

1) AK Infos, Haben wir den Gamonal vertrieben? Ja wir haben ihn vertrieben. Peruanische Bauern machen ihre eigene Agrarreform, o. O., 1975
2) Arbeiterpolitik Sonderdruck, „Volk und Streitkräfte, gemeinsam werden wir siegen!" Ist der „peruanische dritte Weg" eine Alternative für die Entwicklung Lateinamerikas?, Bremen, 1975
3) Berichte aus Peru, Hrsg.: Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen o.J..
4) blätter des iz3w Nr. 36/37, Peru Einschätzung der Situation
5) blätter des iz3w Nr. 56, Peru Ende eines Reformmodells
6) blätter des iz3w Nr. 64, Peru Unruhe in den Provinzen und nationaler Generalstreik
7) Chonchol Jacques, Die Agrarreform in Chile, in Nuestra America 1/77, S. 1–11
8) Cotler Julio, Politische Krise und Militärpopulismus in Peru, in Sonntag, H. R. S. (Hrsg.), Der Fall Peru, Wuppertal, 1971
9) Eckholm H. P., Gefahr aus den Bergen, in Forum Vereinte Nationen, November 1975
10) Frankfurter Allgemeine Zeitung 28. 2. 1977, Weniger Sozialismus in Peru
11) Frankfurter Rundschau 5. 1. 1977, Revolution im Rückwärtsgang
12) Frankfurter Rundschau 11. 2. 1977, Geknebelt wie selten zuvor
13) Gaitzsch Andrea, Soziale Konflikte bei der Agrarreform in den Anden, in E + Z 11/76
14) Guardian 24. 11. 1976, Peru's new leaders thevart land reform
15) Die Mär vom Inka-Sozialismus der Generäle in Peru, unv. Man. o. O., o. J.
16) Herrscher und Untertanen Indianer in Peru, Museum für Völkerkunde, Frankfurt, 1974
16b) Infos aus Südamerika 10. 10. 76 Stellungnahme der regierungstreuen Bauernorganisation zur derzeitigen Lage in Peru
17) MIR/Peru, Klassenkampf und Militärregierung, in H. R. Sonntag Hrsg., Lateinamerika: Faschismus oder Revolution, Berlin 1975
18) Mohr H. J., Entwicklungsstrategien in Lateinamerika, Bensheim, 1975
19) Lateinamerika Nachrichten, Sonderheft Peru, Berlin 1977
20) Peru-Materialien für den Unterricht über Entwicklungsländer, Hrsg. Wiener Insitut für Entwicklungsfragen, Wien, o. J.
21) Solidarität Nr. 18, Peru: Ende einer Gratwanderung???, Basel 1977
22) Sonntag, H. R. S., (Hrsg.), Der Fall Peru, Wuppertal, 1971
23) Süddeutsche Zeitung 25. 11. 1976, Bauernunruhen in Peru
24) Wir machen unsere Geschichte selbst Bauernkämpfe in Cajamarca, Hrsg. Arbeitskreis „Information aus Südamerika", Stuttgart, 1976
25) Wyss Othmar, Wandel im Ordnungsgefüge der peruanischen Wirtschaft unter der Revolutionsregierung 1968–1974, Bern, Stuttgart, 1976
26) Die Zeit 29. 7. 1977, Die Revolution ließ sich nicht kommandieren

Postfach 5328, Scheffelstraße 49
D-7800 Freiburg i. Breisgau
Telefon (0761) 7 40 03

Bestellschein

ich/wir bestellen hiermit:

Stück	Nr.	Autor, Titel	Einzelpreis DM	Gesamtpreis DM
....	1	iz3w und OK Südliches Afrika, „Für ein freies Azania" (Südafrika) Dez. 1977	1,50	....
....	2	Hg.: iz3w und OK Südl.Afr., „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst" Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976	1,50	....
....	3	Eduardo Fereirra, Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung	0,60	....
....	4	E. Fereirra, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa 1972	4,00	....
....	5	E. Fereirra, wie oben, englische Ausgabe	4,00	....
....	6	Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (UNO-Bericht) 1972	1,00	....
....	7	Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von Andre Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977	2,00	....
....	8	Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas	0,60	....
....	9	Phil Schönbäck, Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwickelter Länder am Beispiel Indiens. 4. unveränderte Auflage 1975	2,50	....
....	10	Blickpunkt, Schwerpunktausgabe China, Okt. 1974	1,50	....
....	11	basis 1/72 (Freiburger Studentenzeitung) Dritte Welt Ausgabe in Zusammenarbeit mit dem iz3w	kostenlos	
....	12	J. Wilhelm / H. Futterlieb, Erziehung zur Solidarität. Materialien zu Paulo Freire's politischer Alphabetisierung	2,50	....
....	13	iz3w, Einführung in die Dritte Welt Problematik für Schüler der Sekundarstufe I, Mai 1978	kostenlos	
....	14	iz3w, Abhängigkeit der Dritten Welt: Privatinvestitionen, Handelsbeziehungen, Rohstoffe, Entwicklungshilfe, 3. Auflage, Dez. 1977	2,00	....
....	15	Plakat „Ordnung muß sein"	1,00	....
		Plakate zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der „Entwicklungsländer", z.B. „Investititonen schaffen Arbeitsplätze" ab März 1978 erhältlich		
		Summe (ohne Versandkosten) inkl. 6 % MWSt.		

Proto- und Versandkosten (mind. DM 1,–) werden gesondert in Rechnung gestellt. Rabatt für Gruppenbestellungen auf Anfrage.

BEZAHLUNG
Bestellungen unter 10,– DM; zum errechneten Betrag DM 1,– (unter 5,– DM Bestellwert) bzw. DM 1,50 (ab 5,– DM Bestellwert) addieren und das Geld in Briefmarken beilegen.
Bestellungen ab 10,– DM: Überweisung binnen 14 Tagen nach Rechnungseingang; bitte keine Vorauszahlung, die Rechnung kommt bestimmt!

Absender (bitte in Druckschrift)

____

____

____________________ ....
(Unterschrift)

Wie und für wen wird produziert? Agrarentwicklung in Puerto Rico, der Dominikanischen Republik und Kuba

Frances M. Lappé und Joseph Collins
Institute for Food and Development Policy, San Francisco

Frances M. Lappé und Joseph Collins sind Mitbegründer des Institute for Food and Development Policy. Durch eigene Forschungsarbeit, Vorträge und Veröffentlichungen in verschiedensten Publikationen versucht das Institut, die – wie es glaubt – Hunger erzeugenden Aktivitäten von Konzernen und der Regierung der Vereinigten Staaten zu ergründen und bekannt zu machen. Das Buch „Diet for a Small Planet" (Ballantine, revidierte Auflage 1975) erreichte in den USA eine Millionenauflage. Im Sommer 1977 erschien von beiden Autoren das Buch „Food First" im Houghton & Mifflin Verlag, Boston – eine deutsche Ausgabe wird davon voraussichtlich 1978 erscheinen; ein Buch, in dem positive Ansätze einer neuen Entwicklungspolitik geboten werden dadurch, daß dem Begriff des „Self-Reliance" Bedeutung über den theoretischen Ansatz hinaus gegeben wird, und das aufräumt mit den weitverbreiteten Ansichten, Hunger werde durch Überbevölkerung, Knappheit an Land, mangelnder Technologie und durch Überkonsumtion der industrialisierten Länder erzeugt. Auf einige dieser Fragestellungen geht auch der vorliegende Artikel im Detail ein.

Kuba, Puerto Rico und die Dominikanische Republik – die Geschichte der Landwirtschaft dieser Länder zeigt, daß es Knappheit geben wird, gleichgültig, wie gut sich ein Land für Landwirtschaft eignet – Knappheit von Nahrungsmitteln und Knappheit an Arbeitsplätzen: so lange, wie die Kontrolle über die Nahrungsmittel erzeugenden Ressourcen in den Händen von nur Wenigen ist. Diese These soll im folgenden anhand der Agrarentwicklungen der obengenannten drei Länder erläutert und diskutiert werden, wobei es sich als sinnvoll erweisen wird, Kuba vor und nach der Revolution getrennt zu untersuchen. Dabei wird sich die herausragende Bedeutung der Struktur der Agrarsektoren der verschiedenen Länder erweisen, eben der Strukturen, die – wei bereits angedeutet und wie zu zeigen sein wird – das Versorgungsniveau der Bevölkerung nahezu ungeachtet der natürlichen Ausstattung des Landes mit landwirtschaftlichen Ressourcen bestimmen.

Red.

Kuba vor der Revolution:
Verschwendung landwirtschaftlicher Ressourcen

Kuba war schon immer ein Land mit großer landwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gewesen. Die fruchtbaren Ebenen und Täler der 1100 km langen Insel bieten sowohl die Möglichkeiten des Ackerbaues rund ums Jahr als auch die Vorteile riesiger natürlicher Weiden, die die vier- bis fünffache Menge des Niederschlages des texanischen Weidelandes haben. Vor der Revolution jedoch war das Leben auf dem Lande für die Mehrheit des kubanischen Volkes gleichbedeutend mit Hunger leiden. Die Mehrzahl der Bevölkerung überlebte so gerade mit unzureichenden Mengen von Reis, Bohnen, Knollengewächsen mit geringem Nährwert und praktisch ohne Milch, Eier, Geflügel, Fleisch, Früchten oder Gemüse. Trotzdem mußte Kuba über 125 Millionen Dollar jährlich – das waren etwa 20 % seiner gesamten eigenen Exporterlöse – für die Einfuhr von Nahrungsmitteln ausgeben, deren Produktion im Lande, so könnte man denken, eigentlich überhaupt kein Problem hätte sein müssen. Viele der Zitrusfrüchte zum Beispiel, die von einer kleinen Minderheit der städtischen Bevölkerung konsumiert wurden, waren sogar aus Kalifornien importiert worden.

Warum nun solche Knappheit trotz möglichen Überflusses? Zum ersten – der größte Teil der Bevölkerung besaß kein Land. Nur 8 % derjenigen, die überhaupt Land besaßen, monopolisierten mehr als 70 % der gesamten Bodenfläche der Insel (1). An erster Stelle unter den Landmagnaten waren Zuckerplantagen, darunter viele in Besitz von US-Gesellschaften, die zusammen 70 % des 75 % des bebaubaren Landes kontrollierten (2). Diese Gesellschaften waren das Zentrum dessen, was die Landwirtschaft von der Ernährung des Volkes schied. In ihren einseitigen Ausgehen auf monetäre Gewinne bauten diese Gesellschaften keine Grundnahrungsmittel an, sondern Zucker, eine der Kulturen mit dem geringsten Wert für die Ernährung eines Volkes.

Mehr noch, die Zuckerpflanzer ließen mehr als die Hälfte ihres Landes brach liegen. Ein begrenzter internationaler Markt für Zucker machte es für diese Großgrundbesitzer unrentabel, all ihr Land mit Zuckerrohr zu bebauen, und bei der Armut der Mehrzahl der Kubaner gab es keinen nennenswerten Inlandsmarkt für Grundnahrungsmittel. Darüber hinaus wollten die Großgrundbesitzer ihr Brachland nicht an Bauern verkaufen, die, wenn sie einmal eigenes Land gehabt hätten, dann ihre Arbeitskraft nicht mehr an die großen Zuckerplantagen hätten verkaufen müssen. Ein solches „Horten" von Land war möglich, da die von den Zuckergesellschaften stark beeinflußte Regierung die Grundbesitzsteuer auf dem Lande sehr niedrig hielt. Sogar die Besteuerung von Ländereien mit hohem Produktionspotential war gering.

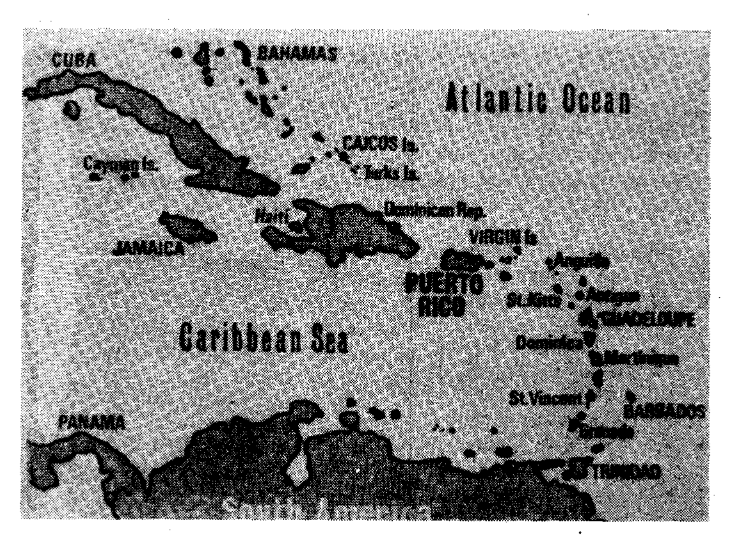
Der Anbau von Grundnahrungsmitteln stagnierte erst und ging dann während den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts so stark zurück, daß in der Folge eine besondere Gesetzgebung notwendig wurde. Dieses Gesetz verlangte von den Zuckergesellschaften, ihren Angestellten und Arbeitern den Anbau von Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf während der sechsmonatigen „toten Jahreszeit" zwischen einer Zuckerernte und der nächsten zu erlauben (3). Dies jedoch verweigerten die meisten Gesellschaften, wohl weil sie fürchteten, daß wenn die Arbeiter einmal damit begonnen hätten, Nahrungsmittel für sich selber anzubauen, sie damit etwa nicht wieder aufhören würden. Und in der Tat war ganz zu Beginn der kubanischen Revolution eine der ersten Forderungen der Arbeiter auf den Zuckerplantagen gewesen, ungenutztes Land für Gartenbau zu gebrauchen (4).

Genausowenig nutzten die Zuckerfarmer das Land, das sie bepflanzten, auf effiziente Weise. Während Hunderttau-

sende Bauern und Landarbeiter sich nach einem Stück Land sehnten, um ihren eigenen Bedarf an Nahrungsmitteln anzubauen, behandelten die Zuckerrohrpflanzer das Land, als wäre es der billigste Produktionsfaktor gewesen. Anstatt in Bodenerhaltung, Düngemittel, Bewässerungsanlagen oder bessere Gerätschaften oder Anbaumethoden zu investieren, ließen sie das Land verkommen. Dies hatte zur Folge, daß die kubanischen Rohzuckererträge pro Hektar mit zu den niedrigsten der Welt wurden.

Riesige Rinderfarmen monopolisierten und nutzten das erstklassige kubanische Weideland auf ähnliche Weise schlecht. Lediglich 250 Farmen, einige davon in US-Besitz, besaßen zusammen über vier Millionen Hektar Land. Da diese „Rinder-Oligarchen" ihre politische Macht dazu benutzen konnten, jede Art von Wettbewerb zu verhindern, hatten sie keinen Anreiz, ihre Methoden der Viehzucht und damit ihre Produktivität zu verbessern; darüber hinaus hatte sowohl für Zuckerpflanzer wie auch für Rinderfarmer der Besitz von risiegen Ländereien wohl mehr mit Sozialprestige als mit Produktion zu tun. Das völlige Fehlen von werterhaltenden Kontrollen und Investitionen verdarb einen großen Teil des natürlichen Weidelandes der Insel. Eine Studie, die H. O'CONNOR anführt, kommt zu dem Ergebnis, daß unnotwendiges Verenden von Vieh sowie Verluste an Gewicht und Milch der lebenden Tiere – Kühe wurden weitgehend nicht gemolken – jedes Jahr einem Wert von etwa 160 Millionen Dollar gleichkam (5).

Ein solcher Mißbrauch der landwirtschaftlichen Ressourcen durch einige wenige Monopole beschnitt nicht nur die Produktion von Nahrungsmitteln, sondern auch die Menge der Arbeitsplätze. In der Theorie beschäftigte die gesamte Zuckerindustrie eine halbe Million Kubaner, in Wirklichkeit jedoch hatten weniger als 25.000 Menschen das ganze Jahr über Arbeit. 1954 zum Beispiel fanden 424.000 Landarbeiter ohne Grundbesitz im Jahresdurchschnitt nur an 123 Tagen Arbeit – und dann nur bei miserabler Entlohnung.



1958 gab es in Kuba mindestens 700.000 männliche Arbeiter ohne Beschäftigung (6). In der Tat blühte jedoch die Zuckerindustrie, gerade aufgrund eines solchen Heeres von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die bereit waren, zu Hungerlöhnen zu arbeiten, da sie keinen Zugang zu Land hatten, auf dem sie für ihren Eigenbedarf hätten arbeiten können.

Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne bedeuten Armut auf dem Lande. Armut auf dem Lande hieß, daß es ebenda keinen Markt für verschiedenartigste Grundnahrungsmittel gab. Eine Untersuchung im Jahre 1956 zeigte, daß das durchschnittliche Jahreseinkommen in ländlichen Gebieten sich auf weniger als 100 Dollar belief – selbstangebaute Nahrungsmittel miteinbegriffen (7). Das heißt, selbst wenn die Großgrundbesitzer Grundnahrungsmittel hätten anbauen lassen, nur wenige Kubaner wären in der Lage gewesen, sie zu kaufen. Darüber hinaus behinderte die Politik der Vereinigten Staaten eine mögliche Diversifizierung der kubanischen Landwirtschaft, um einen günstigen Markt für die Nahrungsmittelexporte der USA zu bewahren – das legt ein Memorandum des Außenministers Roosevelts, Cordell Hull, offen (8). Dies zeigt sehr deutlich, daß die landwirtschaftlichen Ressourcen Kubas nicht eher zur Produktion von Grundnahrungsmitteln verwendet worden sind, bevor sich nicht die politische Struktur Kubas grundlegend geändert hatte.

Puerto Rico: Die Zerstörung der traditionellen Landwirtschaft

Zur Zeit des spanisch-amerikanischen Krieges waren die Verhältnisse in Puerto Rico in scharfem Kontrast zu dem von Latifundien beherrschten Kuba. Der größte Teil des bebaubaren Landes gehörte kleinen Farmen. Diese Familienbetriebe produzierten auch ein wenig hochwertigen Kaffee für den europäischen Markt, vernachlässigten unterdessen jedoch nie den Anbau von traditionellen Grundnahrungsmitteln für sich selbst und den heimischen Markt. Kaffee – anders als Zucker – kann auf ein und demselben Stück Land als Mischkultur zusammen mit anderen Nutzpflanzen gehalten werden. Dieses System von kleinen Farmen mit verschiedenen Kulturen machte die Puertoricaner zu dem besternährtesten Volk Südamerikas; besonders im Vergleich zu den Ländern, die den „allgemeinen" lateinamerikanischen Typus der Latifundien mit Monokultur aufweisen (9).

In lediglich 75 Jahren wurde jedoch der Charakter der puertoricanischen Landwirtschaft transformiert, auf der einen Seite bedrängt durch eine expandierende Zucker-Monokultur, durch rapide Industrialisierung und Verstädterung auf der anderen. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts brachten US-Gesellschaften die Zucker-Monokultur nach Puerto Rico. Da Zucker im allgemeinen einen nur niedrigen Hektarertrag bringt, vergrößerten die US-Zuckergesellschaften ihre Profite, indem sie die Kontrolle über weite Landflächen an sich brachten. Schon im Jahre 1930 wurde Zucker auf 44 % des bebauten Landes angepflanzt – und zwar auf dem besten Land. Zucker verdrängte rapide den Anbau von Grundnahrungsmitteln; große Farmen – meist in ausländischen Besitz – verdrängten die althergebrachten Familienbetriebe.

Als immer mehr Land dem Zuckerrohr gepflanzt wurde, begann das Volk, es „hunger crop" zu nennen. Hunger breitete sich aus, und zum ersten Mal in der Geschichte der Insel waren Krankheiten infolge schlechter Ernährung eine allgemein verbreitete Erscheinung, wie etwa bösartige Anämie und Tuberkulose. Viele auf dem Lande lebende Puertoricaner sahen deshalb allmählich Landarbeit als etwas Demütigendes und Verarmendes an. Und genau das war es geworden.

Mehr noch, eine Beschleunigung in dieser Änderung der Haltung der Landarbeit gegenüber kam durch die Verringerung der Anzahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft durch das Zucker-Agrobusiness. Die Arbeitsplätze in der Zuckerindustrie waren immer nur auf drei bis sechs Monate befristet. Die Landwirtschaft in Puerto Rico bietet heute nur ein Fünftel der Arbeitsplätze von 1940 oder nur die Hälfte der Arbeitsplätze von 1967 (10). Diese Entwicklung ging in einem Lande vor sich, dessen Bevölkerung steil anwächst und dessen offizielle Arbeitslosenquote mit 20 % angegeben wird (und die jedoch in Wirklichkeit wahrscheinlich zwischen 38 % und 45 % liegt) (11).

In den Vierziger und Fünfziger Jahren kam die Industrialisierung in Form von exportorientierten Fabriken durch multinationale Gesellschaften ins Land, die hier nahezu Steuerfreiheit genossen. Hunderttausende Puertoricaner, die aus ihren ländlichen Lebensverhältnissen „freigesetzt“ worden waren, wanderten in die Städte ab. Die kapitalintensive Industrialisierung, die die ausländischen Firmen gebracht hatten, schuf jedoch nur wenig Arbeitsplätze. Dagegen war letztendlich ein Drittel der puertoricanischen Bevölkerung auf der verzweifelten Suche nach einem Auskommen vom Land abgewandert. Diese steigende Zahl von Arbeitssuchenden war aber genau das gewesen, was diese Gesellschaften sowohl in Puerto Rico wie in ihrem Heimatland brauchten, um die Löhne niedrig und ihre Gewinne hoch zu halten. Im Jahre 1974 kamen ein Drittel der gesamten lateinamerikanischen Profite von US-Gesellschaften aus Puerto Rico (12).

Die riesigen Gebiete, die im puertoricanischen Flächennutzungsplan für steuerfreie Industrieansiedlungen vorgesehen sind und die als Anreiz für die US-Gesellschaften geschaffen worden waren, haben das bevorzugteste landwirtschaftliche Gebiet der Insel, die Küstenebene, weiter beschnitten. Dieselben Wirkungen hatten die Begleiterscheinungen der Industrialisierung: das Ausufern der Städte, die Fernstraßen und die „Entwicklung“ des Tourismus. Nach einem Entwurf der puertoricanischen Planungsbehörde werden bis zum Jahre 1985 Stadtgebiete fast die Hälfte der am besten für die Landwirtschaft geeigneten Flächen der Insel einnehmen (13). Schon 1969 war die Gesamtfläche der landwirtschaftlich genutzten Gebiete auf nur 62 % der Fläche von 1964 zurückgegangen. 13 % des bebaubaren Landes der Insel ist heute von den US-Streitkräften und anderen US-Regierungsbehörden belegt (14). Ein vorgesehener Industriekomplex zur Raffinierung von Petroleum und ein dazugehöriger riesiger Hafen werden wiederum über 10.000 Hektar des verbleibenden besten landwirtschaftlich nutzbaren Landes erfordern (15). Und auf dem größen Teil des Landes der Küstenebene, das unter landwirtschaftlicher Nutzung verbleibt, wächst Zucker oder Gras für die Rinderzucht: beides gibt nur wenige und höchstens saisonale Arbeitsplätze.

Doch sogar jetzt, wo das Ackerland immer mehr beschränkt wird, werden nur wenige Anstrengungen unternommen, um gute Ernten zu erhalten. Das überrascht kaum, da die puertoricanische Regierung jedes Jahr über 25 Millionen Dollar Subventionen für den Zuckeranbau an ein paar hundert Landmagnaten zahlt – verglichen mit einem Jahresbudget von 19 Millionen Dollar für Sozialleistungen für die Armen (16). Die geringe Menge an Gemüse, Früchten und anderen Grundnahrungsmitteln, die noch immer für den heimischen Verbrauch angebaut wird, wird hauptsächlich durch Kleinbauern erzeugt, die gezwungen sind, die weniger begehrenswerten Böden der Berghänge im Landinnern zu bearbeiten (17).

Wo einmal die meisten Puertoricaner in der Lage waren, sich von lokal angebauten Nahrungsmitteln selbst zu ernähren, ist es heute schwierig, Nahrungsmittel zu bekommen. Das wenige, was noch an heimisch produzierten Nahrungsmitteln zu erhalten ist, ist teuer. Tatsächlich weisen die traditionellen Kalorienlieferanten – Yamswurzelknollen und Süßkartoffeln, zum Beispiel – den höchsten Preisanstieg auf (18). Ein ausbeuterisches Zwischenhändlersystem läßt den Verbraucherpreis auf 100 % bis 300 % über den Betrag steigen, der den politisch machtlosen Kleinbauern für ihre Erzeugnisse bezahlt wird (19). Während immer weniger Bauern für die lokalen Märkte produzieren, steigt der Preis immer mehr: der Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel verdoppelte sich in Puerto Rico zwischen 1967 und 1975.

In der Theorie sieht das natürlich so aus, daß die Puertoricaner auf Verdienste zählen können, die sie aus Arbeitsplätzen in den multinationalen Industriebetrieben beziehen – um damit Nahrungsmittel zu kaufen, die sie aus dem „Brotkorb“ der Vereinigten Staaten brauchen. Tatsächlich werden auch zur Zeit mindestens 80 % der in Puerto Rico konsumierten Nahrungsmittel importiert (20). Aber die Preise dieser importierten Nahrungsmittel in Puerto Rico sind sogar höher als die in New York, da sie noch zusätzliche Gewinne, Transport- und Vermarktungskosten mit abdecken müssen.

Der durchschnittliche Puertoricaner gibt heute schätzungsweise 40 % seines Gesamteinkommens für Nahrungsmittel aus – das ist wahrscheinlich der höchste Prozentsatz von allen Industrienationen der Welt (21). Ein solcher Durchschnittswert verbirgt natürlich auch die Tatsachen, daß viele Menschen einfach keine Arbeitsstellen haben und daß einige andere jeden Preis bezahlen können, um ausreichend zu essen zu haben.

Das Fehlen lokaler und diversifizierter Produktion von ausreichenden Mengen von Grundnahrungsmitteln, die ländliche und städtische Arbeitslosigkeit, die niedrigen Löhne und die steigenden Preise haben die Abhängigkeit des Landes von Nahrungsmittelimporten und eine weite Verbreitung von Unterernährung bewirkt. Ihr Einfluß wird aus den folgenden Statistiken ersichtlich, die dem Hilfsprogramm der der Vereinigten Staaten zugrunde liegen, das durch Lebensmittelmarken Erleichterung bringen soll (22):

– Die US-Regierung schätzt, daß zwischen 70 % und 80 % der Bevölkerung – das sind etwa 2,2 Millionen Menschen – für das Lebensmittelmarken-Hilfsprogramm auszuwählen wären, verglichen mit weniger als 6 % der Bevölkerung in den 50 Bundesstaaten der USA.

– Im Steuerjahr 1976 wird die US-Regierung Puerto Rico mit Lebensmittelmarken-Zahlungen im Werte von etwa 640 Millionen Dollar versehen haben. Das ist etwa das Doppelte der Gesamtmenge, die in Kalifornien gezahlt wurde, dem größten Empfänger innerhalb der USA.

– Nichtsdestoweniger haben über 60.000 Haushalte ein Puerto Rico ein zu geringes Einkommen, um ihren Anteil an den Lebensmittelmarken bezahlen zu können und müssen deswegen ohne Marken auskommen.



Arbeitlose Landarbeiter: Der Hunger ist chronisch

Im Gegensatz dazu:
Kuba während und nach der Revolution

Das vorrevolutionäre Kuba zeigt, wie oben näher dargelegt, ein ähnliches Bild der Nahrungsmittelabhängigkeit und der ländlichen Verarmung. Im Mai 1959 wandelte sich die Struktur der kubanischen Landwirtschaft jedoch radikal. Die mehr als 100.000 Kleinpächter, die ihre Abgaben in einem Teil ihrer Ernteerträge oder in Geld entrichtet hatten, bekamen ohne Gegenleistung das Land zugesprochen, das sie bearbeitet hatten. Andere Ländereien wurden in staatseigene landwirtschaftliche Betriebe umgewandelt. Die erste Reform erlaubte noch privaten Landbesitz in der Größe bis zu 400 Hektar. Da jedoch viele der verbleibenden größeren privaten Farmen den Maßnahmen der kubanischen Regierung dergestalt entgegenzuwirken versuchten, indem sie ihre Produktion zurückschraubten, wurde es im Oktober 1963 notwendig, jeden Landbesitz, der über eine Höchstgrenze von 70 Hektar hinausging, zu enteignen.

Eine solche einschneidende Maßnahme machte es möglich, die Produktion von Grundnahrungsmitteln zu diversifizieren und zu steigern. In den ersten drei Jahren der Revolution stieg die Produktion von Bohnen um 136 %, von Reis um 96 %, von Getreide um 92 %, von Kartoffeln um 46 % – das sind gerade die Nahrungsmittel, aus denen die Grundlage der traditionellen Ernährung des Volkes besteht (23). Zusätzlich wurde weiteres Land urbar gemacht und einige Anbauflächen, auf denen ehedem Zucker gepflanzt worden war, wurde mit oben erwähnten Grundnahrungsmitteln bebaut.

In der Folgezeit wurden große Investitionen in Bewässerungssystemen und Landmaschinen getätigt, um die Nahrungsmittelproduktion weiter ausbauen zu können. Mehr als 200.000 Hektar können nun für einen intensiven Reisanbau bewässert werden. Die Wasserreservoire, die durch Staudammbau entstanden sind und die für künstliche Bewässerung eingesetzt werden können, umfassen heute ein Gesamtvolumen von über 4 Milliarden Kubikmeter, die zu vergleichen sind mit 48 Millionen Kubikmeter zu Beginn der Revolution. Insgesamt können heute 600 Millionen Hektar Ackerland bewässert werden.

Diese dramatische Steigerung der Nahrungsmittelproduktion ging in Kuba nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Wie in Puerto Rico heute, so hatten auch in Kuba die Jahrzehnte der Zuckermonokultur zwei Haupthindernisse hinterlassen.

Zum ersten hatten die meisten Landarbeiter nur Erfahrung im extensiven Anbau von Zuckerrohr. Ihnen fehlte völlig die Sachkenntnis, die für den Intensivanbau des Landes mit den verschiedensten Grundnahrungsmitteln notwendig ist. Ein frühes Stadium der landwirtschaftlichen Planung hoffte noch auf eine Umgestaltung „über Nacht"; der Erfolg dieser agrarischen Diversifikation erforderte jedoch Investitionen in die Ausbildung der Landarbeiter in den Produktionstechniken – in großem Umfang und über eine lange Zeitdauer.

Das zweite war, daß die vormalige Plantagenwirtschaft mit sich gebracht hatte, daß viele Menschen das Leben auf dem Lande für gering achteten. So wurde eine weitere grössere Anstrengung dahingehend unternommen, den ländlichen Gebieten das Gesundheits- und Erziehungswesen sowie die kulkulturellen Einrichtungen – Kinos, Büchereien, Theater, auch Tanzveranstaltungen – zu bringen, die zuvor besonders von jüngeren Menschen ausnahmslos mit Stadtleben gleichgesetzt worden waren. Das Prinzip der Verbindung von Arbeit und Studium, das in Hunderten von „Schulen auf dem Lande" verkörpert ist, hilft weiterhin auch der jungen städtischen Bevölkerung, die Bedeutung der Landarbeit verstehen zu lernen, wohingegen ihr Wissen und ihre Arbeitskraft den ländlichen Gebieten der Insel zugute kommen. So kommen diese Menschen auch dazu, die Kultur der ländlichen Gemeinschaften um sie herum zu verstehen und zu respektieren – ein scharfer Gegensatz zu Puerto Rico und der Dominikanischen Republik, wo die Städte wenig Respekt oder Verantwortlichkeit für die Bedürfnisse des Landes zeigen.

Ist Zucker der Feind?
Das heutige Kuba und die Dominikanische Republik

Beschäftigt man sich mit Ländern wie Puerto Rico und dem vorrevolutionären Kuba, macht man nur all zu leicht die Zucker-Monokultur für das Elend des Volkes verantwortlich. Das ist, zumindest in einer oberflächenlichen Betrachtungsweise, auch zu vertreten. Weitergehende Erkenntnis bringt jedoch die Untersuchung der Frage, wer den Zuckeranbau kontrolliert und wer davon profitiert. Etwas Licht kann in diese Frage gebracht werden, wenn man das heutige Kuba mit der Dominikanischen Republik vergleicht, einem Land, das einer rasanten „sugarization" unterzogen worden ist.

Verschiedene Schätzungen geben an, daß zumindest drei Viertel des gesamten bebauten Landes der Dominikanischen Republik für den Export bewirtschaftet wird. Der für den Export bestimmte Anbau von Zucker, Kaffee und Kakao erfordert allein 56 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Zunehmende Mengen von Früchten und Gemüse werden exportiert. Ein bedeutender Prozentsatz des Weidelandes der Insel dient der Produktion von Fleischexporten. Darüberhinaus wird hochwertiges pflanzliches Protein für Tierfutter angebaut (24).

Die staatliche Förderung der landwirtschaftlichen Exporte bewirkte, daß die landwirtschaftliche Produktion der Dominikanischen Republik um beeindruckende 7,7 % seit 1968 gestiegen ist. Die tatsächliche Nahrungsmittelproduktion für die Dominikaner ist seitdem jedoch wahrscheinlich sogar gefallen (25). Die Feststellung, daß über 85 % der Grundnahrungsmittel nicht von Großgrundbesitzern, sondern von Kleinbauern mit einem Landbesitz von 2 Hektar und weniger – das sind insgesamt nur 3 % des bebaubaren Landes – produziert wird, ist sehr aufschlußreich (26). So überrascht kaum, daß 1969 der Ernährungszustand von 70 % der Dominikaner der mittleren und unteren Einkommensschichten unterhalb der Minimalerfordernisse war, die für ein körperliches Wohlergehen Voraussetzung sind.

Die Zuckerplantagen haben in den letzten zwanzig Jahren die mit Zuckerrohr bepflanzte Fläche verdoppelt, trotz dem dringenden Bedürfnis nach Nahrungsmitteln für die heimische Konsumtion und dem – eigentlich vorgelagerten – Bedürfnis so vieler Menschen nach Zugang zu Land, auf dem sie Nahrungsmittel für den Eigenbedarf anbauen könnten; über 56 % der Bauern des Landes besitzen zuwenig Land, um davon leben zu können, und über 100.000 ländliche Haushalte haben überhaupt keinen Landbesitz. So kommentiert Robert LEDOGAR in seiner Arbeit „Hunger for Profits" (27): „Der Anblick der endlosen Zuckerrohrfelder ist für die unterernährten Kleinbauern, Subsistenzbauern und landlosen Arbeiter gleich einer großen grünen Pest, die langsam ihr Land zerstört". Diese „Sugarization" wurde von Gulf and Western verstärkt, einer nordamerikanischen Gesellschaft, die 1967 ihre Aktivitäten auf die Dominikanische Republik ausdehnte und die heute einer der größten Landbesitzer der Insel ist.

Die Lebenssituation der Kubaner vor der Revolution könnte mit ähnlichen Darstellungen beschrieben werden. In der Tat war für viele Kubaner kennzeichnend, was Che

GUEVARA einmal folgenderweise beschrieb: „eine fetischisierte Idee verband Zucker mit unserer Abhängigkeit vom Imperialismus und mit dem Elend in den ländlichen Gebieten“ (28). Zu Beginn der Revolution wurde deshalb nicht nur der Anbau von Grundnahrungsmitteln gefördert, sondern es wurde auch der Zuckerrohranbau absichtlich vernachlässigt. Die betonte Industrialisierung mit dem Ziel, bisher importierte Güter selber herstellen zu können, stellte sich als übereilt heraus.
Mit der Zeit jedoch entwickelten die Kubaner aufgrund ihrer Erfahrung eine durchführbare Politik. Es war ein Weg, auf dem Zuckerproduktion „kein Feind des Volkes“ zu sein brauchte – was sie heute auch nicht ist.

Im Jahre 1969 entwickelte das kubanische National Agrarian Reform Institute eine Politik der Dezentralisierung, die die Erreichung von regionaler Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung in den Vordergrund stellte, indem eine intensive Landbewirtschaftung gefördert wurde – sowohl mit Grundnahrungsmitteln für den heimischen Verbrauch als auch mit verschiedenen für den Export bestimmten Nahrungsmitteln. In anderen Worten, ein Gebiet einer Region konzentriert sich etwa auf Zuckerrohr, Zitrusfrüchte oder auf Viehwirtschaft, wobei die Bauern dort gemäß einem nationalen Gesamtplan zusammenarbeiten. Aufgrund dieser lokalen Spezialisierung stiegen die Ernteerträge; auch die Vermarktung war auf effizientere Weise möglich geworden. Jedoch werden zwischen diesen für den Außenhandel bestimmten Gebieten Grundnahrungsmittel, Gemüse, Früchte etc. für den Verbrauch in der Region in genügender Menge angebaut (29).



Als ein Ergebnis dieser Politik sind in Kuba Fortschritte in der lokalen Nahrungsmittelproduktion zu verzeichnen. Zwischen 1971 und 1975 stieg die landwirtschaftliche Produktion um 38 % – Zucker einmal außer acht gelassen (30). Im selben Zeitraum nahm die Gemüseproduktion für die Bevölkerung um mehr als das Doppelte zu, die Ernteerträge von Früchten stiegen um mehr als 60 %. Die Produktion von Eiern belief sich 1976 auf 1,7 Millionen Stück, etwa das Sechsfache der Produktion von 1958. Die Produktion von Geflügel stieg seit 1963 um das Vierfache, von Schweinen um das Dreifache, auch deswegen, weil Nahrungsmittelabfälle und Abfälle bei der Zuckerrohrverarbeitung nicht weggeworfen, sondern in zunehmendem Maße zur Schweinefütterung verwendet werden.

Kuba ist heute immer noch der weltweit größte Exporteur von Zucker; jedoch arbeiten hier die Zuckerexporte nicht gegen die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Zwischen 1971 und 1974 stieg der Nahrungsmittelverbrauch in Kuba um 20 %, darüberhinaus gab es seit 10 Jahren so gut wie keine Nahrungsmittelpreissteigerungen (31).

So ist der erste große Unterschied zwischen dem heutigen Kuba und der Dominikanischen Republik der, daß die Zuckerproduktion in Kuba nicht mehr die Zerstörung der lokalen Produktion von Grundnahrungsmitteln bedeutet. Zum zweiten spielen die Devisengewinne aus den Zuckerexporten in den beiden Ländern zwei völlig verschiedene Rollen. In Kuba wird mit den Erlösen aus Zuckerexporten ein weites Spektrum von Gütern importiert, die dazu bestimmt sind, produktive und arbeitsschaffende Industrien zu errichten. In der Dominikanischen Republik hingegen werden Devisen meist auf Importe – hauptsächlich Luxuskonsumgüter – verschwendet, die zu einer grundlegenden Entwicklung des Landes nichts beitragen. Solche Importe brachten die Dominikanische Republik in der Tat an den Rand eines Handelsdefizites – in genau dem Jahr, in dem die Zuckerpreise um mehr als 400 % gestiegen waren (32).

Zum dritten: in einem Land, das von einer für den Export produzierbaren Landwirtschaft in Privatbesitz – und oftmals in ausländischem Privatbesitz – beherrscht wird, ist es unwahrscheinlich, daß ein Preisanstieg des Exportgutes des Landes die Situation derer verbessert, die auf den Feldern tatsächlich arbeiten. In Ländern wie der Dominikanischen Republik setzten diese unverhofften Gewinne einiger weniger, die durch den Anstieg des Weltmarktpreises für Zucker zustande gekommen waren, im Lande einen Inflationsprozeß in Gang, der das Realeinkommen der Arbeiter verschlechterte, selbst wenn sie eine Nominallohnerhöhung zu verzeichnen hatten. Gulf and Western rühmt sich, den Lohn eines Zuckerrohrschneiders von 1,26 Dollar pro Tonne geschnittenen Rohres im Jahre 1966 auf 1,75 Dollar pro Tonne im Jahre 1976 erhöht zu haben. (An einem Tag sehr harter Arbeit kann ein Arbeiter zwei bis fünf Tonnen Zuckerrohr schneiden, das hängt von der Qualität des Zuckerrohres ab.) Dieser 39 %igen Lohnerhöhung steht jedoch ein Anstieg des Verbraucherpreisindex von 86 % im selben Zeitraum gegenüber (33); mit anderen Worten, das Realeinkommen eines Zuckerrohrschneiders liegt erheblich unter dem Niveau von vor zehn Jahren.

Das Jahreseinkommen eines Zuckerrohrschneiders ist allerdings noch viel geringer, als diese Zahlen vermuten lassen, da dieser intensive Arbeitseinsatz nur wenige Monate erforderlich ist. Das Landwirtschaftsministerium der Dominikanischen Republik schätzt, daß die unteren 50 % der Bevölkerung in Wirklichkeit weniger als 20 Cents pro Tag verdienen und daß sie genötigt sind, davon 18 Cent pro Tag für Nahrungsmittel auszugeben, was sie lediglich in Stande setzt, 60 % der erforderlichen Kalorienmenge zu sich zu nehmen (34). Die Unterernährung in Kuba ist im Gegensatz dazu heute weitgehend beseitigt. Die Kindersterblichkeit infolge schlechter Ernährung hat aus diesem Grunde in dem letzten Jahrzehnt rapide abgenommen.

Ein vierter Gegensatz kann in der unterschiedlichen Beschäftigungswirkung der Zuckerproduktion gesehen werden. Die Dominikanische Republik leidet unter einer Arbeitslosenrate von 30 % bis 40 %. 75 % aller in der Landwirtschaft Tätigen haben weniger als 135 Tage Arbeit im Jahr (35). Die Interessen der Dominikanischen Arbeiter sind überdies noch dadurch gefährdet, daß die Zuckergesellschaften Fremdarbeiter von Haiti ins Land holen, die heute schon über die Hälfte der zum Zuckerrohrschneiden erforderlichen Arbeitskraft stellen. Die stark ausgeprägte saisonale Nachfragespitze nach Arbeitskraft bei der Zuckerrohrernte – das verdirbt, wenn es nicht in kurzer Frist geschnitten und gemahlen wird – hat in Gebieten der Zucker-Monokultur eine hohe Bevölkerungsdichte geschaffen, wohingegen nur wenige ganzjährige Arbeitsplätze vorhanden sind.

Mit der fotrschreitenden Mechanisierung der Zuckerrohrernte verschärft sich das Problem der Arbeitslosigkeit in der Dominikanischen Republik und in Puerto Rico immer mehr. Die volle Mechanisierung der kubanischen Zuckerrohrernte wird für das Jahr 1985 erwartet, was hingegen für die Bevölkerung in keinster Weise Arbeitslosigkeit bedeuten wird. Jeder in Kuba durch die Mechanisierung der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskraft wird ein anderer Arbeitsplatz in einem anderen wichtigen Bereich der Wirtschaft garantiert.

Wie die Produktion, so wird auch der Export von Zucker durch eine zentrale Stelle geplant und koordiniert. Da die Zuckerproduktion nicht mehr durch Privatgesellschaften kontrolliert, sondern in staatlichem Besitz ist, ist die kubanische Regierung in der Lage, die Produktionslenkung und das Aushandeln der internationalen Verträge in Verbindung mit ihren umfassenden ökonomischen und sozialen Entwicklungsprogrammen zu gestalten. Heute wird der größte Teil der kubanischen Zuckerexporte durch internationale Regierungsabkommen geregelt. In diesem Zusammenhang waren die langfristigen Handelsabkommen mit der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten besonders wichtig. Sie ermöglichten Kuba eine langfristige Planung durch das Einkommen und die Kredite, die durch diese Exporte geschaffen wurden, da diese Abkommen Kuba einen Markt für seinen Zucker sowie günstige und stabile Preise garantierten.

Kuba hat jedoch nicht den Felher gemacht, sich auf dieses Export-Einkommen zu verlassen, um damit Grundnahrungsmittel zu importieren. Die einzigen größeren Nahrungsmittelimporte Kubas sind Reis, Molkereiprodukte und Weizen, wobei die inländische Produktion der beiden ersteren in erheblichem Maße zunimmt. Von den frühen Tagen der Revolution an hat Kuba verstanden, daß die Selbstbestimmung eines Volkes nur bei prinzipieller Unabhängigkeit von Nahrungsmittelimporten möglich ist.

Überlegt man sich die Ursachen für Nahrungsmittelabhängigkeit und Verarmung des Volkes, wird oftmals zu schnell die Schlußfolgerung gezogen, daß das Problem in der Knappheit landwirtschaftlicher Ressourcen liege, oder es wird im besten Falle vermutet, daß es jeden einzelnen Hektar Land für die lokale Nahrungsmittelproduktion erfordern würde, wenn die ganze Bevölkerung so ernährt werden würde, wie es die Minorität der „Elite“ wird. Die letzten zwanzig Jahre der kubanischen Geschichte haben bewiesen, daß das nicht wahr zu sein braucht. Obwohl über 40 % des Ackerlandes unter staatlicher Kontrolle dem Zuckeranbau dient, werden genügend Grundnahrungsmittel produziert, um eine hinreichende Ernährung für die gesamte Bevölkerung sicher zu stellen. Die Arbeitsplatzbeschaffung für jeden stellt darüber hinaus im heutigen Kuba sicher, daß niemand von der Barmherzigkeit eines anderen abzuhängen braucht.

Sieht man dagegen das Beispiel von Puerto Rico, der Dominikanischen Republik und des vorrevolutionären Kuba, so drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß das Elend, das für die Mehrzahl der Bevölkerung Wirklichkeit ist, kein „natürliches“ Phänomen ist, sondern das Produkt eines bestimmten ökonomischen Systems. Eine Bevölkerung, dessen Land mit großem natürlichem Reichtum versehen ist, kann dennoch im buchstäblichen Sinne hungrig sein, wenn diese Ressourcen von einigen Wenigen gehortet oder verschwendet werden. „Selfreliance“ im Nahrungsmittelsektor – diese gegebene Möglichkeit wird ein Land unter diesen Umständen nur dann verwirklichen können, wenn die Ressourcen des Landes von der Gesamtheit der Bevölkerung kontrolliert werden.

übersetzt vom iz3w

„Anmerkungen“

1) BOORSTEIN, Edward; The Economic Transformation of Cuba, New York (Monthly Review Press), 1968, S. 62
2) Ebenda, S. 2
3) O'CONNOR, James; The Origins of Socialism in Cuba. Ithaca (Cornell University Press), 1970, S. 68
4) ebenda, S. 69
5) ebenda, S. 71
6) GUEVARA, Ernesto Che; The Cuban Economy, in: International Affairs, Vol. 40, No. 4 (Oktober 1964)
7) BOORSTEIN, Edward; a. a. O., S. 7
8) siehe bei WILLIAMS, William Appleman; The United States, Cuba and Castro; New York (Monthly Review Press) 1962, S. 15
9) TORRES, Irwin Torres; Food in Puerto Rico: A Crisis in the Making; hrsg. vom Institute of Social Technology, San Juan (Puerto Rico) als Publikation Nr. R-3-73 vom 1. März 1973
10) ebenda, S. 1
11) Schätzung gegeben in der Broschüre „Puerto Rico“ (o J.) hrsg. vom EPICA-Zentrum, 1500 Farragut St., Washington D. C. 20011
12) „Economic Importance of Puerto Rico for the United States“, in: Latin American Perspectives, Vol. 3, No. 3 vom September 1976, S. 48
13) Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce, 1969 Census of Agriculture, Washington. Zitiert nach The Political Thesis of the Puerto Rican Socialist Party, hrsg. von NACLA, P. O. Box 57, New York NY 10025, 1975 S. 5
14) ebenda
15) U. S. Army Corps of Engineers (hrsg.) U. S. Deepwater Port Study 1972
16) TORRES, Irwin Torres, a. a. O., S. 8
17) ebenda, S. 7
18) ebenda, S. 4
19) ebenda, S. 10
20) ebenda, S. 1
21) ebenda, S. 1
22) EPICA (hrsg.), a. a. O.;
23) siehe Bulletin of the First Congress of the Communist Party of Cuba, Havana, 17.–22. Dezember 1975
24) LASHMAN, Karen E./DALEY, John A.; Syncrisis: The Dynamics of Health, IX: Dominican Republic; hrsg. vom U. S. Department of Health, Education and Welfare, Juni 1974, S. 60
25) ebenda
26) JANSSEN, William; U. S. Aid Mission, Santo Domingo 1976
27) LEDOGAR, Robert J., Hunger for Profits, New York 1975, S. 75 (hrsg. von IDOC)
28) GUEVARA, Ernesto Che, a. a. O. (Übers. von mir: hdi)
29) Food and Agricultural Organization of the UN and the International Labour Organization (ILO) (hrsg.); Progress in Land Reform, Sixth Report, New York 1976, S. 104
30) TABIO, Pedro Alvarez; The Overall Situation of the Cuban Economy, Havana 1975, S. 39
31) ebenda, S. 26
32) Angabe nach „Latin America“, hrsg. von der Latin American Newsletter Ltd., London 7. März 1975, S. 77
33) Banco Central, Indice Precios al Consumidor, Santo Domingo 1976
34) Secretary of Agriculture, „Estrategia Hacia Una Politica Masiva de Producciòn de Alimentos y Nutriciòn“, Santo Domingo 1976
35) JANSSEN, William, a. a. O.;

Probleme der Sozialistischen Agrarreform

In den vorangegangenen Artikeln zur Landwirtschaft in der Dritten Welt (vgl. auch „blätter des iz3w"66) wurden die Machenschaften internationaler Konzerne und die weit verbreiteten „Agrarreformen", die der Masse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern nicht nutzen, kritisch unter die Lupe genommen. In diesem Artikel soll nun versucht werden, die Sozialistische Agrarreform als Alternative dagegen zu setzen. Dazu rücken wir keine Beispiele von sozialistischen Ländern (etwa China, Kuba, Tansania, Guinea-Bissau, etc.) in den Mittelpunkt unserer Überlegungen. Diese Vorgehensweise hat den Nachteil, daß die Beurteilung stark von den jeweils vorhandenen Gegebenheiten abhängt. Diese spezifische Lage drückt sich zum Beispiel aus in der Dauer kolonialer Herrschaft, der Abhängigkeit vom Weltmarkt, der Bevölkerungsdichte, der Bodenbeschaffenheit usw. Dadurch wird die Übertragung von Erfolgen und Mißerfolgen auf andere Länder erheblich erschwert.

Statt dessen wollen wir nur ein paar Hinweise zur Sozialistischen Agrarreform geben. Diese Hinweise sind bewußt so gehalten, daß sie für die meisten Länder der Dritten Welt Anspruch auf Gültigkeit erheben können. Im einzelnen werden wir zunächst untersuchen, von wem die Sozialistische Agrarreform verwirklicht werden kann. Konkret: Sind die Bauern es allein? Dann stellen wir die Änderungen in den Produktionsverhältnissen und der Produktionsstruktur dar. Wir zeigen, warum Produktionssteigerungen wichtig und wahrscheinlich sind. Die Ertragsverteilung ist der letzte Aspekt der theoretischen Erörterung, bevor wir kurz auf die chinesische Landwirtschaft eingehen.

Zu sagen bleibt vielleicht noch, daß wir hier unter Sozialismus die Abschaffung der Ausbeutung und die Selbstbestimmung der Menschen verstehen.

Abschaffung der Ausbeutung bedeutet Ende der Lohnarbeit, Ende des Warencharakters der Arbeit. Dies beginnt konkret mit der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Konzerne im Agrarbereich. Danach müssen Produktionsverhältnisse geschaffen werden, die die Ausbeutung dauerhaft verhindern und die Selbstbestimmung der Menschen ermöglichen.

I. Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung als Voraussetzung der Sozialistischen Agrarreform

Die Beseitigung der alten Strukturen ist Sache der Bauern, Pächter, Landarbeiter, kurz der betroffenen Massen. Sie wird nicht durch Regierungen realisiert werden, die die Großgrundbesitzer „enteignen" und eine Reform von oben durchführen. Die Erfahrung spricht dagegen. Andere Zwischenlösungen wie die Rodung von Wald, die Ausdehnung der Ackerfläche oder die „freiwillige" Abtretung von Land wie z. B. in Indien, bilden nicht das Fundament der Sozialistischen Agrarreform.

Die sozialistische Agrarreform hat ihren Ursprung in den Aktivitäten der Bauern und Arbeiter. Je nach dem, ob das Gewicht in der Erhebung gegen die Obrigkeit auf die Arbeiter oder auf die Bauern gelegt wird, schließt man sich der sowjetischen oder der chinesischen Auffassung an. Wir wollen hier dagegen allgemeiner prüfen, unter welchen Bedingungen die Bauern revolutionär werden. Denn das ist die wirklich wichtige Frage.

Der Prozeß der Solidarisierung entsteht allgemein auf der Grundlage der sich verschlechternden materiellen Verhältnisse. Das gilt sowohl für die Bauern, die ihr Land verlieren und zur Feldarbeit gezwungen werden, wie für den Arbeiter. Zuerst muß auch von beiden unterwürfiges Denken und Verhalten abgebaut, müssen sie sich ihrer möglichen Freiheit und Macht bewußt werden. Das geschieht, indem sie die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennen, sich zusammenschließen und gegen die Obrigkeit kämpfen.

Die ländliche Bevölkerung besteht aber sowohl aus Bauern als auch aus Landarbeitern. Der Artikel „Die Entwicklung der Armut" im letzten Heft hat als Fazit ein Schema der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der Dritten Welt. In dem Maße, in dem der Kapitalismus die Landwirtschaft durchdrungen hat, ist auch der Anteil der Landarbeiter an der Bevölkerung gestiegen. So wird etwa in Lateinamerika der Landarbeiter zur wichtigsten Triebkraft des Aufstandes. Die Interessen von Bauern und Arbeitern sind aber nicht identisch. Der Arbeiter wird die Abschaffung der Lohnarbeit, der Bauer dagegen will konkret sein Land, das er bebaut, als sein Eigentum zurückhaben. Der Bauer wird dadurch zum „Mini-Kapitalisten" und überwindet die Entfremdung, während beides so nicht für den Arbeiter gilt.

Diese Interessenlage der Bauern hat Folgen. So kann z. B. daraus das Nachlassen der Kampfbereitschaft in Mexiko erklärt werden. Die Bauern hatten von 1910 bis Mitte der Dreißiger Jahre um die Landreform gekämpft. Indem die eijdos gegründet wurden, war ihr Ziel erreicht, nicht aber das der Millionen von Landarbeitern; für sie hatte sich nichts positiv verändert.

Ein anderer Unterschied zwischen Bauern und Arbeitern ist besonders wichtig. Die Bauern lassen sich schon aus technischen Gründen viel schlechter organisieren. Während die Arbeiter an den Industriestandorten zusammengeballt wohnen, leben die Bauern über das weite Land verstreut. Diese Faktoren schränken die Erfolgswahrscheinlichkeiten von Bauernrevolutionen aber nur ein. Die traditionelle bäuerliche Subkultur oder Mentalität ist *kein* Hindernis für die Entwicklung. Der Bauer läßt sich mobilisieren; jedoch ist dafür erforderlich, daß

1) sich die frustrierten Bauern über die Ursachen ihrer Situation klar werden;
2) sie von starken, charismatischen Führern ermutigt werden.

Die Bauern bedürfen der Unterstützung von ausgebildeten Fachleuten zum Aufbau ihrer Organisationen, damit sie die Druckmittel, die sie haben (Landbesetzungen, ziviler Ungehorsam, Gewalt und Bewaffnung) wirkungsvoll einsetzen können (vgl. Huizer).

Diese Faktoren gelten für Arbeiter auch. Nur haben sie dort geringeres Gewicht, weil der Arbeiter im Umgang mit der Industriewelt mehr Erfahrung gesammelt und gelernt hat. Es ist wichtig, das Verhältnis von „ausgebildeten Fachleuten" und der Masse der Bauern und Landarbeiter zu verdeutlichen. Gemeint ist nicht, daß diese Fachleute durch ihren Wissensvorsprung den Bauern die Art der Organisation aufzwingen. Diese Fachleute sind vielmehr auf enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Massen angewiesen. Sonst ist ihre Arbeit zum Scheitern verurteilt. Anderseits brauchen die Bauern die Beratung; sie müssen sich organisieren. Inwieweit die Bauern und die Landarbeiter aus sich selbst heraus in der Lage sind, sich zu organisieren, hängt vom Einzelfall ab. Auf keinen Fall können aber die Fachleute oder ein charismatischer Führer den Umsturz machen. Den machen die Massen; sie können und müssen ihn lenken.

Wie sieht es nun aber tatsächlich in der Geschichte aus?

Bauernrevolten hat es in großer Zahl gegeben, zu Dutzenden in Chinas vorrevolutionärer Zeit oder als spontane Landbesetzungen in Lateinamerika. Ihnen allen fehlte ein planmäßiges Vorgehen, eine Organisation. Sie ist für den Erfolg entscheidend. Deshalb wollen wir hier noch auf zwei Beispiele organisierten Widerstands eingehen: Rußland und China.

In der russischen Revolution wurden die Bauern nicht aktiv, obwohl sich die Bolschewisten darum bemühten, sie zu organisieren. Lenin zieht 1920 den Schluß, daß die Bauern erst nach der Machtübernahme dazu in der Lage waren, die Revolutionäre zu unterstützen, daß sie einen Führer nötig haben. (vgl. Alavi, S. 21) Diese Einschätzung wird durch die chinesischen Erfahrungen insofern untermauert, als erst mit den (z. T. regionalen) Erfolgen der Roten Armee die Bauern mobilisiert werden konnten.

Aber noch ein anderer, bisher vernachlässigter Aspekt ist von entscheidender Bedeutung. Wir haben bisher so getan, als ob die Bauern eine einheitliche Masse seien. Das ist natürlich nicht der Fall. Es gibt Großgrundbesitzer, mittlere Bauern und arme z. T. landlose Bauern. Die genaue Einteilung ist nicht so entscheidend wie die besondere Stellung der mittleren Bauern. Sie beschäftigen keine Lohnarbeiter (wie die reichen), bewirtschaften aber ihr eigenes Land und können davon leben (im Gegensatz zu den armen).

In China ist es so gewesen, daß nicht der arme Bauer *zu Beginn* die Revolution getragen hat, wie es in maoistischen Texten heißt), sondern der mittlere (wie es die chinesische Praxis zeigt). (vgl. Alavi, S. 61) Er ist zunächst besonders militant, (denn er ist von den reichen Bauern bedroht) und setzt sich für die Reformen ein. Aber nur solange, wie sie ihm nutzen. Danach muß der Antrieb von den armen Bauern ausgehen. Dies ist also eine besonders kritische Phase. Denn hier liegt die Gefahr, daß sich die Revolution totläuft. In China war das nicht der Fall; in Rußland ist die Solidarisierung nicht erreicht worden, weil die mittleren Bauern abgeschreckt wurden. Sie erwarteten eine schlechtere Situation als zuvor.

Die Rolle der mittleren Bauern ist keineswegs in allen Ländern die gleiche. Sie muß deshalb relativiert werden, insbesondere im Hinblick auf die unterschiedlichen Produktionsverhältnisse in der Dritten Welt. Ob also die mittleren Bauern, die Landarbeiter oder die Kleinbauern die Revolution tragen, kann allgemein nicht gesagt werden. Wichtig ist, und das haben wir gezeigt, daß die Bauern revolutionär sein können. Damit wird aus der Möglichkeit eine zwingende Forderung, die Bauern zu aktiven Mitstreitern der Umwandlung zu machen. Die Sozialistische Agrarreform stützt sich deshalb auf die Freiwilligkeit an der Mitarbeit und der Umwandlung des Systems. Eine Genossenschaftspolitik, die auf Zwang beruht, trägt schon den Keim des Scheiterns in sich.

Wie sieht die aktuelle Lage aus? Lateinamerika ist ein Pulverfaß (Myrdal). „Die Agrarsituation in den unterentwickelten Ländern ist höchst explosiv. Jede unterentwickelte Landwirtschaft ist ein potentielles Vietnam." (Feder, S. 38) Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit Sozialistischen Agrarreformen besonders wichtig.

II. Darstellung der sozialistischen Agrarreform

1. Produktionsverhältnisse

Mit der entschädigungslosen Enteignung der Landbesitzer ist nur der Anfang einer gesamtwirtschaftlichen Änderung vollzogen. Ihr muß die Umverteilung des Landes und die neue Organisation der Produktion folgen. Da die sozialistische Agrarreform die Menschen befreien will, müssen sich die neuen Institutionen an diesem Anspruch messen lassen. Dabei sind die von Kontinent zu Kontinent unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu berücksichtigen. In Asien ist der feudalistische Großgrundbesitz, ein kompliziertes System von Pachtbeziehungen und Kleinbauern, in Lateinamerika Latifundien und Kleinbauern vorherrschend. In Afrika südlich der Sahara sind patriarchalische Agrarstrukturen und ein ausgebautes Handelswesen weit verbreitet.

Welches Produktionsverhältnis soll eingeführt werden? Es sollen hier kurz alle Formen angerissen werden, weil jede an ihrem Ort und zu ihrer Zeit Relevanz haben kann. Es wird deshalb die Subsistenzwirtschaft, die Einzelwirtschaft und die Genossenschaft diskutiert.

Intakte Subsistenz- und traditionelle Dorfwirtschaften

kommen praktisch nicht mehr vor. Der Grad ihrer Zerstörung ist aber uneinheitlich. Wo Subsistenzwirtschaft noch teilweise besteht oder in eine einfache Warenwirtschaft übergegangen ist, muß ihre Struktur nicht sofort geändert werden. Die Gefahr der Herausbildung wirtschaftlicher Macht und Abhängigkeit kann zwar nicht verneint werden. Sie ist aber eingeschränkt durch die gemeinwirtschaftlichen Züge der traditionellen Wirtschaftsweise. Ob der Sozialismus überhaupt auf traditionellen Formen aufbauen kann, ist zumindest fraglich, denn es müssen Überschüsse produziert werden. Für den Erfolg sind deshalb schon auf dieser Stufe gezielte Bildungsmaßnahmen erforderlich, um das Bewußtsein, für das Kollektiv zu handeln, als Motivation zu stärken. Wie labil dieses System bleibt, wenn der Kapitalismus auch nur Teile der nationalen Landwirtschaft erreicht hat, zeigt das Beispiel Tansanias. Den im Kolonialismus Privilegierten ist es gelungen, auch hier wieder sich zu etablieren, trotz der klaren programmatischen Vorstellungen Nyreres. Der Kapitalismus hat alle Gebiete der Erde erreichen können; seine Durchdringung geht so weit, daß sich das Beispiel Tansanias durchaus wiederholen kann.

Die Gefahr der Einzelwirtschaft liegt in einer nicht mehr kontrollierbaren Akkumulation von Kapital bei Privaten. Das führt zu der kapitalistischen Machtstruktur, die es gerade zu verhindern gilt. Aus strategischen Gründen wird es nicht überall möglich sein, die Einzelwirtschaft sofort abzuschaffen. Geschichtlich gesehen war das der Grund, warum sowohl in Rußland als auch in China zunächst Land an Einzelbauern verteilt wurde.

Der Landbesitz, der zur Selbsternährung und für die Bezahlung z. B. einer Naturalsteuer (für die Versorgung der Städte!) notwendig ist, darf vom ehemaligen Großgrundbesitzer weiterhin bebaut werden. Was darüber hinaus geht, wird enteignet und an landlose Bauern verteilt. Dieser Prozeß ist nicht mit ähnlich aussehenden „Agrarreformen" in Lateinamerika zu verwechseln, bei denen aus naheliegenden Gründen die Grenzen des Privatbesitzes sehr hoch angesetzt wurden.

Für den Kleinbetrieb scheint die höhere ökonomische Produktivität zu sprechen. Sie übertrifft die der Großbetriebe in Lateinamerika um ein Vielfaches.

So erwirtschaftet etwa in Argentinien 1970 ein Betrieb von ca. 270 ha nur einen Umsatz von 18 $ pro ha, während in Kolumbien von 22 ha-Betrieben 67 $ pro ha erwirtschaftet worden sind. Solche wichtigen interregionalen Vergleiche sind vorsichtig zu behandeln, aber auch der Vergleich von kolumbianischen Groß- und Kleinbetrieben zeigt für 1954 eine sehr günstige Ertragsrelation für Kleinbetriebe von 1 : 14,3 (vgl. Holenstein, S. 107 ff).

Methodisch ist der Vergleich deshalb fragwürdig, weil hier die positiven Folgen des Kleinbetriebs, nämlich ein starkes Interesse, den eigenen Boden zu bebauen, gegen den Großbetrieb schlechthin ausgespielt zu werden drohen. Der Kleinbetrieb schneidet im Vergleich mit der Genossenschaft schlechter ab. (vgl. die Vorteile der Vollgenossenschaften weiter unten.)

Es spricht insgesamt mehr gegen die Einzelwirtschaft, so daß in ihr nur ein Übergangsstadium zu sehen ist. Schon die Produktivität wird zweifelhaft, wenn dadurch das ökologische Gleichgewicht gestört wird. Das ist denkbar, weil die Böden intensiver genutzt werden als bisher, und damit die Gefahr wächst, daß sie sich nicht ausreichend regenerieren können.

Ein weiterer ökonomischer Grund spricht gegen die Einzelwirtschaft. Das für die „ursprüngliche sozialistische Akkumulation" (vgl. weiter unten) notwendige Kapitel läßt sich nur schwer von zig-Millionen Einzelbauern einziehen. Dafür fehlt die Infrastruktur. Das wird leichter bei großen Genossenschaften.

Ferner ist die Einzelwirtschaft gar nicht mehr in allen Ländern möglich. Wo nach der Verteilung von Landparzellen, die jeweils einer Familie das Überleben ermöglichen, noch landlose Bauern übrigbleiben, ist nach neuen Wegen zu suchen. Diese Situation ist heute etwa schon in Indien und Bangladesch gegeben. Selbst wenn in Indien die Maximalgröße auf 20 acres beschränkt bliebe und anschließend 5 acres große Parzellen geschaffen würden, gingen 20 bis 25 Millionen Familien ohne Land aus. (vgl. Holenstein; S. 111 f.)

Wichtiger noch ist die Gefahr der Herausbildung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Dabei ist es einfach falsch, sich ausschließlich an der Bodengröße zu orientieren. Es muß auch berücksichtigt werden, daß auf kleiner Fläche kapitalistisch produziert werden kann, z. B. Hühnerfarmen. Wichtig ist, was und wie produziert wird.

Statt der Bodenfläche könnte als Kriterium „Fehlen von Lohnarbeit gewählt" werden. Dadurch würde Ausbeutung verhindert, gleichzeitig könnte eine Konzentration des Bodens in kleinem Rahmen stattfinden. Die ist erwünscht, wenn die Industrie Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann. Ob allerdings ein junger sozialistischer Staat die Einhaltung dieses Kriteriums gewährleisten kann, ist sehr unsicher. Er muß sich in der Anfangsphase noch weitgehend auf einen kapitalistisch geprägten Beamtenapparat stützen, so daß sehr leicht die alten Reichen zu den neuen werden können.

Aus dem allen folgt, daß die Einzelwirtschaft, wenn überhaupt, dann nur eine Durchgangsstufe der sozialistischen Agrarreform sein kann.

Das Genossenschaftswesen an sich enthält kein aktives Prinzip der Gesellschaftsumwandlung in Richtung auf sozialistische Produktionsverhältnisse. Denn die Genossenschaft beruht häufig auf an sich selbständigen Einzelwirtschaften. Die Leistungen, die von der Genossenschaft erbracht werden, können besser von reichen als von armen Bauern genutzt werden. Wer für die gewünschten Kredite keine Sicherheiten bieten kann, kommt auch in der Genossenschaft schlechter zum Zug. So haben Dienstleistungsgenossenschaften, deren Aufgaben in der Kreditbeschaffung, der Vermarktung und der Anschaffung von Produktionsmitteln bestehen, allenfalls Übergangscharakter zu Vollgenossenschaften. Denn bei ihnen bestehen die gleichen Probleme der Einzelwirtschaft fort, da auch sie von Privateigentum und im Prinzip selbständigen Bauern ausgehen.

Deshalb kommt für die sozialistische Agrarreform nur die Vollgenossenschaft in Betracht, die unterschiedlich organisiert sein kann. Wir wollen hier vereinfachend nur die beiden wichtigsten Typen darstellen. (vgl. auch zur Begriffsabgrenzung: Th. Bergmann, S. 9–95)

1) Kollektivwirtschaft; sie geht aus ursprünglich privatem Eigentum hervor, das in die Genossenschaft eingebracht wird. Neben dem so entstandenen Kollektivbesitz existiert privates Hofland für einen Nebenerwerb. Diese Form ist sowohl in der russischen Kolchose als auch in China zu finden.



Studenten bei der Feldarbeit

Die Aufgaben beziehen sich direkt auf die Urproduktion, also Ackerbau, Viehzucht, aber auch auf die Vermarktung und die Entlohnung. Die Entlohnung kann Schwierigkeiten mit sich bringen, wenn sie sich an den eingebrachten Besitz anlehnt. Das langfristige Ziel ist hier gleiche Entlohnung, oder nur geringe Differenzen, die aber nicht auf das ehemalige Eigentum zurückzuführen sind.

2) Kommune oder Vollgenossenschaft i.e.S.; sie unterscheidet sich nur graduell von der Kollektivwirtschaft. Hier werden alle Aufgaben gemeinsam bewältigt, es gibt *kein* privates Land mehr. Die Aufgaben können über den engen landwirtschaftlichen Rahmen hinaus gehen und etwa auch den Aufbau von lokalen Industriezweigen einbeziehen, so daß sich homogene Wirtschaftskreisläufe herausbilden können. Diese Form war zumindest zeitweise in China verwirklicht. Insbesondere im Rahmen der Kommune (aber auch schon bei 1) ist die Bewältigung von großen Aufgaben, etwa dem Bau von Dämmen, Bewässerungsanlagen, der Anlage von Terrassen und Straßen möglich. Je größer die Projekte werden um so wichtiger wird die überregionale Koordinierung. So wurde in China beispielsweise die bewässerte Fläche von 1949 16 Mio. auf 76 Mio. 1960 ausgedehnt; durch ein 1500 km langes Kanalsystem konnten die Erträge verfünffacht werden. (vgl. C. Sigrist, S. 386) Wichtig ist auch, sich klar zu machen, daß erst bei dieser Produktionsweise der Staat die Infrastruktur massiv ausbauen kann; erst jetzt ist sicher gestellt, daß nicht einzelne wohlhabendere Bauern größeren Vorteil aus ihrer Bereitstellung ziehen können als andere.

Der größte Vorteil der beiden Genossenschaften liegt in der Chance dezentraler Organisation und der Selbstbestimmung. Voraussetzung dafür ist gewiß der Wille und die Fä-

higkeit der Genossen zur Mitbestimmung. Beide sind aber keine statischen Komponenten. Der Bauer muß natürlich erst lernen, seinen Willen auszudrücken. Die Mitglieder stellen dann einen Plan gemeinsam auf, beschließen das Verteilungsverfahren. Durch die Genossenschaften besteht die Möglichkeit, die lokal getroffenen Entscheidungen in den Gesamtplan einzubringen und diesen dadurch zu bestimmen. Inwieweit das wirklich der Fall ist, hängt wesentlich davon ab, ob die Zentrale Kompetenzen abgibt.

Daß die Genossenschaft die Verwertung der Überschüsse, deren Verteilung auf städtischen Konsum und Export erleichtert, wurde schon erwähnt. Darüber hinaus erfüllt sie Verwaltungsfunktionen. Die optimale Größe für Verwaltungseinheiten kann abweichen von der betriebswirtschaftlichen. So ließen sich Produktivitätseinbußen erklären. (vgl. H. Schweizer, S. 169) Die Sozialistische Agrarreform wird die ökonomische Effizienz im Konfliktfall der politischen Mitwirkung unterordnen.

Die Kommune versucht, ohne materielle Anreize zur Produktion auszukommen. Damit wird ein sehr weit vorgeschrittenes Stadium des Sozialismus erreicht. Der Verzicht auf den materiellen Anreiz kann schwerwiegende Produktionseinbußen zur Folge haben. Denn ohne von der großen Bedeutung überzeugt zu sein, für die Gemeinschaft zu arbeiten und letztlich die Industrieanlagen zu finanzieren, die der Bauer selbst vielleicht nie zu sehen bekommt, läßt sich diese Ertragsverteilung und Motivierung zur Produktion nicht durchsetzen. Ist der Bauer nicht überzeugt, so wird er einfach weniger anbauen. Das notwendige Bewußtsein kann durch die Agrarreform nur teilweise erzeugt werden, in dem die entsprechenden Produktionsverhältnisse geschaffen werden. Darüber hinaus braucht sie ein Bildungs- und Erziehungssystem, das das erforderliche kollektive Verständnis vermitteln kann. Die Sozialistische Agrarreform ist nur ein Teil einer umfassenderen Reform. Trotzdem wird sie versuchen, die materiellen Anreize so weit wie möglich abzubauen.

Als Fazit kann festgehalten werden. daß die Errichtung von Kollektiven ein echter Fortschritt ist, während die Einzelwirtschaft untauglich und für die Kommune die Zeit wahrscheinlich noch nicht reif ist.

2. Produktionsstruktur

Eine Sozialistische Agrarreform ändert nicht nur das Wie, sondern auch das Was der Produktion. Ursache dafür ist die andere Interessenlage der Produzenten. Die Kolonialherren waren und sind eben nicht primär an der Ernährung interessiert, sondern an ihrem Profit. Deshalb entsprechen ihren Interessen Monokulturen und der Anbau von nicht eßbaren Produkten wie Sisal, Baumwolle, aber auch Kaffee, Tee usw. Sie sollen in den Metropolen abgesetzt werden, und darauf kommt es allein an. Die Agrarreform wird im Gegensatz dazu dafür sorgen, daß zunächst der Bedarf der Bevölkerung gedeckt wird. Mit „Bedarf" ist die benötigte Menge von Nahrungsmitteln gemeint, und nicht das, was sich auf den Märkten als Nachfrage bemerkbar macht. „Bedarf" geht also weit über die Nachfrage hinaus, und erfaßt dann alle Nahrungsmittel, die zur Beseitigung von Unterernährung und Hunger erforderlich sind.

Um diesen Bedarf zu decken, muß statt Sisal und Hanf Weizen und Mais angebaut werden, müssen statt tierischer Eiweiße pflanzliche hergestellt werden, denn hier ist die Kalorien-Einsatz-Ertragsrelation viel günstiger. So erreichen die Bewohner der kleinen Insel Bellona (Pazifik) einen Ertrag von 1 : 50 durch den Anbau von Yam, Taro- und süßen Kartoffeln. Bei Naßreiskulturen lassen sich Ergebnisse zwischen 1 : 50 und 1 : 10, bei Soyabohnen von 1 : 3 erzielen. Die günstigste Tierhaltung beginnt dagegen erst bei 1 : 2 (Nomadenherden), verschlechtert sich über einfache Weidenhaltung auf 5 : 1 bis schließlich zu 20 : 1 bei intensiver Stallproduktion amerikanischen Stils. (vgl. Israel, S. 159 ff.) So weit wie möglich sollte deshalb die pflanzliche Produktion ausgedehnt werden. Dafür müssen natürlich die Boden- und Klimaverhältnisse berücksichtigt werden. Aber gerade hier steht den Bauern ihre reichhaltige traditionelle Erfahrung zur Verfügung. So werden sie zunächst einmal am besten wissen, was angebaut werden kann. Voraussetzung dafür ist aber, daß ihre Entscheidungen nicht durch eine Begünstigung von Exportprodukten verzerrt werden. Heute geht das in kapitalistischen Entwicklungsländern bis zum Produktionszwang. Aber auch durch subtilere Mittel kann eine solche Produktionsrichtung gefördert werden (z. B. durch produktgebundene Kredite).

Die sozialistische Regierung wird einem solchen Trend entgegenwirken. Sie wird vielmehr unter Einbeziehung des Binnenhandels die Produktionsstruktur so beeinflussen, daß eine möglichst günstige Versorgung für das Volk insgesamt zustande kommt. Dabei wird die Bedeutung staatlicher Planung mit steigender Industrialisierung und Verstädterung zunehmen. Ohne auf die Bedeutung der Landwirtschaft für die Versorgung des Industriesektors näher einzugehen, soll doch betont werden, daß eine Industrialisierung in den Entwicklungsländern langfristig anzustreben ist, um bestimmte Importe zu ersetzen und Massenkonsumgüter für den Binnenmarkt zu produzieren. Damit wird keineswegs einer Industrialisierungsstrategie westlichen Ursprungs gehuldigt! Wohlstand ist nicht identisch mit Industrieproduktion; wird die Industrieproduktion aber richtig gelenkt, so erhöht sich der Wohlstand. In der Produktionsstruktur insgesamt muß die Priorität des Binnenmarktes in allen Aspekten deutlich werden. Denn im Sozialismus haben die Grundbedürfnisse der Bevölkerung eindeutig Vorrang.

3. Produktionssteigerungen

Produktionssteigerungen sind das *ökonomische* Ziel der Sozialistischen Agrarreform. Die Landwirtschaft hat ganz wesentlich zum Aufbau der Industrie beizutragen. Sie stellt Überschüsse bereit, indem sie die Industriearbeiter mit Nahrungsmitteln versorgt, oder für den devisenbringenden Export produziert, *ohne* dafür gleichwertige Lieferungen aus dem Industriesektor zu erhalten. Das ist so in Rußland und in China gewesen und wird sich in anderen Ländern der Dritten Welt wiederholen. Dieser Vorgang wird mit „ursprünglicher sozialistischer Akkumulation" (Preobrazhensky) bezeichnet.

Steckt dahinter nicht eine neue Form der Ausbeutung? Die Bauern in der Landwirtschaft bekommen doch zu wenig für ihre Güter. Dennoch ist es falsch, hier von Ausbeutung zu sprechen. Es ist etwas ganz anderes, wenn der Landwirtschaft etwas entzogen wird, das *nicht privat* angeeignet und angesammelt wird, sondern von der Gemeinschaft eingezogen wird und in *für alle* nutzbringende Einrichtungen investiert wird. Es liegt also keine Ausbeutung vor; dennoch kann Unmenschlichkeit in den Anforderungen an die Bauern bestehen, z. B. wenn die Produktionsauflagen zu hoch sind und deshalb Zwang in welcher Form auch immer angewendet werden muß.

Man muß sich an dieser Stelle über die unterschiedliche Ausgangsposition zwischen den Industrieländern zu Beginn der Industrialisierung und der heutigen Peripherie klar sein. Während in den Metropolen Anfang des 19. Jahrhunderts Handelskapital in großem Umfang akkumuliert war, das z. T.

aus Raubzügen in den Peripherien stammte, stehen diese Quellen den sozialistischen Staaten nicht zur Verfügung. (vgl. Rahmanzadeh, S. 51 ff u. 103 ff.) Die Voraussetzungen zur Industrialisierung müssen von der Landwirtschaft geschaffen werden. Deshalb kommt der Agrarreform im Sozialismus solch ein ökonomisches Gewicht zu, deshalb sind Produktionssteigerungen so wichtig. Je mehr aus der Landwirtschaft herausgezogen werden kann, um so schneller läßt sich die Industrie aufbauen.

Das Ziel der Produktionssteigerungen darf sich aber nicht verselbständigen. Es bleibt an die Befriedigung von Bedürfnissen der Massen gebunden. Nur dann kann es auch dem Einzelnen einsehbar gemacht werden.

Produktionssteigerungen sind auch prinzipiell zu erwarten. Zunächst gibt es dafür zwei Gründe.

Eine enge Beziehung zwischen Bauern und Land wird einen Wechsel von arbeitsextensiver (d. h. viele Arbeiter leisten täglich nur wenige Stunden) zu einer arbeitsintensiven (d. h. jeder arbeitet viele Stunden) Produktion nach sich ziehen. Die heute vorherrschenden Pacht- und Unterpachtbeziehungen mit nur kurzer Vertragsdauer können dazu nicht motivieren und unterbinden somit auch Investitionen in den Boden. Dies wird sich ändern, sobald durch die neuen Produktionsverhältnisse die Arbeit besser koordiniert werden kann. Das wird im Rahmen der Genossenschaften zur Beschäftigung von mehr Arbeitskräften führen. Ob damit schon Vollbeschäftigung erreicht werden kann, kann allgemein nicht beantwortet werden. Eine saisonale Arbeitslosigkeit ist z. Z. kaum auszuschalten. Je größer der Bevölkerungsdruck, um so wichtiger wird die staatliche Planung und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft.

Die Anbautechnik wird gewechselt werden. Zunächst könnten die althergebrachten Methoden angewandt werden, z. B. im Rahmen der Einzelwirtschaft. Diese Methoden sind allerdings häufig extensiv, tragen nicht ausreichend zur Produktionssteigerung bei, und müssen deshalb langfristig ersetzt werden.

Die Produktion wird durch beide Änderungen spürbar steigen. Die Bauern verfügen über einen hohen Wissensstand in der Produktionsweise. Den philippinischen Hanunoo z.B. sind mehr als 280 Pflanzen-/Getreidearten (food crops) bekannt, von denen sie 87 in unterschiedlicher Auswahl nutzen. Die enge Vertrautheit mit diesen Pflanzen und ihrer Umgebung führt zu besseren Erträgen als von importierten, wenig angepaßten Pflanzen. (vgl. A. Bergeret).

Auf diese Weise wird auch der Raubbau an der Natur verhindert. So verwendet etwa der traditionelle afrikanische Landbau anstelle von chemischen Pflanzenschutzmitteln pflanzenbauliche Maßnahmen, anstelle der völligen Unkrautvernichtung Gründüngung, anstelle von Rein- Mischkulturen. Ob in jedem Land die Produktionssteigerungen allein auf Grund dieser Maßnahmen ausreichen, müßte im Einzelfall untersucht werden. Ist das nicht der Fall, so sollte eine Steigerung durch Technologiewechsel angestrebt werden.

Technologiewechsel steigert die Produktion. Das bedeutet nicht Industrialisierung, sondern heißt Übergang zu einer mittleren Technik –intermediate technology. Die Kombination von lokaler landwirtschaftsnaher Industrie und dem Agrarsektor ist sinnvoll. Dennoch muß hier gewarnt werden. Jeder Eingriff muß genau vor dem Hintergrund der Freisetzung von Arbeitskräften bedacht werden. Hier kann im Einzelfall ein sehr wichtiger Zielkonflikt zwischen Produktionssteigerung durch Technologiewandel und der Vollbeschäftigung liegen. Beispiel: schon so scheinbar geringfügige Veränderungen wie die Einführung von Sicheln können Massenarbeitslosigkeit herbeiführen. Die Sicheln sind dem traditionellen asiatischen ani-ani, einer Art Stockmesser (penknife), überlegen. Das ani-ani hat aber vielen Menschen eine Beschäftigung gegeben, für die es nach dem Technologiewechsel keine Alternative gibt. Andererseits kann dadurch schneller geerntet werden, weniger Reis kann durch Wettereinflüsse verderben, und mehrere Ernten sind durch diesen Zeitgewinn möglich. Dieses Beispiel zeigt die Wechselbeziehungen sehr deutlich.



Ob ein Zwang zum Technologiewandel besteht, ist tatsächlich generell nicht auszumachen. Denkbar ist das aber sehr wohl. Die Überlegung wird auch durch die Knappheit des Bodens plausibel.

Die Ausdehnung von Ackerland ist nicht in allen Fällen möglich, und wenn, sind hohe, z. T. arbeitsintensive Investitionen (Rodung, Terrassierung, Bewässerung etc.) erforderlich. Das alles braucht Zeit,und die Böden sind wahrscheinlich generell schlechter als der Durchschnitt. Sind ferner z. B. die Möglichkeiten, Weide- in Ackerland zu überführen, ausgeschöpft, so kann es unter diesen Bedingungen notwendig werden, höhere Technologien einzusetzen, um schneller und mehr zu produzieren. Für die überwiegende Mehrzahl der Länder liegt der Konflikt in dieser Schärfe heute noch nicht vor.

Trotz aller Einwände liegt im Bereich der intermediate technology ein wichtiger Schlüssel zur weiteren Entwicklung. Diese Technologie ist z. T. wohlbekannt und leicht zugänglich. Wo das nicht der Fall ist, muß sie in verstärktem Maße entwickelt werden.

Solche Wandlungen werden sich viel wahrscheinlicher in sozialistischen Agrarreformen durchführen lassen als in den gängigen, weil hier zum einen die Produktionsverhältnisse günstig sind und zum anderen kein Interesse an einer Mechanisierung um jeden Preis besteht. Hier muß noch einmal gegen die Modernisierung der Landwirtschaft argumentiert werden. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die damit verbundenen nachteiligen Freisetzungseffekte überwiegen.

Voraussetzung für Modernisierung ist unumstößlich die Bereitstellung ausreichender Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft. Das kann aber in vielen Ländern heute noch nicht Nahziel sein.

Der Landwirtschaftssektor muß überwiegend 60–80 % der Arbeitskräfte beschäftigen. Kalkuliert man den zum Teil hohen Bevölkerungsdruck ein, so wird sich der Anteil auf absehbare Zeit eher noch erhöhen. Bei arbeitsintensiver Technologie können diese Arbeiter in landwirtschaftsnahen Bereichen eingesetzt werden: Terrassierung, Bewässerung usw. Wie schon erwähnt, hängt der Erfolg von der Organisationsfähigkeit des Gemeinwesens ab.

4. Gerechte Ertragsverteilung

Die gerechte Ertragsverteilung, das ist zunächst die gleichmäßige. Sie wird erheblich mitbestimmt durch die Vollbeschäftigung und die Produktionsverhältnisse. Während die Vollbeschäftigung durch die Landreform z. T. erreicht wird, hängt die aktuelle Art der Produktionsverhältnisse sehr von den Bedingungen des Landes ab. Solange sich die Landwirtschaft auf Subsistenzniveau befindet, ist die Verteilung identisch mit der Produktion. Der Bauer und seine Familie erhalten das, was sie selbst für ihr Überleben produziert haben. U. U. ist ein lokaler Tauschhandel erforderlich, wenn der Bauer nicht alles selbst produziert.

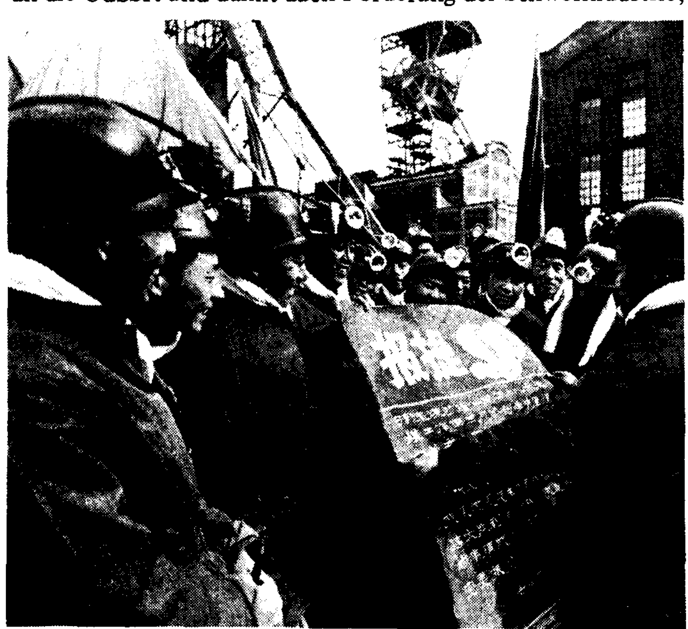
Das ist aber nicht die Regel und auch nicht Ziel der Reform. Überschüsse sollen erwirtschaftet werden. Sie müssen dann vermarktet werden, auch ein zu lösendes Problem. Hier wird wieder der gesamtgesellschaftliche Bezug sehr deutlich, denn es geht um die Möglichkeiten einer marktwirtschaftlichen oder um die planwirtschaftliche Verteilung. Der marktwirtschaftliche Weg scheidet aus. Hier würden sich Händler durch eine gewinnorientierte Preispolitik bereichern können.

Die planwirtschaftliche Methode kann sich des Marktes bedienen. Sie hat den Vorteil, daß dadurch Entscheidungen dezentralisiert werden, z. B. die der Konsumwahl nach den individuellen Präferenzen. Akzeptiert man den „sozialistischen Markt", dann verkaufen auch hier die Produzenten ihre Waren, aber jetzt entweder zu festgesetzten Preisen an staatliche Händler oder an private, deren Verkaufspreise aber dann auch noch festgelegt werden müssen. In diesem Fall läßt sich über eine entsprechende Preispolitik auf die Produzenten ein materieller Anreiz ausüben. Wird darauf verzichtet – was ein entsprechend ausgeprägtes Bewußtsein voraussetzt (s. o.) – so plant die Regierung mengenmäßig und verteilt alle Überschüsse je nach gemeldetem Bedarf. Die Preise spielen hier keine aktive Rolle mehr. (An dieser Stelle kann die sozialistische Planwirtschaft nicht weiter behandelt werden. Vgl. Bettelheim)

Der Gesamtertrag muß nicht nur auf die Bevölkerung, sondern auch noch in einer viel abstrakteren Weise verteilt werden. Will ein Land seine Entwicklung vorwärtstreiben, so darf die Bevölkerung nicht alles Produzierte sofort konsumieren, sondern ein Teil muß gespart werden, damit davon neue Maschinen, z. B. LKWs für den Transport der Produkte in die Stadt, gekauft werden können. Damit ist auch die Verteilung der Produktion auf Binnen- und Weltmarkt betroffen, insoweit die Maschinen im Inland nicht beschafft werden können. Diese Entscheidung geht über den Rahmen der Landwirtschaft hinaus. Aber durch die Agrarreform muß Verständnis bei den Bauern dafür geschaffen werden, damit die Bauern die gesamte Entwicklung des Landes mittragen können. Sie ist also eine sehr große Herausforderung.

III. Das Beispiel China

Zum Schluß soll noch kurz dargestellt werden, wie China mit der Herausforderung an die Landwirtschaft fertiggeworden ist. Wichtig für alle Überlegungen ist dabei die besondere Situation Chinas. Stichwortartig kann sie angedeutet werden mit dem Hinweis auf die Größe des Landes und der Bevölkerung, die hohe Bevölkerungsdichte in den nutzbaren Gebieten, die geringe Industrialisierung 1949, die städtische Kultur und den Stand der Wissenschaft, die relativ kurze Periode der Kolonisierung und Ausplünderung von 1840–1911. Danach setzte ein kontinuierlicher Kampf um die politische Linie ein, auch eine Besonderheit: 1911 wird der Kaiser gestürzt, Sun Yat-sen führt die Kuomintang (KMT) bis 1924 (Abschluß der bürgerlichen Revolution); danach die Auseinandersetzung zwischen KMT (Chiang Kai-schek) und der KPCh (Mao), in der bekanntlich die KPCH siegt und 1949 den Aufbau des Sozialismus einleitete. (vgl. Castner). Die Entwicklung danach verlief in mehreren Stufen. Grob eingeteilt ergibt sich folgendes Bild. Bis 1958 starke Anlehnung an die UdSSR und damit auch Förderung der Schwerindustrie,



Die Bergarbeiter der Kailuan-Gruben in der Hopei-Provinz

mit dem „Großen Sprung" (1958–60) steigt die Bedeutung der Landwirtschaft. Nach folgenden Machtkämpfen kommt Maos Linie 1963 wieder zur Macht, die Landwirtschaft wird zur Basis, die Industrie zum leitenden Faktor. Schließlich 1966-68 die Kulturrevolution und die Zeit danach bis zu Maos Tod 1976 – beides Konsolidierungsphasen. Aussagen zur Entwicklung nach 1976 sind dagegen sehr schwer. Allgemein ist von einem Abweichen von der „reinen" sozialistischen Linie auszugehen.

Aus Platzmangel muß ebenso kurz auf die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft eingegangen werden. Hier zeigt sich eine kontinuierliche Linie bis 1957 zur Einführung der ersten Produktionskommunen, die das höchste Stadium charakterisieren. Zunächst wurden aber Einzel-Bauern zu Zusammenschlüssen zur „gegenseitigen Hilfe" bewegt (1950–55), später wurden niedere Produktionsgenossenschaften gegründet, in denen sich das Einkommen noch nach dem eingebrachten Besitz richtete (1952–56) und dann schließlich die höheren Produktionsgenossenschaften und Produktionskommunen (1957) (vgl. zur Datierung Bergmann 2, S. 196). Die beiden letzten beruhen beide auf Kollektiveigentum, unterscheiden sich aber wesentlich hinsichtlich Größe und Organisationsweise.

Die Kommunen sind autarke Einheiten hinsichtlich der Produktion und der Verwaltung. Durch sie konnte auch der Stadt-Land-Gegensatz abgebaut werden, denn sie bauen selbständig lokale Industrien auf. Deren Produktion richtet sich vorrangig auf den landwirtschaftlichen Bedarf.

Die Autarkie geht aber nicht soweit, daß die Kommunen keine Steuern zu zahlen hätten oder keine Produkte mit der übrigen Wirtschaft austauschten. Diese Transaktionen verbinden sie mit der übrigen Wirtschaft und insoweit werden sie auch in den zentralen Plänen erfaßt.

Auf die Funktionsweise der einzelnen Typen wird hier nicht mehr eingegangen (s. o. und Schweizer, Bergmann, Deleyne). Wichtig ist, den kontinuierlichen Charakter der Umformung hervorzuheben. So enteignete die Rote Armee schon während des 2. Revolutionären Bürgerkrieges (1927–37) Großgrundbesitzer, verteilte die Partei das Land an die Bauern, schaffte die unerschwinglichen Pachtzinsen ab und förderte Genossenschaften und Kooperativen. Wie erwähnt gab es in China keine Liquidation der bäuerlichen Mittelklasse, vielmehr wurde sie integriert. Aber auch in China ist der Bauer konservativ. So ist z. B. zunächst versucht worden, das eigene Land durch Urbarmachung individuell zu vergrößern. Aber durch eine flexible Politik der Partei, durch Aufklärungsarbeit und regional differenziertes Vorgehen konnte die Landwirtschaft relativ schnell kollektiviert werden. Auch ist weniger Zwang angewendet worden als in Rußland,und der Beitrag zur Industrialisierung wurde sehr viel flexibler eingezogen, in dem in schlechten Jahren weniger verlangt wurde. Chinas Politik hat deshalb nicht nur in dieser Hinsicht beispielhaften Charakter.

Das Entlohnungssystem variiert von Kommune zu Kommune. Es gibt einen wesentlichen Grundsatz: „Jedem nach seiner Arbeitsleistung" (vgl. Marchisio). Er gilt auch nach der Kulturrevolution und ist problematisch. In dieser Devise steckt noch ein Stück materiellen Anreizes, das bisher nicht abgebaut werden konnte. Dadurch wird letztlich Ungleichheit zugelassen. Bettelheim erklärt das mit dem Hinweis auf den niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Er betont aber 1) die Beschränkung auf jene Bereiche, in denen eine Stagnation zu befürchten wäre und 2) die Einschränkung durch die Existenz des Sozialfonds (vgl. Bettelheim 2). Castner zählt dazu fünf Garantien auf: „genügend Essen, genügend Kleidung, genügend Brennstoff, ein ehrenvolles Begräbnis und Ausbildung für die Kinder." Materielle Not besteht für niemanden mehr.

Was ist das Fazit des Artikels?

1. Die Sozialistische Agrarreform muß von den Bauern selbst getragen werden; dazu sind sie in der Lage! Dennoch darf die Bewegung in der Landwirtschaft nicht vom gesamtgesellschaftlichen Prozeß isoliert werden.

2. Die Bauern werden langfristig Genossenschaften bilden; sie können die Produktion erheblich steigern.
3. Im Sozialismus hat die Landwirtschaft eine besondere Funktion. Sie muß entscheidend zur Industrialisierung beitragen. Dazu sind die Produktionssteigerungen erforderlich. Dennoch ist das Ziel der Produktionssteigerung dem Ziel der gesellschaftlichen Mitbestimmung und Gleichheit so weit möglich unterzuordnen.
4. Diese sozialistische Agrarreform ist praktisch in China weitgehend verwirklicht worden. China wird somit in wichtigen Aspekten zum Modellfall für die Dritte Welt.

●

Literatur

ALAVI, H.: Theorie der Bauernrevolution, Offenbach 1972
BERGERET, A.; THERY, D.: Weeds into crops, in epd Entwicklungspolitik, Dokumentation 2/77: Weltagrarprobleme
BERGMANN, Th.: Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktionsgenossenschaften in Entwicklungsländern; Frankfurt 1967
DERS. (BERGMANN 2): Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder; Offenbach 1973
BETTELHEIM, Ch.: Theorie und Praxis sozialistischer Planung; München 1971
DERS. Ein spezifischer Stil des sozialistischen Aufbaus, in Der Aufbau des Sozialismus in China; Hg. Bettelheim u. a. München 1969
CASTNER, H. u. Th.: Die Volksrepublik China – ein sozialistisches Modell Düsseldorf 1974
DELEYNE, J.: Die chinesische Wirtschaftsrevolution Reinbek, 1972
FEDER, E.: Neue Aktionsfelder von MNK, in: epd aaO.
HOLENSTEIN, A.-M.; POWER, J.: Hunger – Welternährung zwischen Hoffnung und Skandal, Frankfurt 1976
HUIZER, G.: Peasant Rebellion in Latin America, 1973
ISRAEL, J.: Landwirtschaft und Energieverbrauch, in: Technologie und Politik 3, Welthungerkatastrophe und Agrarpolitik; Reinbek 1975
MARCHISIO, H.: Die Entlohnungssysteme in den Volkskommunen, in: Aufbau des Sozialismus in China, Hg. Bettelheim, Ch.: aaO.
RAHMANZADEH, A.: Zur politischen Ökonomie der Entwicklungsländer, Lampertheim 1974
SCHWEIZER, H.: Sozialistische Agrartheorie und Landwirtschaft in China und der Sowjetunion – ein Modell für Entwicklungsländer?, Bern 1972
SIGRIST, C./ AMANO, T.: Strukturdifferenzen der Agrarrevolution in Rußland und China, in: Hennicke, P. (Hrsg.): Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973

Bericht über die Landreform in einem chinesischen Dorf

Der folgende Bericht über die sozialistische Landreform in einem chinesischen Dorf stammt aus dem Jahr 1962. Obwohl er also veraltet ist und nichts mehr über die gegenwärtige Landwirtschaft in der Volksrepublik China aussagt, halten wir ihn für eine aufschlußreiche Darstellung der praktischen Maßnahmen und Schwierigkeiten, die mit einer sozialistischen Landreform verbunden sind. Insofern stellt er eine notwendige Ergänzung des vorangehenden, theoretisch gehaltenen Artikels dar. Ob die Hindernisse und Schwierigkeiten bei einer sozialistischen Landreform sich tatsächlich immer so reibungslos überwinden lassen, wie es hier geschildert wird, bezweifeln wir allerdings.

Red.

LANDREFORM IM SOZIALISTISCHEN CHINA

Ching Chung-Ying, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Gemüseanbau, 54 Jahre, berichtet.

Ich bin von Hengshan. Dort hat meine Familie immer gewohnt, aber schon seit mehreren Generationen hatten wir nicht mehr genügend Land gehabt, um uns zu ernähren. Wir besaßen 10 mu[1] und Vater arbeitete als Tagelöhner für verschiedene Grundbesitzer. Unser Land war nicht gut, es lag hoch oben auf dem Hang. Wir waren fünf Brüder. Unser Leben war schwer, und als ich zwölf Jahre alt war, mußte ich hinaus und Geld verdienen.

Es war im Januar 1920, als ich bei einem Grundbesitzer zu arbeiten anfing, der Wang Kou-ho hieß. Der Grundbesitzer weckte mich, wenn der Hahn krähte. Ich mußte Wasser und Scheiße schleppen. Ich mußte reinweg alles machen. An einem Sommertag, als die Melonen reif wurden, fiel mir eine Melone herunter und platzte. Es war ein reines Mißgeschick, aber Wang Kou-ho wurde rasend und nahm seine Hacke und schlug mich damit auf den Kopf. Die Narbe kann man immer noch sehen. Ich verlor das Bewußtsein, und es war später Nachmittag, als ich erwachte. Da war ich völlig durchgeblutet, und der Grundbesitzer hatte mich einfach liegen gelassen, wo ich hingefallen war. (Weint.) Niemand weiß, wie die armen Leute zu leiden hatten. Ich war zwölf Jahre alt und hatte keine Hosen, und der Grundbesitzer schlug mich ohne jeden Grund. Das tat er oft. An allem war ich schuld. Oft bekam ich fünf- oder sechsmal am Tag Prügel. Es war ein reicher Grundbesitzer. Er besaß 600 mu, teils im Tal und teils auf den Bergen.

Eines Tages nahm Wang Kou-ho mich mit, als er zu den Schafen hinauswollte. Es war im Sommer, und es war warm. Wir waren schon acht li vom Dorf entfernt. Etwa um die Mittagszeit wurde ich nach Hause zurückgeschickt, um Essen für Wang Kou-ho zu holen. Aber vorher zog er mir die Stoffschuhe aus, pißte hinein und sagte: „Bevor meine Pisse getrocknet ist, mußt du mit meinem Essen zurück sein." Es war heißer Sommer, und ich sollte barfuß über den Sand laufen. Er tat das, damit ich schneller laufen sollte und unterwegs nicht anhalten und mich ausruhen konnte.
Ich rannte so schnell wie ich konnte, aber als ich zurückkam, war die Pisse des Grundbesitzers schon eingetrocknet, denn die Sonne brannte, und Wang Kou-ho schlug mich, nachdem er gegessen hatte. (Weint.) Ich war erst zwölf Jahre alt.

Als ich zwanzig Jahre alt war, kam die große Hungersnot. Das war im Jahr 1928. Einer meiner Brüder starb. Da gingen ich und der Vater und die drei anderen Brüder nach Shansi. Dort war es besser. Wir verkauften meine zwei jüngeren Brüder. Wir mußten es tun, um am Leben zu bleiben. Wir bekamen 28 Silberdollar für den einen und 20 Silberdollar für den anderen. Was aus ihnen geworden ist,



weiß ich nicht. Ich habe seitdem nie wieder etwas von ihnen gehört. Nun waren nur noch Vater und ich und mein jüngerer Bruder Ching Chung-wan übrig. Ich wurde krank. Aber ich blieb am Leben, und nach zwei Jahren kehrten wir wieder nach Hengshan zurück.

Dort arbeitete ich als Tagelöhner. So nach und nach hörten wir etwas über die Rote Armee. Die sollte ziemlich gut sein. Sie nahm den Reichen ihr Land, Vieh und Getreide und verteilte es unter die Armen. Aber einem richtigen Kommunisten bin ich erst viel später begegnet. Doch weiß ich noch, wie Vater und ich eines Nachts miteinander sprachen, als ich sechsundzwanzig Jahre alt war. Das war 1934 und in Nordshensi war Revolution. „Warum soll man das ganze Leben lang der Knecht anderer Leute sein?" sagten wir. Aber die Rote Armee kam nicht.

Erst im Jahre 1938 traf ich einen Kommunisten. Er hieß Wu Shentsai. Er war in mittlerem Alter, ungefähr dreißig Jahre alt. Er war von Yenan[2] gekommen und sollte Propaganda machen. Ich traf ihn in Hengshan, und er sagte: „Du plagst dich das ganze Jahr für den Grundbesitzer, aber dein Leben ist jämmerlich. Du sammelst Reichtümer für andere, aber selber hungerst du." Dann erzählte er mir von Yenan. Das war im Februar 1938. Ich sprach daraufhin mit meinem Vater, und wir beschlossen, daß ich nach Yenan hinunterfahren sollte, um zu sehen, ob es stimmte, was die Leute sagten, daß man dort Land bekäme und daß die Regierung gut sei. Eines Nachts machte ich mich auf den Weg nach Yenan.

Dann sah ich selber, daß man hier gut leben konnte. Was die Leute sagten, war wahr.

Im März ging ich wieder nach Hengshan zurück. Vater war krank. Ich wollte meinen Vater und die Familie holen. Aber als ich ankam, war Vater schon tot. Ich traf um die Mittagszeit ein,und Vater war am Morgen gestorben. Nach der Beerdigung gingen wir alle nach Yenan hinunter, meine Mutter und ich und mein jüngerer Bruder Ching Chung-wan. Unser einziger Besitz war ein eiserner Kochtopf. Den nahmen wir mit.

Ich erhielt in Liu Ling Land zugeteilt, und seitdem ich hierhergekommen bin, habe ich nie mehr als Knecht für andere gearbeitet. Ich arbeitete schwer. Aber ich brauchte mich nicht mehr so abzuplagen, wie ich es als Knecht getan hatte. Mit jedem Jahr wurde das Leben besser. Zu Anfang des Jahres 1947 hatten wir 6 Rinder, 3 große Schweine, 2 Esel und 21000 chin Getreide. Dann kam Hu Tsungnan[3]. Seine Truppen plünderten. Sie stahlen alles, was wir besaßen. Alles schlugen sie kaputt. Sie nahmen die Saat von den Äckern und fütterten damit ihre Pferde. Alles wurde zerstört.Im Jahr 1947 hungerten wir wieder. Nach dreizehn Monaten Besatzung verließ Hu Tsung-nan uns im März 1948. Da hatten wir nichts mehr zu essen und keinerlei Saatgut. In Lochuan gab es Saatgut. Das bekamen wir von der Regierung. In jenem Frühjahr pendelte ich zwischen Lochuan und Liu Ling, um Saatgut zu holen. Ich ging Hunderte von li[4] und trug jedesmal zwei Säcke. In den Nächten schlief ich auf den Säcken am Wegrand. Dann begannen wir, Liu Ling wieder aufzubauen.

Zuerst organisierten wir eine Arbeitstauschgemeinschaft. Auf der anderen Seite des Tales waren der Alt-Sekretär und einige andere gerade dabei, ihre landwirtschaftliche Genossenschaft aufzubauen. Wir sahen ihnen zu. Die Zusammenarbeit dort drüben erwies sich als vorteilhaft. Mehr Leute bedeuteten größere Stärke und erhöhte Arbeitskraft. Sie konnten besser pflügen als wir und ordentlicher düngen. Ihre Ernten waren recht ansehnlich. So begannen wir bald zu diskutieren, ob wir nicht eine eigene Arbeitsgemeinschaft für Gegenseitige Hilfe bilden könnten. Das war im Februar 1952.

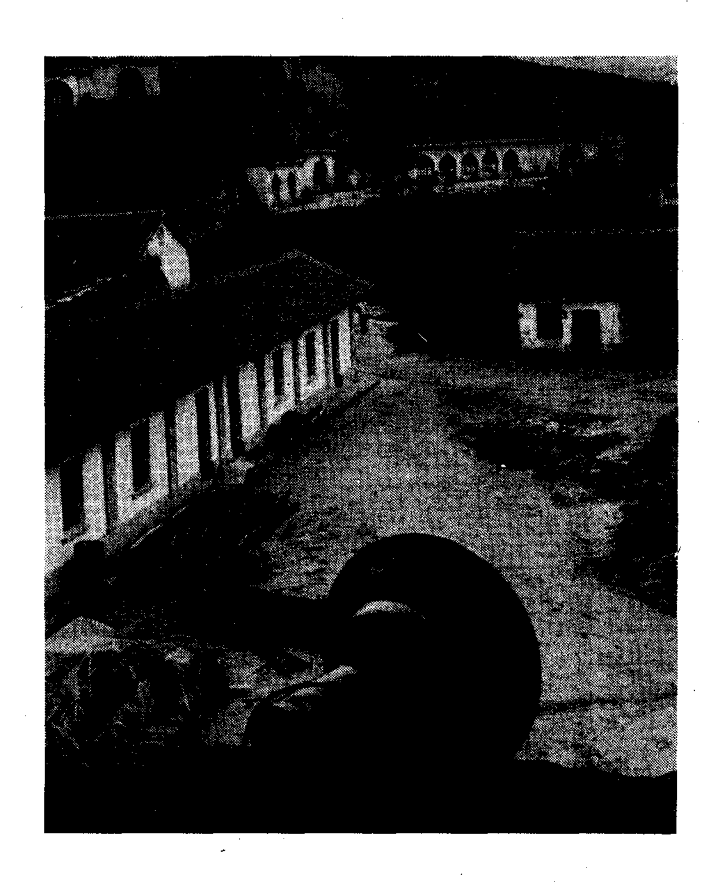
Einige von uns waren dafür. Andere waren dagegen. Zum Beispiel Fu Hai-tsao. Seine Familie verfügte über mehr Arbeitskräfte. Er und sein Vater arbeiteten miteinander. Sie hatten auch guten Boden im Tal. Darum sagten sie: „Wir zwei können mit unseren Äckern selber fertigwerden. Wir glauben nicht, daß andere unseren Boden richtig behandeln." Da ging ich zu ihm hinüber und sprach mit ihm: „Wenn die auf der anderen Seite des Tales ordentliche Arbeit leisten können, warum sollten wir dann nicht auch dazu imstande sein?" fragte ich. Drei Wochen später kam Fu Haitsao zu mir und sagte, daß er sich die Sache überlegt hätte und nun einverstanden sei.

Die ganze Diskussion hatte vier abendliche Sitzungen erfordert. Dann begannen wir also zu arbeiten. Wir standen morgens früh auf und arbeiteten angestrengt. Doch im Herbst 1953 hatte die landwirtschaftliche Genossenschaft des Alt-Sekretärs, „Li Yü-huas Landwirtschaftsgenossenschaft", größeren Wohlstand erreicht. Während dieser Jahre hatte sich die Zahl ihrer Rinder auf 7 Stück erhöht, und sie besaßen 120 Ziegen. Obwohl auch wir schwer gearbeitet und die Zahl unserer Rinder und Esel vermehrt hatten, war es den anderen besser ergangen. Wir sprachen davon, daß wir uns ihrer Landwirtschaftsgenossenschaft anschließen wollten.

Aber viele waren dagegen. Sie sagten: „Die da drüben haben keinen Talboden, den haben wir aber. Wenn die aus ihrer schlechten Erde etwas herausholen, dann können wir auf unserem guten Boden ohne sie zu noch besseren Erfolgen kommen." Wir hielten viele Versammlungen ab. Abend für Abend setzten wir uns zusammen. Es gab harte Diskussionen. „Wir haben guten Boden", sagten die Gegner. „Wir werden bei diesem Handel verlieren." Das war ihr einziger Grund und ihr einziges Argument.

Bei der ersten Sitzung waren vier für den Vorschlag und vier dagegen gewesen. Aber im Januar 1954 hatten wir die letzte Versammlung. Ich sagte etwa folgendes: „Wir sind ja ziemlich viele. Wir haben doch Stimmrecht. Es ist keineswegs sicher, daß wir etwas verlieren, wenn wir uns anschließen. Wir werden ja die Majorität in dieser Landwirtschaftsgenossenschaft haben, so daß keiner Angst zu haben braucht. Es wird gut gehen, wenn wir nur zusammenhalten." Da antwortete Fu Hai-tsao: „Gut. In dem Fall können wir eintreten. Wenn es so ist, wie du sagst, stimme ich für den Anschluß. Aber dann müssen wir zusammenhalten."Damit war die Mehrheit dafür, daß wir in Li Yü-huas Landwirtschaftsgenossenschaft eintreten sollten. Als die anderen das merkten, gaben sie auf. Sie sagten: „Gut. Dann machen wir auch mit, damit wir zusammenhalten können." Bald darauf schlossen wir uns an. Auf diese Weise ging die ganze Arbeitsgemeinschaft Liu Ling für Gegenseitige Hilfe in Li Yü-huas Landwirtschaftsgenossenschaft auf.

Im Januar 1954 hatten wir lange Versammlungen, in denen die Satzungen für die Landwirtschaftsgenossenschaft ausgearbeitet wurden. Es waren acht Sitzungen, hintereinander. Wir änderten den Namen „Li Yü-huas Landwirtschaftsgenossenschaft" in „Landwirtschaftsgenossenschaft Liu Ling" und wählten einen Vorsitzenden und verschiedene Arbeitsleiter. Wir änderten den Namen der Genossenschaft, weil die Leute sich auf den Versammlungen hinstellten und sagten: „Wir gehören nicht zu Li Yühua. Wenn wir zu etwas gehören, dann ist es das Dorf Liu Ling." Li Yü-hua wurde zum Vorsitzenden gewählt. Ein Jahr später, nämlich 1955, umfaßten wir 32 Haushalte.



Jedesmal, wenn wir etwas kaufen wollten, hielten wir eine Versammlung ab. Wir beschlossen gemeinsam, was wir kaufen wollten und wer es tun sollte. Sie sagten, daß ich mich am besten dazu eignen würde, Pferde und Maulesel auszuwählen, so daß ich den Auftrag erhielt, ein Pferd und ein Maultier zu besorgen. Die wollten wir für unsere Karren haben. Wir hatten ja einen zweirädrigen Karren mit Autorädern für Pferdebetrieb gekauft. Es war ein erfolgreiches Jahr gewesen. Ich fuhr in die Stadt und kaufte ein Maultier für 115 Y[5] und ein Pferd, das 43 Y kostete. Die Leute waren zufrieden mit dem Kauf. Besonders damit, daß ich das Pferd so billig bekommen hatte.

Nun sahen die anderen, daß es gut mit uns voranging. Sie sahen alles, was wir uns anschafften, und sagten: „Ihr habt es gut. Bei uns ist es so wie früher." Dann antworteten wir ihnen, daß sie ja bei uns mitmachen könnten, aber die meisten wollten das nicht. Sie hatten ja guten Boden unten im Tal, sie besaßen auch gute Esel und hatten keine Lust, sich uns anzuschließen. Für sie war die gute Erde,die sie hatten,die Hauptsache.

Uns ging die Arbeit immer besser von der Hand. Zwar achteten die Leute anfangs meist auf ihre eigenen Äcker und waren der Ansicht, daß ihre Interessen von den anderen vernachlässigt würden, aber die Reibereien waren nicht sehr groß und hörten allmählich auf. Ich selbst hatte ja eigentlich an das Ganze nicht so recht glauben wollen, obwohl ich selber für den Plan gewesen war und mich dafür eingesetzt hatte. Aber nun sah ich, daß es ging.
Als die anderen sechzehn Familien sich anschlossen, gab es noch mehr Arbeit.

Ich hatte mit ihnen gesprochen, daß sie mitmachen sollten. Ich hatte zu Li Yü-teh gesagt: „Wenn du auch einen guten Ochsen und tadellosen Boden hast, gibt es dennoch keine Sicherheit für dich, solange du Individualist bist und alleinstehst. Hast du vergessen, wie es Kao Yü-hua unten in Siebenmeilendorf ergangen ist? Sein Ochse starb, und die ganze Familie weinte mehrere Tage lang, denn nun hatten sie alles verloren. Wenn er Mitglied der Landwirtschaftsgenossenschaft gewesen wäre, hätte ihn das gerettet." Da antwortete Li Yü-teh: „Das ist wahr. Darin hast du recht. Es kann manchmal besser sein, wenn man nicht allein ist. Es ist jedenfalls sicherer." Acht Tage später kam Li Yü-teh und sagte: „Nun habe ich nachgedacht. Jetzt bitte ich um Aufnahme." Er war der letzte. Damit waren 32 Haushalte in der Landwirtschaftsgenossenschaft Liu Ling zusammengeschlossen.

Aber immer noch gab es einige, die unzufrieden waren. Tung Yan-chen war lange Zeit um sein Grundstück im Tal besorgt. Er wollte es nicht hergeben und mußte die ganze Zeit daran denken. Aber zum Schluß sprachen die anderen mit ihm und sagten: „Sei doch nicht so ängstlich". Da beruhigte er sich. In der Genossenschaft hatten wir eine Arbeitsgemeinschaft, die in zwei Arbeitsgruppen aufgeteilt war. Jede Gruppe bestellte das ihr zugewiesene Gebiet, aber die beiden Gruppen halfen einander.

Im Februar 1956 bildeten wir die Höhere Landwirtschaftsgenossenschaft „Rot leuchtet der Osten". Ihr verleibten wir auch Wangchiakou und das Dorf Hutoma ein. Vorher hatten wir vierzehn Tage lang Propaganda gemacht. Nun sollte das sozialistische Prinzip „Jedem, wie er's verdient" voll und ganz zur Geltung kommen. Darin waren sich die Leute einig. Dieser Grundsatz war richtig. In Wangchiakou war man auch dieser Meinung, aber im Dorf Hutoma war es schwerer. Dort sagte man, daß Hutoma hierbei verlieren würde. Es wäre ein Zusammenschluß, der auf ihre Kosten gehe, meinten sie. Liu Ling hätte mehr Leute und größere Macht und das Dorf Hutoma würde nur beiseite gedrängt werden. Es war Mu Ju-tsai, der nunmehr Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft des Dorfes Hutoma ist, der sich am meisten gegen diesen Zusammenschluß wehrte. Es wäre nicht gegen das sozialistische Prinzip, sagte er, das wolle auch das Dorf Hutoma anerkennen. Aber er hob auf mehreren Versammlungen hervor, daß Hutoma nicht mit Liu Ling gemeinsame Sache machen wollte.

Tung Yang-chen seinerseits wollte nicht gern sein Land hergeben. Denn nun taten wir endgültig alles Land zusammen und wollten mit der Gewinnausteilung je nach Grundbesitz aufhören, sondern nur noch die tatsächlich geleistete Arbeit anerkennen. Tung Yang-chen sagte: „Ich habe so guten Boden im Tal. Warum sollte ich ihn verlieren müssen? Wenn ich auch einer von denen wäre, die nur schlechten Bergboden haben, wäre ich auch voll und ganz für dieses Prinzip, aber ich habe doch nun einmal guten Boden im Tal." So allmählich wurden jedoch alle überzeugt, und wir bildeten die Höhere Landwirtschaftsgenossenschaft „Rot leuchtet der Osten".

Die Einkünfte aus der Arbeitsgemeinschaft für Gemüseanbau waren hoch. Im Jahre 1956 betrugen sie ungefähr 8000 Y, dann stiegen sie jedes Jahr ungefähr um 1000 Y.

Im Jahr 1958 wurden wir zur Volkskommune, aber irgendwelche nennenswerte Diskussionen darüber gab es nicht, und ich kann mich auch an keine besonderen Vorkommnisse oder Veränderungen erinnern. Die Arbeitsgemeinschaft für Gemüseanbau hat seit 1956 immer auf die gleiche Weise gearbeitet. Wir beschließen auf unseren Mitgliederversammlungen, wieviel und was wir anbauen wollen, wir beraten unsere Pläne mit der Leitung der Arbeitsbrigade, und dann fassen wir unsere Beschlüsse auf den Mitgliederversammlungen. So ist es in jedem Jahr gewesen. Es hat niemals irgendwelche Veränderungen gegeben, weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin, nachdem die Volkskommune eingeführt wurde.
Alle bindenden Beschlüsse müssen auf unseren Mitgliederversammlungen gefaßt werden. 1956 wie 1958 und 1958 wie 1962. Manchmal halten wir jeden siebenten Tag eine Mitgliederversammlung ab, manchmal auch erst nach vierzehn Tagen, das hängt von der Jahreszeit und von der Arbeit ab. Gerade jetzt während der Ernte ist eine kleine Unterbrechung von mehreren Wochen eingetreten, aber wir werden in einigen Tagen direkt im Anschluß an die Versammlung des Brigadevorstandes eine Sitzung abhalten.

Nun ist die Gemüsezeit fast vorbei, und wir sind jetzt mit den Zwiebeln beschäftigt. Jeden Tag fahren zwei Mitglieder nach Yenan hinein, um dort Gemüse zu verkaufen. Das ist ja eine leichte und angenehme Arbeit, und deswegen darf jeder einmal fahren. Wir verkaufen an die Gemüsegesellschaft, und was übrigbleibt, verkaufen wir auf dem Markt. So ist es seit 1956 immer gewesen. Die Gemüsegesellschaft bezahlt 20 % weniger als den Marktpreis. Aber wir müssen erst dorthin gehen, bevor wir auf dem Markt verkaufen dürfen. Den besten Preis erzielen wir vormittags, am Nachmittag sinkt der Marktpreis unaufhörlich. Es gibt keine festen Preise. Einen Marktpreis für Gemüse hat es die ganze Zeit seit 1956 gegeben. Die Gemüsegesellschaft bezahlt ihre Einkäufe in bar. Wenn wir aber viel zu erledigen haben, können wir das Geld, falls wir wollen, auch später abholen.

1961 verdiente die Arbeitsgemeinschaft für Gemüseanbau ungefähr 14000 Y. Aber diese Gelder werden nicht direkt unter den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft aufgeteilt. Wir sind ja ein Teil der Arbeitsbrigade Liu Ling, und zwar die Gruppe, die das meiste Bargeld einbringt. Deshalb werden diese Gelder auf die gleiche Weise an die

Arbeitsbrigade Liu Ling abgeführt wie die Einkünfte der anderen Arbeitsgemeinschaften. Dann wird das gesamte Einkommen der Arbeitsbrigade nach den geleisteten Tagewerken auf die Mitglieder verteilt. Wir pflanzen übrigens in der Arbeitsgemeinschaft für Gemüseanbau auch Getreide an.

Dreimal am Tage holen wir eine Fuhre Menschenkot aus der Stadt. Dieser Düngung haben wir es zu verdanken, daß wir so viel Gemüse erzeugen können. Wir kippen den Kot in die große Dunggrube auf der anderen Seite des Weges, und von dort holen wir uns dann den Dung für unser Gemüse. Jede Ladung, die wir aus der Stadt bringen, wiegt ungefähr 1000 chin.[6] Das sind 3000 chin am Tage. Wir haben ein Abkommen mit dem Gesundheitsamt der Stadtverwaltung in Yenan getroffen, daß wir 21 Latrinen am Tage entleeren dürfen. Wir nehmen sieben Latrinen pro Fuhre. Das Gesundheitsamt hat alle Latrinen von ganz Yenan auf diese Weise aufgeteilt, und verschiedene Arbeitsgemeinschaften besorgen die Entleerung.

Der Kot der Bewohner von Liu Ling geht zusammen mit dem Dung der privat gehaltenen Schweine zu den privaten Parzellen. Wenn aber eine Familie etwas übrig hat, zahlt die Arbeitsgemeinschaft für Gemüseanbau 0,30 Y in bar für zwei Kübel von zusammen 100 chin.

Im vergangenen Jahr haben wir hier im Dorf elektrischen Strom bekommen. Wir haben 220 Volt Wechselstrom und bezahlen dafür 0,25-0,26 Y pro kWh. Unsere Installationskosten betrugen dafür ungefähr 10 000 Y. Davon haben wir uns einen Teil ausgeliehen. Nicht lange darauf kam die Frage wegen einer Pumpe auf. Wir mußten das Gemüse ja tüchtig bewässern. Den Brunnen für das Gemüseland hatten wir 1957 gegraben. Er hat das beste Wasser der ganzen Gegend, bedeutend besseres Wasser als hier im Dorf. Besonders während der Trockenperiode braucht das Gemüse viel Wasser. Aber um das Wasser hochzupumpen, hatten wir jeden Tag zwei Esel und einen Mann einsetzen müssen. Ein Tier am Morgen und eines am Abend zusammen kostete uns das 10 Y täglich. Weil es so teuer war, sprachen wir darüber, ob wir uns nicht eine elektrische Pumpe anschaffen sollten. Im Februar 1961 beschloß dann die Arbeitsbrigade, daß wir eine elektrische Pumpe bekommen sollten. Die Pumpe macht sich bezahlt. Die Stromkosten für die Pumpe vom 1.1.1962 bis zum 30.7. 1962 betrugen 34 Y. Für den Herbst haben wir noch keine neue Rechnung bekommen.

Uns geht es recht gut. Wir sind zwei Arbeiter in der Familie. Ich und mein Stiefsohn Liu Ching-tsei arbeiten. Ich bin nicht Parteimitglied. Ich bin nie politisch interessiert gewesen. Früher wurden wir unterdrückt, die Armen hatten kein Recht. Wir besaßen nichts. Als ich hierherkam, hatte ich nur einen Kochtopf, jetzt brauchte ich mehrere Ochsenkarren, um meine ganze Habe abzutransportieren. Ich besitze ein Fahrrad und einen Zugkarren mit Gummirädern. Heutzutage kann man recht gut leben, wenn man tüchtig arbeitet.

Aus: Myrdal, Jan: Bericht aus einem chinesischen Dorf
München: dtv 1969, S. 115-125. Leicht gekürzt.

1) 1 mu = 0,0666 ha
2) Stützpunktgebiet und Hauptquartier der chinesischen Kommunisten von 1936 - 1946
3) Hu Tsung-nan war ein General der Kuomintang-Truppen, die von den Großgrundbesitzern unterstützt wurden und gegen die die Kommunisten bis 1949 kämpften.
4) 1 Li = 500 m
5) 1 Y(üan) = ca. 1,70 DM
6) 1 chin = 500 g



Dieser Comic-Strip und einige weitere sind zusammen mit erläuternden Texten beim iz3w, 78 Freiburg, Postfach 5328 zu bestellen.

SELF-RELIANCE

WORIN WIR SEHEN WERDEN, WELCHE VERÄNDERUNGEN NÖTIG SIND, UM SELF-RELIANCE ZU VERWIRKLICHEN.

DIE MENSCHEN SOLLTEN SICH SELBST ERNÄHREN. SO SOLLTEN DIE DINGE LAUFEN. DAS IST LEICHT GESAGT, ABER WIE SOLLTE ES GEMACHT WERDEN?

DAS IST SCHWIERIG. ABER ES IST MÖGLICH. LÄNDER, IN DENEN 40% DER MENSCHEN DER ARMEN WELT LEBEN, SIND AUF DEM WEG, ES ZU SCHAFFEN.

WO ES FUNKTIONIERT, SIND DABEI ZUMINDEST DIE SIEBEN AKTIVITÄTEN IM SPIEL, DIE HIER AUFGEZÄHLT SIND.

1 KONTROLLE DES LANDES

NUR EINE POLITIK DER LANDUMVERTEILUNG, DIE DIE ARMEN MITEINBEZIEHT, KANN EINE NEUE ART DER LÄNDLICHEN GEMEINSCHAFT SCHAFFEN – DIE KEINE ANGST MEHR HAT VOR GELDVERLEIHERN ODER GRUNDBESITZERN UND DIE WILLENS IST, DIE HERAUSFORDERUNG DER SELBSTÄNDIGKEIT ANZUNEHMEN.



2 FREIE KOOPERATION



ABER ENTWICKLUNG KANN NICHT VON OBEN VERORDNET WERDEN. DIE ENTSCHEIDUNGEN ÜBER EINE LANDREFORM SOLLTEN VON DEN MENSCHEN MITGESTALTET WERDEN UND AUCH DIE MENSCHEN VERÄNDERN.

3 HANDEL AUFGRUND EIGENER STÄRKE



NUR WENN GENÜGEND NAHRUNGSMITTEL ANGEBAUT WERDEN, KANN DER HANDEL EINE NÜTZLICHE ROLLE SPIELEN. UND SELBST DANN SOLLTE DER HANDELSPARTNER ÜBER EINE UNGEFÄHR GLEICHE STÄRKE VERFÜGEN, DAMIT ER DEN AUSTAUSCH NICHT BEHERRSCHEN KANN.

ALSO:

* SELF-RELIANCE WÜRDE EINE VOLLSTÄNDIG NEUE STRUKTUR ERFORDERN.
* EINE, VON DER DIE MEISTEN ARMEN LÄNDER SEHR WEIT WEG SIND.
* ABER EINE, DIE FUNKTIONIERT, WIE EINIGE LÄNDER GEZEIGT HABEN.

4 LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION FÜR DIE ERNÄHRUNG



FELDFRÜCHTE, DIE KEINE NAHRUNGSMITTEL SIND, KÖNNEN ANGEBAUT WERDEN, WENN SICHERGESTELLT IST, DASS DIE GRUNDBEDÜRFNISSE NACH NAHRUNGSMITTELN BEFRIEDIGT SIND. VIEH SOLLTE MIT ABFÄLLEN GEFÜTTERT WERDEN UND NICHT MIT MENSCHEN UM NAHRUNGSMITTEL KONKURRIEREN.

5 FÖRDERUNG DER LANDWIRTSCHAFT




DIE LANDWIRTSCHAFT TRÄGT GEWÖHNLICH MEHR ZUM VOLKSEINKOMMEN BEI ALS SIE ANTEILSMÄSSIG AN INVESTITIONEN ERHÄLT. DIE LANDWIRTSCHAFT SOLLTE VON DER INDUSTRIE UNTERSTÜTZT WERDEN, NICHT UMGEKEHRT.

6 INDUSTRIE NÜTZLICH MACHEN

EIN NETZ VON KLEINFABRIKEN SOLLTE DORT ERRICHTET WERDEN, WO DIE DRINGENDEN BEDÜRFNISSE NACH DEN ZU PRODUZIERENDEN GÜTERN ENTSTEHEN – IN LÄNDLICHEN GEBIETEN.



7 GESELLSCHAFTLICHE PLANUNG



SELF-RELIANCE IN DER NAHRUNGSMITTELVERSORGUNG BEGINNT MIT DER BEFRIEDIGUNG LOKALER BEDÜRFNISSE UND MACHT DARAUS DIE LANDWIRTSCHAFTLICHEN PLÄNE – UND DIE ARMEN SOLLTEN MITHELPEN, DIESE PLÄNE ZU MACHEN, NICHT NUR IHNEN GEHORCHEN.

BMZ
„Geld für die goldenen Betten Afrikas" – Zur Anzeigenserie des BMZ

GELD FÜR DIE GOLDENEN BETTEN AFRIKAS
Zu einer Anzeigenserie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1)

Die Reaktionen auf die spektakuläre Anzeigenserie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) umfassen wohlwollende Zustimmung wie pauschale Ablehnung („Schluß mit der imperialistischen Anzeigenserie des BMZ"; 'Internationale Solidarität', Heft 12; „... eine Geschmacklosigkeit!", J. Todenhöfer in der Bad. Zeitung vom 7.10.77).
Wir halten es für notwendig, die Anzeigenserie im nachhinein genauer zu analysieren, bietet diese Anzeigenkampagne doch die Möglichkeit,

- Formen entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit eingehend zu diskutieren,
- das Selbstverständnis des BMZ, welches sich in den Anzeigen widerspiegelt, genauer unter die Lupe zu nehmen,
- den Charakter der „Entwicklungs-Hilfe", welche die Bundesregierung leistet, herauszuarbeiten.

Der Verfasser ist der Meinung, daß der inhaltlichen Analyse eine Untersuchung des Formalgerüstes der Anzeigen vorausgehen muß, dient dieses „Gerüst" doch als Träger der sich darüber befindlichen Ideologien.

> „Die Abbildung ist gewiß gebieterischer als die Schrift, sie zwingt uns ihre Bedeutung mit einem Schlag auf, ohne sie zu analysieren, ohne sie zu zerstreuen."
> Roland Barthes (2)

Zwischen September und Anfang November 1977 führte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) eine Anzeigenkampagne in den Zeitschriften STERN, SPIEGEL und BUNTE ILLUSTRIERTE durch. Neben Zigarettenreklamen und Anzeigen internationaler Fluggesellschaften fand der Leser (so. z.B. im SPIEGEL 24.10.77) ein großformatiges, doppelseitiges Foto, eine sich darüber befindende Überschrift (in Frageform abgefaßt) und einen kleinen ,erläuternden Text. Nur das Wort 'ANZEIGE' und das Signet der Bundesregierung unterschied, oberflächlich gesehen, diese Anzeige von den übrigen Dokumentarberichten der Zeitschriften.

Die 15 Anzeigen der Serie, alle nach dem eben geschilderten Schema aufgebaut, weisen im einzelnen folgende Bild-Text-Kombinationen auf:

I. Foto: Wohlbeleibtes Negerpaar im Fond eines luxuriösen PKWs
Korrespondierende 'Headline' dazu:
„Geben wir denen Entwicklungshilfe, damit sie sich Goldene Betten und dicke Edelsteine davon kaufen?"

II. Foto: Asiatisches Staatsoberhaupt, eine Militärparade abnehmend. Text: **„Warum holen die sich ihre Entwicklungshilfe nicht auch in Moskau?"**

III. Foto: Afrikanische Frauen, sich mit einfachsten Material eine Behausung bauend:
Text: **„Wozu brauchen die ein Dach über dem Kopf, wo doch das ganze Jahr die Sonne scheint"?**

IV. Foto: Riesige Menschenmenge (in Indien).
Frage dazu: **Was hilft das, wenn wir jedem von ihnen 1 Mark in die Hand drücken?"**

V. Foto: Polospielende Farbige.
Text: **„Sind das die armen Neger, die ohne unsere Entwicklungshilfe verhungern?"**

VI. Foto: Kämpfende Schwarze – inmitten von Leichen.
Text: **„Sollen wir denen vielleicht Geld dafür geben, daß sie sich gegenseitig umbringen?"**

VII. Foto: Ostafrikaner – ein augetrocknetes Feld pflügend
Text: **„Wozu sollen wir denen Entwicklungshilfe geben, wo doch da sowieso nichts wächst?"**

VII. Foto: Neun schwangere Frauen inmitten von spielenden Kindern
Text: **„Sollen wir vielleicht Entwicklungshilfe dafür zahlen, daß sie noch mehr Kinder kriegen?"**

IX. Foto: Fahnenschwingende, aufgebrachte Jugendliche
Text: **Zahlen wir denen Entwicklungshilfe, damit sie uns eines Tages die Häuser über dem Kopf anzünden?"**

X. Foto: Hungernde Bettler – neben einer schlafenden Kuh liegend.
Text: **„Wieso beklagen sich die Inderüber Nahrung**
Text: **„Wieso beklagen sich die Inder über Nahrungsmangel, wo doch ihre Straßen voller Ochsen und Kühe sind?"**

XI. Foto: Im Gleichschritt marschierende afrikanische Soldaten
Text: **„Geben wir ihnen Entwicklungshilfe, damit sie in Afrika die Weißen umbringen?"**

XII Foto: An einem Motor arbeitende Asiaten.
Text: **„Helfen wir der Wirtschaft der Dritten Welt, damit sie unsere eigene kaputt macht?"**

XIII. Foto: Araber, der seine Luxuskarrosse auftankt.
Text: **Finanzieren wir den Ölscheichs mit unserem Entwicklungsgeld ihre Straßenkreuzer?"**

XIV Foto: Kundgebung in Ostafrika; Waffen und Transparente tragende Menschen – auf den Transparenten –: Hammer und Sichel, Reproduktion eines Stalinbildes.
Text: **Geben wir unsere teure Entwicklungshilfe jetzt schon an Kommunisten?"**

XV Foto: Schmächtiger Araber, einen riesigen Fernsehapparat auf dem Rücken schleppend
Text: **„Darf es vielleicht noch ein Kühlschrank oder ein Geschirrspüler von unserem Entwicklungsgeld sein?"**

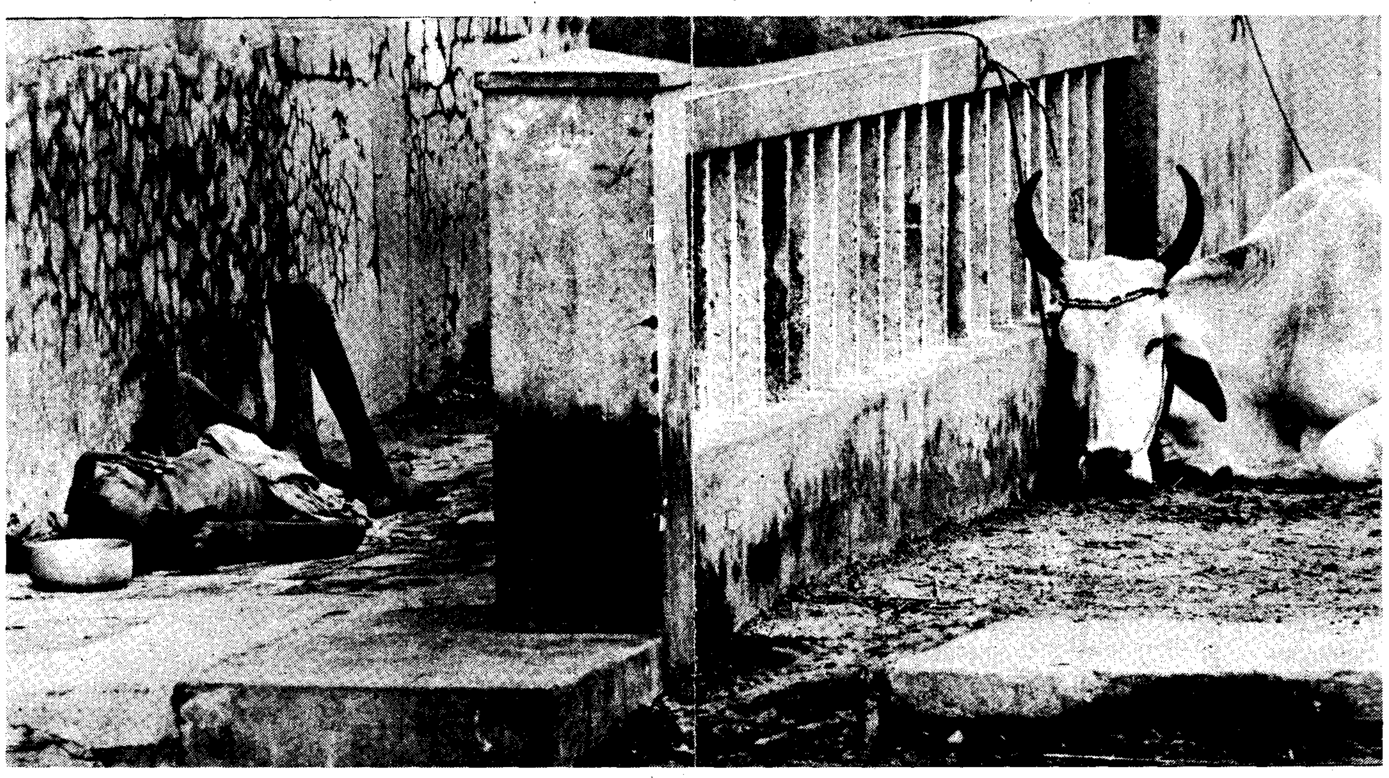
Nicht alle diese Text-Bild-Kombinationen wurden veröffentlicht. Auf Protest des Auswärtigen Amtes zog das BMZ die Anzeige VI zurück.
Obwohl der Charakter dieser Anzeigenserie sehr gut satirisch oder polemisch dargestellt werden könnte, soll im folgenden die Analyse einer Anzeige der Serie versucht werden Da alle Anzeigen nach dem gleichen dreiteiligen Schema aufgebaut sind, kann die Einzelanalyse wohl als exemplarisch angesehen werden. Zur Einzelanalyse soll die Anzeige X (siehe Abbildung) herangezogen werden.

Beschreibung der Anzeige – die „buchstäbliche" Nachricht (3)

Das beherrschede Element der Anzeige ist das Schwarz-Weiß-Foto. Die Fotos sind jeweils fein gerastert – von höchster Brillianz und Prägnanz. Über und unter dem zweiseitigen Foto befinden sich zwei weitere „Schichten": der obere Teil der Anzeige wird durch eine jeweils zweizeilige „Überschrift" ausgefüllt, unter dem Foto befindet sich ein vergleichsweise kleingesetzter Text.

Das Schwarzweißfoto der vorliegenden Anzeige, offensichtlich aus einer leicht erhöhten Position aufgenommen, zeigt ein bekanntes „Bild" aus Indien: in der linken Fotohälfte ein dahinsiechender Bettler, vor einem leeren Napf

WIESO BEKLAGEN SICH DIE INDER ÜBER NAHRUNGSMANGEL, WO DOCH IHRE STRASSEN VOLLER OCHSEN UND KÜHE SIND?



Würden morgen in Indien alle heiligen Kühe geschlachtet, würde das Fleisch nicht mal eine Woche lang reichen. Danach würden 400 Millionen Inder genauso weiter hungern wie zahllose Menschen in anderen Ländern der Dritten Welt.

Wie läßt sich das ändern? Indem wir den armen Ländern helfen, ihre Menschen selbst zu ernähren. Und genau das versucht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mit unserer Entwicklungshilfe werden Staudämme gebaut, Bewässerungsanlagen geschaffen. Es werden Gebiete für den Ackerbau erschlossen, die brachlagen. Landwirtschaftliche Geräte, Saatgut und Dünger werden geliefert. Deutsche Experten beraten an Ort und Stelle.

Zu dieser Politik der Entwicklungshilfe gibt es keine Alternative. Denn wenn der arme Teil der Menschheit nicht bekommt, was er zum Überleben braucht, gibt es für ihn nur noch eins: [illegible]

Wenn Sie sich gründlicher über die Entwicklungshilfe informieren wollen, schreiben Sie uns: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Postfach 2000, 5300 Bonn. Wir schicken Ihnen dann zwei Informationsbroschüren.

liegend, rechts eine dem Betrachter zugewandte Kuh, welche an einer Mauer festgebunden ist. Die aus der Bildtiefe hervortretende Mauer teilt gleichsam das Foto in 2 Hälften.

Die versteckten „codierten "Nachrichten (4)

Das Foto zeigt eine scheinbar paradoxe Situation, welche oft in den Massenmedien aufgegriffen wird und sich in der schon sprichwörtlichen „heilige Kuh" verdichtet.
Dieser scheinbare Widerspruch wird in der zweizeiligen Überschrift nochmals in Frageform aufgegriffen – eine Frage, die vordergründig gesehen eben nur die vom darunter liegenden Foto gegebene „Aussage" zur Antwort haben kann. Es liegt also „tautologische Gesamtaussage" vor, d.h. eine Aussage, die aus zwei gleichbedeutenden Einzelaussagen zusammengesetzt ist. Mit der fettgesetzten Frage über dem Bild wird nicht der Versuch unternommen, die „Information" des Fotos zu verändern.
Die vordergründig 'buchstäbliche' Nachricht des Fotos (als dominantem Element der Anzeige) zieht sogleich – wie wir gesehen haben – weitere, versteckte codierte 'Nachrichten' mit sich. Genau auf diese gedanklichen Verknüpfungen ('Assoziationsfelder'), welche nur auf dem Wege der Analyse von der eigentlichen 'buchstäblichen Nachricht' zu trennen sind, spekulieren die Anzeigenmacher des BMZ. Beim Betrachten des Fotos vom Bettler und der „heiligen Kuh" tritt ein Deja - vu - Effekt ein , ein Wiedererkennen von bereits gesehenem, was zu einer Selbstbestätigung des Betrachters (Lesers) führt.
Die Prägnanz des Fotos (feingerasterte Fotovorlage!) zieht einen Wirklichkeits- und damit auch Wahrheitsanspruch mit sich. Dieser Wahrheitsanspruch wird durch die schwarz-weiß-Reproduktion noch verstärkt: der Charakter des Dokumentarischen tritt hervor.
Die Fotographie lebt bekanntlich vom Vertrauen ihrer Konsumenten in ihre Unbestechlichkeit, Sprichwort: „Die Kamera lügt nicht!" Die flächenmäßige Dominanz der Fotos und deren dokumentarischer Charakter, gekoppelt mit dem schon erwähnten Deja-vu-Effekt, führen zu einer totalen Beherrschung der Anzeigen durch die fotografische Nachricht.
Welche verheerenden Folgen das für die Gesamtwirkung der Anzeige hat, soll später noch gezeigt werden. So gesehen übernimmt das Bundesministerium die Prinzipien und Methoden „marktwirtschaftlicher Konsumgüterwerbung": durch Übergewichtung non-verbaler Kommunikationsmittel (Abbildungen...) versucht man den mentalen Bedürfnissen der Leser entgegenzukommen. Doch die BMZ-Anzeigen verstärken letztlich die Lügen und Vorurteile („Geld für die goldenen Betten Afrikas..."), welche sie mit geschickt angeordneten Fotos (vgl. Anzeige X) verbildlichen und ihnen damit Wahrheit schenken.
Die Anzeigenmacher des BMZ unterschätzen offensichtlich die Bereitschaft des herrschenden Bewußtseins des Lesers, aus dem Bedeutungsspektrum der Fotos genau die Bedeutung herauszulesen, welche in vorhandene Schemata passt. Die mit den Fotos transportierten, versteckten ('codierten') Nachrichten, welche nichts anderes leisten, als landläufig bekannte, vorurteilsbelastete Antworten auf die Frage „Wozu eigentlich Entwicklungshilfe?" zu provozieren, sind n i c h t in der Lage, vorhandene Denkschemata aufzubrechen. Das didaktisch eingesetzte Frageprinzip schlägt um in das Prinzip der Wiederholung (vgl. quasi-tautologische Aussagen Text/Foto). welches Zustimmung zu den Vorurteilen zur Folge hat.
Wie gefährlich es ist, schon vorhandene Vorurteile er-

GEBEN WIR DENEN ENTWICKLUNGSHILFE, DAMIT SIE SICH GOLDENE BETTEN UND DICKE EDELSTEINE DAVON KAUFEN?



Allein im letzten Jahr gab die Bundesrepublik 3,5 Milliarden Mark für Entwicklungshilfe aus. Das ist viel.

Aber kein Pfennig davon wurde verschwendet. Dafür sind wir vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit da. Die Regierungen der Entwicklungsländer können nicht wahllos über die Entwicklungsgelder verfügen, da sie zweckgebunden sind. Bei jedem Projekt wird lange und gründlich geprüft, ob es wirklich nötig ist und ob es dem jeweiligen Entwicklungsland auch wirklich hilft, sich zu entwickeln.

Aber notwendige Projekte gibt es viele. Denn die meisten Länder der Dritten Welt müssen ganz von vorn anfangen. Sie brauchen Schulen und Krankenhäuser. Straßen und Eisenbahnen. Häfen und Fabriken. Kraftwerke und Staudämme. Sie müssen ihre Landwirtschaft voranbringen und ihre Industrie. Und das alles bezahlen sie zu 90 Prozent selbst. Wir helfen ihnen also nur bei den restlichen 10 Prozent. Und außerdem fließen drei Viertel des Geldes, das wir den Entwicklungsländern geben, als Aufträge an unsere Wirtschaft zurück.

Wenn Sie mehr über unsere Arbeit wissen möchten, fordern Sie unsere Informationsbroschüren an: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Postfach 2000, 5300 Bonn.

neut hervorzubeschwören, zeigte erst neulich die „Kaiserkrönung" Bokassas (Zentralafrika): Die meisten Medien berichteten unkritisch- huldigend über die Feierlichkeiten" oder beließen den Kommentar bei einem Schmunzeln (vgl. 'WELTSPIEGEL', ARD 13.11.77).
Welche Zerrbilder die Massenmedien von der Dritten Welt vermitteln, haben wir in den 'blättern des iz3w' Nr. 61 ausführlich dargestellt.
Daß aus dem vielfältigen Angebot der Massenmedien nur die schon einmal wahrgenommenen (vgl. Deja-vu-Effekt!) bzw. zu schon bestehenden Meinungen passenden 'Nachrichten' wahrgenommen werden, ist in jedem Handbuch der Publizistik nachzulesen: „Das Angebot der Massenmedien wird selektiv wahrgenommen. Die Menschen sehen, hören und lesen vornehmlich diejenigen Mitteilungen, die ihre schon bestehenden Meinungen unterstützen: Das Individuum strebt nach Stabilität seiner Einstellung. Es versucht, sich seine Sicherheit zu erhalten, indem es gegenüber Argumenten, die seine Einstellung bedrohen, Augen und Ohren verschließt; das geschieht um so entschiedener, je engagierter jemand in einer Frage ist. . . Die Wirkung der Massenmedien liegt vornehmlich im Verstärken bestehender Einstellungen" (5)
Was die Anzeigenserie im besten Fall zu leisten vermag, ist eine „Aufklärung" der ohnehin schon über die Ziele des Entwicklungs-'Hilfe' „Aufgeklärten" („Entwicklungshilfe ist keine humanitäre Gefühlsduselei. Denn sie dient unseren eigenen Interessen". vgl. Anzeige XII).

Zum Textteil der Anzeigen

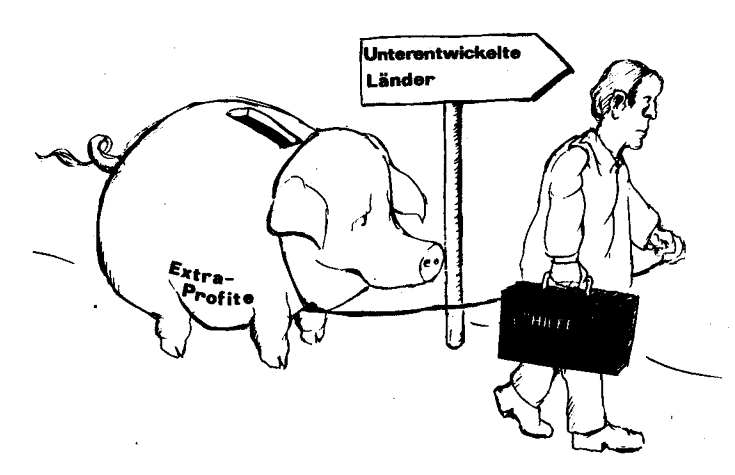
Bisher wurde der Versuch unternommen, den formalen Aufbau der Anzeigen und deren 'Werbewirksamkeit' (quasi immanent) zu beurteilen. Im folgenden sollen nun die Texte, welche unter den Fotos angebracht sind, genauer analysiert werden.
Alle Anzeigentexte gehen von dem Grundsatz aus, daß „mit moralischen Gründen ... in der Bundesrepublik keine Politik mehr zu machen ist !" (6) Der caritative, wohltätige Aspekt – der heute noch von vielen privaten Entwicklungshilfeorganisationen betont wird – fällt in den BMZ-Anzeigen weg. Die Anzeigen wurden genau auf die Ergebnisse einer INFRATEST-Umfrage 'zugeschnitten', wonach die Befürwortung von Entwicklungspolitik in dem Maße zunimmt, in dem der Aspekt „Wahrung von Eigeninteressen und Effektivität der Hilfe" herausgestellt wird. (7) Folgende Hauptargumente sind demnach auch in den Anzeigen zu finden:

1) „Kein Pfennig der Entwicklungshilfe wird verschwendet" (8)
2) Jede deutsche Mark, welche als Entwicklungshilfe gegeben wird, bringt 75 Pfennig als Aufträge an „uns" zurück. (9)

Entwicklungshilfe dient also letztlich „unseren" eigenen Interessen, geht doch ein Viertel „unserer" Exporte in die Dritte Welt und sind doch schon eine Million Menschen von Aufträgen aus Entwicklungsländern abhängig. (10).

Entwicklungshilfe wird somit nach streng kapitalistischem Kalkül vergeben: entwickeln wir die Unterentwickelten doppelter und dreifacher Profit wird unser Lohn sein! (11) So gesehen kann man natürlich auch Aufträge aus 'linken' Ländern annehmen (Argumentation aus Anzeige XIV)'
Etwas zurückgenommen wird diese 'einfache Logik' der Anzeigen wieder, indem man den Entwicklungsländern den

Status des 'gleichberechtigten Partners' zubilligt, dessen Souveränität, auch wenn der 'Partner' auch „noch so arm ist"(Zitat aus Anzeige II!) respektiert wird.

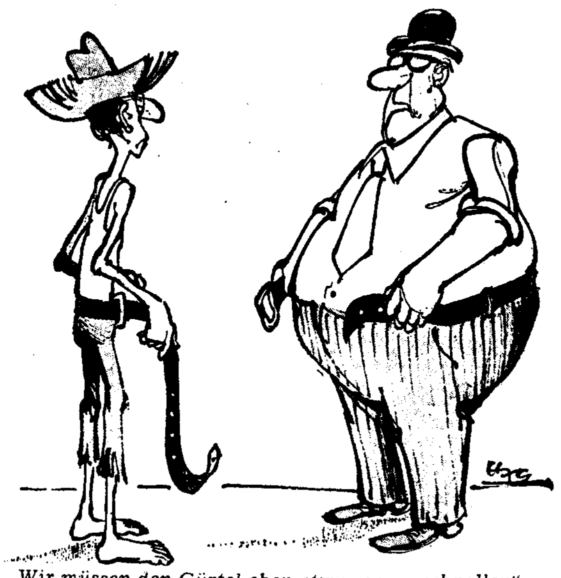


Entwicklungshilfe ist ohnehin Hilfe von Mensch zu Mensch. „Die Entwicklungshilfe hilft nicht nur den Menschen in den Entwicklungsländern, sondern auch den Menschen hier ..." (vgl. Anzeige III). Kein Wort davon, daß BRD-Firmen in der Dritten Welt Extraprofite einstreichen (u.a. durch Zuschüsse und Steuererleichterungen aus der BRD) und zudem völlig „risikolos" in die Dritte Welt exportieren können:
bei eventueller Zahlungsunfähigkeit der Abnehmerländer wird der Fehlbetrag aus einer bundeseigenen Versicherung ersetzt.
Aufgefangen wird das „einfache" kapitalistische Vergabeprinzip des BMZ auch noch durch die Ideologie des 'Heilbringers': BRD-Experten als „Entdecker" von Bodenschätzen, „Erbauer" von Städten und Industrien, „Neuerer" der medizinischen Versorgung. „Nur auf diese Weise kommen die Entwicklungsländer aus dem Teufelskreis der Armut." (Zitat aus Anzeige VI). Nicht einmal in Ansätzen wird gefragt, ob die Errungenschaften westlicher Kultur tatsächlich den Bedürfnissen der Entwicklungsländer entgegenkommen. (Welch' verheerende Wirkung z.B. westliche Medzin bzw. westliche Anbaumethoden in der Dritten Welt haben können, zeigen die „blätter" Nr. 64 und 66 auf).

Das anmaßende Sendungsbewußtsein des BMZ ist so neu nicht: Schon die Kolonialisten verstanden sich ja keineswegs als Unterjocher der Völker, sondern als 'Heilsbringer' westlicher Kultur. Doch die BMZ-Anzeigen bleiben nicht bei dieser altbewährten Imperialistenideologie stehen; dem Leser werden auch ganz einfach Falschmeldungen untergejubelt. Im Text der Anzeige II heißt es beispielsweise: „Aus dem Westen bekommen viele Entwicklungsländer Geld für Staudämme, Kraftwerke, Schulen, Straßen. Und aus dem Osten bekommen viele Entwicklungslänger Geld für Panzer, Gewehre, Bomben". Abgesehen von unzähligen Waffenlieferungen anderer westlicher Staaten liefert auch die Bundesrepublik Waffen z.B. an das südafrikanische Minderheitsregime. (Ausführliche Dokumente dazu in: 'INFORMATIONSDIENST SÜDL. AFRIKA' 5/76; blätter 63/77)
Die Zusammenarbeit beschränkt sich aber nicht nur auf das militärische Gebiet: die Lieferung von Elektronenstrahlperforationsmaschinen (zur Trennung des Atombombenrohstoffes Plutonium von anderen Spaltmaterialien) wurde erst kürzlich im Nachrichtenmagazin SPIEGEL dokumentiert (SPIEGEL, 26. Dezember 1977).

Somit ist auch die Behauptung der Anzeige XI falsch: „Die Bundesregierung will dazu beitragen, daß die schwarze Mehrheit in Rhodesien und Südafrika auf friedliche Weise ihr Recht bekommt, ohne einen Rassenkrieg. Deshalb liefert sie keine Waffen, weder an die eine noch an die andere Seite."

Falsch ist auch die Behauptung der Anzeige XIV: „Niemand hilft den Entwicklungsländern nach den Maßstäben 'prowestlich' oder 'prokommunistisch' ... Entwicklungshilfe kann keine politisches Druckmittel sein...".
Wenn auch Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher bei offiziellen Anlässen (z.B. vor der UNO) die Maxime im Mund führen, der Ost-West-Konflikt dürfe nicht auf den Nord-Süd-Konflikt übertragen werden, so machen beide Politiker (z.B. im Kabinett) keinen Hehl daraus, das Entwicklungshilfe und Exportförderung noch immer Druckmittel im weltweiten 'Kampf gegen Kommunismus' sind. „Unsere Außenpolitik muß immer die deutsche Teilung und Berlin im Auge haben. Das ist für mich das ceterum censeo." (12) Das widersprüchliche Konzept der Bundesregierung in Sachen 'Dritte Welt' spiegelt sich auch in den Anzeigen des BMZ wider: während die Bundesregierung



„Wir müssen den Gürtel eben etwas enger schnallen"

auf der UNCTAD IV (Welthandelskonferenz Nairobi 1976) sich generell gegen Rohstoffonds stellte, die eine Stabilisierung der Rohstoffpreise zum Ziel hatten, wobei sie schließlich mit ihrer Haltung ganz allein stand, setzt sie sich nun (zumindest verbal) für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und gemeinsame Fonds ein – wenn sie sich auch immer noch gegen einzelne Modalitäten sperrt. (vgl. dazu Anzeige IX).

Fazit: Das BMZ spielt sich in den Anzeigenserien als Retter aus Dummheit, Ungerechtigkeit und allgemeinem Chaos der Entwicklungsländer auf. In dieser 'Heilsbringerrolle' nähert es sich traditionellen imperialistischen Ideologien. Zum anderen verbreiten die Anzeigen auch ganz einfach Lügen; die Anzeigen spiegeln die widersprüchliche Politik der Bundesregierung in der Diskussion um die neue Weltwirtschaftsordnung wider.

Die Anzeigen sind (immanent gesehen) nicht in der Lage, Vorurteile bezüglich der Dritten Welt abzubauen, da die Dominanz der frech-demagogischen Fragen und der dazugehörenden Fotos verstärkende Funktion haben.
Die Anzeigenserie des BMZ klärt nicht über die Ursachen der Unterentwicklung auf; ein grundsätzlicher Veränderungswillen ist in den Anzeigen nicht zu finden. Das BMZ stllt vielmehr seine eigene Tätigkeit dar, es versucht, diese zu rechtfertigen.

Schlußfolgerungen für eine entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit, die über die Ursachen der Unterentwicklung und mögliche Veränderungen informiert:

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit

– darf sich nicht Methoden marktwirtschaftlicher Konsumgüterwerbung (Dominanz nonverbaler Kommunikation, spezielle Visualisierungsmechanismen...) bedienen.
– sollte nicht (auch nicht im Sinne des 'Einstiegs' in die Dritte-Welt-Problematik) alte Vorurteile erneut heraufbeschwören.
– sollte jede Art der Manipulation („... bewußtes, technisches Eingreifen in ein gegebenes Material unterlassen, Anmerkung 13) – auch wenn damit letztlich ein gutes Ziel verfolgt wird.
– sollte solche Medien bzw. Darbietungsformen wählen, welche eine Rückkopplung, durch das Publikum/Leser zulassen. Eine kritische und aktive Benutzung der Medien, eine Befreiung aus der ohnmächtigen und unmündigen Zuschauerstellung ist anzustreben.
– sollte die gemeinsamen Interessen der Völker in der Dritten Welt und der abhängigen Bevölkerung in den Industrieländern herausstellen.
– sollte die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen (Man vergleiche dazu, wie in den BMZ-Anzeigen die 'Betroffenen' dargestellt werden!)
– muß wohl die Unwissenheit bzw. Vorurteilsbelastetheit breiter Bevölkerungsschichten realistisch einschätzen. Die Unwissenheit sollte aber selbst nicht zum tragenden Element werden. (vgl. dazu wieder die BMZ-Anzeigen.)
– sollte negative Zustände in der Dritten Welt nicht verschweigen. Die Schilderung erfolgreicher Projekte bzw. anzustrebender Ziele sollte jedoch Vorrang haben.
– darf sich nicht der Entmündigungsmethoden der herrschenden Medien bedienen. (Man beachte, für wie 'doof' das BMZ die Leser der Anzeigen hält!)
– sollte den Begriff der 'Öffentlichkeit' differenzieren. Je nach Bewußtseinsgrad des Publikums/Lesers sollten andere Medien und Methoden eingesetzt werden.

ul

Anmerkungen:

(1) „Geld für die goldenen Betten Afrikas" – das ist der Titel einer Broschüre, welche das BMZ zur Anzeigenkampagne herausgegeben hat.
(2) zitiert nach: Roland Barthes 'Mythen des Alltags', Frankfurt 1964
(3) Die strukturalistische Beschreibung der Anzeige geschieht in Anlehnung an Hermann K. Ehmer, Zur Metasprache der Werbung – Analyse einer DOORNKAAT-Reklame, in: Visuelle Kommunikation, Beiträge zur Bewußtseinsindustrie, Köln 1974
(4) Siehe Anm. 3.
(5) zitiert nach: Publistzistik, Herausgeber: E. Noelle – Neumann, W. Schulz, Frankfurt 1971.
(6) Äußerung Willy Brandts, zitiert nach: SPIEGEL, 48/1977.
(7) zitiert aus: „Entwicklung und Zusammenarbeit, Beiträge zu Entwicklungspolitik, August/September 1976, Seite 5.
(8) Text aus Anzeige I; vergl. Abbildung. Mit diesem Hinweis, daß „kein Pfennig" verschwendet werde, unterstellt das BMZ gleichzeitig, daß „Entwicklungsländer" ohne Kontrolle des BMZ „Entwicklungsgelder" verprassen würden.
(9) Text der Anzeige IV
(10) Hier folgt das BMZ dem Konzept Außenminister Genschers der ungeniert vor dem Bundeskabinett die Meinung vertritt „... das wichtigste, was (man) für die Entwicklungsländer tun könne ... (sei) unsere Wirtschaftskraft zu erhalten..";
Zitate aus: SPIEGEL 48/77, Seite 57)
(11) Willy Brandt drückt seine Bedenken hierzu folgendermaßen aus: „... das geht doch nicht, daß die Inder heute mehr an uns zurückzahlen als sie an Kapitalhilfe von uns kriegen!"; Zitat aus SPIEGEL 48/77, Seite 59
(12) Außenminister Genscher, zitiert nach 'Spiegel', 48/77, Seite 59.
(13) Hans Magnus Enzensberger, Baukasten zu einer Theorie der Medien, KURSBUCH 20.

AKTIONEN

Kampagne zur Fußball-Weltmeisterschaft

Argentinien-Kampagne anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien

Wenn im Juni 1978 die elfte Fußballweltmeisterschaft angepfiffen wird, wenn Tausende von Polizisten und Soldaten die Stadien bewachen, Passanten kontrollieren, mit schußbereitem Schnellfeuergewehr durch die Straßen patroullieren, mag mancher der 5.000 deutschen Schlachtenbummler das für normal halten. Oder für typisch südamerikanisch.

Oder für das, was es ist: Zeichen der politischen Zustände in Argentinien. Was da als Schutz der Spiele ausgegeben wird, ist nichts anderes als Demonstration der repressiven Gewalt,unter der Argentinien lebt. Eine Gewalt, die für „Ruhe und Ordnung" garantieren soll. Für die Spiele, und überhaupt. Denn in Argentinien regiert seit dem Putsch vom 24. März 1976 eine Militärdiktatur unter Jorge Videla, die für das argentinische Volk folgendes bedeutet:
20.000 politische Gefangene, 6.000 Ermordete, mehr als 7.000 Verschwundene.
Aufhebung der Pressefreiheit, aller gewerkschaftlichen Rechte, Verbot der oppositionellen Parteien.
Eine Wirtschaftspolitik des Hungers und des Elends, die gleichzeitig den Ausverkauf des Landes an internationale Firmen und die reiohen Industrieländer bedeutet.

Diese gigantische und teure Schau (die WM kostet das argentinische Volk ca. 900 Millionen DM) soll der Weltöffentlichkeit ein Bild des „gefestigten, harmonischen und brüderlichen Argentinien" zeigen. Sie soll für die Kreditwürdigkeit und das Organisationstalent der herrschenden Militärs werben.
„Die WM mit ihren 35.000 erwarteten Touristen und den mehr als 1.500 Millionen Fernsehzuschauern hilft dem Ansehen Argentiniens mehr als hunderte von politischen und diplomatischen Erklärungen", so General Merlo, der Organisator der Spiele.

Der Zusammenhang zwischen Sport und Unterdrückung, zwischen Fußball und Folter ist leider nicht willkürlich, sondern von der politischen Realität aufgezwungen. Denn während die Fans in die Stadien drängen, sind Zehntausende politischer Gefangener in den Gefängnissen von Buenos Aires, Rosario, Cordoba, Mendoza und Mar del Plata unter eben derselben Polizeiaufsicht, die die Durchführung der Spiele garantiert.
Um eben das wahre Bild Argentiniens 1978 zu zeigen, wird in den nächsten Monaten eine bundesweite Kampagne stattfinden. In der Kampagne werden Forderungen aufgegriffen, die von der argentinischen Kommission für Menschenrechte (CADHU) vorgeschlagen wurden und an die Bundesregierung und die argentinische Regierung gerichtet sind.
Forderung an die Bundesregierung:

1. Aufnahme von mindestens 500 politischen Gefangenen aus Argentinien durch die BRD bis zur Fußballweltmeisterschaft!
   (Sie haben nach argentinischem Recht die Möglichkeit, das Land zu verlassen, wenn ein anderer Staat sich bereit erklärt, sie aufzunehmen.)

Forderungen an die argentinische Regierung:

2. Freie Ausreisemöglichkeit für alle in ausländische Botschaften in Buenos Aires geflüchtete Argentinier!
3. Veröffentlichung einer vollständigen Liste aller politischen Gefangenen!
4. Internationale unabhängige Untersuchung aller argentinischen Gefängnisse und Konzentrationslager!

(weitergehendere Forderungen örtlicher Gruppen sind natülich möglich).

Ein aktueller D i a vortrag zu dieser Kampagne wurde von COSAL, Postlagerkarte 083867 A, 2000 Hamburg 1, erarbeitet und kann dort bestellt werden.

Eine große A u s s t e l l u n g zu dieser Kampagne wurde von der Galerie 70, Schillerstr. 70, 1000 Berlin 12, erarbeitet, über einen möglichen Entleih kann dort nachgefragt werden.

Die K o o r d i n a t i o n der Kampagne läuft über die Informationsstelle Lateinamerika (ILA), Buschstr. 20, 5300 Bonn, 02221/213251. Dort sind Broschüren, Unterschriftenlisten und Aufkleber erhältlich.

Kredit der Bank für Gemeinwirtschaft an Argentinien

Am 25.11.1976 wurde an Argentinien ein Kredit in der Höhe von 90 Mio. Dollar vergeben – 19 deutsche Kreditinstitute waren daran beteiligt, darunter auch die BfG, „die Hausbank der Gewerkschaften". (Zit. Gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Walter Hesselbach, Frankfurt 66)
Die argentinische Zentralbank bezeichnet die Kredite als eine Unterstützung für das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der argentinischen Regierung.

Die ila fragte die BfG, den DGB und den IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) an, und bat um Stellungnahme zu der Politik der Gewerkschaftsbank, die bei dieser Kreditvergabe so offensichtlich gegen ihre „humanistische Tradition" verstieß.

In ihrem Antwortbrief nennt die BfG es „zynisch und inhuman, dem argentinischen Volk mit dem Hinweis auf sein Militärregime, dessen Politik keineswegs beschönigt werden soll, die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung (Stabilisierung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, A.d.R.) vorzuenthalten oder zu erschweren."

Zynisch und inhuman ist die Politik der BfG, nämlich die argentinische Junta, die sich fortlaufend der Verletzung der *Gewerkschafts- und Menschenrechte* schuldig macht, mit den Geldern der Arbeiter zu unterstützen.

Die ila hat eine Dokumentation über die BfG-Investitionspolitik zusammengestellt
– Inhalt –
Praktizierte Gewerkschaftliche Solidarität
Auszüge aus dem Briefverkehr
Kredite, Auslandsinvestitionen-Politik, Arbeitsmarkt

ila
Informationsstelle Lateinamerika e.V.
Buschstraße 20
5300 Bonn

NEUE WELTWIRTSCHAFTS-ORDNUNG

Erklärung des ÖRK

Die nachfolgende Erklärung des Ökumenischen Rats der Kirchen, in dem alle Kirchen der Welt, mit Ausnahme der Katholischen, zusammenarbeiten, veröffentlichen wir, um zu dokumentieren, welche Haltung der ÖRK gegenüber den Vorschlägen für eine Neue Weltwirtschaftsordnung einnimmt. Es ist uns nicht entgangen, daß die Erklärung in manchen Punkten unklar und widersprüchlich ist. Insbesondere vermissen wir den Hinweis, daß die Neue Weltwirtschaftsordnung bestimmte Abhängigkeitsstrukturen wie die einseitige Ausrichtung vieler Nationalökonomien der Dritten Welt auf die Produktion von export-bestimmten Rohstoffen insofern vertiefen und verfestigen würde, als für Rohstoffe eben höhere und stabilere Preise garantiert wären. Dennoch stimmen wir insofern mit dem ÖRK überein, als wir ebenfalls meinen, daß es – im Hinblick auf fortschrittliche Länder der Dritten Welt, deren Regierungen um eine Auflösung der Abhängigkeit von den Industrieländern bemüht sind und wo das Volk auch in anderen Fragen seine Interessen durchsetzt – richtig ist, sich für die Neue Weltwirtschaftsordnung einzusetzen und gleichzeitig auf ihre Grenzen, Schwächen und Gefahren hinzuweisen. Wichtig erscheint uns, daß auch der ÖRK eine entscheidende Schwäche der Neuen Weltwirtschaftsordnung darin sieht, daß sie von den inneren Verhältnissen der Dritte-Welt-Länder absieht, d.h. zwar eine Machtverschiebung auf zwischenstaatlicher Ebene bewirken kann, aber nicht innerhalb der einzelnen Staaten. Vgl. zu dem ganzen Problemkreis unser Themenheft zur UNCTAD IV (Blätter des iz3w, Nr. 54, Juni 1976).

Red.

DOKUMENT
ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN
Zentralausschuß, Genf, Schweiz, 28.7. - 6.8.1977
Dokument Nr. 33a

ERKLÄRUNG ZUR NEUEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

1. Im Jahre 1974 ergriffen die Vereinten Nationen eine kühne Initiative, indem sie zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung aufriefen. Diese Initiative entsprang der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung ungerecht ist und die armen Länder, die nahezu zwei Drittel der Weltbevölkerung ausmachen, diskriminiert und unterprivilegiert sind. Das derzeitige System ist daher eine der Ursachen der sich endemisch verbreitenden Armut und der fortdauernden Abhängigkeit vieler armen Länder. Die Kirchen in reichen und armen Ländern sind Bestandteil dieses Systems mit allen seinen Abhängigkeitsverhältnissen.
2. Der Aufruf der Vereinten Nationen war mehr als ein allgemeiner Appell zur Veränderung der derzeitigen Wirtschaftsordnung. In zwei Dokumenten (der Resolution der VI. Außerordentlichen Tagung der UN-Generalversammlung und die „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten", die die Generalversammlung im Jahre 1974 angenommen hat) wurden einige Grundsätze formuliert, nach denen die neue Weltwirtschaftsordnung gestaltet werden sollte. Angestrebt wird eine Veränderung der gegenwärtigen internationalen Beziehungen, wobei es letztlich darum ging und geht, Partizipation und Gerechtigkeit auf der Grundlage der Eigenständigkeit zu verwirklichen. Die Ziele wurden anhand von vier Grundsatzproblemen formuliert: Weltindustrieproduktion; Eigentum und Kontrolle der natürlichen Hilfsquellen und des erwirtschafteten Überschusses sowie deren Distribution; Kontrolle über die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung von Know-how und Technik; angemessene Vertretung bei Entscheidungsprozessen, welche die Weltordnung, ihre Strukturen und ihr Funktionieren bestimmen.
3. Es ist zu berücksichtigen, daß das Konzept der neuen Weltwirtschaftsordnung sich auf Macht und wirtschaftliche Beziehungen, auf staatliche *Maßnahmen auf zwischenstaatlicher Ebene* konzentriert und deshalb unvollständig ist. Ihrem Wesen nach sagt Partizipation auf zwischenstaatlicher Ebene nichts aus über Partizipation *innerhalb* eines Staates. Die Charaktersistika einer internationalen zwischenstaatlichen Gemeinschaft können nicht gleichermaßen für primäre (Dorfgemeinschaft, Nachbarschaft, Arbeitsplatz) und weiter gefaßte Gemeinschaften innerhalb eines Staates gelten. Es genügt nicht, die Produktion zu steigern, sondern das eigentliche Ziel muß darin gesehen werden, eine gerechtere Verteilung jeglichen Wirtschaftswachstums zu erreichen. So begrenzt die Zielsetzung der neuen Weltwirtschaftsordnung auch sein mag, – solange keine anderen Möglichkeiten und ausgehandelten Veränderungen gefunden werden, gibt es gute Gründe, sich für sie einzusetzen.
4. Drei Jahre sind seit dem Aufruf der Vereinten Nationen zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung vergangen. In dieser Zeit ist kaum etwas erreicht worden. Einige der geplanten Sofortmaßnahmen befinden sich noch im Verhandlungsstadium. Andere haben noch nicht einmal diese Phase erreicht. Währenddessen verschlechtert sich die Lage der Armen von Tag zu Tag. Die Schuldenlast der armen Länder wächst stetig an. Ihre Zahlungsbilanz verschlechtert sich; ihr Anteil am Welthandel geht zurück. In einigen Ländern beherrschen transnationale Konzerne ganze Bereiche der Volkswirtschaft ohne ausreichende staatliche Kontrolle. Die Bevölkerung hat darunter zu leiden, daß diese Länder gezwungen sind, „billig zu verkaufen und teuer einzukaufen" (Nyerere). Das Schneckentempo, in dem die Ver-

handlungen geführt werden, läßt Zweifel darüber aufkommen, ob einige Industrienationen tatsächlich eine neue Weltwirtschaftsordnung wollen. Eine schwierige Phase steht bevor. In den nächsten zwölf Monaten werden die Verhandlungen über einige wesentliche Punkte wie den „Rohstoff-Fonds", die Schuldenfrage und das Seerecht in ein entscheidendes Stadium treten. Ein erfolgreicher Abschluß dieser Verhandlungen ist von ausschlaggebender Wichtigkeit, wenn die Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht noch länger stagnieren sollen.

5. Kirchen, nichtstaatliche Organisationen und andere freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen, die ihre Entwicklungsverantwortung als Teil ihres Zeugnisses und Dienstes verstehen, können in diesem Stadium noch einen weiteren Beitrag leisten. Sie müssen die öffentliche Meinung aufrütteln und Druck auf die Machtzentren ausüben, damit die für das kommende Jahr anstehenden Verhandlungen rasch zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen. Eine Reihe von Kirchen in Industrieländern haben Schritte unternommen, um ihre Regierungen zur Durchsetzung der UN-Resolution über die neue Weltwirtschaftsordnung zu veranlassen. Auch manche Kirchen in armen Ländern diskutieren bereits über die Möglichkeit, die Vorteile einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu nutzen, um die Kluft zwischen Armen und Reichen in ihren Ländern zu verringern und zu verhindern, daß die bestehenden Gegensätze noch weiter verschärft werden.
6. Die Aufgabe der Kirchen in diesem Zusammenhang ist jedoch nicht auf Sofortmaßnahmen beschränkt. Ein gerechteres internationales Wirtschaftssystem sollte als ein Teil des kirchlichen Auftrages gesehen werden, zur Verwirklichung einer gerechten, partizipatorischen und verantwortbaren Gesellschaft auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene beizutragen. (1) Jede Kirche bedarf eines neuen Denkansatzes in Fragen der Gerechtigkeit, der ökologischen Verantwortbarkeit und der Partizipation in ihrem eigenen Land. Die Befürworter einer neuen Weltwirtschaftsordnung in den Industriestaaten sind im großen und ganzen diejenigen, die auch für eine gerechte, partizipatorische und verantwortbare Gesellschaft eintreten und weniger die Gegner einer solchen Gesellschaft. Aber nicht alle Verfechter einer neuen Weltwirtschaftsordnung sind gleichzeitig auch bestrebt, die Kluft zwischen arm und reich zu verringern, weil sich einige davon Gruppenvorteile versprechen. Deshalb befürchten einige Kritiker, daß die Möglichkeit für Eigenständigkeit beeinträchtigt werden könnte, wenn die Verwirklichung der neuen Weltwirtschaftsordnung zu diesem Ergebnis führte. Eigenständigkeit und neue Weltwirtschaftsordnung müssen als komplementäre Strategien gesehen werden, die den Gegebenheiten der einzelnen Länder sowie ihrem Standort innerhalb der internationalen Wirtschaftsordnung angepaßt werden.

7. Zu diesem Zweck sollten die Kirchen der Welt sich dafür einsetzen, daß über die neue Weltwirtschaftsordnung nachgedacht und diskutiert wird, und sollten mit noch größerem Nachdruck im Rahmen von Aufklärungskampagnen das Bewußtsein ihrer Mitglieder und der Öffentlichkeit insgesamt aufrütteln. Das bestehende ungerechte System wird solange weiterbestehen, wie Menschen daran interessiert sind. Und eine neue und gerechte Wirtschaftsordnung kann nur dann verwirklicht werden, wenn die Menschen von den erforderlichen Veränderungen überzeugt sind und sie aktiv politisch unterstützen. Es ist dringend erforderlich, daß die folgenden wie auch andere für die neue Weltwirtschaftsordnung relevante Fragen in den Kirchen diskutiert werden:
   1) Was sollten die Kirchen in ihren eigenen Ländern unternehmen, um ihre jeweiligen Regierungen zu veranlassen, positiv auf die UN-Vorschläge für ein integriertes Rohstoffprogramm zu reagieren?
   2) Wie kann der Technologietransfer konzipiert werden, damit er nicht länger Abhängigkeitsverhältnisse schafft?
   3) Welche Rolle spielen die transnationalen Konzerne? Wie kann verhindert werden, daß sie ihre ungeheure Macht mißbrauchen?
   4) Wie müssen die internationalen politischen Beziehungen verändert werden, damit gerechtere Binnenwirtschaften entstehen und bessere Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit entwickelt werden?

Der Ökumenische Rat der Kirchen versucht, die Kirchen in dieser Diskussion zu unterstützen, indem er ihnen Hintergrundmaterial zur Verfügung stellt. Ferner bemüht er sich, durch Rückvermittlung von Ansichten und Stellungnahmen der Kirchen und nationalen sowie regionalen Gruppen die ökumenische Diskussion über die neue Weltwirtschaftsordnung voranzutreiben.

Das Konzept der neuen Weltwirtschaftsordnung ist ein Bestandteil der dringlichen Forderung nach größerer Gerechtigkeit innerhalb der einzelnen Länder sowie in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Kirchen müssen daher der Diskussion über die neue Weltwirtschaftsordnung Priorität einräumen und so bald wie möglich konkrete Entscheidungen treffen.

Übersetzt aus dem englischen Sprachendienst des ÖRK

REZENSIONEN

Schrumpfkopf-Macher?

Jibaro-Indianer in Südamerika
Museum für Völkerkunde Frankfurt am Main

Zur Zeit läuft im Frankfurter Museum für Völkerkunde eine Ausstellung, die sich in vielerlei Beziehung von anderen völkerkundlichen Ausstellungen abhebt. Während die meisten Völkerkunde-Museen ein Sammelsurium exotischer Gegenstände dem Besucher in vielen Fällen unvermittelt zur Schau stellen, inszenierte der Ethnologe Mark Münzel auf relativ kleinem Raum eine Darbietung detaillierter Informationen über die Jibaro-Indianer.

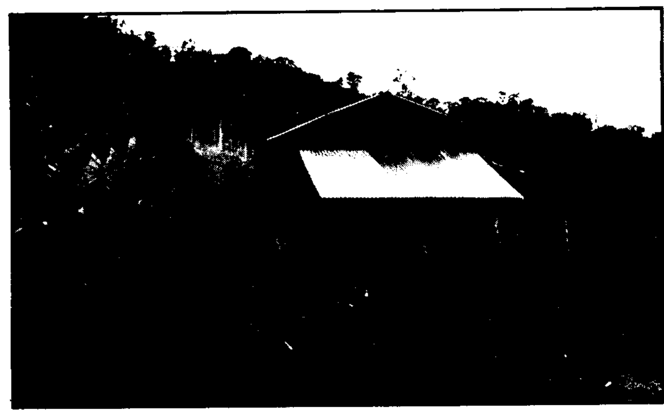
Münzels Anliegen ist es, mit dieser Ausstellung vornehmlich die Veränderungen der Lebensbedingungen dieses Stammes durch zivilisatorische Einflüsse zu beschreiben. Auf übersichtlichen Wandtafeln werden in Schrift und Bild die verschiedenen Lebensbereiche der Jibaros dem Publikum nahegebracht. Von den Jibaros selbst hergestellte Gegenstände veranschaulichen die im Vordergrund stehende Information über die Indianer. Für jeden Interessierten, der nicht die Möglichkeit hat, die Frankfurter Ausstellung zu besichtigen, liefert ein ca. 420 Seiten langer Katalog das mit 452 Bildern versehene Material in Klein-Format.

Die Jibaro-Indianer, die schätzungsweise 50 000 Personen umfassen, leben auf equatorianisch-peruanischem Grenzgebiet. Im Vergleich zu den noch existierenden Stammesgesellschaften des östlich der Anden liegenden Tieflands sind die Jibaros die größte Gruppe. Der größte Teil dieser Indianer lebt in Peru, die mit 21.000 Menschen zahlenmäßig stärkste Untergruppe, die Shuara-Jibaros, auf equatorianischem Gebiet. Im ganzen bilden 5 Untergruppen den Stamm der Jibaros. Sie unterscheiden sich durch eigene Bräuche und eine eigene Sprache voneinander. Beispielsweise betreiben die Achura-Jibaros keine Kopfjagd, ein Brauch, den sonst alle Jibaros kennen.
Der Katalog, fürdessen Text und Planung ebenfalls M. Münzel verantwortlich ist, stellt die traditionelle Lebensweise dieser Indianer in Bezug zu ihrer sich ständig ändernden Umwelt.
Für Münzel sind die Indianer und die rasch fortschreitende Zerstörung ihrer Kultur kein isoliertes Phänomen. Es ist für ihn ein Faktum, das in enger Wechselbeziehung zu den Eigenschaften des Systems der nationalen Gesellschaft Equadors und Perus steht. Die Auflösung der Stammesgesellschaft läßt sich durch den expansionistischen Besitzanspruch der Regierungen beider Länder auf das Indianerterritorium, das sie zur landwirtschaftlichen Nutzung und zur Ausbeute der Bodenschätze beanspruchen, erklären.
Die Rechtfertigung für den Besitzanspruch liefert die unter den weißen Lateinamerikanern verbreite Ideologie der Minderwertidkeit und Primitivität der Indianer-Gesellschaften. Diese Einstellung macht nicht an den Grenzen Lateinamerikas halt.
Auch eine Broschüre des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) übernimmt das Vorurteil, indem sie für ein von der Bundesrepublik unterstütztes Entwicklungsprojekt wirbt, denn es: „holt die (Jibaro-)Indianer, die zum größten Teil noch als Sammler und Jäger im Urwald leben, aus der Isolation" um „ihnen eine wirtschaftliche Existenzgrundlage zu verschaffen." (Katalog S. 69)

Damit liefert die Broschüre ein verfälschtes Bild von diesen Indianern. Es entsteht der Eindruck, daß die Indianer derart primitiv seien, daß lediglich die Anpassung an die Zivilisation sie vom Elend befreien könne. Die Wirklichkeit sieht jedoch genau umgekehrt aus. Ließen die equatorianischen und peruanischen Staatsbürger die Indianer auf ihrem Territorium in Frieden ihrem traditionellen Leben nachgehen, wäre deutsche Entwicklungshilfe für die Jibaros wahrscheinlich überflüssig.
Schon seit Jahrhunderten leben sie nicht nur vom Jagen und Sammeln, sondern in erster Linie vom Bodenbau.
„Ihr heutiges Problem besteht gerade nicht darin, daß sie n o c h Sammler und Jäger wären, sondern darin, daß sie diese Aktivitäten n i c h t m e h r genügend neben ihrer Landwirtschaft ausüben können – weil man sie nämlich „aus dem Urwald geholt" hat, bzw. weil nicht-indianische Siedler ihr Gebiet verkleinert und ihnen so die ausgedehnten Wälder genommen haben, in denen die Indianer früher jagden und sammelten." (Katalog S. 69)
Die Wälder liefern den Indianern nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch alle Rohmatrialien, die sie zur Anfertigung ihrer Gegenstände benötigen. Der Verlust des Waldes durch die Erschließung des Urwaldes, mit der in den meisten Fällen die Rodung der Hölzer einhergeht, bedeutet für die Indianer die Aufgabe ihrer materiellen Kultur. Die selbstgefertigten Gegenstände werden durch Industriegüter ersetzt, die Stammesgesellschaften damit in ein ihnen bisher fremdes sozio-ökonomisches System eingegliedert. Zur Bezahlung der benötigten Dinge müssen sie nun Geld verdienen.
Auf den folgenden Seiten des Katalogs wird die Herstellung und der Gebrauch verschiedenster Instrumente geschildert und mit reichlichem Bildmaterial veranschaulicht, so daß der Leser Lust verspürt, z.B. der Anleitung des Flechtens zu folgen, um nach Jibaro-Technik Körbe anzufertigen.

Die Kapitel über die Jagd und den Bodenbau beschreiben ebenfalls die Schwierigkeiten der Indianer, diese beiden Arten des Nahrungserwerbs zu betreiben, weil immer mehr weiße Siedler auf Jibaro-Gebiet vordringen.
Für eine erfolgreiche Jagd sind zwei Voraussetzungen erforderlich; ein großes Jagdrevier und ein relativ häufiger Wohnortwechsel, damit sich der Wildbestand erneuern kann. Nach nationalem Recht gehört der Wald nicht mehr automatisch den Indianern, sondern muß erst erworben werden. Dazu verfügen die Jibaros aber weder über das nötige Geld noch über die juristischen Kenntnisse in einem ihnen völlig fremden Gesellschaftssystem.
Zusätzlich lassen die Lohnarbeit und die neueingeführte Viehzucht den Jibaros keine Zeit mehr für die aufwendige Jagd. Deshalb wird sie heute weniger zum Nahrungserwerb, als vielmehr zum finanziellen Gewinn betrieben. Das Fell eines Jaguars bringt Geld, von dem sich der Jäger ein Stück Vieh kaufen kann, allerdings nicht zum Essen, sondern als Kapitalanlage.
Die erzwungene Aufgabe der traditionellen Jagd bedeutet für die Jibaros nicht nur die ökonomische Anpassung an ein System, daß auf grund seiner Profitgier unmenschlich ist, sondern hat für die Indianer auch den Verlust wichtiger Kulturelemente, wie beispielsweise religiöse Handlungen oder Jagdzeremonien zur Folge.

Wie umweltschonend zudem das Anbausystem der Jibaros ist, wird in einem Vergleich mit dem ökologischen Vorgehen der nationalen Gesellschaften deutlich.Gemäß ihres privatwirtschaftlichen Systems schrecken diese nicht vor dem Raubbau an der Natur zurück.
Auf Seite 116 wird dieser Vergleich mit 5 Tafeln veranschaulicht. Der tropische Regenwald ist ein ökologisch äußerst empfindliches System, da der Boden seine Nährstoffe durch Recycling gewinnt. Die fruchtbare Humusschicht ist sehr dünn, weil das feucht-warme Tropenklima eine schnelle Umsetzung des organischen Materials begünstigt und somit in kurzer Zeit Nährstoffe für neues Pflanzenwachstum bereitgestellt werden. Deshalb können die in den Tropen heftig auftretenden Regenfälle den Humusboden ser schnell wegschwemmen, hätte der Wald nicht ein extrem dichtes Blätterdach und Wurzelgeflecht zum Schutz gegen Bodenerosion.
Seit Jahrhunderten roden und bebauen die Indianer das tropische Tiefland, ohne daß es zur Katastrophe kommt. Wie ist das möglich? Die Indianer fällen auf kleiner Fläche nur für ihren eigenen Bedarf lediglich die Bäume, das Unterholz lassen sie stehen. Die geholzten Bäume bleiben in der Rodung liegen und durch ein Feuer, das auch das Unterholz nicht völlig verbrennt, werden sie nur angekohlt.
Nun pfalnzen die Indianer zwischen den verkohlten Bäumen und Strünken, deren Asche als Dünger dient. Der Waldbestand, der bei dieser Art der Rodung übrig bleibt, schützt die Saat und den Boden vor Auswaschung und Ausdörrung. Nach wenigen Jahren wird dann der Wald sich selbst überlassen und die Rodung überwuchert wieder.
Der nationale Bodenbau dagegen beseitigt die tropische Waldvegetation gänzlich und gibt daher den Boden der Auswaschung (= Erosion) preis. Dieses ökologische Problem tauchte in letzter Zeit im Zusammenhang mit dem Bau der Transamazonas-Straße in Brasilien öfter in der deutschen Presse auf. Links und rechts der Straße wird der Urwald kilometerbreit in ein nach wenigen Jahren unfruchtbares Ackerland verwandelt.
Durch die Beispiele von der ökologisch sinnvollen Anpassung der Indianergesellschaft an die natürlichen Gegebenheiten des tropischen Urwalds wird das System der nationalen Gesellschaften in einem Punkt kritisiert (der bei dem Problem der durch die verursachten Indianerausrottung bisher nicht in den Vordergrund trat): Die Zerstörung der Indianerkulturen ist eng verbunden mit der Zerstörung der Umwelt, die auch für die Mitglieder der eigenen Gesellschaft lebensnotwendig ist.
Besonders eindrucksvoll schildert der Katalog die Veränderung der Indianerkultur durch den trügerischen Fortschritt in einem kleinen Bereich, dem häuslichen Leben. Kern der Jibaro-Gesellschaft ist die Großfamilie und die Hausgemeinschaft. Das Haus spielt als Mittel, diese Gemeinschaft zu ermöglichen, deshalb eine zentrale Rolle. Jede kleinste Veränderung hat folglich auch eine Veränderung der Lebensbedingungen zur Folge.
Wenn der Jibaro sein Haus baut, wiederholt er den Schöpfungsakt und vollzieht damit eine religiöse Handlung: sein Haus ist ein verkleinertes Abbild der Welt.
Das Haus der Jibaros ist traditionell ca. 15-20 m lang, 8-10 m breit und einige Meter hoch. Zimmer gibt es nicht. Jedes Haus hat zwei Türen, eine an jedem Ende. Die eine führt in den Familienteil und wird von Frauen und Kindern benutzt, die andere von Männern und Besuchern. Das Haus faßt bis zu 100 Besucher, die Großfamilie die darin lebt, besteht aus ca. 10 Personen.
Aufgrund von Vorurteilen weißer Siedler und Missionare, die das Zusammenleben der Jibaros in einem Raum als unordentlich, armselig und primitiv erachten, werden die Indianer von ihnen beeinflußt, ihr Haus zu verändern. Die Veränderung erfolgt in kleinen Schritten. Durch eine Trennwand entstehen zwei Räume im Haus. Die Folge: die Frauen haben in der neuentstandenen „Küche" keinen unmittelbaren Anteil mehr am Geschehen im anderen Teil des Hauses, dem Besucherteil. Ihre Verbindung zur Außenwelt ist nun eingeschränkt. Auch das Baumaterial wird gewechselt, der unbiegsame Bambus gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Folge: die traditionellen Rundungen am Haus lassen sich mit dem starren Material nicht mehr bauen, das Haus wird viereckig. Der Wegfall der statisch wichtigen Rundungen hat einen weniger guten Zusammenhalt des Hauses zur Folge, deshalb muß das Haus klein sein. Viereckig und mit verkleinertem Grundriß hört das Haus auf, ein Abbild der Jibaro-Welt zu sein. Dafür wird die Bauzeit gesenkt und Arbeitszeit für die Bebauung der Äcker weißer Siedler gewonnen. Die Enge im Haus führt zur Bildung von Kleinfamilien und strapaziert das Leben im Haus. Bei Regen können die Kinder nicht mehr wie bisher im Haus spielen, so spielen sie entweder überhaupt nicht mehr oder im Regen, was zur Erhöhung der Erkältungskrankheiten führt. Was am Haus noch übrig bleibt, ist eine kleine Hütte mit Bambusfußboden und Bambuswänden und neuerdings auch Wellblechdach. Das hat zur Folge, daß bei Sonne die Temperatur in der Hütte fast unerträglich heiß, des nachts jedoch viel kälter wird, als im traditionellen Haus. Bei Regen ruft das Prasseln auf das Wellblechdach bei den Bewohnern oft Angstgefühle hervor. Da die traditionelle Feuerstelle, die nachts das Bett wärmte auf dem Bambusfußboden nicht mehr entzündet werden kann, steigt der Bedarf an Decken und Kleidung. Die Abhängigkeit vom nicht-indianischen Markt erhöht sich damit nicht weniger als die Gefahr vor Erkältungskrankheiten und Rheuma.



242 Hütte mit Wellblechdach. Vorne ist der niedrigere Küchenteil zu erkennen.

Münzel stellt seine Ausführungen über die Veränderung der Jibaro-Umwelt in einen für uns Europäer wirklichkeitsnahen Rahmen.
Der Katalog beginnt damit, in unserem Land Schauplätze zu zeigen, auf denen sich die Bevölkerung gegen das Eindringen einer ihr fremden und sich auf ihre Kultur und Wirtschaft letztlich zerstörerisch auswirkenden Technik wehrt. Die Randlage dieser Schauplätze begünstigt einen Widerstand der dort lebenden Bevölkerung. In Wyhl sind es die Bauern, die in der fortschrittsgläubigen Gesellschaft als hinterwäldlerisch und rückständig gelten, die sich gegen den „Fortschritt", in Form eines Kernkraftwerkes wehren. In Equador wehren sich die Shuaras gegen das Eindringen westlicher Zivilisation.

Am Schluß informiert der Katalog über den Kampf der Indianer-Selbsthilfeorganisation der Shuara-Jibaros, die Federacion-Shuar. Die Shuaras bilden mit Hilfe katholischer Missionare 1964 die Föderation, der heute 18.000 Shuaras angehören.
Ihre Aktivitäten konzentrieren sich auf die Stärkung des indianischen Selbstbewußtseins, indem sich die Jibaros auf ihre eigenen kulturellen Werte besinnen und ihre eigene Geschichte studieren.
Außerdem kämpfen die Indianer für die Sicherung der Landrechte, die sie von der equatorianischen Regierung zugestanden haben wollen, und gegen die Erschließung ihres Gebietes, sowie um ausreichende medizinische Versorgung.
Der Katalog zeigt auf, daß der Kampf der Indianer um bessere Lebensbedingungen dem gleichen System gilt, das auch bei uns zur Verschlechterung der Lebensbedingungen beiträgt.
Daß Münzels Theorie über die Ähnlichkeit des Kampfes der Bauern in Wyhl und der Shuaras in Equador nicht ganz abwegig ist, zeigt folgendes persönliches Erlebnis.
Ein von „Brot für die Welt" hergestellter Film über die Shuara-Föderation „Die fremde Brücke wird uns töten" stellt die Situation und den Kampf der Shuara-Jibaros eindrucksvoll dar. Als dieser Film in der „Volkshochschule Wyhler Wald" gezeigt wurde, identifizierten sich die Kaiserstühler spontan mit dem Kampf der Shuaras. Der Kampf dieser Indianer so meinten sie, sei doch der gleiche Kampf, den auch sie um den Erhalt ihres Landes führten.
Da der Katalog mit „Schrumpfkopf-Macher?" betitelt ist soll zum Schluß noch angeführt werden, daß Münzel das Schreckensbild vom „Kopftrophäen-jagenden-Kannibalen" entschärft.



Über die Vermittlung der religiösen Weltanschauung der Jibaros wird auch der Schrumpfkopfkult, zu dem die Indianer heute keine Menschenköpfe mehr benutzen, als kulturimmanentes Element verständlich gemacht. Interessant dabei sind die Ausführungen über die Beliebtheit der Schrumpfköpfe bei den weißen Kolonialherren. Die Herstellung der Köpfe wurde durch ihren Sammeltrieb noch gefördert. Eine Ambivalenz in der Haltung der Europäer wird deutlich. Zum einen liefert der Schrumpfkopfkult für sie eine Rechtfertigung zur Vernichtung der von ihnen dämonisierten indianischen Kultur, zum anderen übt gerade dieser Kult eine faszinierende Anziehungskraft auf sie aus. Noch heute werden maschinell hergestellte Plastikschrumpfköpfe in Souvenierläden den Touristen zum Kauf angeboten.

Alle Aspekte, die der Katalog behandelt, konnten hier auf beschränktem Raum nicht eingehend geschildert werden. Über den hier ausführlicher berichteten Umwelt Aspekt hinaus, liefert der Katalog reichliche Informationen über die traditionellen Kulturformen der Jibaros, den Aufbau ihrer Gesellschaft, die Rolle der Geschlechter, Kriege und Feste, den Schrumpfkopfkult und die Geschichte der Jibaros, die sich teilweise erfolgreich gegen fremde Kultureinflüsse zur Wehr setzen konnten.

Es ist erfreulich, daß der Verfasser des Katalogs sein großes Verständnis für die indianische Kultur auf eine verständliche und anschauliche Art dem Leser entgegen bringt.

bsm

Herausgeber: Dezernat für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main
Museum für Völkerkunde, Schaumainkai 29

Aus einem Interview mit Rafael Mashinkiash, Mitarbeiter der „Federacion – Shuar" in Equador

"Unser größtes Problem ist die Verdrängung unserer Leute aus ihren Gebieten durch die staatliche Organisation IERAC (Ecuadorianisches Institut für Agrarreform und Kolonisation). Sie führt Besiedlungen mit Menschen aus dem Hochland und der Küste durch. Nach Auffassung der IERAC und somit auch nach Auffassung der Regierung ist dieses unser Gebiet unbesiedelt. Daher frage ich dich, ist es recht, wenn wir schon seit ca. 800 Jahren hier leben und nun von einem Staat enteignet werden, der erst seit 150 Jahren existiert? Mit dem Vorwand, sie hätten nicht genügend Leute in ihren Büros, verzögern sie jetzt die rechtliche Übergabe der bereits von uns selbst vermessenen Gebiete durch Besitzurkunde.

Was uns am meisten indigniert, ist, daß man uns nicht als aktive, produktive Elemente in einem Gesamtentwicklungsplan ansieht, sondern als den Jibaro, den wilden, primitiven Waldmenschen, betrachtet. Diese Herren vergessen einfach oder wissen nicht, daß auch wir Fähigkeiten auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Handwerks und der Technik haben und entwicklungsfähig sind."

FILM ÜBER DIE
FEDERACION – SHUAR
VON „BROT FÜR DIE WELT"

„DIE FREMDE BRÜCKE WIRD UNS TÖTEN"

Verleiher:
Matthias Film GmbH
Gänsheidestr. 67
7000 Stuttgart 1
Telefon: 0711 / 24 05 12



Der Bürgerkrieg im Libanon

Detlev Haritz: Der Bürgerkrieg im Libanon. Erschienen in der SB-Broschürenreihe „Sozialistischer Internationalismus", Nov. 1977, 107 S. 7,– DM

Ursachen und Hintergründe des Bürgerkriegs im Libanon, der im September 1976 seinen Höhepunkt erlebte, sind für deneuropäischen Beobachter schwer zu durchschauen. Das hat zwei Gründe: Einmal die tendenziöse Berichterstattung unserer Presse, die den Bürgerkrieg entweder in einen Religionskrieg fanatischer Muslime gegen den einzigen freien und christlichen Staat des Nahen Ostens herunterstilisierte oder in rassistischer Manier von einem typisch orientalischen unentwirrbaren Chaos einander sich bekämpfender Milizen sprach, in das man keine für europäische Köpfe verständliche Logik bringen könne; Zum anderen die besondere geschichtliche Entwicklung des Libanon, die ein wohl einmaliges politisches System hervorbrachte, welches widerum für den Bürgerkrieg mitverantwortlich war.
Wer sich ein rundes Bild der Ereignisse in den letzten Jahren machen und auch die heutige Situation im Libanon besser verstehen möchte, kann jetzt auf die Schrift von Detlev Haritz: „Der Bürgerkrieg im Libanon" zurückgreifen. Es handelt sich dabei nicht um eine langatmige wissenschaftliche Monographie, sondern um einen leicht verständlichen und gut lesbaren Überblick, der aber trotz der Kürze der Darstellung bis auf wenige Stellen nicht in einer oberflächlichen Fakten-Darstellung versandet.
Der erste Teil (etwa ein Viertel des Buches) behandelt die Geschichte des Libanon vor der Unabhängigkeit, das zweite Viertel geht auf die Entwicklung bis zum Ende der 60er Jahre ein, während der Hauptteil dem Bürgerkrieg selbst gewidmet ist. Die Darstellung der Vorgeschichte des Libanon-Konfliktes ist besonders gut gelungen und bietet gerade dem Nicht-Nahost-Spezialisten einen guten Einstieg in die Materie. Außerdem findet sich hier ein anschauliches Beispiel für die Auswirkungen des Imperialismus auf ein Land der Dritten Welt: Die eigentlichen Schwierigkeiten und Kämpfe im Land begannen erst mit dem Eindringen europäischer Wirtschaftsinteressen.
Der Autor beschreibt ausführlich, wie sich zu Zeiten des osmanischen Reiches verschiedene religiöse Minderheiten im unwegsamen und abgelegenen Libanon-Gebirge niederließen und relative Autonomie und Autarkie erlangten: Die christlichen Maroniten, die islamische Geheimsekte der Drusen und einige schiitische Gruppen. Diese Bevölkerungsgruppen gerieten erst aneinander, als im 19. Jahrhundert die Landwirtschaft auf Seidenraupenzucht für den französischen Luxusbedarf umgestellt wurde. Die Maroniten konnten und wollten sich als Christen eher auf die Wünsche der Franzosen einstellen als die Muslims und errangen die Vorherrschaft. Gleichzeitig wurden die alten Sozialstrukturen weitgehend umgeworfen: Verelendung der Kleinbauern, Entstehen von Großgrundbesitzern und reichen Händlern, Verstädterung, Einführung der Geldwirtschaft, Ausrichtung nach Europa, etc. . . Nach dem Zusammenbruch des türkischen Reiches erhielt Frankreich das Völkerbundmandat über den Libanon und verordnete das Regierungssystem des politischen Konfessionalismus, dessen faktischer Zusammenbruch später den Bürgerkrieg auslöste. Dieses System sollte die Herrschaft der Christen über die anderen Gruppen verewigen. Parlamentswahlen und Ämterverteilung geschehen nach einem strengen Religionsproporz bei einem laut Verfassung automatisch maronitischen, sehr starken Präsidenten. Die Verteilung der Machtanteile auf die Religionen funktioniert dabei nach wie vor auf Grund einer Volkszählung von 1932, die den Christen einen weit größeren Bevölkerungsteil zuwies als es der tatsächlichen Lage entspricht.
Auch alles soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben organisierte sich um die Religionen und Kirchen. Krankenhäuser, Schulen, Parteien, Gewerkschaften waren kirchlich; politische und wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten nur über die Kirchen möglich.
Detlev Haritz arbeitet sehr deutlich drei Konfliktebenen heraus, die bei der Unabhängigkeit 1943 im System des politischen Konfessionalismus vorprogrammiert sind: innerlibanesisch wird von der maronitischen Ideologie jeder Versuch zur Änderung des status quo als Christenverfolgung gebrandmarkt; innerarabisch dient der Libanon als Brückenkopf des Westens und verhält sich als arabischer Staat neutral gegen Israel; internaional benötigen die USA den Libanon als wichtiges Kettenglied bei der Einkreisung der Sowjetunion von Süden.
Als Sprengstoff erweisen sich einmal die Progressive Sozialistische Partei des Drusenführers Kamal Joumblatt, eine gemäßigt fortschrittliche, nichtsozialistische Partei, die gegen das Proporzsystem und für eine stärkere Integration des Libanon in den arabischen Raum eintritt, andererseits die in Lager verbannten heimatvertriebenen Palästinenser. Anders als in den Nachbarländern gelang es nämlich der PLO im Libanon, sich weitgehende Autonomie und Bewegungsfreiheit zu sichern.
Damit war das Kräftegleichgewicht gestört, Autorität und Zusammenhalt des Zentralstaates schwanden dahin, alle Gruppen und Religionsgemeinschaften rüsteten ihre Milizen unter starker Unterstützung aus dem Ausland auf, der Bürgerkrieg wurde unvermeidlich.

Der Autor schildert nun sehr detailliert in etwa einem Drittel des Buches die Wendungen und Schlachten des Bürgerkrieges. Die Aufzählung der vielen Namen, Abkürzungen, Daten und Wechsel von Siegen und Niederlagen auf beiden Seiten wirken etwas verwirrend und ermüdend, hier hätte man sich auf die Darlegung der wichtigsten Entwicklungslinien beschränken können.
Die Entscheidung im Krieg fiel, als bei einem drohenden Sieg der Palästinenser und der progressiven Kräfte Syrien mit Billigung der USA in den Konflikt eingriff und den Libanon auf seine Art befriedete.
Den Syrern ging es dabei um die Unterwerfung der PLO, um den Weg für eine den eigenen Interessen angepaßte Lösung des Palästina-Konfliktes freizumachen, und natürlich um die Vorherrschaft im Libanon. Unter dem Deckmantel einer panarabischen Friedenstruppe besetzte Syrien fast den gesamten Libanon, ermöglichte den Maroniten die Eroberung des lange umkämpften Lagers Tel Satar mit anschließendem Massaker an palästinensischen Zivilisten und zerzwang die Wahl eines christlichen Präsidenten nach dem alten System des politischen Konfessionalismus.
Diese reaktionäre Strategie des syrischen Präsidenten Assad konnte nur durch brutales Vorgehen gegen massiven Widerstand aus den eigenen Reihen aufrechterhalten werden, da sich die syrischen Truppen, auf Kämpfe gegen das zionistische Israel geschult, nicht so einfach gegen Palästinenser und progressive Araber einsetzen ließen.
Auch die rechten Maroniten ließen sich nicht widerspruchslos in die syrische Strategie einspannen, mußten sich abermurrend in ihre Siedlungsgebiete zurückziehen, da sie

der syrischen Übermacht nichts entgegensetzen konnten. „Syrien hat sein Ziel erreicht. Es hat sich als Ordnungsmacht im Nahen Osten durchgesetzt. Es hat den Weg zu einer Nahostfriedensregelung eröffnet, die die amerikanische Hegemonie über diesen Raum stabilisiert".
So lautet die Schlußaussage des Buches. Es bringt keine überraschenden Informationen oder neue theoretische Beiträge, gibt aber in anschaulicher und flüssig lesbarer Form eine bisher fehlende Zusammenfassung der Ereignisse im libanesischen Bürgerkrieg und seiner Vorgeschichte. Es ist besonders empfehlenswert für Leser ohne Vorkenntnisse und kann wesentliche Hilfe bei der Einschätzung der jüngsten Ereignisse im Nahen Osten, wie den Kämpfen zwischen Palästinensern und Israelis im Südlibanon oder der neuen Initiative von Präsident Sadat leisten.
Allerdings hätten die in den Text eingefügten Karten etwas aussagekräftiger sein können.
Am Schluß folgt noch ein nützliches Namensregister und für Abkürzungsfanatiker eine Aufstellung aller am Bürgerkrieg beteiligten Organisationen.

sth

Bezug Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593.

REPRESSION

Gewerkschaftsausschluß für Chile-Komiteemitglied

Gegen die Ärztin Hildegard Geißler, die seit 10 Jahren an den Städt. Kliniken in Osnabrück arbeitet, die seit 5 Jahren Gewerkschaftsmitglied der ÖTV ist und in die Vertrauensleutegruppe des Krankenhauses sowie in den Kreisgewerkschaftstag und in den Vorstand der in der ÖTV organisierten Ärzte Niedersachsens gewählt wurde, läuft ein Verfahren zum Ausschluß aus der ÖTV wegen Beteiligung an der 1. Mai-Demonstration '77 in Osnabrück.

Der ÖTV-Vorstand Osnabrück sah diese Demonstration als eine Demonstration des KBW an; in einer solchen Demonstration ein Transparent zu tragen, sei Unterstützung des KBW, und eine Unterstützung des KBW sei mit der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft unvereinbar.
Der Ausschlußantrag wurde ohne Anhörung der Kollegin an den Bundesvorstand der ÖTV nach Stuttgart geschickt.

Die Kollegin hat von der Möglichkeit, sich beim Bundesvorstand zu den Vorwürfen zu äußern, fristgemäß in einem ausführlichen Brief – per Einschreiben – Gebrauch gemacht. Sie hat richtiggestellt, daß es sich nicht um eine KBW-Demonstration gehandelt hat, sondern daß zu der 1. Mai-Demonstration '77 – übrigens der einzigen, die in Osnabrück in diesem Jahr stattfand – außer dem KBW mehrere Jugendgewerkschaftsgruppen, mehrere Fachbereichsgruppen der Universität Osnabrück, das Komitee „Südliches Afrika", die Gruppe für ein unabhängiges Jugendzentrum und das Chile-Komitee Osnabrück aufgerufen hatten.

Das Chilekomitee, in dem die Kollegin seit der Gründung Januar '74 mitgearbeitet hat, hat in Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt mehrere chilenische Flüchtlingsfamilien nach Osnabrück geholt und betreut und ist in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, Filmvorführungen und Vorträgen über die Lage in Chile, durch Solidaritätsfeste und Demonstrationen an den Jahrestagen des Putsches und jeweils am 1. Mai für die Solidarität mit Chile eingetreten. Es setzt sich überparteilich aus engagierten Einzelpersonen zusammen.

Auch am 1. Mai trug die Kollegin wie in früheren Jahrne zusammen mit chilenischen Flüchtlingen ein Transparent des Chile-Komitees Osnabrück gegen die Unterdrückung in Chile durch die Militär-Junta. Trotz der den Tatsachen entsprechenden Gegendarstellung der Kollegin hat der ÖTV-Vorstand in Stuttgart den Ausschluß bestätigt, ohne auf ihr e Ausführungen einzugehen.

Sollte wirklich ein engagiertes Eintreten für Chile am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse in aller Welt, den Ausschluß aus einer bundesdeutschen Gewerkschaft bedingen?

Das wäre Zynismus gegenüber der Lage des unterdrückten chilenischen Volkes, gegenüber den hier im Asyl lebenden chilenischen Flüchtlingen und gegenüber den öffentlichen Solidaritätserklärungen des DGB und der Bundesregierung. Es wäre außerdem ein weiteres Beispiel für die Einschränkung der freien Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit und des Demonstrationsrechts in der BRD.

Das Chile-Komitee und chilenische Flüchtlinge in Osnabrück haben bereits beim ÖTV-Vorstand in Stuttgart gegen den Ausschluß protestiert. Wir fordern die Chilekomitees und Chile-Solidaritätsgruppen auch der anderen Städte der BRD sowie die Gewerkschafsmitglieder, insbesondere die Kollegen von der ÖTV, denen die Chile-Solidarität nicht gleichgültig ist, auf, ebenfalls darauf zu drängen, den Ausschluß zurückzunehmen.

Osnabrück, 29.11.1977
Chile-Komitee Osnabrück
Chile-Solidaritäts-Gruppe Osnabrück

Kontaktadresse des Chile-Komitees: Otto Kuhlmann, Ziegelstraße 21, 4500 Osnabrück



,Und dann haben wir Allende gestürzt, weil wir uns sagten: ,Freiheit statt Sozialismus!'

Viktor Lütertz
Königsstr. 97

4150 Krefeld 1

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Tagungshinweise

„Tötet Nestle Babies?", 25. - 26.2.78, Hildesheim
„Lateinamerika – Der geplünderte Kontinent", 28.3. - 2.4. Loccum
Studienfahrt Tanzania Juli – August 78, Vorbereitungsseminare: 17. – 21.5.78 / 4.6.78 / 9.7.78
Veranstalter: iz3w Hannover, Walderseestr. 47, 3 Hannover 1, Telefon 0511 - 6965297

„Der ausländische Student in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit", 17. – 19. 2. 78, Dingden
„Entwicklungspolitik als Mittel der Friedenspolitik", 24.2. – 26.2.78, Dingden
„Entwicklungspolitische Aktionen in der BRD", 3.3. – 5.3. 78 Dingden
„Personelle Entwicklungshilfe – ein Konzept in Verruf" (Fachseminar), 6.3. – 8.3.78, Dingden
„Dritte Welt und wir" (Werkwoche für Verantwortliche in der Jugendarbeit), 13.3. – 17.3., St. Augustin
„Agrarpolitik und Entwicklungspolitik im Interessenkonflikt", 17.3. – 19.3.78, Dingden
„Soziale Strukturen – Bedingungen und Grenzen der Entwicklung", 7.4. – 9.4. 78, Dingden
„Entwicklungsfragen im Unterricht der Sekundarstufe II", 17. – 19.4.78, Dingden
„Demokratie – ein politisches Konzept für die Dritte Welt?" 19. – 21.5.78, Dingden
„Neue Weltwirtschaftsordnung", 29.9. – 1.10.78, Dingden
„Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik", 15. 12. – 17.12.78, Dingden
Veranstalter: Akademie Klausenhof, Postfach 244, 4236 Hamminkeln 2



„Menschenrechte im Entwicklungskonflikt Südostasiens", 17. – 19. 2. 78, Evangelische Akademie , 7325 Bad Boll, 07164/2051
